G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Gunnar Matthiessen
Theoretische und praktische Probleme intersystemarer Kooperation

Wolfgang Abendroth
Zur Situation der SPD nach dem Parteitag von Hannover

Jürgen Fischer, Michael Kringe u. a.
Widersprüche im Verhältnis zwischen EWG und USA (II)

Friedrich Neunhöffer
Jungdemokraten, F.D.P. und Arbeiterbewegung

Gabriele Sprigath
Südvietnam nach Abschluß des Pariser Abkommens

Salim Ibrahim
Zur Genesis des palästinensischen Widerstandes 1882–1972

Bassam Tibi
Romantische Entwicklungsideologien in Afrika

5'73

Mai 1973 Einzelheft 4,00 DM im Abonnement 3,00 DM, für Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Mai 1973

CHRONIK DES MONATS APRIL 1973 449

KOMMENTARE UND BERICHTE

Aus Anlaß des Besuches von Leonid Breschnew . . . . *Karl D. Bredthauer* 453

Irreführende Streitkräftevergleiche . . . . . *Harald Horn* 455

Zur Lage in Kanada . . . . . *Peter Lust* 458

HAUPTAUFSÄTZE

Theoretische und praktische Probleme intersystemarer Kooperation . . . . . *Gunnar Matthiessen* 461

Zur Situation der SPD nach dem Parteitag von Hannover . . . . . *Wolfgang Abendroth* 474

Ökonomische und politische Widersprüche im Verhältnis zwischen EWG und USA (II) . . . . . *Jürgen Fischer, Michael Kringe, Elke Pozimski, Helmut Schaarschmidt, Ursula Schaarschmidt, Beate Schlitt und Wolfgang van Straelen* 483

Jungdemokraten, F.D.P. und Arbeiterbewegung . . . *Friedrich Neunhöffer* 498

Südvietnam nach Abschluß des Pariser Abkommens . . *Gabriele Sprigath* 507

Zur Genesis des palästinensischen Widerstandes 1882—1972 *Salim Ibrahim* 517

Romantische Entwicklungsideologien in Afrika. Antiindustrialismus als Alternative? . . . . . *Bassam Tibi* 538

FERNSEH-SPALTE

„Schaltn mir aus?" . . . . . *E. H. Wahl* 553

BÜCHER

Huster/Kraiker/Scherer/Schlotmann/Welteke, Determinanten der westdeutschen Restauration 1945—1949 . . . . . *Eckhard Gruen* 554

Hans Albert, Konstruktion und Kritik . . . . . *Joachim Kahl* 556

Kurzrezensionen: Bücher von Hans-Heinrich Standke, Jehuda L. Wallach, Sun Tze, Heidrun Abromeit 557

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 559

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Kommuniqué über die Gründung eines Antiimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika am 2. Mai 1973 in Gießen (Wortlaut) 560

Plattform des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika (Wortlaut) 562

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Achtzehnter Jahrgang · Heft 5/1973

Herausgeber

HILDE BENTELE †
WILFRIED FRHR. V. BREDOW
GERHARD GOLLWITZER †
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KUHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER †
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats April 1973

1. 4. — Vietnam. Der südvietnamesische Präsident Nguyen Van Thieu begibt sich in die USA, um Besprechungen mit Präsident Nixon zu führen. Nixon und Thieu treffen am 2. und 3. 4. in San Clemente (Kalifornien) zusammen. Der amerikanische Präsident sagt Thieu, wie aus einem Kommuniqué hervorgeht, „ausreichende und beträchtliche Wirtschaftshilfe" für das laufende und für das kommende Jahr zu und bekräftigt die Absicht der Vereinigten Staaten, „die Republik Vietnam weiterhin mit den materiellen Mitteln zu ihrer Verteidigung" zu versorgen. Thieu besucht später Italien, den Vatikan, Großbritannien und die Bundesrepublik und kehrt nach einem Zwischenaufenthalt in Südkorea am 11. 4. nach Saigon zurück. — Am 12. 4. werden vor einem Kongreßausschuß in Washington die Kosten des amerikanischen Engagements in Vietnam seit 1965 mit 141 Mrd. Dollar beziffert.

2. 4. — Frankreich. Die am 4. und 11. März neugewählte Nationalversammlung (vgl. „Blätter", Heft 4/1973, S. 338) konstituiert sich. Die 490 Abgeordneten verteilen sich auf sechs Fraktionen: Fraktion der Gaullisten (Union des Démocrates pour la République) 162 Mitglieder, 21 Hospitanten / Fraktion der Sozialisten und Linksradikalen (Socialistes et Radicaux de Gauche) 100 Mitglieder, 2 Hospitanten / Fraktion der Kommunisten (Communistes) 73 Mitglieder / Fraktion der Unabhängigen Republikaner (Républicains Indépendants) 51 Mitglieder, 4 Hospitanten / Fraktion der Sozialdemokratischen Reformatoren (Réformateurs Démocrates Sociaus) 30 Mitglieder, 4 Hospitanten / Fraktion der

Zentristischen Union (Union Centriste) 30 Mitglieder. Dem Parlament gehören außerdem 13 Fraktionslose („Non-inscrits") an. Mit 274 von 461 abgegebenen Stimmen wird Edgar Faure (Hospitant bei den Gaullisten) zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt. — Am 5. 4. gibt Premierminister Pierre Messmer die veränderte Zusammensetzung seiner Regierung bekannt. Als Außenminister amtiert Michel Jobert (parteilos), bisher Kabinettschef des Präsidenten. Das Verteidigungsministerium übernimmt Robert Galley (Gaullisten), das Wirtschafts- und Finanzressort behält Valéry Giscard d'Estaing (Unabhängige Republikaner). — Am 12. 4. trägt Premierminister Messmer dem Parlament seine Regierungserklärung vor. In der anschließenden Vertrauensabstimmung sprechen sich 254 Abgeordnete für und 200 gegen Messmer und sein Kabinett aus. Gegenstimmen werden auch von 28 der 34 Fraktionsmitglieder der Reformatoren abgegeben.

3.—7. 4. — Finnland/Sowjetunion. Anläßlich der Feiern zum 25. Jahrestag des sowjetisch-finnischen Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe vom 6. April 1948 hält sich der sowjetische Staatspräsident Podgorny in Finnland auf; der finnische Außenminister Karjalainen besucht gleichzeitig die UdSSR. Auf einer Festveranstaltung am 4.4. erklärt Staatspräsident Kekkonen: „Wir bieten unseren Vertrag vom Jahre 1948 anderen Völkern nicht als Vorbild an, sondern wir bieten allen das Ergebnis des Vertrages als Vorbild an: eine vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsstruktur. Das ist richtige ‚Finnlandisierung'. In diesem Sinne gebraucht, empfehlen wir sogar diese ... ursprünglich zur Herabsetzung Finnlands erfundene Neubildung zum allgemeinen Gebrauch."

5. 4. — Kernwaffen. Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) und sieben Mitgliedstaaten der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) schließen ein Übereinkommen, das die Überwachung des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (Atomsperrvertrag) in diesen Staaten regelt. Die Vereinbarung wird von IAEO-Generaldirektor Sigvard Eklund, dem Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften Ralf Dahrendorf und den ständigen Vertretern Belgiens, Dänemarks, der Bundesrepublik, Irlands, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande in Brüssel unterzeichnet. In einer Pressemitteilung der IAEO heißt es: „In dem Übereinkommen wurde dem Umstand Rechnung getragen, daß EURATOM ein eigenes Überwachungssystem besitzt. Dieses System soll in den sieben kernwaffenlosen Staaten der Gemeinschaft auf Grund einer kooperativen Vereinbarung angewandt werden, so daß die beiden Organisationen gemeinsam gewährleisten werden, daß kein für friedliche Zwecke bestimmtes Kernmaterial für eine militärische Verwendung abgezweigt wird." Belgien, die Bundesrepublik, Italien, Luxemburg und die Niederlande haben den Atomsperrvertrag zwar unterzeichnet, bisher jedoch nicht ratifiziert. — Am 24. 4. wird in Shanghai ein Kommuniqué über den Besuch des Staatspräsidenten von Mexiko, Luis Echeverria, in der Volksrepublik China (19. bis 24. 4.) veröffentlicht. Darin teilt die chinesische Regierung ihre Absicht mit, sobald wie möglich das Zusatzprotokoll zum Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco) vom 14. Februar 1967 zu unterzeichnen. Diese Absicht ändere nichts an der weiterhin ablehnenden Haltung der Volksrepublik China gegenüber dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (1968) und dem Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre. im Weltraum und unter Wasser (1963)

6. 4. — Türkei. Nach 14 erfolglosen Wahlgängen wählt die Große Nationalversammlung im 15. Wahlgang den 71jährigen ehemaligen Oberkommandierenden der Seestreitkräfte, Admiral Fahri Koruturk, zum neuen Präsidenten. Koruturk löst den bisherigen Präsidenten General Sevdet Sunay ab.

10.—14. 4. — SPD. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hält in Hannover ihren XV. Parteitag ab. Das Grundsatzreferat hält der Parteivorsitzende Willy Brandt, der mit 404 gegen 20 Stimmen bei 4 Enthaltungen in seinem Amt bestätigt wird. Zu seinen beiden Stellvertretern wählt der Parteitag erneut Helmut Schmidt (286:129:6) und Heinz Kühn (280:127:19), der diese Funktion von Herbert Wehner übernimmt.

— Österreich/DDR. Auf Einladung der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen hält sich Außenminister Dr. Otto Winzer in Österreich auf. Der Minister referiert zum Thema „Sicherheit in Europa und die Außenpolitik der DDR", stattet am 12. 4. Bundespräsident Jonas einen Höflichkeitsbesuch ab und führt Gespräche mit Bundeskanzler Dr. Kreisky und Außenminister Dr. Kirchschläger. Der österreichische Außenminister erhält eine Einladung zum Besuch der DDR.

12. 4. — UNO. Auf Antrag des Libanon tritt in New York der UN-Sicherheitsrat zu einer Sondersitzung zusammen, um sich mit einem Kommandounternehmen Israels gegen Büros und Quartiere von Organisationen der Palästinenser in Beirut zu beschäftigen. Bei der Aktion am 10. 4. waren führende Palästinenser erschossen worden. — Am 21. 4. nimmt der Rat ohne Gegenstimmen bei vier Enthaltungen (USA, UdSSR, VR China und Guinea) eine Resolution an, die das israelische Vorgehen verurteilt. Die Resolution geht auf einen britisch-französischen Textentwurf zurück.

13. 4. — BRD/CSSR. Nach einem weiteren Sondierungsgespräch zwischen Staatssekretär Paul Frank vom Auswärtigen Amt und dem stellvertretenden tschechoslowakischen Außenminister Jiri Götz wird in Bonn ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht, in dem es u. a. heißt: „Auf der Grundlage der erzielten Ergebnisse kamen die Delegationsleiter überein, ihren Regierungen die Aufnahme offizieller Vertragsverhandlungen zu empfehlen."

16.—19. 4. — Jugoslawien / BRD. Bundeskanzler Brandt stattet der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien einen offiziellen Besuch ab. Brandt konferiert mit Ministerpräsident Bijedic und wird auf der Adria-Insel Brioni von Staatspräsident Tito empfangen. In einem Kommuniqué heißt es, es habe ein „breit angelegter Meinungsaustausch über die Beziehungen zwischen der SFRJ und der BRD sowie über die aktuellen internationalen Fragen" stattgefunden.

23. 4. — USA. In einer Rede auf dem Jahresessen der Nachrichtenagentur Associated Press in New York erläutert der Berater Präsident Nixons für Fragen der Nationalen Sicherheit, Dr. Henry Kissinger, die Europapolitik der USA. Der Text der Rede wird vom Weißen Haus publiziert. Kissinger fordert u. a. höhere Verteidigungsanstrengungen der europäischen Mitglieder der NATO und schlägt im Namen der Vereinigten Staaten vor, bis zur Europareise von Präsident Nixon Ende dieses Jahres „eine neue Atlantik-Charta" auszuarbeiten, die „die Ziele für die Zukunft setzt". Auch Kanada und Japan sollten beteiligt werden.

26. 4. — Abrüstung. Die Genfer Abrüstungs-Konferenz vertagt sich auf den 12. Juni 1973. Die Konferenz hatte am 12. 4. ihre 600. Sitzung abgehalten.

27. 4. — Sowjetunion. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion nimmt eine Umbesetzung im Politbüro, dem höchsten Führungsgremium der Partei, vor. Die Zahl der Mitglieder wird von 15 auf 16 erhöht. Neu aufgenommen werden als Vollmitglieder Außenminister Andrej Gromyko, Verteidigungsminister Marschall Andrej Gretschko und der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit, Juri Andropow. Die beiden stellvertretenden Ministerpräsidenten Pjotr Schelest und Gennady Woronow scheiden aus dem Politbüro aus. In einer Entschließung billigt das Zentralkomitee den von Generalsekretär Breschnew erstatteten Bericht zur Außenpolitik.

30. 4. — KSZE. Der stellvertretende ungarische Außenminister Frigyes Puja äußert sich in einem umfangreichen Aufsatz „Über die europäische Sicherheit" im Zentralorgan der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei „Népszabadság" (Volksfreiheit) zum gegenwärtigen Stand der Konsultationen zur Vorbereitung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die am 25. 4. nach zweiwöchiger Pause in Helsinki mit einer vierten Runde fortgesetzt worden war. Puja kritisiert die „Aufschiebetaktik" der NATO-Staaten, die es bisher unmöglich gemacht habe, Empfehlungen für die Tagesordnung sowie Ort, Zeitpunkt und Geschäftsordnung der Sicherheitskonferenz endültig zu formulieren .Der bisher vorgesehene Termin zur Einberufung der Konferenz, der Sommer dieses Jahres, könne nur eingehalten werden, wenn „im Standpunkt der Vertreter der tonangebenden Westländer eine positive Veränderung eintritt."

Gerhard Gollwitzer †

Der Mitherausgeber unserer Zeitschrift Prof. Gerhard Gollwitzer, geboren am 7. Juni 1906 in Pappenheim, ist am 13. April 1973 in Mühlheim bei Treuchtlingen verstorben.

Herkommend von seinem Beruf als Kunsterzieher, stellte Gerhard Gollwitzer sich nach Ende des Zweiten Weltkrieges aus religiöser und humanistisch-pazifistischer Überzeugung in die vorderen Reihen der bewußten demokratischen Bürger, die sich zu den einzig möglichen Konsequenzen aus der Schreckensära des Faschismus bekannten: Frieden, Abrüstung, Koexistenz. Von 1931—1937 hatte er als Kunsterzieher in Schondorf am Ammersee und danach bis 1946 als künstlerischer Mitarbeiter an der Staatlichen Porzellan-Manufaktur Berlin gewirkt. Durch den damaligen Bundespräsidenten, Prof. Theodor Heuß, wurde er 1946 zum Professor an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart berufen. 1968 trat er in den Ruhestand. Bis zu seinem Tode war er Vorsitzender der deutschen Swedenborg-Gesellschaft.

Dem Herausgeberkreis der „Blätter" gehörte Gerhard Gollwitzer seit 1961 an. Zu diesem Engagement — das sich auch in vielfacher publizistischer Mitarbeit an unserer Zeitschrift bekundete — bestimmte ihn die Einsicht in die Notwendigkeit aktiver kritischer Mitwirkung auch des künstlerischen Menschen an Aufbau und Festigung einer friedliebenden Demokratie.

Redaktion und Verlag

Aus Anlaß des Besuches von Leonid Breschnew

Mit Leonid Breschnew kommt zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland der führende Repräsentant der Sowjetunion in unser Land. Ihrer Bedeutung für die bundesrepublikanische Politik nach legt diese Reise die Erinnerung an den Staatsbesuch Charles de Gaulles vor über zehn Jahren nahe. Es gibt deutliche Analogien, zugleich lenkt der Vergleich die Aufmerksamkeit aber auch auf grundlegende politische Veränderungen, die im vergangenen Jahrzehnt in Gang gekommen sind und ohne die ein Besuch des Generalsekretärs der KPdSU in der BRD sicherlich kaum möglich geworden wäre; Veränderungen, die zugleich die Basis für ein partnerschaftliches Verhältnis auch zwischen Frankreich und der Bundesrepublik, wie es bei dem seinerzeitigen Besuch General de Gaulles feierlich proklamiert wurde, erst in einer Weise zu erweitern und zu festigen erlauben, daß dies Verhältnis als ganz Europa dienlich, als gegen niemanden gerichtet verstanden werden darf.

Heute wie damals manifestiert sich in der Tatsache, daß wir einen der führenden Politiker Europas als Gast begrüßen können, die augenscheinlich gewordene Möglichkeit der Versöhnung zwischen unserem Land und Nachbarländern, die, obwohl von bleibenden Narben des Hitlerkrieges tief gezeichnet, sich bereit finden, gemeinsam mit uns einen Schlußstrich unter Vergangenes zu ziehen und einen neuen Anfang zu machen.

Versöhnung mit Frankreich, Versöhnung mit der Sowjetunion — paradigmatisch verstanden für die Beziehungen unseres Landes mit den europäischen Nachbarn, den Staaten im Osten wie im Westen des Kontinents —, dies scheint heute, wo es teils erreicht, teils greifbar nahe ist, die unmittelbar einleuchtende Schlußfolgerung aus einem fast hundertjährigen verfehlten Abschnitt deutscher Geschichte, der Frankreich und dann der Sowjetunion zum höheren Zwecke deutsch-imperialer Expansion die Rolle des ewigen Erbfeindes zuwies.

Daß die Bundesrepublik zu einem vernünftigen Verhältnis zu den west- wie zu den osteuropäischen Staaten finden, sich endlich auf kooperative Weise in das Netz der gesamteuropäischen Beziehungen einordnen muß, ist in der Tat keine neue Erkenntnis, aber wir wissen, daß das Aussprechen dieser Erkenntnis vor noch nicht allzu langer Zeit als unerhört, als Stigma einer „kleinen radikalen Minderheit" galt und zum Signal für Diskriminierung und Verfolgung werden konnte.

Im Lichte der Möglichkeiten, die sich mit der Herstellung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion — dies das Angebot, das der Breschnew-Besuch zum Ausdruck bringt — eröffnen, lernen wir heute wohl auch unser Verhältnis zu den westlichen Nachbarstaaten erst allmählich in der vollen Dimension für die gemeinsame gesamteuropäische Zukunft sehen, die vor zehn Jahren noch außerhalb des Blickfeldes zumindest der offiziellen Bonner Politik lag. Noch lastete auf der Neubegründung des Verhältnisses zum westlichen Nachbarn der Schatten einer Strategie, die auf den Erbfeind Frankreich deshalb verzichten konnte, ja mußte, weil ihr Feindbild jetzt unzweideutig nach Osten wies. Im Zeichen der großen antisowjetischen Konfrontation schien die Verständigung mit Frankreich, als einem Land, das eine im Prinzip gleiche Art von Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung wie die Bundesrepublik aufwies und das damals

integriert war in dasselbe Militärbündnis wie sie, plötzlich leicht geworden. Im Zeichen eben dieser antisozialistischen Bündnisstrategie aber wurde die Verständigung mit der Sowjetunion, der DDR und den anderen sozialistischen Staaten Europas zur Undenkbarkeit. Europa mußte nach dieser Doktrin in der Konfrontation erstarren; sich glücklich preisen, wenn Kalter Krieg nicht über Nacht in heißen umschlug — oder gar diesen insgeheim als Lösung eines gordischen Knotens herbeiwünschen.

Die Strategie der antisozialistischen Konfrontation scheiterte an der Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse in Europa und in der Welt gleichermaßen wie am wachsenden Druck einer öffentlichen Meinung, der es auf die Dauer nicht verborgen bleiben konnte, daß diese Strategie auf die Lebensfragen des Kontinents keine akzeptablen Antworten zu geben wußte. In Paris und anderen Hauptstädten früher als in Bonn — aber nach Jahren wachsender demokratischer Aktivitäten für die Entspannung und nach der Ablösung der CDU/CSU von der Regierungsmacht schließlich auch in Bonn — begann man das Gesetz zu entdecken, das allein ein konstruktives Herangehen an die Fragen der Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung möglich macht: die friedliche Koexistenz, wie Lenin dies scheinbar selbstverständliche, aber lange erbittert umkämpfte Prinzip bereits im Anfang der sowjetischen Außenpolitik apostrophierte.

Mit den französisch-sowjetischen und den amerikanisch-sowjetischen Deklarationen von 1971 und 1972 ist das Prinzip der friedlichen Koexistenz von diesen Staaten als Grundlage ihrer zwischenstaatlichen Beziehungen förmlich anerkannt worden. Die in Helsinki vorbereitete große Staatenkonferenz steht im Zeichen seiner multilateralen gesamteuropäischen Verankerung. Für die Bundesrepublik wurde der Durchbruch eingeleitet mit dem Abschluß des Moskauer Vertrages und dem langwierigen Kampf um seine Ratifizierung, der die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns aller Kräfte des Friedens und der Entspannung deutlicher als je zuvor sichtbar werden ließ. Die Voraussetzungen wurden erkannt, die die Bundesrepublik handlungsfähig machen für eine konstruktive Politik der Verständigung.

Im Bewußtsein dieser Zusammenhänge wird man den Besuch Leonid Breschnews in der Tat — mit den Worten der Bundesregierung — als den Beginn einer neuen Ära im Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern werten können. Die Chance eines solchen Neubeginns kam ja bereits in dem herzlichen Empfang zum Ausdruck, den die Sowjetunion Willy Brandt in Oreanda bereitete. Auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz mit dem Sozialismus wird realisierbar, was allzu lange als per se unmöglich galt: eine Ära des Friedens, der Verständigung und der Freundschaft zwischen den Völkern der Sowjetunion und der Bundesrepublik, verstanden als ein tragendes Element des zu entwickelnden gesamteuropäischen Systems der Sicherheit und Zusammenarbeit. Diese Entwicklung wird zweifellos an alle Beteiligten, auch an die Aktivität der Öffentlichkeit und an ihre Bereitschaft mitzudenken, in der nächsten Zeit wie in den vergangenen Jahren große Anforderungen stellen; die Aussichten, die sich dabei schon heute eröffnen, sind günstig wie lange nicht.

Karl D. Bredthauer

Irreführende Streitkräftevergleiche

Das Dogma von der Überlegenheit der konventionell bewaffneten Streitkräfte des Warschauer Pakts über die herkömmlich armierten Truppen der NATO gehört zu den offensichtlich unausrottbaren Mythen westlicher Sicherheitspolitik. Als ein hoher NATO-Offizier zu Beginn der fünfziger Jahre gefragt wurde, was die Russen benötigten, um zu den Pyrenäen durchzustoßen, soll er geantwortet haben: „Schuhe". Was damals als Bonmot gelten mochte, hat sich inzwischen längst zur Rechtfertigungsideologie für die militärischen Anstrengungen des Bündnisses verfestigt. Dabei hat der Verweis auf die angeblich überlegenen konventionellen Kapazitäten der Armeen des Warschauer Pakts in dem Maße an Bedeutung gewonnen, wie sich die strategischen Atompotentiale der USA und der UdSSR wechselseitig paralysieren und die aus der waffentechnologischen Entwicklung resultierenden Entspannungsbemühungen die Argumentation mit den angeblichen Aggressionsabsichten des „potentiellen Gegners" unglaubwürdig gemacht haben.

Eine dpa-Statistik ist das jüngste Beispiel für den Versuch, die gängige Bedrohungsperzeption mit dem Hinweis auf die konventionelle Stärke des Warschauer Pakts auch in die MBFR-Verhandlungen hinein zu konservieren. Rechtzeitig zum schleppenden Beginn der Gespräche in Wien über wechselseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen in Europa schreckte sie die Leser mit der Überschrift: „NATO ist Ostblock konventionell unterlegen" [1]). Dem Text war dann zu entnehmen, daß diese Unterlegenheit einem Verhältnis von 1:3 entspricht. Die genauen Zahlen: in Nord-, Mittel- und Südeuropa stehen 61 NATO-Divisionen mit 8100 Panzern, 2850 Flugzeugen für den taktischen Einsatz und zusammen 1 110 000 Soldaten 94 Divisionen des Warschauer Pakts gegenüber, in denen 1 350 000 Mann mit 21 200 Panzern und 5360 Flugzeugen für den taktischen Einsatz bewaffnet sind.

Bis auf 70 Flugzeuge, die die NATO mehr hat, stimmen diese Angaben mit denen des renommierten Institute for Strategic Studies in London überein, dessen Publikationen „The Military Balance 1972—1973" die Zahlen entnommen sind [2]). Dennoch geben sie ein falsches Bild, weil einige Angaben nicht enthalten sind, die der ISS-Veröffentlichung entnommen werden können, und einige Dinge unberücksichtigt bleiben, die dort nicht stehen, bei einem Streitkräftevergleich aber einkalkuliert werden müssen.

Fällt es bereits schwer, aus den 1 350 000 Soldaten des Warschauer Pakts eine 3:1-Überlegenheit zu den 1 110 000 Mann der NATO abzuleiten, so wird der traditionelle „Minderwertigkeitskomplex" der westlichen Allianz hinsichtlich ihrer konventionellen Kampfkraft noch unverständlicher, wenn man ihrem Potential die 6 französischen Divisionen hinzuzählt, die in der dpa-Statistik fehlen. Diese sind zwar nicht in die militärische Integration der NATO eingegliedert, müssen aber mit Fug und Recht zu deren Bestand gerechnet werden: Frankreich ist nach wie vor Mitglied des Nordatlantikvertrages und hat nie einen Zweifel daran gelassen, auf welcher Seite seine Divisionen kämpfen werden, falls es in Europa zu einem militärischen Konflikt kommt. Werden die Franzosen hinzugezählt, dann ergibt sich für die NATO eine Überlegenheit bei den konventionell gerüsteten Streitkräften in Europa von mindestens 200 000 Mann.

Nun steht außer Zweifel, daß die UdSSR im Falle eines militärischen Konflikts zunächst bessere Möglichkeiten hätte,

1) „Frankfurter Rundschau" v. 1. 2. 1973.

2) The International Institute for Strategic Studies, The Military Balance 1972—1973, London 1972.

mobilisierte Reserven an die Front zu werfen. Dieser geographische Vorteil wirkt sich aber nur dann aus, wenn der UdSSR ein großangelegter Überraschungsangriff gelingen würde — was angesichts der heute bereits praktizierten Aufklärungsarbeit mehr als unwahrscheinlich ist und von der NATO auch nicht als realistischer Ausgangspunkt für die eigenen Planungen angesehen wird (von der Abenteuerlichkeit der unterstellten Aggressionsabsichten einmal ganz zu schweigen). Eskaliert eine Krise jedoch langsam in die militärische Konfrontation und kann der Westen unter diesen für realistisch gehaltenen Bedingungen seine Truppen in Europa langfristig verstärken, dann ergibt sich für die NATO zahlenmäßig ein nicht unerheblicher Vorteil: das westliche Bündnis hatte im Juli 1972 zusammen 3 091 000 Mann in den Heeresverbänden und bei der Marineinfanterie (einschließlich Frankreich) unter Waffen, die vergleichbaren Streitkräfte des Warschauer Pakts verfügten zu dieser Zeit lediglich über 2 806 000 Soldaten. Zählt man die Luftwaffen- und Marineverbände bei diesem Vergleich im globalen Rahmen hinzu, dann wächst der Vorsprung der westlichen Allianz auf fast 1 Million Mann: NATO 5 359 000, Warschauer Pakt 4 393 000. Die Zahlen sind ausnahmslos aus „The Military Balance 1972—1973" entnommen.

Angesichts solcher Relationen, die sich seit Beginn der sechziger Jahre für die NATO ständig verbessert haben, erklärte McNamara als damaliger Verteidigungsminister der USA bereits im Mai 1961 vor dem Bewilligungsausschuß des Senats, es gebe keinen Grund für die Annahme, die Sowjetunion könne die NATO überrennen [3]). In dieser Neueinschätzung des konventionellen Kräfteverhältnisses spiegelte sich zugleich die veränderte strategische Interessenlage der USA zu Beginn der sechziger Jahre: während der Verweis auf die überlegene konventionelle Kampfkraft der UdSSR und ihrer Verbündeten in der Zeit des amerikanischen Atommonopols die Militärdoktrin der „massiven Vergeltung" rechtfertigen sollte, war ein Gleichgewicht der Militärblöcke bei den herkömmlich armierten Verbänden die conditio sine qua non für die neue Strategie der „flexiblen Erwiderung", mit der die USA nach dem Aufstieg der Sowjetunion zur strategischen Nuklearmacht ihr Interesse an der Eskalationsprävention durchzusetzen versuchten. In seiner programmatischen Rede im Sommer 1962 in Ann Arbor, in der er die gegenwärtig gültige NATO-Strategie der „flexible response" erstmals im Zusammenhang darstellte, konstatierte McNamara daher erneut, daß die westliche Allianz durchaus über das Potential für eine nichtnukleare Verteidigung verfüge [4]). Im Frühjahr 1963 verneinte auch sein Stellvertreter Nitze in einer Rede in Cleveland die Existenz einer „konventionellen Verteidigungslücke" und behauptete, dieses Gespenst entspringe wie die Gerüchte von einer „Bomberlücke" oder später der „Raketenlücke" den Fehleinschätzungen westlicher Geheimdienste. Die tatsächlichen Streitkräftezahlen ließen es eher berechtigt erscheinen, wenn die Sowjetunion den Eindruck habe, der Westen verfüge über die „konventionellen Horden" [5]).

So weit gehen die amerikanischen Befehlshaber in Europa nicht, aber auch General Burchinal, stellvertretender Kommandant von EUCOM, und General Polk, Commandeur und Chief USAEUR, erklärten 1971 übereinstimmend vor einem Subcommittee des auswärtigen Ausschusses des Senats,

[3]) Siehe das Statement McNamaras in: Department of Defense Appropriations for 1962. Hearings before the Subcommittee on Appropriations, U.S. Senate, 87th Cong. 1st Sess., Washington G.P.O. 1961.

[4]) „Rede des amerikanischen Verteidigungsministers, Robert McNamara, vor der Universität Michigan in Ann Arbor am 16. 6. 1962 über Fragen der westlichen Verteidigung, in „Europa-Archiv", 17. Jg., 1962, F. 14, S. D 363—D 371.

[5]) Die Rede Nitzes ist ausführlich zitiert in William W. Kaufmann, The McNamara Strategy, New York-Evanston-London 1964, S. 130 ff.

daß die ihnen unterstellten Truppen zusammen mit denen der Alliierten für ein Gleichgewicht der konventionellen Streitkräfte in Europa ausreichten [6]). Sie ziehen daraus den Schluß, daß eine unilaterale Reduzierung der amerikanischen Truppen in Europa nicht möglich sei, weil durch einen derartigen Schritt das konventionelle Equilibrium gefährdet werde und die USA als Konsequenz die Atomschwelle im Widerspruch zu ihren strategischen Interessen senken müßten. Demgegenüber hatte vor einem vergleichbaren Ausschuß des Repräsentantenhauses bereits ein Jahr zuvor David P. Calleo, Associate Professor of European Studies an der John Hopkins School of Advanced Studies und Research Associate am Washington Center of Foreign Policy Research, die Ansicht vertreten, daß selbst ohne amerikanische Bodentruppen in Europa ein ungefähres Gleichgewicht bei den Landstreitkräften bestehe [7]).

Eine kritische Betrachtung der Vergleichszahlen der dpa-Statistik für die taktischen Waffensysteme der NATO und des Warschauer Pakts enthüllt, daß auch in diesem Bereich die These von der Überlegenheit des östlichen Bündnisses nicht zu halten ist. So verdeckt zum Beispiel die numerische Unterlegenheit der westlichen Allianz bei den taktischen Flugzeugen einen qualitativen Vorsprung der NATO, der von McNamara bereits 1968 in seinem Statement vor dem Kongress zum Militärprogramm der USA für die Jahre 1969 bis 1973 belegt wurde [8]). Auch Alain D. Enthoven und K. Wayne Smith, zwei führende Mitarbeiter McNamaras im Pentagon, stellen fest, daß die taktischen Flugzeuge der NATO in Europa denen des Warschauer Pakts in Reichweite, Flugzeit, Transportfähigkeit und Ausbildung der Piloten weit überlegen sind. Der große Vorsprung, den die NATO darüber hinaus bei diesem Waffensystem im globalen Rahmen gegenüber dem Warschauer Pakt hat, läßt sich einfacher als in anderen Bereichen in eine schnelle Verstärkung des europäischen Potentials umsetzen.

Bei einem Vergleich der am Mobilmachungstag in der zentraleuropäischen Region (BRD, Belgien, Niederlande, Frankreich, DDR, Polen, CSSR) Mitte 1968 verfügbaren anderen Waffensysteme kommen Enthoven und Smith zu weiteren Ergebnissen, die an der immer wieder beschworenen Unterlegenheit der NATO im Bereich der konventionellen Waffen zweifeln lassen. Nach diesen Untersuchungen verfügt die NATO zwar nur über 55 % der Panzer des Warschauer Pakts in diesem Raum, auf den meisten anderen Sektoren der militärischen Ausrüstung hat sie jedoch einen erheblichen Vorsprung: Panzerabwehrwaffen 150 %, Schützenpanzer 130 %, Artillerie und Mörser (Anzahl der Rohre) 100 %, Divisionslogistik 150 %, Gesamtzahl der Fahrzeuge 135 % und Pioniergerät 137 % [9]).

Diese Übersicht dokumentiert, daß selbst in dem für besonders kritisch gehaltenen Abschnitt Zentraleuropa von einer Unterlegenheit der NATO keine Rede sein kann. Die generell vorteilhafte Position der westlichen Allianz ändert sich auch dann nicht, wenn neben Mannschaftsstärken und Bewaffnung bzw. Ausrüstung noch andere Kriterien in den Vergleich der militärischen Kapazitäten der NATO und des Warschauer Pakts einbezogen werden.

---

6) United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10: United States Forces in Europa, Hearings before the Subcommittee on United States Security Agreements and Commitments Abroad of the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 91st Cong., Vol. II, Washington G.P.O. 1971, S. 2036 u. 2047.

7) United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's. Hearings before the Subcommittee on Europe of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong. 2d Sess., Washington G.P.O. 1970, S. 283 ff.; s.a. David P. Calleo, The Atlantic Fantasy: The U.S., NATO and Europe, Baltimore and London 1970.

8) Statement of Secretary of Defense Robert S. McNamara before the Senate Armed Services Committee on the Fiscal Year 1969—1973 Defense Program and 1969 Defense Budget, 22. 1. 1968, o. O. u. J, S. 80.

9) Alain C. Enthoven and K. Wayne Smith, How Much Is Enough? Shaping the Defense Program, 1961—1969, New York-Evanston-London 1971, bes. S. 148.

Auch wenn Ausbildungsstand, Einsatzbereitschaft, Feuerkraft, Verteilung der Streitkräfte und die Möglichkeiten zur schnellen Verstärkung mitberücksichtigt werden, bleibt nach Ansicht Enthovens und Smiths das militärische Verhältnis zwischen den beiden Paktsystemen in Zentraleuropa ausgeglichen.

Diese Erkenntnisse waren bisher nicht geeignet, den Mythos zu erschüttern, daß Westeuropa von „russischen Horden" bedroht wird. So lange aber nicht geklärt ist, wer nun eigentlich die „Horden" hat, ist nicht damit zu rechnen, daß bei den Gesprächen über einen Truppenabbau in Wien Fortschritte erzielt werden. Harald Horn

Zur Lage in Kanada

Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit in den Wahlen vom 30. Oktober 1972 konnte sich Kanadas Premier Pierre Elliot Trudeau durch eine inoffizielle Allianz mit den „Neuen Demokraten" (Kanadas Sozialdemokraten) gerade noch an der Regierung halten. Ein paar Tage lang sah es so aus, als ob Trudeau zurücktreten müsse (die konservative Opposition glaubte 108, verglichen mit Trudeaus 107 Sitzen, zu halten). Dann verschoben sich die Ergebnisse in wahrhaft mikroskopischen Veränderungen: Ein Sitz, den die Konservativen mit einer Mehrheit von 14 Stimmen (bei mehr als 30 000 Wählern) gewonnen hatten, wurde bei einer Nachzählung den Liberalen mit einer Zweistimmenmehrheit zugesprochen. Am Ende hatten die Liberalen 109 gegenüber 107 Sitzen der Konservativen, und Trudeau blieb an der Macht.

Die Neuen Demokraten hielten mit 30 gewählten Abgeordneten die „balance of power". Um weiter regieren zu können, durfte Trudeau die „Neuen Demokraten" nicht verärgern. Der demokratische Parteichef David Lewis weigerte sich, an einer offiziellen Koalitionsregierung teilzunehmen und Ministerposten im Kabinett Trudeau anzunehmen, erklärte aber, er würde die Regierung Trudeau stützen, vorausgesetzt, daß bestimmte grundsätzliche Forderungen der Neuen Demokraten gesetzlich durchgeführt würden.

Seine beiden Kardinalforderungen waren:

1) Ende der steuerlichen Bevorteilung der großen internationalen Konzerne.

2) Gesetzliche Maßnahmen gegen die immer weiter fortschreitende Überfremdung der kanadischen Industrie.

Zu Beginn der ersten Amtszeit Trudeaus im Juni 1968 waren 62,4 % der gesamten kanadischen Industrie in US-Besitz; am höchsten war die amerikanische Beteiligung in der Rohstofferzeugung (98,3 % allen Erdöls, 76,4 % des Erdgases, 82,2 % der Holz- und Papierindustrie wurden von Amerika aus kontrolliert). In den meisten Fällen waren die Aufsichtsratsmitglieder Amerikaner, die Manager teils Amerikaner, teils Kanadier. Die üblichste Form der Verwaltung amerikanischer Interessen war die Organisierung kanadischer Tochtergesellschaften.

Trudeau, der Sohn eines reichen frankokanadischen Rechtsanwaltes (sein Vater hinterließ ein Nettovermögen von 7,4 Millionen Dollar) war trotz seiner Herkunft ursprünglich fortschrittlich orientiert, und in den fünfziger Jahren hatte er als Chefredakteur der liberalen frankokanadischen Zeitschrift „cité libre" gegen die Überfremdung der kanadischen Industrie gewettert. Noch

während der 1968er Wahlkampagne hatte Trudeau sich für Gesetze, die den ausländischen Einfluß auf die kanadische Produktion abbremsen sollten, ausgesprochen. Nachdem er aber mit großer Mehrheit gewählt worden war, erfüllte er die in ihn gesetzten Erwartungen nicht. Gesetzesvorschläge, die Amerikas Einfluß auf Kanada verringert hätten und in einem halbamtlichen Dokument, dem sogenannten „Gray-Report", ihren Niederschlag fanden, wurden „sine die" aufgeschoben. Wie in den meisten westlichen Ländern einschließlich der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten wurde eine dauernde Preissteigerung bald zu dem die Öffentlichkeit am meisten beschäftigenden Problem. Trudeau versuchte, der Inflation mit rückständigsten Mitteln zu begegnen: Er drosselte die Produktion, um künstliche Arbeitslosigkeit zu schaffen. Zwischen 1968 und 1972 stieg die kanadische Arbeitslosigkeit von 2,8 % auf 6,4 % der Arbeitnehmerschaft. Dennoch gelang es der Regierung nicht, die Inflation zu beenden. Zwar erklärte Trudeau, Kanadas Preissteigerungsrate, die für 1970 bei 4,5 % und für 1971 bei 4,8 % lag, sei „die niedrigste aller westlichen Staaten". Aber der Hauptursache für Kanadas prekäre wirtschaftliche Lage, der Überfremdung der kanadischen Wirtschaft, trat Trudeaus Politik nicht entgegen. Unter der Devise „Ausländisches Anlagekapital wird kanadische Arbeitsplätze schaffen" konnte sich der amerikanische Anteil an der kanadischen Wirtschaft zwischen 1968 und 1972 von 62,4 % auf 64,75 % erhöhen.

Etwa ein halbes Jahr vor den Wahlen im Oktober 1972 wurden die Strategen der Liberalen Partei auf ein starkes Absacken der Popularität Trudeaus aufmerksam. Als Grund ergab eine Meinungsumfrage die steigende Arbeitslosigkeit, die zeitweilig 7 % der arbeitenden Bevölkerung erreichte und vor allem jüngere Arbeitnehmer in Mitleidenschaft zog (12,4 % aller achtzehn- bis fünfundzwanzigjährigen Arbeitnehmer hatten am 1. Mai 1972 keine Arbeit!). Trudeau versuchte daher im Sommer letzten Jahres, seinen wirtschaftspolitischen Kurs um 180 Grad zu drehen — mit dem Erfolg, daß im Jahr 1972 die Inflationsrate von 4,8 % (1971) auf 8,1 % (1972) stieg, während die Arbeitslosigkeit jedoch nur von 7 % auf 6,7 % absank.

Das ist der Hintergrund der gegenwärtigen politischen Lage in Kanada: Davis Lewis' Neue Demokraten fordern: Beschränkung des ausländischen Anteils an Kanadas Industrie (mindestens 51 % der Anteile aller Aktiengesellschaften sollten in der Zukunft in kanadischen Händen liegen). Steuergesetze sollen einen größeren Teil der Gewinne von Großunternehmen abschöpfen (in der Vergangenheit hatten eine Anzahl großer amerikanischer Aktiengesellschaften weniger als 15 % ihres Reingewinns an den kanadischen Staat abgeführt). Lewis verlangte außerdem: Einfrieren von Preisen, Dividenden, Großeinkommen („in diesem Falle, aber nur in diesem Falle, werden wir auch dem zeitweiligen Einfrieren von Löhnen zustimmen!" erklärte der Parteichef der Neuen Demokraten), sowie die Schaffung neuer Stellen durch direkte Regierungskredite an Unternehmen, die neue Arbeitskräfte einstellen.

Trudeau konnte nicht umhin, einige der Forderungen der Neuen Demokraten zu erfüllen. So wurde eine neue Steuergesetzgebung verabschiedet, die für die Zukunft eine fünfzigprozentige Besteuerung großer Aktiengesellschaften vorsieht. Dagegen ist es bisher noch nicht gelungen, Trudeau davon zu überzeugen, die Vorschläge des „Gray-Reports" gesetzlich zu verankern und damit die Kanadisierung ausländischer Firmen zu beschleunigen. Stattdessen hat Trudeau versucht, seine persönliche Beliebtheit durch Äußerlichkeiten zu steigern, indem er sich weniger salopp kleidete, und auf irritierende Bemerkungen, die

ihm laut Meinungsumfragen einen Wählerverlust von etwa 2,3 % eingebracht hatten, zu verzichten.

Laut einer neuen Meinungsumfrage hat sich Trudeaus persönliche Beliebtheit seit den letzten Wahlen gehoben. Von 37,4 % zur Zeit des Oktoberfiaskos ist sie heute auf 41,5 % gestiegen (Meinungsumfrage vom 8. März 1973). Damit hofft Trudeau in der Lage zu sein, bei Nachwahlen, die für Herbst 1973 erwartet werden, sich genügend zusätzlicher Sitze versichern zu können, um ohne die direkte Hilfe der Neuen Demokraten weiterregieren zu können.

Peter Lust, Montreal

Kleine Bibliothek

Politik Wissenschaft Zukunft

4 *Rose* Konvergenz der Systeme. 214 S. DM 9,80
5 *Beyer* Vier Kritiken: Heidegger, Sartre, Adorno, Lukács. 232 S. DM 9,80
6 *Bamberg* Militärseelsorge in der Bundeswehr. 304 S. DM 9,80
7 *Nazari* Das iranische Erdöl. 217 S. DM 9,80
8 *Rilling* Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD. 312 S. DM 9,80
9 *Lewan* Der Nahostkrieg in der westdeutschen Presse. 179 S. DM 9,80
10 *Kramer* Reform und Revolution bei Marx und Engels. 201 S. DM 9,80
11 *Ley – Müller* Kritische Vernunft und Revolution. 267 S. DM 9,80
12 *Deppe* Das Bewußtsein der Arbeiter. 358 S. DM 12,80
13 BRD–DDR Vergleich der Gesellschaftssysteme. 442 S. DM 12,80
14 *Halfmann* Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß. 239 S. DM 9,80
16 *Czichon* Wer verhalf Hitler zur Macht? 105 S. DM 9,80
18 *Schwamborn* Handbuch für Kriegsdienstverweigerer. 200 S. DM 9,80
19 *Boris u. a.* Chile auf dem Weg zum Sozialismus. 320 S. DM 9,80
20 *Werner* (Hrsg.) Christen und Revolution. 150 S. DM 9,80
21 *Schuon* Wissenschaft, Politik und wissenschaftliche Politik. 264 S. DM 12,80
25 *Priester* Der italienische Faschismus. 336 S. DM 14,80
27 *Lange,* Wissenschaftlich-technische Intelligenz. 237 S. DM 12,80
28 *Rau* Verfall des Fortschrittsgedankens. 280 S. DM 12,80
30 Sozialdemokratie. Sowjetische Analysen. 125 S. DM 9,80

Pahl-Rugenstein

Theoretische und praktische Probleme intersystemarer Kooperation

Von Gunnar Matthiessen

Der Umbruch, der sich im Übergang zu den 70er Jahren in den Beziehungen der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsverfassung vollzog, hat zwei recht widersprüchliche Reaktionen bewirkt. Zum einen fällt die Tendenz zum beruhigten und wenig aufmerksamen Beobachten der internationalen Politik in Europa auf, vielfach auch in jenen Kreisen der demokratischen Öffentlichkeit, die sich bislang engagiert für eine Politik der friedlichen Koexistenz, für die Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern und für eine intensivierte Zusammenarbeit mit ihnen eingesetzt haben. In dem Maße, in dem ihre Forderungen zur politischen Realität wurden, wie die Anerkennung und Respektierung der Grenzen in Europa, der Gewaltverzicht, die Anerkennung der DDR und die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz, hat sich ihre politische Aktivität reduziert. Längerfristige Überlegungen, wie nun eine Politik der friedlichen Koexistenz auszusehen habe, nachdem ein entscheidender Durchbruch zu ihrer Möglichkeit gelungen ist, sind kaum festzustellen. Sie flankierende praktische Initiativen scheinen offensichtlich kaum geboten — gleichsam, als sei der Prozeß der politischen Entspannung nun in den Kanälen der Diplomatie gut aufgehoben und ohnehin kaum mehr zu beeinflussen, da eine Reihe von Problemlösungen nicht vorher abstrakt erarbeitet werden könnten, sondern nun besser den Verhandlungen und Kompromissen der Regierenden zu überlassen seien. Die außenpolitische Diskussion ist sichtbar auf einen sekundären Rang verwiesen, obgleich allenorts die Einsicht anzutreffen ist, daß innenpolitische und außenpolitische Probleme sich immer mehr ineinander verschränken, daß Fragen des sozialen und demokratischen Fortschritts, der Lebensqualität und des Umweltschutzes nachweislich verknüpft sind mit einer Politik der friedlichen Koexistenz, der Zusammenarbeit, der Abrüstung und des Abbaus des Antikommunismus. Mit dieser Haltung wird nur recht unzureichend den Anforderungen genügt, die sich gegenwärtig aus der europäischen Politik und der Tatsache ergeben, daß die Grundnotwendigkeit der friedlichen Koexistenz, Zusammenarbeit und Abrüstung zwar erkannt, aber erst in Umrissen erkannt ist.

Andererseits nimmt gerade in jenen Kreisen, insbesondere in der politischen Wissenschaft, die sich bislang häufig mit der Ausarbeitung von Strategien des Kalten Krieges beschäftigten, die Diskussion über die Ost-West-Beziehungen einen sichtbaren Aufschwung. Dies ist erfreulich, gleichwohl aber nicht schon unproblematisch. Das Reagieren auf die neuen Realitäten impliziert keineswegs schon ein politisches Einverständnis mit ihnen. Vielmehr bleibt zu untersuchen, ob die Vorstellungen, die gegenwärtig von den politischen Wissenschaften rege zu Problemen der Friedenssicherung und Zusammenarbeit entwickelt werden, die neuen Verhältnisse in Europa angemessen erfassen und dadurch, gerade im Bereich strategischer Überlegung, der Stabilisierung einer Politik der friedlichen Koexistenz und dem Ausbau der Kooperation dienen. Hoffnungs- und erwartungsvoll kann man mit einer solchen Untersuchung kaum beginnen. Denn gut ist noch in Erinnerung, daß die Wissenschaft der Politik allemal die Funktion gehabt hat, politische Wünsche und Spekulationen mit der Würde methodisch abgesicherter, „wertneutraler" Wahrheit auszustatten. In Erinnerung ist noch der wissenschaftlich strikte Nachweis des notwendigen Untergangs des Sozialismus.

Lediglich die Fristen wurden von Jahr zu Jahr ein wenig verlängert. Als sie allerdings Generationsausmaße annahmen und die Untergangstheorie in dieser Einseitigkeit sich wissenschaftlich zunehmend diskreditierte, empfahlen die Theoretiker der Konvergenz nun doch, den Untergang etwas flexibler auszuweisen. Sie nahmen den Kapitalismus zugleich mit ins Grab, ließen gleichwohl aber erkennen, daß die neue Gesellschaft, die an die Stelle dieser beiden antagonistischen treten sollte, im wesentlichen geprägt war von den Idealvorstellungen, Werten und Strukturen der kapitalistischen [1]). Ihre Funktion war es, die Politik der militärischen Konfrontation als absolut notwendig auszuweisen und dem öffentlichen Bewußtsein zu suggerieren, daß friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten ausgeschlossen sei. Sie stand unerschütterlich in Brot und Gebot der herrschenden Politik des Kalten Krieges und stützte diese geflissentlich ab.

Die hinterbliebene Skepsis wirkt zu sehr nach, als daß man sich nun beruhigt mit der Feststellung begnügen könnte, daß die neuere Forschung sich kritisch mit der alten Konfrontations- und Konvergenztheorie auseinandersetzt und sich im Rahmen der Friedensforschung um einen neuen Kooperationsbegriff bemüht, in dem das Verhältnis zwischen Ost und West eingefangen werden soll.

Denn auch davon, ob die spezifischen Inhalte der zahlreich angebotenen Kooperationstheorien realitätsgerecht oder eher hoffnungsfrohe Spekulationen sind, wird der Übergang zu einem System der europäischen Sicherheit, zur Abrüstung und friedlichen Zusammenarbeit mit beeinflußt werden. Vermutungen, daß unzureichende Theorien der Kooperation durch die Praxis schon korrigiert würden, weil diese durch reale und konkrete Interessen fundiert ist, mögen sich langfristig als richtig erweisen. Dennoch können sie eine kritische Auseinandersetzung nicht ersetzen, denn problematische Fassungen des Kooperationsbegriffes sind nur allzu geeignet, die Bedingungen, die Möglichkeiten, Wege und Ziele der friedlichen Koexistenz und Zusammenarbeit in Europa zu verdecken. Realitätsferne oder -nähe der Wissenschaft von den intersystemaren Beziehungen werden daran abzulesen sein, ob sie sich entschieden von den Denkkategorien des Kalten Krieges und der Konfrontationspolitik abhebt. Zu untersuchen wird sein, ob die verschiedenen Kooperationsbegriffe ein reales Verständnis für die objektiven Bedingungen der Friedenssicherung und der Zusammenarbeit einerseits und die Entgegensetzung und Abgrenzung der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme andererseits beinhalten. Die Tatsache allein, daß europäische Friedensordnung, intersystemare Kooperation und Konfliktregulierung zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen werden, erlaubt, so erfreulich dies auch immer ist, noch nicht die Erwartung, daß mit den alten Traditionen der politischen Wissenschaften gebrochen und der friedenshemmende und die Konfrontation stimulierende Antikommunismus überwunden wäre. Am Kooperationsbegriff gerade muß sich erweisen, ob die politische Theorie sich nicht nur den neuen Verhältnissen, gleichsam gezwungenermaßen, anpaßt und sich nach wie vor dabei den alten Denkmodellen der Machtpolitik bedient, sondern ob sie den qualitativen Umbruch, der sich in den Beziehungen zwischen Kapitalismus und Sozialismus vollzieht, wissenschaftlich angemessen widerspiegelt.

Nimmt man die verschiedenen Ansätze der Kooperationstheorie, erscheinen sie so vielfältig und zahlreich wie die Namen, die mit ihnen jeweils verbunden sind.

[1]) Vgl. Wilfried v. Bredow, Vom Antagonismus zur Konvergenz? Frankfurt/M. 1972 u. a. S. 42, wo er darauf verweist, daß auch die Konvergenztheorie einen, wenngleich modifizierten, einseitigen Untergang des Sozialismus stillschweigend unterstellt.

Da gibt es die neofunktionalistische Theorie der internationalen Integration und der intersystemaren Kooperation, der z. B. Gerda Zellentin anhängt [2]), die Kritik des funktionalistischen Theorieansatzes [3]), die Theorie der transnationalen Politik [4]), die Konvergenztheorien in ihren vielfältigen Variationen, die eigenwilligen Kommutationsvorstellungen Fritz Vilmars, die Kooperationstheorie, die sich von „arms control" herleitet [6]), die Konzeption der antagonistischen Kooperation von Wilfried v. Bredow [7]) und der friedlichen Kooperation von Lothar Brock [8]) und Johan Galtung [9]). Gleichwohl läßt sich Typisches und sich Wiederholendes, wenn auch nicht immer Einheitliches, in Fragestellung, in Gegenstand und Lösungsvorschlägen feststellen. Abgesehen von den unterschiedlichen Gewichtungen sind es sechs Problemkreise, die von politikwissenschaftlicher Seite behandelt werden und die die verschiedenen Aspekte der Kooperation zwischen Sozialismus und Kapitalismus konkretisieren.

Allen Ansätzen gemeinsam ist, daß Kooperation verstanden wird als politische Alternative zur bisherigen Konfrontation. Unabhängig davon, was im praktischen Bereich unter Kooperation zu verstehen ist, ob auch Handelsbeziehungen oder nur Koproduktion in verschiedenen industriellen Sektoren, wird sie als ein Prinzip und Instrument für die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Ost und West gesehen. Die Beschäftigung mit dem Kooperationsbegriff ist insofern eher durch politische Zielsetzung motiviert als durch ein unmittelbar praktisches Interesse, wie z. B. von seiten der Industrie. Hieraus folgt, daß das sich wechselseitig bestimmende Verhältnis von Ökonomie und ökonomischem Interesse einerseits und Politik und politischer Ziesletzung andererseits in der gesamten Diskussion einen zentralen Stellenwert einnimmt. Mit dieser dominierenden Behandlung des Kooperationsbegriffes unter politischem Aspekt verknüpft sich das Problem der Gegensätzlichkeit der Systeme als spezifisches Charakteristikum der Zusammenarbeit. Gerade hierin sind sehr unterschiedliche Vorstellungen und Antworten zu finden. Als vielfach bestimmendes Element politischer Beziehungen erhält die Kooperation, nunmehr in strategischer Sicht, einen wesentlichen Gehalt für eine Europäische Friedensordnung, in deren zahlreichen Entwürfen sie häufig im Mittelpunkt steht.

Kooperation hat jedoch nicht nur funktionalen und instrumentellen Charakter im Sinne der Friedenssicherung, sondern auch einen eigenen Stellenwert. Dies allerdings wird von politikwissenschaftlicher Seite selten detailliert unterschieden.

Ihre Eigenart erhält sie durch den Antagonismus der beiden gesellschaftlichen Systeme, die sich zwar nicht hinderlich für die Zusammenarbeit auswirken müssen, ihr gleichwohl aber eine charakteristische Prägung geben aufgrund der unterschiedlichen Produktionsverhältnisse und der aus ihnen resutierenden wirt-

---

2) Gerda Zellentin, Intersystemare Erziehungen in Europa. Leiden 1970. Europa 1985, Bonn 1972.
3) Eva Senghaas-Knobloch, Frieden durch Integration und Assoziation, Stuttgart 1969.
4) Karl Kaiser, Transnationale Politik. Zu einer Theorie der multinationalen Politik, in: Die anachronistische Souveränität, Hrsg. von Otto Czempiel, Sonderheft I der Politischen Vierteljahreszeitschrift.
5) Fritz Vilmar, Sozialistische Friedenspolitik für Europa, Reinbek b. Hamburg 1972. Kommutation — Friedenspolitische und friedenspädagogische Bedeutung produktiver Lernprozesse zwischen Ost und West, in: „Friedensforschung und politische Praxis", Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung Bd. II, Düsseldorf 1972.
6) Graf v. Baudissin, Die BRD und die KSZE, Ms. Möglichkeiten der Kooperation, Rüstungssteuerung, Ms., abgedruckt in „Revue Militaire Générale", Paris.
7) Vgl. Fußnote 1, auch ders., Freund-Feind-Kooperation, in: „liberal", 8/9 1971.
8) Lothar Brock, Problemlösung und Interessenpolitik. Friedenspolitische Funktionen einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit. Referat auf dem 3. Wissenschaftlichen Kolloquium der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung vom 11.—13. Oktober 1972 in Hannover. Ms. Das überarbeitete Referat erscheint mit anderen Artikeln im Herbst 1973 in der Reihe Hanser.
9) Johan Galtung, Co-operation in Europe, Oslo 1970, gekürzt auch: Europa — bipolar, bizentrisch oder kooperativ?, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte", Bd. 41/72.

schaftlichen und gesellschaftlichen Organisationsformen. Voraussetzungen, Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation werden daher ausführlich erörtert, wenngleich weniger in bezug auf den Antagonismus, sondern auf andere Kriterien. Hieraus folgt letzten Endes die Frage nach den möglichen und zweckmäßigen Organisationsformen gesamteuropäischer Zusammenarbeit, innerhalb derer die jeweils mit spezifischer Zielvorstellung verknüpfte Kooperation verwirklicht werden könnte.

Dies sind im kurzen Aufriß die Problemkreise, mit denen sich die Kooperationstheorie generell beschäftigt. Es wird sich erweisen, daß es trotz unterschiedlicher Ansätze eine Reihe wesentlicher Berührungspunkte in diesen Komplexen gibt und daß sich die Geister grundsätzlich erst unterscheiden lassen, wenn es gilt, präzise den Antagonismus der Systeme mit dem eigenen Kooperationsbegriff in Einklang zu bringen.

Von der Konfrontation zur Kooperation und einem europäischen Sicherheitssystem. Theoretische Probleme der Zusammenarbeit

Über ein Vierteljahrhundert war die europäische Nachkriegsgeschichte im wesentlichen bestimmt durch eine auf Konfrontation und militärische Pression gerichtete Politik. „Starrheit der Fronten wie geringe Durchlässigkeit der Grenzen, verengte und verzerrte die Kommunikation, Mißtrauen und Bedrohtheitsgefühle waren die Folge. Projekte, die besser gemeinsam oder gar nur in internationaler Arbeitsteiligkeit zu verwirklichen sind, blieben weitgehend außer Betracht; auch nur die Übereinstimmung, gewisse Interessen zu akzeptieren, erschien bereits ketzerisch. So stand die Außenpolitik vornehmlich im Zeichen eines wirklichkeitsfremden, übersteigerten Freund-Feind-Verhältnisses; der zwischenstaatliche Dialog magerte zu Monologen ab ... Hier saß der Teufel nicht im Detail, sondern bereits im Prinzip. Sicherheitspolitische Gesichtspunkte dominierten daher und reizten zu permanentem Wettrüsten ... Die sicherheitspolitischen Anstrengungen gefährdeten mehr und mehr die anstehenden innerstaatlichen Reformen, von deren Erfolgen die Glaubwürdigkeit der konkurrierenden Gesellschaftssysteme abhängt. Überdies erschwerte die Abkapselung den Austausch von Erkenntnissen, Erfahrungen und Gütern, auf den hochentwickelte Gesellschaften angewiesen sind" [10]).

I

Das Instrument der politischen Konfrontation war das Militär, die Diskriminierung und der Versuch, das Prinzip der Gleichberechtigung allenorts zu verhindern. Mittels ihrer Embargo-Politik versuchten die USA, die sozialistischen Länder ökonomisch zu blockieren und international zu isolieren. Insbesondere gegenüber der DDR wurde durch die Verweigerung ihrer Anerkennung und ihren Ausschluß aus der UNO und deren regionalen Unterorganisationen wie der ECE und der WHO die Pressionspolitik auf die Spitze getrieben. Folge jener Strategie der Diskriminierung, Blockade und des Gleichgewichts des Schreckens war die friedensgefährdende Spaltung Europas in militärische Blöcke.

In und mit den ersten bilateralen Abkommen festigte sich die Einsicht, daß in Europa neue, alternative Sicherheitslösungen angestrebt werden müssen, die garantiert den militärischen Konflikt zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen ausschließen. Die Konferenz von Helsinki, die nach Meinung

10) Graf v. Baudissin, BRD . . ., S. 2.

der meisten Staaten nach Abschluß der Vorbereitung Mitte dieses Monats Ende Juni beginnen wird, soll diesen zweiseitigen Verträgen einen gesamteuropäischen Zusammenhang geben. Seit diesem Zeitpunkt auch wird die Diskussion über Kooperation generell geführt. Damit erweist sich Kooperation erst einmal abhängig von politischer Verständigung und der Anerkennung der völkerrechtsgültigen Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen in ihrer spezifischen Konkretisierung für die europäischen Verhältnisse. Ohne den Willen zur politischen Verständigung und zur friedlichen Koexistenz wird die intersystemare Kooperation kein allgemeines Element gesamteuropäischer Beziehung sein, sondern eher zufällig und an partielle Interessen gebunden bleiben. Automatisch kann Zusammenarbeit den Frieden nicht sichern, das hat die geschichtliche Erfahrung hinlänglich erwiesen. Kooperation, die ohne den Prozeß der politischen Verständigung auskommen zu können glaubt oder gar, wie die funktionalistische Theorie es unternimmt, mit diesem identifiziert wird, wird auch sich selbst enge Grenzen setzen. Andererseits kann Kooperation und das Interesse an ihr der Politik wesentliche Impulse geben. Hierbei ist an das Beispiel des systematisch unterlaufenen Embargos gegen die sozialistischen Länder zu denken. Nicht jedoch ist dies in dem Sinne falsch zu interpretieren, daß das ökonomische Interesse der Monopolindustrie per se eine Politik der Normalisierung zur Folge gehabt hätte oder haben könnte. Als unter dem Druck freigegebener Wechselkurse von prominenter Seite die Ratifizierung des Moskauer Vertrages gefordert wurde, um befürchtete Verluste von Exporträumen im Westen durch neue in der Sowjetunion kompensieren zu können, hat dies keineswegs zur Lockerung des damals bestehenden Westberlin-Junktims geführt. Die Normalisierung war vielmehr ein Resultat der politisch veränderten und neuen Lage in Europa. Ökonomische Interessen wirkten in ihr als Katalysator. Die Kooperation wird künftig die Aufgabe haben, die Politik der friedlichen Koexistenz materiell abzusichern und sie praktisch auszugestalten

Nur insofern ist die „Zusammenarbeit aller Art ... zunächst einmal als politisches Mittel zu sehen" [11]). Sie kann dies sinnvoll nur sein, wenn sie sich in ihrem Inhalt als Alternative zur Politik, zur Zielsetzung, zu den Instrumenten und Methoden des Kalten Krieges abhebt. Als Resultat politischer Entspannung kann sie dieser rückwirkend dann fruchtbare Impulse geben, wenn die vereinbarten Prinzipien der friedlichen Koexistenz in ihr ihren konkreten Ausdruck erhalten. Kooperation, die sich nicht strikt auf die Prinzipien der friedlichen Koexistenz gründet, sondern vielleicht sogar die Funktion zugedacht bekommt, Freiräume zu schaffen, in denen diese Prinzipien zu unterlaufen wären, muß Spannung und Mißtrauen erzeugen, in deren Folge politische Verständigung destabilisiert und die Kooperation eingeengt würde.

Mithin scheint es sinnvoll, im Kontext von friedlicher Koexistenz auch von friedlicher Zusammenarbeit zu sprechen, da Kooperation allein nicht unbedingt schon friedensfördernd sein muß. So z. B. schlagen es Galtung und Brock vor, der von einer möglichen konterproduktiven Wirkung spricht und diese Gefahr mit seinem Begriff der antagonistischen Kooperation zu fassen sucht. Ebenfalls in den regierungsamtlichen Verlautbarungen, den Kommuniqués und den Verträgen ist von friedlicher Zusammenarbeit die Rede. Sie ist nicht von friedlicher Koexistenz zu isolieren, sondern wird, so auch bei den Vorbereitungsgesprächen in Dipoli, in ihr als völkerrechtskräftiges Prinzip verankert, gleicher-

11) Ebd., S. 7.

maßen wie die Respektierung der Grenzen, der Gewaltverzicht und die gutnachbarlichen Beziehungen die Souveränität, Gleichberechtigung und Nichteinmischung implizieren.

Kooperation ist nicht jenseits politischer Friedenssicherung anzusiedeln, mithin dieser eindeutig untergeordnet. Im Gegensatz z. B. zu Baudissin, aber nicht nur zu ihm, wäre daher darauf zu insistieren, daß Kooperation nicht lediglich auf „Änderung der politischen Methoden und nicht bereits (auf) einen grundlegenden Konzeptions- und Zielwechsel" steuert [12]). Beides, Konzeptions- und Zielwechsel, sind notwendige Implikate eines Kooperationsbegriffs, der als Alternative zur Konfrontationspolitik politische Entspannung praktisch ausgestalten soll. Rettungsversuche alter politischer Wert- und Zielvorstellungen, wie sie Gerda Zellentin ausführlich unternimmt, werden den Begriff intersystemarer Kooperation sich sehr schnell als unbrauchbar und zukunftslos erweisen lassen, weil er den Bedingungen, dem Prozeß und den Prinzipien friedlicher Koexistenz nicht entspricht.

In Anlehnung an die politische Theorie des Funktionalismus, wie sie von Mitrany in den USA entwickelt wurde, und in dem Versuch, sie auf die gesamteuropäischen Beziehungen zu übertragen, grenzt sich Zellentin von der traditionellen Methode des Kalten Krieges ab, die sie eher verschleiernd als einleuchtend mit Konstitutionalismus bezeichnet. Die konstitutionelle Methode der Friedenssicherung kann schlicht übersetzt werden mit Rollback-Strategie. Gegen diese Vorstellung bietet Zellentin ihre funktionalistische Kooperation an, die sie selbst nur als Methodenwechsel versteht. „So wie der Konstitutionalismus sich durch die Formel ‚function follows form' kennzeichnen läßt, so ist der Funktionalismus auf den Satz ‚form follows function' zu reduzieren. Funktionen sind gleichbedeutend mit solchen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und administrativen Aufgaben und Bedürfnissen, die sich durch transnationale Interaktion optimal regeln oder befriedigen lassen, und die außerdem wegen ihrer gesamtgesellschaftlichen Verflechtung im überstaatlichen Bereich ihre typischen Interaktionsmuster wieder herstellen; das ist nur möglich, wenn die benachbarten Bereiche ebenfalls wieder überstaatlich koordiniert werden. Die Funktionalisten nehmen an, daß sich der internationale Vergemeinschaftungsprozeß, durch den der Frieden in den sozialökonomischen (Bedürfnis-)Strukturen verankert wird, in bestimmbaren Sequenzen vollzieht und schrittweise zur überstattlichen politischen Ordnung führt. In diesem Prozeß wird die Bedeutung der Souveränität, d. h. der freien Verfügung einzelner Staaten über ihre Konfliktpotentiale sukzessiv reduziert." „Der Nationalismus verdeckt die Möglichkeiten transnationaler Bedürfnisbefriedigung. Staatsgrenzen stellen für vielerlei Beziehungen Diskontinuitätsgrenzen dar" [13]).

Zellentin versteht somit ihren Kooperationsbegriff nur in einem graduellen Unterschied zum Konstitutionalismus. Funktionalistische Kooperation stellt eine Art Vorstufe zur Erreichung des Endzieles dar, das vom Konstitutionalismus übernommen wird. „Befriedung durch gemeinschaftsbildendes Recht setzt eine nichtantagonistische Weltgesellschaft und einen politischen Konsens über die Form der Weltregierung voraus; beides ergibt sich aber erst bei der Interaktion zwischen den Systemen, und zwar im trial-and-error-Verfahren" [14]). Mithin sieht Zellentin in der Kooperation die geeignetere Methode, zum selben Ziel zu ge-

12) Ebd., S. 4.
13) Gerda Zellentin, Intersystemare . . ., S. 181 f. und 183.
14) Ebd., S. 148.

langen, zu dem die Politik des Kalten Krieges gelangen wollte, aber nicht konnte. Als Differenz von Konfrontation und Kooperation ist bei ihr nur der Methodenwechsel auszumachen und im Gegensatz zum Konstitutionalismus die Ansicht eines längeren stufenweisen Prozesses.

Resultat dieser politischen Zielsetzung ist eine weite Fassung des Kooperationsbegriffes, in den auch die traditionellen Instrumente des Kalten Krieges einbezogen werden. Wie bei Baudissin, dessen politisches Verständnis geprägt ist von militärischen Überlegungen und der von einer weitgesteckten „Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem, technologischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet" [15]) spricht, will auch Zellentin arms control zum Element von Kooperation machen. Sie leitet Kooperation überhaupt erst aus dem militärischen Sektor ab, statt sie ihm entgegenzustellen. „Das Prinzip der Abschreckung als Regulator des internationalen Systems wird nicht in Frage gestellt, sondern im Gegenteil perfektioniert und stabilisiert. Damit diese Stabilisierung gelingt, muß ein Einvernehmen darüber bestehen, daß die Kommunikation zwischen den Kontrahenten so verbessert wird, daß Fehlperzeptionen ausgeschaltet werden. Damit eröffnet sich ein Bereich partieller Kooperation zwischen den Antagonisten" [16]). „Die Kooperation, die zunächst nur dazu dient, die Abschreckung mit Hilfe der Rüstungskontrolle zu stabilisieren, zeigt die Tendenz, sich auf andere, d. h. nichtmilitärische Bereiche auszudehnen und das Konfliktsystem damit zu verändern" [17]). Kooperation erhält hiermit nicht die Funktion, eine ganz andere Möglichkeit der Friedenssicherung zu sein. Sie rangiert lediglich gleichsam als erfreuliches Abfallprodukt unter dem „kontrollierten Rüstungswettlauf". Zudem verweist Bredow zu recht kritisch auf den Automatismus der Annahme, friedliche Kooperation müsse sich zwangsläufig aus dem „kontrollierten Wettrüsten" ergeben. Eher schon scheint die Überlegung berechtigt, daß gerade dies nicht der Fall ist und friedliche Kooperation begrenzt bleiben muß, solange ihr das militärische Denken angeheftet und verordnet wird, das seiner Natur nach auf Polarisierung zielt. Allerdings kommt auch Bredow, der prinzipiell entgegengesetzte Auffassungen vertritt und ein europäisches Sicherheitssystem fordert, das anstelle der Militärblöcke tritt, zu der Überlegung, die militärische Komponente in den Kooperationsbegriff einzubeziehen. Er bemüht sich „Bereiche in den Blick ... (zu nehmen), in denen die Kooperation der Systeme am ehesten beginnen kann und z. T. schon begonnen hat. Es sind in erster Linie der militärische Bereich und der ökonomische" [18]). Solche Einbeziehung erschwert ein angemessenes Verständnis von der Kooperation als Alternative zur Konfrontation und dem sie tragenden Instrument, der Rüstung. Sie erlaubt vielmehr, wie es Zellentin folgerichtig auch unternimmt, das militärische Instrument als solches in die sich gegenwärtig anbahnende Etappe friedlicher Koexistenz hineinzuprojizieren und es somit noch als deren Element zu verfestigen. Dies muß dazu führen, daß die vorherrschende Zweisäulen-Theorie von der diplomatischen Entspannung zum Osten einerseits und dem Ausbau des militärischen Potentials andererseits von politikwissenschaftlicher Seite unbesonnen und in ihrer Begründetheit nirgends reflektiert hingenommen wird.

Selbstverständlich verhandeln immer zwei Seiten über Abrüstung, ohne daß man diesen Tatbestand schon mit dem Kooperationsbegriff beschweren müßte. Die Einbeziehung des Militärischen in ihn ist viel mehr im Sinne von „arms control"

15) Graf v. Baudissin, BRD . . ., S. 1.
16) Gerda Zellentin, Intersystemare . . ., S. 13.
17) Ebd., S. 16.
18) Wilfried v. Bredow, Vom Antagonismus . . ., S. 179.

gemeint, dem „kooperativen Rüstungswettlauf", gegen den gerade Wilfried v. Bredow kritisch Stellung nimmt, weil seine Funktion ist, echte Abrüstung zu verhindern zugunsten eines modifizierten Weiterrüstens.

II

Beides zusammen, das Festhalten an der Weltgesellschaft, die einzig garantiert Frieden sichert und stillschweigend, prüft man die ihr unterlegten Wertvorstellungen, als kapitalistische verstanden wird, und die Einbeziehung des Militärs im Sinne von „arms control" in die intersystemare Kooperation ergeben den einheitlichen Argumentationszusammenhang, der die modifizierte Fortdauer der militärischen Konfrontation gegenüber dem sozialistischen System trotz Entspannung begründen soll. Helmut Schmidt besteht immer noch auf ihr: „Frieden nämlich, der mehr ist als eine Abwesenheit von Krieg, würde ein allgemein geltendes Recht für die ganze Menschheit voraussetzen" [19]). Mithin muß garantierter Friede dieser Auffassung nach ausgeschlossen bleiben, solange antagonistische Wettsysteme bestehen, muß das Militär weiterhin als politisches Instrument gelten und lediglich ein Verhältnis zu den sozialistischen Staaten möglich sein, das Schmidt da als bloßes Nebeneinander charakterisiert. Dagegen stellt der Initiativkreis für Europäische Sicherheit in seinem Entwurf zu den Elementen einer Charta der friedlichen Koexistenz in Europa fest: „Die allgemeine Bedeutung einer europäischen Charta der Koexistenz wird in der Anerkennung des territorialen Status quo und der Existenz entgegengesetzter Gesellschaftssysteme bestehen. Nicht so sehr die Gegensätzlichkeit der Systeme als vor allem die fehlende Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz ist die Quelle der bisherigen Spannungen zwischen Ost und West. Im übrigen begannen weder der Erste noch der Zweite Weltkrieg als ideologischer Krieg. Sie begannen zunächst zwischen Staaten gleichgearteter gesellschaftlicher Verfassung. Dagegen wurde der Faschismus in Europa liquidiert durch das Bündnis der Antihitlerkoalition, das verschiedenartige ideologische und politische Elemente in sich vereinigte. Friedliche Koexistenz und garantierte Sicherheit in Europa werden möglich mit der Respektierung unterschiedlicher Gesellschaftsverfassungen und mit der Bereitschaft, auf der Grundlage der politischen Verständigung die Zusammenarbeit im Interesse des Friedens zu entfalten" [20]).

Dies offensichtlich ist die Crux aller Begriffsbildung der politischen Wissenschaften. Ihr noch allzu oft anzutreffender verharschter Antikommunismus motiviert sie einerseits zu Skepsis gegenüber einem Miteinander mit dem Sozialismus und andererseits zu einem Harmoniedenken, in dem der Antagonismus keine Rolle mehr spielt und der Sozialismus in seiner existierenden Gestalt schlichtweg keinen Platz mehr findet. Sinnvoll von Kooperation zu sprechen, heißt Miteinander und nicht bloß Nebeneinander der Systeme, ohne daß damit ihr Gegensatz in Frage gestellt ist. Abgrenzung und Kooperation sind keine sich ausschließenden Begriffspaare. Sie verweisen lediglich auf die für die politische Wissenschaft offensichtlich schwer verstehbare Tatsache, daß die Kooperation in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur zu beiderseitigen Vorteilen keineswegs eine der Seiten motiviert, auf ihre gesellschaftlichen Wertvorstellungen und die entsprechende Verfassung zu verzichten. Gewiß ist, daß aus einem Mehr der Kontakte und einem breiten Fächer der Kooperation für beide Systeme ideologische Probleme erwachsen und dem Systemwettbewerb eine neue

19) Helmut Schmidt, Die Atlantische Allianz und die Herausforderung an die Zukunft. „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung", Nr. 4/1973, S. 30.
20) „Information des Initiativkreises", Nr. 8, 1973, S. 3 f.

Qualität erhält. Kooperation schließt unvermeidlich Konflikte ideologischer Natur in sich ein, da sie ihrem wesentlichen Charakter nach Kooperation zwischen antagonistischen Partnern ist und hierdurch inhaltlich bestimmt bleibt. Problematisch werden Konflikte erst, wenn mit Kooperation versucht wird, die regelnden Prinzipien der politischen Beziehung zu umgehen, und dadurch Konflikte politischer Natur erzeugt werden. Im formalen Modell der Systemtheorie und des Funktionalismus wird diese Differenzierung kaum vorgenommen. Vielmehr wird in der Intention, mit Kooperation Frieden zu sichern, diese identifiziert mit Konfliktlosigkeit überhaupt, während Konflikt wiederum einseitig als Resultat des Antagonismus verstanden wird. Kurzum bedeutet Friedenssicherung Verminderung von Konflikten, d. h. Überwindung des Antagonismus. Solche logische Ketten werden natürlich nur möglich, wenn man großzügig und abstrakt mit der Realität umgeht.

Aus der Sicht beider Systeme wird mit Zunahme der Kooperation daher auch die Abgrenzung erforderlich. Kooperation zwischen antagonistischen Systemen ist überhaupt nur denkbar als ein zugleich vollzogener Prozeß der Abgrenzung. Eigenständigkeit, Gleichberechtigung und das Vertrauen müssen abgesichert werden durch die politischen Prinzipien, die den beteiligten Partnern die Garantie der Nichteinmischung geben. „Ideologische Entkrampfung" im Ost-West-Verhältnis, die zur besseren politischen Zusammenarbeit führt, wird gerade durch den Verzicht ermöglicht, die Existenzberechtigung des anderen Systems ständig in Frage zu stellen, und nicht durch die penetrante Aufforderung, auf sein eigenes Selbstverständnis und die hieraus resultierenden praktischen Gesellschaftsverhältnisse zu verzichten. Dies impliziert keineswegs ein Einverständnis mit der anderen Ordnung, sondern nur die Bereitschaft, sie als Tatsache anzuerkennen. Politische und gesellschaftliche Veränderungen innerhalb der Systeme können nur gemäß den in ihnen selbst vorhandenen sozialen Quellen erfolgen und nicht von außen, gerade dann, wenn diese sozialen Quellen nicht vorhanden sind, einzuchleusen versucht werden. Gerade jene Vorstellungen einer Kooperation, die in dieser per se den primären Ansatz friedlicher Koexistenz und in den politischen Prinzipien einen, wenn überhaupt, allenfalls nebensächlichen sehen, halten Freiräume der Verunsicherung offen, die sich hemmend auf die Kooperation auswirken müssen. Nur die Respektierung der Abgrenzung kann ein positives und vertrauensbildendes Element der Kooperation sein. Dabei ist es nicht so sehr entscheidend, daß man spezifische Gebiete von der Kooperation ausspart, wie Bredow es vorschlägt, oder multilaterale Organisationsformen schafft, wie Zellentin und Baudissin sie, allerdings aus etwas anderen Gründen, fordern. Entscheidend ist vielmehr, daß alle beteiligten Partner gewillt sind, die vereinbarten Prinzipien strikt einzuhalten und sie auf allen Gebieten und in allen Formen der Kooperation zu verwirklichen. Bredow, Brock und Galtung haben es unternommen, dieses Verhältnis von Kooperation und Abgrenzung in ihrem jeweiligen Begriff der antagonistischen bzw. friedlichen Kooperation widerzuspiegeln. Allerdings bleibt zu überlegen, ob Bredows Begriffskombination, die sicher als handliches Kürzel gedacht ist und den Antagonismus schon vom Wort her als Charakteristikum der Beziehung assoziiert, nicht zum Mißverständnis führen kann, daß Zusammenarbeit, eben weil sie nur antagonistisch sein kann, lediglich ein Nebeneinander der Systeme erlaubt. Dieses Bedenken betrifft nicht den Gehalt. Lothar Brock verwendet im kritischen Verhältnis den Begriff der antagonistischen Kooperation unter anderem Gesichtspunkt.

In der Einschätzung, daß Kooperation zwar nicht prinzipiell Konflikte zwischen den Systemen ausschließt, daher der Antagonismus fortexistiert, möchte er aus

den Beziehungen zwischen Kapitalismus und Sozialismus eine als antagonistisch definierte Kooperation ausschließen, die zu Konfliktverschärfung führt und friedenshemmende Auswirkungen hat. „Demgegenüber soll antagonistische Kooperation im Kontext unserer Typologisierung internationaler Zusammenarbeit nicht die bloße Tatsache der Kooperation zwischen Parteien mit widersprüchlichen Interessen kennzeichnen; denn wir gehen ja davon aus, daß auch die friedliche Kooperation mit prinzipiellen Interessendivergenzen zwischen den Parteien vereinbar ist. Vielmehr soll das Spezifikum antagonistischer Kooperation auf der Ebene des internationalen Systems darin gesehen werden, daß sie langfristig zu einer Verschärfung der Interessenwidersprüche im Gesamtsystem beiträgt und damit den der kollektiven Problemlösung zugänglichen Interaktionsbereich verkleinert, statt ihn zu erweitern, wie dies bei der friedlichen Kooperation der Fall ist" [21]). Der antagonistischen Kooperation setzt er die friedliche entgegen, die inhaltlich dem Sinn nach Gleiches meint wie Bredows antagonistische Kooperation: „Eine Zusammenarbeit, die in diesem Sinne eine Erweiterung der Ressourcen für eine selbstbestimmte Entwicklung der einzelnen Gesellschaften — vor allem durch einen Ausgleich des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte auf der Ebene des Gesamtsystems — dient, soll hier, bei aller Unterschiedlichkeit der intendierten Zielfunktion und der ihnen zugrunde liegenden objektiven Interessengegensätze, als friedliche Kooperation bezeichnet werden. Sie würde sich als kollektive Problemlösung in den Grenzen systemspezifischer Interessenpolitik vollziehen. Ihre positive Friedensrelevanz im engeren Sinne wäre daraus abzuleiten, daß sie a) nicht zu einer Verschärfung bestehender und zur Entstehung neuer friedensgefährdender Konflikte beiträgt, b) Spannungen und Aggressivität abbaut, also einer Verselbständigung politisch-ideologischer Auseinandersetzungen entgegenwirkt und c) die Möglichkeiten zur friedlichen Regelung von Streitigkeiten — wenn auch nicht unbedingt zur Aufhebung der ihnen zugrunde liegenden Widersprüche — erweitert" [22]). Abgesehen von dem unterschiedlichen Wortgebrauch erweisen sich Bredows und Brocks Kooperationsbegriffe als geeignet, die Widersprüchlichkeit des europäischen Entspannungsprozesses und der Zusammenarbeit zwischen antagonistischen Gesellschaftssystemen korrekt widerzuspiegeln. Frieden und Zusammenarbeit bedürfen ihrer Auffassung nach nicht erst der Vernichtung des Antagonismus und der Überwindung der ideologischen Gegensätze, was rückgeschlossen implizierte, daß, solange der ideologische Gegensatz existiert, garantierter Frieden und echte Kooperation undenkbar seien.

Dies ist die stillschweigende oder auch explizit ausgedrückte Konsequenz der meisten politikwissenschaftlichen Studien über Kooperation, im theoretischen wie im unmittelbar praktischen Bereich, z. B. bei Zellentin, Baudissin und Vilmar. Ihre Vorstellungen erweisen sich trotz ihrer Bemühung um Abgrenzung zumeist als Erben des Konvergenzdenkens. Etwas abgeschwächt gegenüber Zellentin und Vilmar, weil weniger die Überwindung des Gegensatzes der Systeme gefordert wird als des Absolutheitsanspruchs, mit dem sie sich jeweils im Feld der internationalen Beziehungen begegnen, sieht Baudissin das Problem: „Das entscheidende Hindernis bilden fraglos die jeweiligen ‚Alleinvertretungsansprüche' von Wahrheit und Humanität, vor allem in ihrer Verbindung mit den überkommenen Vorstellungen von Machtpolitik, Souveränität und Interessendurchsetzung. Auf beiden Seiten wird es eines ebenso schwierigen wie stellenweise sicher schmerzlichen Lernprozesses bedürfen, bevor die Relativität des eigenen Stand-

[21]) Lothar Brock, Problemlösung . . ., S. 8.
[22]) Ebd., S. 6.

punktes und damit ein internationaler Pluralismus der gesellschaftlichen Konzeptionen anerkannt ist, ohne daß dabei innere Berechtigung und Wertigkeit der eigenen Ordnungsvorstellungen in Frage gestellt werden. Ausschließlichkeitsansprüche sind Elemente der Konfrontation; ihre Propagandisten postulieren zwar auch Entspannung, jedoch erst nach der Kapitulation des ‚Feindes' und degradieren jeden Kompromiß, der über List und Taktik hinausgeht zum Verrat an der guten Sache" [23]). Dies ist schon nicht mehr im strengen Sinne Konvergenz — wenngleich auch noch im gewissen Sinne realitätsfernes Harmoniedenken — weil es nicht den Anspruch erhebt, daß im Feld der Kooperation sich das eine oder andere System in seinen gesellschaftlichen Grundlagen zu wandeln habe, sondern lediglich den, daß die Entgegensetzung der Systeme nicht schon zur Folge haben muß, daß sich ihre Vertreter nicht zu einem gesamteuropäischen Dialog zusammenfinden könnten. Dies allerdings muß nicht schon die Notwendigkeit implizieren, den Alleinvertretungsanspruch aufzugeben. Denn Koexistenz beinhaltet nicht harmonische Einheit, sondern das Zusammenleben entgegengesetzter, sich ausschließender Auffassungen. Baudissins Überlegungen lassen sich als Kritik der noch vorherrschenden Methode bestimmen, die Kategorien der Machtpolitik, d. h. die Diplomatie des 19. Jahrhunderts auf die neue Phase der Kooperation zu übertragen. Nach Baudissin schließen Entspannung und Machtpolitik einander aus. Insofern gleicht sein Kooperationsbegriff eher dem von Johan Galtung. Nach ihm kommt in der Formulierung der aktiven friedlichen Koexistenz der Länder mit unterschiedlihen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen „zum Ausdruck, daß eine Kooperation zwischen unterschiedlichen Systemen nicht nur möglich, sondern sogar wünschenswert ist. Das bedeutet, daß die Konvergenz der beiden Systeme oder die plötzliche Veränderung eines der beiden Systeme in Richtung auf das andere keine notwendige Bedingung für eine ‚aktive friedliche Koexistenz' ist. Um den Grad der zwischen ihnen stattfindenden Interaktion zu steigern, brauchen die Systeme sich nicht auf halbem Wege oder auf dem Boden des einen von beiden zu treffen. Dies sollte mithin als ein Standpunkt betrachtet werden, der sich sowohl gegen die Konvergenzthese als auch gegen die These vom drohenden Zusammenbruch des Systems der anderen Seite richtet" [24]). Gleichwohl hält auch er an der Hoffnung fest: „Im Laufe dieser Kooperation werden neue Ziele auftauchen, neue Systeme geschaffen werden; die heutigen Systeme werden überwunden werden [25])! Diese Hoffnung aber ist keine politische Zielsetzung, die Galtung in seinem Kooperationsbegriff machtpolitisch einweben möchte.

III

Dies dagegen ist die im automatischen Prozeß von ‚form follows function' verborgene Intention von Gerda Zellentin und auch, wenngleich anders begründet, von Fritz Vilmar. Nach der funktionalistischen Theorie soll intersystemare Kooperation eine „sukzessive Aproximation" [26]) der Systeme in Europa bewirken. Annäherung und Wandel werden von Zellentin nicht politisch, sondern sozialökonomisch definiert. Intersystemare Kooperation soll durch die Schaffung übernationaler Organisationsformen intrasystemaren Wandel bewirken, was allerdings nicht zu früh deklariert werden dürfe. „Damit die Orthodoxen die durch die Kooperation entstehenden Veränderungen *im* System nicht zu früh als Veränderung *des* Systems verstehen und die Interaktion gewaltsam abbrechen, muß

[23]) Graf v. Baudissin, BRD . . ., S. 5 f.
[24]) Johan Galtung, Europa . . ., S. 26.
[25]) Ebd., S. 27.
[26]) Gerda Zellentin, Intersystemare . . ., S. 266.

die in Gang zu setzende Wandlung gemeinsam in einem vereinbarten, phasierten Entwicklungsmodell geplant werden" [27]). Das Kooperationsmodell, das Zellentin sich vorstellt und durch das friedlicher Wandel bewirkt werden soll, schließt Antagonismus aus sich aus: „Zwischen systemisch feindlichen Staaten ist das Konfliktpotential so groß, daß es nicht zur Annäherung kommt" [28]). Daher will ihr Funktionalismus eine „sinnvolle Strategie zur internationalen Kooperation und zur Demokratisierung der politischen Systeme in Gesamteuropa" herbeiführen [29]). Sie erhofft sich, „daß der demokratische Sozialismus eine transnationale, intersystemare Leitidee werden kann" [30]). Im ungebrochenen und ungetrübten Erbe der Untergangs- und Konvergenztheorie adressiert Zellentin diese Forderung im konkreten Fall ausschließlich an die Adresse der sozialistischen Länder. Ergebnis des von Zellentin avisierten Prozesses der Kooperation soll sein, daß „die Volksdemokratien dadurch in einen Sog der Modernisierung, der vor ihren politischen Systemen nicht haltmachen wird", geraten und „durch die Artikulation der pluralistischen Interessen ... die kommunistischen Parteien ihr Meinungsmonopol verlieren" werden [31]). Erwartet wird eine „Dezentralisierung", ein „innerstaatlicher Pluralismus", ein „Polyzentrismus", der zur wirtschaftlichen Modernisierung und zur höheren Effizienz des Marktes führen soll [32]). Selbstverständlich ist mitgemeint, daß der Sozialismus erst unter diesen Bedingungen existenz- und kooperationsfähig wird, denn als eine der Bedingungen der wirtschaftlichen Kooperation und Integration wird die Symmetrie des Ranges der Staaten von Zellentin angesehen, in dem die sozialistischen Staaten allemal weit hinter den westlichen Staaten folgen [33]). Daher soll unter der „Herrschaft der 300 Superfirmen" die erweiterte Europäische Gemeinschaft die „politische Führung (für) die Dramaturgie des Prozesses" übernehmen und in einer Art Marshallplan-Hilfe den sozialen Wandel der sozialistischen Länder aus einem gesamteuropäischen Kooperations- und Entwicklungsfond finanzieren [34]). Die „Kosten der Reform (sollen) zunehmend mit westlichen Krediten (IWF, EWG etc.) abgedeckt" werden [35]).

In mühsamer, aber wohl vergeblicher Materialsammlung hat sich damit Zellentin bemüht, einen Kooperationsbegriff zu entwickeln, der den Leitideen des Kalten Krieges und der Konfrontation auch in der Phase der politischen Entspannung, der friedlichen Koexistenz und friedensfördernden Zusammenarbeit eine Zukunft sichern soll. Sie möchte, was Galtung als verhängnisvoll ablehnt: „Konvergenz wäre auch im Hinblick auf den Pluralismus zu beklagen, im Hinblick darauf, daß Konvergenz nach einer Seite oder zur Mitte ein Europa zur Folge hätte, das weniger reich an sozialer Erfahrung wäre" [36]).

Auch Fritz Vilmar möchte Konvergenz, wenngleich er sie mit unzureichendem Versuch Kommutation nennt [37]). Darunter versteht er das Zusammenschmelzen der positiven Elemente beider Systeme. „Die Initiierung eines stabilen Friedensprozesses bleibt eine politische Entscheidung, d. h. gebunden an die Demokratisierung innenpolitischer Machtstrukturen" [38]). Eine „sozialistische Friedenspolitik wird jeden vertretbaren Clinch der verfeindeten Systeme, jede praktisch der

27) Ebd., S. 210.
28) Ebd., S. 117.
29) Ebd., S. 164.
30) Gerda Zellentin, Europa . . ., S. 51.
31) Ebd., S. 170 und S. 178.
32) Intersystemare . . ., S. 25, 43, 279. Europa . . ., S. 73.
33) Intersystemare . . ., S. 22. Europa . . ., S. 15 ff.
34) Europa . . ., S. 170, 171, 63/64, 159.
35) Ebd., S. 79.
36) Johan Galtung, Europa . . ., S. 26.
37) Fritz Vilmar, Sozialistische . . ., S. 90 ff.
38) Ebd., S. 108.

Todfeindideologie Abbruch tuende Verflechtung aktiv fördern, jedes kapitalistische Absatzinteresse dankbar als List der Vernunft in ihren Dienst stellen und wahrlich die entspannende Brandt-Scheelsche Ostpolitik von den enttäuschten Imperialismusdogmatikern sich nicht mehr mit dem Argument schlecht machen lassen: Sie diene ja lediglich den Kapitalverwertungsinteressen der großen Konzerne" [39]).

Die Friedensordnung, die Vilmar sich am Ende dieses Prozesses vorstellt, ist durch die Logik vorgezeichnet, die aus dem Versuch resultiert, den Antagonismus aus der Kooperation auszuschließen, statt ihn als ihr wesentliches Charakteristikum zu akzeptieren. Eine europäische Friedensordnung bedarf überhaupt nicht mehr der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, da sie jenseits der Existenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme zu denken sei. Die Weltgesellschaft der konstitutionellen Friedenssicherung, d. h. die ehrgeizigen Pläne der Rollback-Strategie, den american-way-of-life global zu sanktionieren, tritt in der Friedensvorstellung neu in Erscheinung. „In Europa setzt sich dagegen mit der Diskussion um die Sicherheitskonferenz ein neuer Sicherheitsbegriff durch, der jenen Entwicklungsprozeß zwischen der durch Abschreckung garantierten Verhinderung von Gewaltanwendung und der durch Verflechtung der konfliktfördernden Strukturen und Produktivkräfte entstehenden Friedensordnung kennzeichnet, durch den kriegerische Auseinandersetzungen langfristig unmöglich werden", schreibt Gerda Zellentin. Nun ist allerdings nicht ganz einzusehen, warum die militärische Abschreckung fortdauern muß, wenn doch der intersystemare Beziehungsprozeß einer „Verflechtung der konfliktfördernden Strukturen", was die Verflechtung der Systeme in supranationalen Organisationen meint, führen soll [40]).

Bredow dagegen kommt aufgrund seiner realistischen Einschätzung des Verhältnisses von Kooperation und Abgrenzung auch zu einem praktikablen und für alle Seiten, vor allen Dingen aber für die europäischen Völker vorteilhaften Begriff eines europäischen Sicherheitssystems. „Gemeint ist ein europäisches Sicherheitssystem, in dem Warschauer Pakt und NATO so verklammert sind, daß das bestehende zweisäulige Militärsystem, das auf der gegenseitigen Abschreckung basiert, unterlaufen und damit langsam, für jedermann sichtbar, überflüssig wird." Gemeint ist auch die notwendige „Zersetzung all jener ideologischen Vorurteile von der Sicherheitsgarantie, die uns das Bestehen des Militärsystems gewährt habe" [41]). Die Grundlagen hierzu sollen durch eine in Helsinki zu vereinbarende gesamteuropäische Charta der friedlichen Koexistenz gelegt werden. Hierbei ist es keineswegs Zufall, daß die in der Struktur bereits vereinbarte Tagesordnung als ersten und damit primären Tagesordnungspunkt die Vereinbarung der politischen Prinzipien vorsieht, die den Beziehungen aller europäischen Staaten zugrunde liegen sollen. Es ist davon auszugehen, daß ohne die politische und völkerrechtskräftige Absicherung der friedlichen Koexistenz keins der europäischen Probleme, auch das der Zusammenarbeit nicht sinnvoll, dauerhaft und gesichert gelöst werden kann. Andererseits widerspiegelt die Struktur der Tagesordnung, daß die teilnehmenden Staaten Europas, die USA und Kanada, davon ausgehen, daß die politische Sicherheit einer materiellen Grundlage bedarf, die durch die gesamteuropäische Zusammenarbeit zu schaffen wäre. Ausgehend von dieser Konferenz, sollte es das Ziel sein, durch immer umfassendere politische Zusammenarbeit und Kooperation im wissen-

39) Ebd., S. 109.
40) Gerda Zellentin, Intersystemare . . ., S. 258.
41) Wilfried v. Bredow, Vom Antagonismus . . ., S. 157.

schaftlich-technischen und im wirtschaftlichen Bereich ein Netz von Institutionen zu entwickeln, durch die die allseitige Zusammenarbeit verwirklicht wird. Unter diesen Bedingungen nimmt die Existenz militärischer „Drohsysteme" einen anachronistischen Charakter an. Sie wären kaum noch als Instrumente *für*, sondern nur noch als Instrumente *gegen* die Intensivierung der politischen Verständigung und Zusammenarbeit in Europa zu interpretieren. Die Entwicklung eines solchen europäischen Sicherheitssystems würde garantieren, daß der ideologische Gegensatz der antagonistischen Gesellschaftssysteme auf ausschließlich friedlichem Gebiet ausgetragen wird und es den Völkern Europas ohne Furcht vor Krieg und Vernichtung offen steht, selbst zu entscheiden, welches der Systeme die Anforderungen des Fortschritts und der Lebensqualität besser bewältigt.

(Teil II folgt)

Zur Situation der SPD nach dem Parteitag von Hannover

Von Wolfgang Abendroth

Auch nach dem Parteitag von Hannover werden die innere Situation der SPD und die Perspektiven ihrer Entwicklung in der nächsten Zukunft von höchst widersprüchlichen Kommentaren begleitet. Viele konstatieren einen Kräftezuwachs der Linken, wobei allerdings die unterschiedlichsten Begriffe davon zutage treten, was „links" sei. Zum anderen kann nicht übersehen werden, daß die Parteiführung in allen zentralen Fragen, wie etwa den Beschlüssen zur fortdauernden Bindung an die Politik der USA und der NATO, ihre Positionen durchsetzen konnte. Wir baten Prof. Dr. Wolfgang Abendroth um eine Analyse der gegenwärtigen Situation der Sozialdemokratie, die wir nachstehend veröffentlichen. D. Red.

Der Widerspruch in der Politik reformistischer Arbeiterparteien

Die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas waren in der Periode des kapitalistischen (und zwar, wie das unvermeidlich sehr rasch hervortrat, monopolkapitalistischen) Wiederaufbaus dieses Erdteils nach dem Zweiten Weltkrieg dem gleichen Grundwiderspruch verstärkt ausgesetzt, der ihre Politik schon in der Phase zwischen beiden Weltkriegen bestimmt hatte. Sie waren einerseits im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts als Parteien der Arbeiterklasse entstanden, die einst — vor 1914 — deren Klassenbewußtsein nicht nur ausdrücken, sondern entwickeln, ihre Klassenkämpfe mit dem Ziel, den Kapitalismus zu überwinden, anleiten wollten. Deshalb konnten sie auch nach ihrer grundsätzlichen Kapitulation vor den herrschenden Klassen der bestehenden Gesellschaft, die sie zu Beginn des Ersten Weltkrieges vollzogen und nach dem Sieg der russischen Oktober-Revolution wiederholt hatten, ihre Massenbasis nur behalten, wenn sie wenigstens innerhalb der Schranken der bestehenden Gesellschafts-

ordnung maximal die Interessen der abhängig Arbeitenden verfechten und für demokratische Reformen eintreten wollten. Aber andererseits hatten sie sich — zunächst nur in ihrer Praxis, noch nicht in vollem Maße in ihren Theorien und ihrer Programmatik — den herrschenden Ideologien der Gesellschaft angepaßt und wollten die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung schützen, teils, weil sie hofften, dadurch auch solche Schichten als Wähler gewinnen zu können, die für entschieden sozialistisches Denken noch nicht gewinnbar waren, teils weil sie glaubten, deshalb von ihren Klassengegnern als „Partner" — auch in den Regierungsgeschäften — akzeptiert zu werden. Das war in Konjunkturperioden durchaus möglich, in denen die herrschenden Klassen ihnen zur Vermeidung größerer Klassenauseinandersetzungen für die Kapitalisten relativ schmerzlose Konzessionen zugestehen konnten. Aber dadurch wurden die Sozialdemokraten in großen ökonomischen und politischen Krisen hilflos, und sie produzierten in ihren eigenen Reihen immer wieder erhebliche Richtungskämpfe zwischen denen, die die konkreten Interessen der abhängigen Arbeit und deren Klassenbewußtsein betonen wollten, und denen, die stärkeres Gewicht auf die Stabilisierung des bestehenden gesellschaftlichen Systems legten. Es gibt keinen Parteitag der SPD der Weimarer Republik, der nicht im Zeichen dieses Widerspruchs gestanden hätte, der nur der Ausdruck dafür war, daß die Partei aus einem Subjekt des Klassenkampfes zu dessen Objekt geworden war.

Der Weg der SPD zum Godesberger Programm

Die Sozialdemokratie der Bundesrepublik hat diese Entwicklung wiederholt. Ihre Akzente wurden jedoch durch den Kalten Krieg und dessen Zuspitzung im deutschsprachigen Bereich in Form der Gegensätze zwischen beiden deutschen Staaten erheblich zugunsten ihres äußersten rechten Flügels modifiziert und verschoben. Nach der vollen — auch militärischen — Eingliederung der BRD in die NATO und der langen Export- und Aufschwung-Konjunktur nach dem Korea-Boom hatte die Verbesserung der Lebenshaltungsbedingungen der westdeutschen Arbeitnehmer, die bei einem relativ geringen Maß gewerkschaftlicher Arbeitskämpfe meist in bloßen Spitzen-Kompromissen durchgesetzt werden konnte, es ermöglicht, die „herrschende Meinung" der alten und der neuen Kommunikationsmittel (Presse, Rundfunk und Fernsehen), die den Antikommunismus der Nazi-Zeit in denjenigen des Pro-Amerikanismus und des „Abendlandes" verwandelt hatte, auch der Mehrheit der Arbeiter einzuprägen. Die Führung der großen Oppositionspartei des Bundes (und Regierungspartei einer Reihe von Ländern und der großen Kommunen) paßte sich nun der Ideologie der herrschenden Klasse noch wesentlich stärker an, als das für sie in der Weimarer Republik vorstellbar gewesen war. Sie folgte den Wendungen der von 1949 bis 1966 ständig durch die Partei des Monopolkapitals, die CDU/CSU, geführten Staatsmacht in ihren politischen Stellungnahmen mit immer geringerem Abstand; hatte sie noch mehrere Jahre gebraucht, um der westdeutschen Wiederbewaffnung in der Grundgesetzänderung von 1956 den Segen zu erteilen, so ging es mit der Zustimmung zu dem MLF-Projekt der Beteiligung an der Atombewaffnung auf dem Karlsruher Parteitag schon wesentlich schneller. Die Bundestagsrede Wehners 1960 übernahm endlich praktisch das ganze außen- und deutschlandpolitische Programm der Regierung einschließlich der Leugnung der rechtlichen Existenz des „Phantoms" DDR — und das zu einer Zeit, in der diese Politik das „roll back" zugunsten des immer noch von den USA geführten Blocks der kapitalistischen Staaten in Europa selbst nach der Meinung klügerer Politiker eben dieser anderen kapitalistischen Staaten längst irreal

geworden war. Im Godesberger Programm wurden 1959 die Konsequenzen aus dieser Anpassungspolitik gezogen. Der letzte Rest klassenkämpferischer Überlegungen sollte abgestreift, klassenanalytisches Denken durch jene Ideologie der „Werte" — unbestimmt und unbestimmbar, wie immer sie sein mochten — ersetzt werden, die der üblichen Terminologie der Bundesrepublik entsprach, und „soziale Marktwirtschaft" und „Unternehmer-Initiative", die Zauberformeln der CDU-Propaganda, sollten akzeptiert werden. Noch war aber immerhin der Widerstand in Teilen der Mitgliedschaft stark genug, um es als erforderlich erscheinen zu lassen, daneben kleine Reste alter Zielvorstellungen — jetzt allerdings in notfalls anwendbare Mittel einer an diesen jeder beliebigen Interpretation fähigen „Werten" orientierten Politik umgewandelt — stehen zu lassen: Vergesellschaftung monopolistischer Unternehmungen und sozialistische gesamtwirtschaftliche Planung. So war ein Programm entstanden, aus dessen verbalem Arsenal man notfalls für jede gewünschte politische Praxis Begründungen entnehmen kann. Insofern war es also keineswegs von den üblichen Programmen bürgerlicher Parteien grundsätzlich unterschieden, aber durch eine Welt getrennt vom letzten Programm der längst reformistisch gewordenen SPD von 1925, das noch bewußt an einem Kern marxistischer Vorstellungen festgehalten hatte.

Die SPD von 1959 bis 1966

Gleichwohl konnte diese Entwicklung der SPD, so sehr sie nun im Zuge der herrschenden Ideologie der Bundesrepublik den Klassencharakter der Partei (wie der bundesrepublikanischen Gesellschaft) leugnen wollte, das Grundproblem nicht aufheben, daß ihre Machtstellung doch allein auf ihrer Akklamation durch die abhängig Arbeitenden beruhte, und daß sie schwankende Teile der selbständigen Mittelschichten nur in dem Maße gewinnen konnte, in dem ihr Einfluß auf diese Arbeiter und Angestellten wuchs. Das zeigte sich von Wahl zu Wahl. Parallel (wenn auch mit Verzögerungen und Rückschlägen, wie 1957) mit der Zunahme des Anteils der abhängig Arbeitenden an der erwerbstätigen Bevölkerung der BRD stieg ihre Wählerzahl, weil die CDU/CSU sich immer deutlicher als Partei, die ausschließlich die Interessen des Großkapitals vertrat, enthüllte. Seit der Anteil der Frauen an der Erwerbstätigkeit (und zwar vor allem in Form unselbständiger Arbeit) immer stärker anwächst, beginnt auch der traditionelle Vorsprung konfessioneller Parteien an Frauenstimmen zu schrumpfen und sich der Wähleranteil der SPD an weiblichen Stimmen dem an den Männerstimmen anzugleichen. Die stetigen Stimmengewinne der SPD seit Godesberg waren also weniger die Konsequenz der programmatischen Wendung, als vielmehr einer realsoziologischen Verschiebung. Aber der stetige wahlpolitische Vormarsch in der Periode der wirtschaftlichen Konjunktur und der ebenso stetige Rückzug der gewerkschaftlichen Funktionäre und des früheren Typs des aktiven Arbeitervertrauensmannes aus dem Parteileben in den unteren Partei-Einheiten verwandelten die Partei gleichzeitig in eine Institution, von der sich die Massen ihrer Wähler zwar sozialpolitische Erfolge durch Druck auf die Bundesregierung versprachen (und die sie deshalb akklamierten oder auch durch Erwerb des Mitgliedsbuches honorierten), aber in der sie sich nicht mehr politisch aktivierten. In den Ortsvereinen fiel die Willensbildung zunehmend lediglich kommunalpolitisch oder landespolitisch interessierten Gruppen zu, die — gewerkschaftlich in den meisten Fällen nur in GEW oder ÖTV, kaum jedoch noch in Industriegewerkschaften organisiert — in der Parteiaktivität gleichzeitig die Brücke zu beruflichem Aufstieg sehen. Diese innerparteiliche Entpolitisierung hat vom Godesberger Parteitag bis zur Rezession von 1966 das Klima in

der SPD weitgehend bestimmt. Scharfe politische Auseinandersetzungen konnte es nun für einige Jahre nicht mehr geben, zumal nach dem Ausschluß des SDS aus der Partei 1961 der Schein erweckt worden war, marxistisches Denken und jeder Versuch des Anknüpfens an die frühere Parteigeschichte sei durch das Godesberger Programm innerparteilich illegal geworden.

Die SPD der Großen Koalition

Die Rezession 1966 und der Zusammenbruch des Glaubens an die Ewigkeit von Konjunktur und Wirtschaftswachstum als angeblich automatische Folge der „sozialen Marktwirtschaft" im System der Kapitalzentralisation, den vorher auch die sozialdemokratische Führung geteilt hatte, haben nicht nur die parteipolitische Machtverteilung in der BRD durch den Übergang zur Großen Koalition, sondern auch diese Illusion der ungestörten innerparteilichen Harmonie in der SPD rasch aufgelöst. Der harte Anstoß der beginnenden Studentenrebellion, ebenso aber die partielle Reaktivierung alt-sozialdemokratischer Traditionen und kleinerer Gruppierungen in der SPD aktiv gebliebener gewerkschaftlicher Funktionäre — der DGB hatte bis dahin z. B. die Notstandsgesetzgebung stets verworfen und insofern, allerdings ohne größere Aktivität zu entfalten, links von der SPD gestanden — führten schon auf dem Parteitag von Nürnberg zu breiterer Aufnahme der Richtungskämpfe.

Die Kleine Koalition

Die nach langen Jahren ersten größeren spontanen Streiks im September 1969, die beginnende Rationalisierung und Konsolidierung der studentischen Massenbewegung und die dadurch bewirkte Verstärkung des innerparteilichen Drucks „von der Basis", also aus den Ortsvereinen, haben dann den Koalitionswechsel nach den Bundestagswahlen herbeigeführt und die (relative) Rationalisierung der Außenpolitik der BRD durch die Ostverträge ermöglicht. Hätte fünf oder sechs Jahre vorher ein SPD-Mitglied diese Ostpolitik, die Anerkennung der DDR als zweiten deutschen, der BRD völkerrechtlich gleichberechtigten Staat energisch gefordert, wäre es (und das ohne größeren Widerstand in der politisch inaktiven Mitgliedschaft) noch aller Wahrscheinlichkeit nach ausgeschlossen worden. Der wegen seiner beginnenden Zuwendung zu marxistscher Theorie 1961 ausgeschlossene SDS hatte damals niemals „radikalere" Thesen diskutiert, als sie bereits auf dem Nürnberger Parteitag und erst recht bald darauf in noch größerer Klarheit auf den Kongressen der Jungsozialisten in aller Selbstverständlichkeit formuliert werden konnten. Die prekäre Situation der knappen Majorität der Bundesregierung im Parlament und der deutlich bevorstehende neue Wahlkampf, der dann im November 1972 tatsächlich stattfand, zügelten zwar die innerparteiliche Diskussion und hielten sie in Grenzen. Aber auch sie konnten die Flügelkämpfe trotz des raschen erneuten wirtschaftlichen Booms nicht mehr vom Tisch wischen, weil die Selbstverständlichkeit der Anerkennung der Restaurationsideologie seit der Rezession aufgeweicht war. Der Beschluß, in einem „Langzeitprogramm" eine Strategie und eine Zielsetzung des sozialen Fortschritts zu entwerfen, und der Steuer-Parteitag von Saarbrücken waren der eine, die Konsolidierung der Jungsozialisten zu einer ideologisch relativ einheitlichen Gruppe der andere Ausdruck dieser veränderten innerparteilichen Lage, über den die begrenzte Einmütigkeit von ganzen oder halben Wahlparteitagen wie Saarbrücken oder Dortmund nicht hinwegtäuschen konnte.

Diese Situation mußte noch deutlicher hervortreten, nachdem die Kleine Koalition nach den Wahlen von 1972 über eine eindeutige parlamentarische Mehrheit verfügte und die Parteiführung nicht mehr mit dem Argument auftreten konnte, innerparteiliche Debatten könnten zur baldigen Machtübernahme durch die CDU/CSU führen. Damit wurde die stärkere Konfrontation von Meinungsdifferenzen auf dem Parteitag von Hannover unvermeidlich.

Die innerparteiliche Lage vor Hannover: Die Politik der Mehrheit des Parteivorstandes

Die Festigung der parlamentarischen Mehrheit der FDP/SPD-Koalition hatte notwendig zur Folge, daß die Strategie der wichtigsten Gruppen des Monopolkapitals verlagert wurde. War vor den Wahlen zwar einerseits (vermittelt durch Karl Schiller und durch Georg Leber) erheblicher Druck auf die Bundesregierung ausgeübt worden, aber andererseits die Mehrheit des Managements der Ansicht, in den nächsten Bundestagswahlen könne die traditionelle Herrschaft seiner eigenen Partei wiederhergestellt werden, nachdem der Mohr Kleine Koalition seine Schuldigkeit, nämlich die Rationalisierung der Ostpolitik getan habe, so wurde jetzt — nachdem das Experiment, Karl Schiller aus der SPD herauszuholen und als Wahlinstrument für die CDU einzusetzen, mißglückt war — auf stärkere Beeinflussung von FDP und rechtem Flügel der SPD „umgeschaltet" und die CDU zeitweise, aber natürlich nur bis zu den nächsten Wahlen, vernachlässigt. Der rechte Flügel der SPD-Führung war (und ist) aber, weil er über keine eigene ideologische Resistenz gegenüber solchem Druck verfügt und in den Bahnen und Schranken des bestehenden gesellschaftlichen Machtsystems denkt, diesen Einflüssen gegenüber wehrlos. Es ist deshalb auch nicht erstaunlich, daß er die Verlagerung der Lasten des inflationären Prozesses, der — wie er jede Konjunktur eines monopolkapitalistischen, weithin staatsmonopolistisch gewordenen Systems begleitet — sich auch in der Bundesrepublik ständig verstärkt, auf die Arbeitnehmer billigt. Denn er steht im Banne des Denkens der meisten Nationalökonomen, die dies System für unanfechtbar halten, und er ist der Ansicht, daß dieser Prozeß durch Lohnerhöhungen oder steuerliche Entlastung der Arbeitnehmer „angeheizt" werde. Daher tritt dieser rechte Flügel der sozialdemokratischen Führung (übrigens subjektiv durchaus ehrlich) für enge Begrenzung der gewerkschaftlichen Lohnforderungen mittels der „Konzertierten Aktion", für die Aufrechterhaltung einer Steuerskala, die vom Durchschnittseinkommen von 1958 ausgeht und deshalb jede (wegen der inflationären Preissteigerungen unvermeidliche) Vergrößerung des Nominallohns stark belastet, zwar noch gegen Konjunkturabgabe auch für Lohn- und Gehaltsempfänger, aber doch für Erhöhung von die Massen der Arbeitnehmer stark belastenden indirekten Steuern (wie der Benzin-Steuer), für „kostendeckende" starke Erhöhung von Dienstleistungsgebühren öffentlich-rechtlicher Unternehmungen (wie der Nahverkehrsmittel, der Elektrizitäts- und Gas-Versorgung, der Eisenbahn, der Post) ein. Darum befürwortet er immer wieder die Verzögerung öffentlicher Ausgaben für Reformen, die im Interesse der Massen und des sozialen Fortschritts immer dringender erforderlich werden, wie vor allem im gesamten Bildungsbereich, und er kämpft mit Nachdruck um die Beschränkung solcher Ausgaben auch in der Langzeit-Planung, vor allem aber in der täglichen Ausgabenpolitik (z. B. auch mittels Beschränkung des Steueraufkommenanteils der Länder und der Kommunen).

Zwar ist der rechte Flügel der SPD, das Parteipräsidium und die Bundestagsfraktion wegen des in dieser Frage unmißverständlichen Druckes des DGB auf die Extension der Mitbestimmung auf alle größeren Unternehmungen als einzige, wenn der Druck von unten ausreicht, wirklich (allerdings nicht allzu stark) strukturverändernde Maßnahme, die in dieser Legislaturperiode erreichbar ist, formell festgelegt. Aber er spielt damit, sie im Kompromiß mit dem Koalitionspartner FDP durch ein gesondertes Berufungsverfahren und Stimmrecht der Vertreter der „leitenden Angestellten" in den Aufsichtsräten so zu verwässern, daß praktisch nichts davon übrig bleibt. Als Ersatz (der Form nach daneben) bietet er einen Entwurf für „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" an, der durch Konstruktion eines aus Steuerbilanzgewinnen der Unternehmer, die über 400 000,— DM liegen, gespeisten Fonds kleine Zertifikat-Zuteilungen an Arbeitnehmer ermöglichen und ihnen dadurch die Illusion einer Beteiligung am Produktivvermögen gewähren soll. Da diese Zertifikate über Jahre lang unveräußerlich sein sollen, wären sie angesichts des inflationären Prozesses objektiv noch nicht einmal eine zusätzliche Alterssicherung. Der Beirat des DGB konnte mit 55 gegen 52 Stimmen für dies Mittel, den Arbeitern einen Schein der Versöhnung mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen anzupreisen, gewonnen werden. Sieht man sich die von den Industriegewerkschaften, die jeweils mit „ja" oder „nein" gestimmt haben, repräsentierten Mitgliedszahlen an, so hatte übrigens diese CDU-Vorstellung aus dem Beginn der fünfziger Jahre, die nun als neueste Erkenntnis sozialdemokratischer Reformpolitik angepriesen wird, auch im DGB keine Mehrheit.

Und weil endlich der rechte Flügel und die Führung der SPD die NATO-Ideologie über die Notwendigkeit der Rüstung zur Abwehr eines angeblich denkbaren Angriffs des Warschauer Paktes, die ihm einst von den USA, der Monopolbourgeoisie und dem früheren Offizierskorps Adolf Hitlers eingeredet wurde (wie z. B. der Verteidigungsminister Leber) wirklich glaubt, verweigern sie gleichzeitig nicht nur den Abbau der Rüstungsausgaben, sondern auch den Stopp der „Ausgleichszahlungen" an die USA für deren Garnisonen (und damit für die Aufrechterhaltung ihrer Atomwaffenbestände) in der BRD. Die Regierung der Kleinen Koalition steigert die Militarisierung der BRD noch zusätzlich durch die Gründung bundeswehr-eigener Pseudo-Universitäten, damit der Offiziersnachwuchs nicht in den „normalen" Hochschulen durch das kritische Denken der anderen Studenten angekränkelt werden kann. Das ist eine Erfindung, die selbst in den seligen Tagen des Hohenzollern-Regimes als undenkbar erschienen wäre. Um dieser „Gefahr radikaler Unterwanderung" des Bildungswesens und des Staatsapparats der BRD „vorzubeugen", war der rechte Flügel der SPD sogar bereit, die in jeder anderen westeuropäischen bürgerlichen Demokratie selbstverständliche Freiheit politischer Willensbildung zumindest für den intellektuellen Nachwuchs durch den „Radikalen-Beschluß" des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten der Länder vom 28. 1. 1972 auszuschalten und jene Wiederherstellung der Geltung der Normen des Grundgesetzes wieder aufzuheben, die seit 1969 durch die Studentenrevolte und die „Zulassung" der DKP entgegen den Adenauer-Erlassen von 1950 bewirkt worden war. Kein Wunder, daß der Entwurf einer Langzeitplanung, des „Orientierungsrahmens 1985", der unter Leitung Helmut Schmidts entstanden war, sich im wesentlichen auf eine Ziffernprognose auf der Grundlage der bestehenden Machtverhältnisse beschränkte, aber keine erhebliche Veränderung dieser Situation vorsah. Er mußte angesichts der Stimmung in der Partei in bloßes Material für eine neue Kommission verwandelt werden. Die ideologische Summierung des ebenso oberflächlichen wie per-

spektivlosen Denkens dieses rechten Flügels der SPD hat übrigens Richard Löwenthal, einer der Führer des „Bundes Freiheit der Wissenschaft", in Nummer 16 der „Zeit" vorgenommen, die am 13. 4. 1973 zum Parteitag in Hannover erschienen ist. Sie war vollständiger und systematischer, als sie irgendeiner der drei Hannoveraner Parteitags-Referenten Wehner, Schmidt und Brandt bieten konnte, die — taktisch sorgfältig aufeinander abgestimmt — die Kritik von unten und von links auf dem ersten Parteitag nach dem Wahlsieg abfangen wollten.

Die Gruppierungen der „Linken" auf dem Parteitag von Hannover

Gegen dies politische Konzept (oder besser konservierende Nichtkonzept) der Politik der Parteispitze mußte in der neuen Situation, in der sich diese Partei seit der Rezession befindet, „unten" erheblicher Widerstand entstehen. Seit der Rezession sind größere Teile der aus der Studentenbewegung stammenden oder doch durch sie beeinflußten Teile der jungen Generation in die SPD gelangt, weil sie die Hoffnung hatten (und noch haben), die Tradition dieser Partei vor 1914 wieder zu beleben und aus ihr ein Instrument gesellschaftspolitischen Fortschritts und des Klassenkampfs der Arbeitnehmer gegen die Oligopole und Monopole des Kapitals zu machen. Ihr ideologischer Ausdruck und ihr politisches Zentrum sind seit 1969 die Jungsozialisten geworden, die in den Ortsvereinen mangels Beteiligung anderer Gruppen an deren politischem Leben wachsende Bedeutung gewonnen haben. Sie haben der übrigen Mitgliedschaft, soweit sie in den Versammlungen dieser „Basis" auftritt, viel an ideologischer Schulung und Formulierfähigkeit voraus. Sie diskutieren in Begriffen, die von Marx und Engels beeinflußt sind, wenn auch meist noch immer in jener terminologischen Verkleidung, die von der Frankfurter Schule herrührt und sich für „neomarxistisch" hält. Die Grenzen der Rezeption des Marxismus durch ihre Mehrheit, die zur Zeit ihre Wirksamkeit noch erheblich beschränkt, wurden in Johano Strassers Polemik gegen die sogenannte „Stamokap"-Gruppe deutlich. Sie offenbart ein wirres Gemisch aus „neomarxistisch-emanzipatorischer" Phraseologie, „ultralinken" Vereinfachungen der Grundwidersprüche des gegenwärtigen kapitalistischen Reproduktionssystems, bernsteinianisch-reformistischen Vorstellungen (die aber gegenüber dem inhaltlosen Ekklektizismus der Parteiführung zweifellos trotz ihrer Unrichtigkeit einen Fortschritt darstellen) und Resten antikommunistischer Vorurteile. So bleibt (und blieb auch in Hannover) offen, wie weit sich in der künftigen Entwicklung und aufgrund der Erfahrungen späterer Kämpfe dieser erste Ansatz zu einer durch klassenpolitische Analyse der innen- und außenpolitischen Lage und ihrer Chancen bestimmten Strategie wenigstens bei einem Teil ihrer Repräsentanten wie Wolfgang Roth oder Karsten Voigt fortentwickelt, oder ob er zur bloßen Anpassung einer neuen Generation aufsteigender „Real"-Politiker verkümmert. Da mehr als zwei Drittel der bald eine Million Mitglieder der SPD weniger als zehn Jahre in der Partei und ein großer Teil jünger als 35 Jahre alt ist, liegt hier das wichtigste Problem für die künftige Entwicklung der Partei, für das eine sichere Prognose auch nach dem Parteitag von Hannover noch nicht möglich ist. Die Klassenauseinandersetzungen außerhalb der SPD werden für diese innerparteiliche Entwicklung entscheidende Bedeutung haben. Vorläufig hat zudem diese Gruppierung es noch schwer, aus einer Terminologie auszubrechen, die den Massen der Industriearbeiter (deren Anteil an der Mitgliedschaft der Partei stetig sinkt) und der Angestellten unverständlich ist.

Auch die Reste der „alten Linken", die bereits vor Rezession und Studentenbewegung in der Partei tätig war, seit Godesberg gleichsam im Getto lebte und sich zum erstenmal wieder auf dem Nürnberger Parteitag artikulieren konnte, wurden durch die neue Lage der Partei im Machtsystem der BRD und in dieser Partei selbst reaktiviert. Sie konnten — wie Peter v. Oertzen, Harry Ristock und vor allem Jochen Steffen — nun versuchen, in quasi-fraktioneller Kooperation mit den Jungsozialisten auf dem Parteitag größeren Einfluß zu nehmen und auch den kämpferisch-gewerkschaftlichen Aktivismus eines Werner Vitt für die innerparteiliche Opposition einzusetzen. Alle Gruppierungen der „Linken" hatten sich in überregionalen Arbeitskreisen auf den Parteitag vorbereitet und untereinander Verbindungen hergestellt.

Dabei mußte es darauf ankommen, auch auf solche Gruppierungen in der Partei Einfluß zu nehmen, deren politisches Verhalten — wie bei Entwicklungsminister Eppler und seinem Tübinger Arbeitskreis — weniger durch gesellschaftspolitische, als durch ethische Vorstellungen bestimmt ist, die aber noch nicht durch die Gewohnheiten des Pragmatismus der täglichen Verwaltungsaufgaben voll denaturiert sind. Vor allem mußte mindestens ein Teil der durch die ständigen Begleiterscheinungen des westdeutschen Monopolkapitalismus (nämlich durch die Behinderung vernünftiger kommunalpolitischer Planung und die stetige Steigerung des Boden- und Mietwuchers) bedrängten breiten Schicht sozialdemokratischer Administratoren der Groß- und Mittelstädte als Bundesgenosse gegen die konservative Politik der Parteiführung gewonnen werden, wenn dieser progressive Flügel Einfluß auf die Beschlüsse des Parteitags gewinnen wollte.

Das ist der „Linken" auf dem Parteitag von Hannover zum Teil gelungen. Trotz der Konzessionen der Parteiführung an die Beschlüsse der Jungsozialisten von 1971 zum Problemkreis des Bodenrechts und der partiellen Wegsteuerung der Bodenpreis-Spekulationsgewinne konnte dann sogar gegen den Willen der Parteispitze der programmatische Beschluß durchgesetzt werden, künftig die Tätigkeit privater Boden- und Wohnungsmakler in den Städten zu unterbinden, weil in dieser Frage die unmittelbare kommunalpolitische Erfahrung einer großen Gruppe von Delegierten stärker wog als die ideologische Bindung der Parteiführung an das bestehende System der kapitalistischen Eigentumsordnung. Auch ein großer Teil der anderen Parteitagsbeschlüsse ist dadurch gekennzeichnet, daß die Parteiführung sich genötigt sah, das oppositionelle Denken eines großen Teils der Delegierten durch Konzessionen abzufangen. So soll der Ministerpräsidentenbeschluß gegen die „Radikalen" im öffentlichen Dienst zwar nicht aufgehoben, aber weitgehend verfassungskonform domestiziert werden.

Resultat und Perspektive des Parteitags von Hannover

Aber in den entscheidenden strategischen Fragen hat die Anpassungspolitik der Parteispitze trotz verbaler Zugeständnisse in der Terminologie noch einmal das Spiel gewonnen. Das betrifft sowohl die Außen- und Militärpolitik (obwohl der Antrag, die Wehrausgaben wenigstens „einzufrieren", nur mit ein paar Stimmen Mehrheit abgelehnt worden ist) als auch die strategischen Konzeptionen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Vermögensbildungs-Programmatik ging — allerdings gegen eine starke Opposition — durch. Die Konzeption (oder besser: die Konzeptionslosigkeit) lediglich pragmatischer Administrationspolitik auf der Grundlage der spätkapitalistischen Gesellschaftsordnung ohne jedes eindeutige Ziel ihrer Umwandlung in eine sozialistische Gesellschaft, die nur kleinste Rand-

korrekturen zuläßt, aber es entschieden ablehnt, Klassenbewußtsein und Klassenwillen der abhängig Arbeitenden kämpferisch zu entwickeln und zu entfalten, hat sich noch einmal durchgesetzt. Auch in der Außenpolitik bleibt trotz aller Rationalisierung des Verhältnisses zu den sozialistischen Staaten die Bündnispolitik mit dem amerikanischen Imperialismus mit allen negativen Implikationen, die sie wehrpolitisch und vor allem im Verhältnis zu den Emanzipationskämpfen der von diesem Imperialismus bedrohten Völker hat, grundsätzlich unangetastet. Der Antikommunisten-Ukas des alten Parteivorstandes bleibt immer noch formell bestehen.

Jedoch war nach langen Jahren zum erstenmal die Opposition auf dem Parteitag stark genug, der Führung in vielen Einzelfragen Konzessionen aufzuzwingen. Das gilt vor allem für die Zusammensetzung des künftigen Parteivorstandes. Vertreter der „Halb-Linken" wie Bruno Friedrich, Peter von Oertzen und Vera Rüdiger, der „Alt-Linken", über Jochen Steffen, die stärkste Persönlichkeit der Partei-Oppisition, der ihm bisher schon angehörte, hinaus, wie Hans Matthöfer, Harry Ristock und Rudi Arndt, Repräsentanten der Jungsozialisten wie Wolfgang Roth sind in ihn eingezogen. Auch Werner Vitt, der stellvertretende Vorsitzende der IG Chemie, wurde Mitglied des PV.

Vertreter der konservativen „Kanalarbeiter"-Riege in der Bundestagsfraktion, wie der Bundesminister Francke und die Bundestagspräsidentin Renger, blieben bei den Wahlen ebenso auf der Strecke, wie auch der alte Carlo Schmid. Aber die Partei-Rechte hat gleichwohl im Vorstand noch immer eine eindeutige Mehrheit, trotz aller Illusionen über die Partei-„Mitte".

Hätte die innerparteiliche Opposition, die fast ein Drittel der Delegierten eindeutig, wesentlich mehr in Einzelfragen auf ihrer Seite hatte, über eine theoretisch fundierte Konzeption und Strategie, über eine realistische Analyse der Klassengegensätze in der westdeutschen, der Machtgegensätze in der internationalen Situation verfügt, hätte sie erheblich mehr erreichen können. Daß sie darüber nicht verfügt und daß die Methoden dieser Analyse in ihr selbst ebenso unklar und strittig waren wie deren Ergebnis, war ebensowenig ein Zufall, wie dies Resultat des Parteitages. Die BRD und ihre Arbeiterklasse ist längst noch nicht soweit wie in Frankreich und Italien oder gar wie in Chile. Aber Klassengegensätze und Klassenkämpfe klingen in der BRD nicht ab, sondern wachsen in dem gleichen Maße, in dem der inflationäre Prozeß mit allen seinen Konsequenzen die Lebenshaltung der Arbeitnehmer und jede Reform weiter bedroht. Der Erfolg der Warnstreiks der IG Druck, der „wilden" Streiks in der Metall-Industrie wird ebenso Folgen haben, wie der Druck der Studentenbewegung sie bereits hatte und noch hat und wie die täglichen lokalen Aktionen gegen den Mietwucher sie immer wieder haben.

Die SPD ist gegenwärtig nicht Subjekt, sondern Objekt dieser Aktivitäten. Aber sie ist ein Objekt, in dem sich deren Fortschritte spiegeln. Der leider noch höchst relative Aufstieg ihrer innerparteilichen Opposition auf dem Parteitag ist ein Ergebnis dieser Veränderung der Lage. Auch diese Opposition hat sich noch nicht zu einem seiner Aufgabe bewußten Subjekt dieses Prozesses machen können, aber sie ist hoffentlich wenigstens teilweise auf dem Weg in diese Richtung, wie mancher Diskussionsbeitrag auf dem Parteitag — man denke z. B. an Fritzsche oder v. Cube — gezeigt hat. Wenn sie aus den Mängeln ihres Auftretens auf dem Parteitag lernt, wenn sie ihre antikommunistischen Vorurteile überwindet, wenn sie begreift, daß man grundsätzliche Auseinandersetzungen nicht — wie es vielfach auf dem Parteitag geschehen ist — aus scheinbar taktischen,

in Wirklichkeit aber opportunistischen Gründen „ausklammern", sondern durchstehen muß, könnte sie die SPD ähnlich verwandeln, wie die einstige SFIO in Frankreich zum heutigen PSF verwandelt worden ist, der im Bündnis mit PCF und Gewerkschaften Pompidou und Messmer in die Schranken zu weisen beginnt. Nur ist der rationalisierende Druck der DKP noch schwach, während der PCF stark und stabil ist.

Ökonomische und politische Widersprüche im Verhältnis zwischen EWG und USA (II)*)

Von Jürgen Fischer, Michael Kringe, Elke Pozimski, Helmut Schaarschmidt, Ursula Schaarschmidt, Beate Schlitt und Wolfgang van Straelen

4.3. Zunehmende Schwierigkeiten auf dem Gebiet des Kapitalexports

Mit dem Fortschreiten der westeuropäischen Integration wurden die ständig steigenden amerikanischen Direktinvestitionen zunehmend für beide Seiten zum Problem. Die gesamten Kapitalaufwendungen der USA in der EWG, die sich aus Kapitalübertragungen aus den USA, in westeuropäischen Ländern aufgenommenem Kapital und reinvestierten Gewinnen zusammensetzen, sollen nach Schätzungen der Kommission 1972 3,3 Mrd Dollar betragen (1958 240 Mio) [94]). Für die amerikanische Seite ergibt sich die Problematisierung aus den Rückwirkungen des Kapitalexports auf das zunehmende Zahlungsbilanzdefizit. Seit 1965 bemüht sich die amerikanische Regierung um eine Einschränkung der Kapitalausfuhr und um verstärkte Rückführung von Profiten amerikanischer Tochtergesellschaften im Ausland [95]). Die Kapitalrückfuhr amerikanischer Firmen stieg von 1960 bis 1971 von 2,95 Mrd auf 9,3 Mrd Dollar, allein die Rückfuhr aus der EWG betrug 1971 1,2 Mrd Dollar [96]). Obwohl die Gründe für die Passivität der Zahlungsbilanz (1970 — 9,8 Mrd Dollar, 1971 — 29,8 Mrd Dollar) in stärkerem Maße auf den militärischen Investitionen und den staatlichen Auslandshilfen beruhen als auf den privaten Auslandsinvestitionen [97]), drängt die US-Regierung als staatliches Regulierungsorgan aus Gründen der inneren gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Stabilisierung auf eine gewisse Einschränkung des Expansionsdranges ihrer Konzerne. Andererseits ist natürlich die starke Präsenz amerikanischen

*) Vgl. Heft 3/1973, S. 237 ff.
94) Ebd., S. 9.
95) Dem von 1965 bis 1967 geltenden sogenannten freiwilligen Programm zur Einschränkung des Kapitalexports ließ Präsident Johnson bei anhaltendem Zahlungsbilanzdefizit 1968 eine gesetzliche Beschränkung der Kapitalausfuhr folgen. Die Kapitalausfuhrbeschränkungen wurden mit einer Anordnung zum Rücktransfer eines Teils der in Europa erzielten Gewinne verbunden. Vgl. R. Hellmann, Auslandsinvestitionen und europäische Souveränität. „Europa-Archiv", 18/1968, S. 681.
96) Informatorische Aufzeichnungen . . ., a. a. O., S. 10.
97) Vgl. E. Mandel, Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika. Frankfurt/M. 1971, S. 73 f.

Kapitals in Westeuropa ein Mittel zur politischen Machtausübung, umso mehr, als die Entwicklung des Kapitalexports in die USA in absehbarer Zeit kein Gegengewicht schaffen kann.

Durch die Verflechtung des internationalen Währungssystems [98]) hat sich der Kapitalexport auf die EWG-Staaten zunehmend negativ ausgewirkt. Bei Hochkonjunktur und aktiver Zahlungsbilanz der EWG-Länder zeigte er sich preistreibend und inflationistisch. Aufgrund der Funktion des Dollars, gleichzeitig Leit- und Reservewährung und nationales Kapital zu sein, waren die Auswirkungen der passiven amerikanischen Zahlungsbilanz doppelt negativ für die westeuropäischen Staaten. Die „Zahlungsbilanzdefizite der USA sind nichts anderes als Kreditaufnahmen der USA bei all denjenigen Ländern, die Dollarreserven halten. Dadurch haben die USA die Möglichkeit . . ., Kapital zu exportieren, das mittels der Dollarbestände bei ausländischen Zentralbanken finanziert wird" [99]). Die EWG-Staaten ermöglichen also praktisch durch ihre Dollarbestände den Aufkauf westeuropäischer Betriebe durch amerikanische Unternehmen. Denn seit der Einschränkung der Kapitalausfuhr wird ein Großteil der amerikanischen Investitionen im EWG-Raum über den sogenannten Euro-Dollarmarkt finanziert, d. h. durch Kreditaufnahmen von Dollarguthaben europäischer Banken und Konzerne, also durch Verschuldung in eigener Währung. Dadurch tragen die EWG-Staaten indirekt zur Stabilisierung der amerikanischen Zahlungsbilanz bei und festigen gleichzeitig die Stellung der USA auf dem EWG-Markt.

Auf EWG-Ebene allerdings werden die US-Direktinvestitionen nicht so sehr in Verbindung mit den sich daraus ergebenden währungspolitischen [100]) Folgen gesehen. Vielmehr beschäftigt man sich mit den Möglichkeiten einer Stärkung der europäischen Konzerne im Konkurrenzkampf mit den US-Konzernen.

In ihrem „Memorandum zur Industriepolitik der Gemeinschaft" spricht sich die Kommission für die Schaffung einer einheitlichen Rechts-, Steuer- und Finanzordnung zur Erleichterung von Zusammenarbeit europäischer Unternehmen aus, außerdem für die Förderung von Gründungen gemeinsamer Unternehmen außerhalb des nuklearen Bereichs zur Förderung einer industriellen Zusammenarbeit und für eine stärkere Versorgung der Unternehmen der Gemeinschaft mit Kapital aus Euro-Emmissionen über Spezialkreditinstitute. Sie fordert die Nationalstaaten auf, die im Rahmen ihrer Forschungs- und Entwicklungspolitik vergebenen Aufträge nicht mehr nur auf die eigenen Länder zu konzentrieren, sondern für die Bildung transnationaler europäischer Unternehmen einzusetzen. „Das Ziel muß sein, das Auftreten von Unternehmen möglich zu machen und sogar zu erleichtern, . . . die in der Lage sein müssen, in Europa und auf dem Weltmarkt den Wettbewerb mit den Giganten in Übersee aufzunehmen" [101]).

Spiegeln diese Bemühungen der Kommission die Interessen der europäischen Großkonzerne wider, denen nicht so sehr an einer Reglementierung der amerika-

98) E. Altvater, Die Weltwährungskrise. Frankfurt/M. 1969, S. 67.

99) Auf die Krise des internationalen Währungssystems und ihrer Auswirkungen kann hier nicht näher eingegangen werden. Es sei nur verwiesen auf die ausführliche Diskussion dieser Fragen von verschiedenen Seiten, so z. B.: Neusüß/Blanke/Altvater, Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungskrise, in: „Probleme des Klassenkampfes", 1/November 1971.
K. H. Domdey/D. H. Kühne, Die chronische Krise des kapitalistischen Weltwährungssystems. Frankfurt/M. 1972.

100) Konsequenzen dieser Frage finden sich eher in den verschiedenen Plänen zur Reform des internationalen Währungssystems, die entweder eine zweite europäische Leit- und Reservewährung neben dem Dollar vorsehen oder gar eine Europäische Währungsunion mit vollständiger Verdrängung des Dollars aus diesem Raum. Vgl. Domdey/Kühne, a. a. O., S. 119 ff.; und W. Hankel, Europäische Währungsintegration und Reform des internationalen Währungssystems, „Europa-Archiv", 2/1972. — Neueste Bestrebungen zur Gründung eines europäischen Reservefonds, die auf der Konferenz der Wirtschafts- und Finanzminister in Luxemburg erörtert wurden, deuten ebenfalls einen Schritt in diese Richtung an. Siehe „Frankfurter Rundschau" v. 16. 1. 1973.

101) Die Industriepolitik der Gemeinschaft. Memorandum der Kommission an den Rat. Brüssel 1970, S. 27.

nischen Investitionen als an einer Stärkung ihrer eigenen Konkurrenzkraft gelegen ist, so gibt es auf seiten der EWG noch einen weiteren Grund, der verhindert, daß die Präsenz amerikanischen Kapitals in Westeuropa zum direkten Konfliktfeld wird. Der Hinweis auf die Höhe des amerikanischen Kapitals ist für die EWG ein wichtiges Argument gegen die amerikanischen Vorwürfe betreffs der Handelsrestriktionen durch die Gemeinschaft. Beschwerden über den relativ rückläufigen Export der USA in die EWG-Länder und über Nachteile, die für sie durch Präferenzabkommen der EWG mit Drittländern entstehen, können dadurch zurückgewiesen werden. „Amerikanische Direktinvestitionen in der Gemeinschaft wirken sich auf die amerikanische Ausfuhr nach Europa und damit auf die amerikanisch-gemeinschaftliche Handelsbilanz aus. Ob Computer oder Detergentien, immer mehr amerikanische Erzeugnisse werden heute in Europa hergestellt und nicht mehr aus den Vereinigten Staaten eingeführt. In dem letzten Jahr, für das Zahlen vorliegen, betrug der Umsatz der amerikanischen Tochtergesellschaften in der Gemeinschaft insgesamt 14 Mrd Dollar" [102]). Damit erreichte er 1968 wertmäßig mehr als das Zweieinhalbfache der gesamten amerikanischen Ausfuhren in die EWG. Der genaue Umfang der amerikanischen Ausfuhr, die durch Produktion in Westeuropa ersetzt wird, läßt sich nicht ermitteln. Es steht jedoch fest, daß der Kapitalabfluß aus Amerika nach Westeuropa zu einem großen Teil auf die Feststellung amerikanischer Gesellschaften zurückzuführen war, daß es billiger sei, in der EWG zu produzieren, als Fertigwaren aus den Vereinigten Staaten zu exportieren.

An der Frage der US-Investitionen in westeuropäischen Staaten lassen sich deutlich die widersprüchlichen politischen und ökonomischen Interessen dieser Länder aufweisen. Die ökonomischen Interessen sprechen zwar für geringere amerikanische Kapitalanlagen, doch sobald die amerikanische Drohung einer Verringerung ihrer Truppenstärke in Europa auftaucht, erhält für einige westeuropäische Regierungen das politische Argument mehr Bedeutung, daß die hohen US-Privatkapitalanlagen die sicherste Garantie für das Interesse Amerikas an der „westeuropäischen Sicherheit" darstellen. Obwohl an der Oberfläche widersprüchliche Kapitalinteressen zutage treten, bleiben Elemente der gemeinsamen Frontstellung gegen die sozialistischen Staaten erhalten und können in einem solchen Konfliktfall die unterschiedlichen ökonomischen Interessen überlagern.

Der Kapitalexport macht also ein wesentliches Moment der ökonomischen Stärke der USA aus. Das ungleichmäßige Wachstum der verschiedenen kapitalistischen Wirtschaftsblöcke und die sie schützenden protektionistischen Praktiken führen zu einem stärkeren gesamtwirtschaftlichen Gewicht des Kapitalexports gegenüber dem Warenexport zur Umgehung der Zollschranken. Allerdings dürfte der protektionistische Trend der US-Handelspolitik — der schon seit mehreren Jahren andauert, aber mit der Nixon-Rede vom 15. August 1971 erstmals klar zum Ausdruck kam — auch den europäischen und japanischen Kapitalexport in die USA beschleunigen [103]).

4.4. Handelsbeziehungen

Die Entwicklung der Handesbeziehungen zwischen der EWG und den USA muß im Zusammenhang mit den entscheidenden Strukturveränderungen des kapitalistischen Welthandels nach dem Zweiten Weltkrieg gesehen werden. Die sich unter den Bedingungen der ungleichmäßigen ökonomischen Entwicklung voll-

[102]) Informatorische Aufzeichnungen, a. a. O., S. 9.
[103]) E. Mandel, Spätkapitalismus, a. a. O., S. 297.

ziehende Internationalisierung des Wirtschaftslebens ist gekennzeichnet durch einen verschärften Kampf um Kapitalanlagesphären, Rohstoffquellen und Absatzmärkte. Folgende Haupttendenzen dieser Entwicklung führen zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses im Kapitalismus, besonders zum Verlust der handelspolitischen Monopolstellung der USA:

„— Während sich ein wachsender Teil des kapitalistischen Welthandels zwischen den kapitalistischen Industrieländern vollzieht, ist der Anteil der Entwicklungsländer erheblich zurückgegangen.

— Die Außenhandelssituation der Entwicklungsländer wird nach wie vor durch die Verschlechterung ihrer Austauschverhältnisse (terms of trade) beeinträchtigt.

— Die Warenstruktur des kapitalistischen Welthandels ist durch einen wachsenden Anteil von Industriewaren, vorwiegend von Maschinen und Ausrüstungen, gekennzeichnet.

— Das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Hauptländern hat sich im Außenhandel vor allem zugunsten Japans und der BRD verändert, während die USA, Großbritannien und zum Teil auch Frankreich Positionen einbüßten.

— Der Handel mit den sozialistischen Ländern hat sich zwar relativ schnell ausgedehnt, sein Anteil am Handel der kapitalistischen Länder ist aber noch immer gering" [104]).

Der Warenexport aller kapitalistischen Länder hat sich von 1950 bis 1970 verfünffacht, jedoch stieg der Export der Entwicklungsländer wesentlich langsamer als der der Industrieländer, so daß sich infolgedessen ihr Anteil am Welthandel von 34,2 % auf 19,4 % verringert hat. Grund dafür ist die Tatsache, daß ein immer größerer Teil des Warenaustausches unter den Industrieländern selbst stattfindet. Die Entwicklungsländer sind zwar nach wie vor hauptsächlich Rohstofflieferanten (1950 — 89,9 %, 1970 — 78,6 % des Exportes in die Industrieländer) und Abnehmer von Industrieprodukten, jedoch geht letztere Bedeutung zurück. Ihr abnehmender Anteil am Welthandel wird indes verstärkt durch eine Preisentwicklung, die steigende Preise für Industriegüter und stagnierende bzw. sinkende für Rohstoffe aufweist.

Die zurückgehende Bedeutung der Entwicklungsländer im kapitalistischen Warenaustausch ist zum einen durch das Anwachsen von revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt und dadurch bedingter Unsicherheit für kapitalistische Interessen entstanden. Andererseits hat die zunehmende Entwicklung und Produktion synthetischer Stoffe zu entscheidenden Umwälzungen in der Rohstoffwirtschaft geführt [105]), die hochentwickelten kapitalistischen Industrieländer sind in geringerem Maße auf Importe natürlicher Rohstoffe angewiesen. Die Entwicklung der Handelsbilanzen der wichtigsten kapitalistischen Industrienationen läßt erkennen, „daß bei den USA vor allem als Folge zunehmender Aushöhlung der Konkurrenzfähigkeit von US-Unternehmen durch die Auswirkungen der Globalstrategie und der Indochina-Aggression die zunächst vorherrschende Tendenz zur weiteren Vergrößerung des Exportüberschusses in eine Verschlechterung der Außenhandelssituation umgeschlagen ist. Sie hat 1971 erstmals seit 1888 zu einem Handelsbilanzdefizit geführt, dem 1972 wahrscheinlich ein noch größeres folgen wird."

104) E. Lüdemann, Tendenzen des kapitalistischen Welthandels seit dem Zweiten Weltkrieg, in: „IPW-Berichte", 4/1972, S. 50.
105) Vgl. R. Gündel/K. Nehls, Zur Wirkungsweise des Gesetzes der ungleichmäßigen sprunghaften ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder, in: „DWI-Forschungshefte", 1970/1, S. 38. Auf die bedeutende Rolle Japans, dessen Export 1971 zu 32 % in die USA ging und sich in der EWG in demselben Jahr um 25 % steigerte, soll nur kurz verwiesen werden.

Handelsbilanzen der imperialistischen Hauptländer
Jahresdurchschnitte in Millionen Dollar

Zeitraum	*USA*	*Japan*	*BRD*	*Frankreich*	*Italien*	*Großbritannien*
1951—55	*+ 4284*	*— 762*	*+ 359*	*— 180*	*— 914*	*— 2298*
1956—60	*+ 5049*	*— 778*	*+ 1180*	*— 289*	*— 865*	*— 1710*
1961—65	*+ 6145*	*— 912*	*+ 1270*	*— 327*	*— 1291*	*— 2083*
1966—70	*+ 2911*	*+ 84*	*+ 3937*	*— 1318*	*— 848*	*— 2736*

Das Handelsbilanzdefizit der USA muß in engem Zusammenhang mit der Zahlungsbilanz gesehen werden. Denn die jahrelangen Handelsbilanzüberschüsse wurden 1955 zu 96,3 %, 1960 zu 56,3 %, 1965 zu 44,7 %, 1966 zu 78,3 % und 1967 zu 85,7 % allein durch militärischen Devisenbedarf kompensiert [107]). Durch die steigenden staatlichen Ausgaben für militärische Zwecke im Ausland wird zwar in erster Linie die Zahlungsbilanz betroffen, dies führt jedoch — da die Ausgaben für militärische Zwecke in den unproduktiven Sektor fallen, d. h. aus dem gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß herausgezogen sind — zum Fehlen von Geldern für staatliche Investitionen in anderen Bereichen und damit zur Schwächung der allgemeinen Konkurrenzfähigkeit.

Für die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Gebieten ist eine relative Zurückdrängung der USA im Export in die EWG-Länder zu verzeichnen, der insgesamt eine Vergrößerung des Anteils der EWG-Länder auf dem US-Markt gegenübersteht. Dagegen verstärken sich die Handelsverflechtungen der EWG-Länder untereinander. Die Wareneinfuhr der EWG-Mitglieder stammte 1960 zu 54,1 % und 1970 zu 64,3 % aus Mitgliedsländern, während der Anteil der USA am Warenexport aller Länder nach Westeuropa von 13,0 % auf 9,9 % sank [108]). Diese Zahlen müssen jedoch relativ gesehen werden, da in den USA immer noch 43,1 %, in den sechs EWG-Ländern aber nur 19,8 % der kapitalistischen Weltindustrieproduktion (1968) erzeugt werden. Allerdings liegt die EWG im Weltexport mit rund 31 % vor den USA mit 16 % (1969) [109]). Mit der Erweiterung der EWG werden sich diese Tendenzen zu ihrem Vorteil verstärken.

Aufgrund dieser Konstellationen sind die handelspolitischen Auseinandersetzungen das Konfliktfeld, in dem die USA sich durch die EWG am stärksten benachteiligt fühlen, wo die Auseinandersetzungen am heftigsten — besonders im Rahmen der GATT-Verhandlungen — geführt werden. Der EWG wird von amerikanischer Seite vorgeworfen, sie diskriminiere durch zu hohe Außenzölle die amerikanischen Exporte.

Demgegenüber weist die Europäische Kommission darauf hin, daß nach den Zollsätzen der sogenannten „Kennedy-Runde" 13,3 % der EWG-Zölle für gewerbliche Waren gegenüber 38,8 % der amerikanischen Zölle über 10 % liegen, die europäische Gemeinschaft von allen wichtigen Industriegebieten die niedrigsten Zölle aufweist, während in einer vom GATT aufgestellten Liste über 800 Handelsschranken die USA am häufigsten auftauchen. In der Gesamtentwicklung ist die EWG ein schnell wachsender Markt für amerikanische Exporte. Von 1958—1970

107) Altvater, Die Weltwährungskrise, a. a. O., S. 63.
108) Lüdemann, a. a. O., S. 49.
109) Domdey/Kühne, a. a. O., S. 120 f.
Abzüglich des Handels innerhalb der EWG dürfte sich das Verhältnis auf 20 %—18 % verschieben.

war die amerikanische Ausfuhr in die Gemeinschaft von 2,8 Mrd. Dollar auf 9 Mrd. Dollar gestiegen, die Einfuhr aus der EWG von 1,7 Mrd. auf 6,6 Mrd. „In den ersten sechs Monaten des Jahres 1971 ist der amerikanische Handel mit vielen anderen Märkten zurückgegangen, doch war er gegenüber der Gemeinschaft weiter stabil und weitgehend überschüssig. Die Einfuhr der Gemeinschaft aus den Vereinigten Staaten belief sich auf 4,8 Mrd Dollar, die Ausfuhr auf 3,7 Mrd" [110]). Das heißt: Die EWG-Mitglieder haben ein ständiges Handelsbilanzdefizit mit den USA.

Natürlich kann die geschwächte Stellung der USA in den Handelsbeziehungen nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Zahlungsbilanz analysiert werden. Ein weiterer Grund für die verminderte Konkurrenzkraft auf dem Weltmarkt ist das relativ hohe Preis- und Lohnniveau, bedingt durch den fortgeschrittenen Monopolisierungsgrad der US-Wirtschaft. Gegenüber den westeuropäischen Konzernen ist die Konkurrenzkraft der US-Unternehmen auch durch das Aufholen der Westeuropäer in den wissenschaftlich-technischen Forschungsbereichen geringer geworden — abgesehen von weiten Bereichen der Militär-, Weltraumforschung und Elektronik, wo sich der Vorsprung der amerikanischen Industrie noch weiter vergrößert. Aufgeholt haben die westeuropäischen Konzerne durch die mit dem amerikanischen Kapital nach Westeuropa gekommenen wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse, durch Aufkauf von Lizenzen in den USA, die einen Großteil des westeuropäischen Kapitalexportes ausmachen, und durch den eigenen durch die Integration vorangetriebenen Zentralisationsprozeß.

4.5. Theoretische Fragestellung

Die Strukturveränderung in den internationalen Handels- und Kapitalbeziehungen — so die Intensivierung der ökonomischen Beziehungen zwischen den kapitalistischen Zentren zuungunsten der Beziehungen zu den unterentwickelten Ländern und die Herausbildung von internationalen Konzernen — ist ein Ausdruck der zunehmenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals im internationalen Maßstab. Während vor und nach dem Ersten Weltkrieg das Kapital primär als Warenkapital auf den Weltmarkt trat, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg auch die Akkumulation des Kapitals zunehmend internationalisiert [111]). Zwar hat nach 1945 auch der Welthandel besonders zwischen den kapitalistischen Ländern stark zugenommen, seine Bedeutung geht jedoch tendenziell gegenüber dem Kapitalexport, der forcierten internationalen Kapitalverflechtung zwischen den kapitalistischen Nationalstaaten, zurück [112]). Der Weltmarkt entwickelt sich so mehr und mehr zu einem Mechanismus der arbeitsteiligen Organisationen hochindustrialisierter kapitalistischer Staaten [113]).

Dieser Prozeß ist wesentlich das Resultat einer enormen Entfaltung der Produktivkräfte, da eine rentable Produktion auf nationaler Ebene nicht möglich ist, einerseits wegen der nur beschränkten Aufnahmefähigkeit des nationalen Marktes, andererseits wegen der Höhe der unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur Produktion benötigten Kapitalien, die die Kapitalkraft des nationalen Konzerns übersteigt.

---

110) Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Zahlen und Tatsachen über die Handels- und Währungsbeziehungen zwischen der europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten, Brüssel Oktober 1971, S. 10.
111) Vgl. auch R. Gündel/K. Nehls, Zur Wirkungsweise des Gesetzes der ungleichmäßigen, sprunghaften ökonomischen und politischen Entwicklung kapitalistischer Länder, in: „DWI-Forschungshefte", 1970/1.
112) Vgl. Deutsche Bank AG, Wirtschaftliche Mitteilungen, 3/Oktober 1968, S. 8.
113) Vgl. auch D. Goralczyk, Die ökonomische Integration kapitalistischer Staaten, in: „Blätter", 12/1972, S. 1278.

Die Form, in der sich die ungleichmäßige ökonomische Entwicklung der kapitalistischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg vollzieht, wird durch die oben genannten Faktoren entscheidend beeinflußt. Die Intention der amerikanischen Kapitalexporte nach Westeuropa galt in den ersten Nachkriegsjahren der Aufrechterhaltung des Kriegsproduktionsniveaus. Die amerikanische Wirtschaft war gegen Ende des Krieges gekennzeichnet durch eine ständig steigende überschüssige Produktionskapazität und einen wachsenden, auf dem US-Binnenmarkt nicht mehr profitabel zu verwertenden Kapitalüberschuß. Die staatlichen amerikanischen Kredite in Form der Marshall-Plan-Hilfe hatten vor allem die Funktion, solche Kapitalüberschüsse zu entwerten und gleichzeitig die infrastrukturellen Voraussetzungen für die künftige Intensivierung des Warenaustausches und darüber hinaus Anlagesphären für private Investitionen von US-Kapital in Europa zu schaffen. Hinzu kommt, daß die kapitalkräftigen amerikanischen Unternehmen aufgrund ihres erheblichen Technologie- und damit Produktivitätsvorsprunges in Westeuropa hohe Surplusprofite gegenüber den europäischen Unternehmen erzielen konnten, was noch dadurch verstärkt wurde, daß schwerpunktmäßig in Bereichen der sogenannten forschungsintensiven oder Wachstumsindustrie investiert wurde. Im Zuge der umfangreichen amerikanischen Direktinvestitionen floß jedoch in wachsendem Maße auch amerikanische Technologie in die westeuropäischen Exportländer ein, mit deren Hilfe die Westeuropäer ihrerseits in der Lage waren, ihre sich nun entwickelnden Industriezweige der Massenproduktion u. a. mit den modernsten Maschinen auszurüsten [114]). Aus diesen Faktoren erklären sich die in Relation zu den USA sehr hohen Wachstumsraten der Industrieproduktion und der Arbeitsproduktivität der europäischen Staaten (und Japan) nach 1950 und schließlich ihr „sensationelles Come-back" [115]) auf dem Weltmarkt.

Produktivitätsentwicklung der imperialistischen Rivalitätszentren: Jährliche Steigerung in %

	1870/1950	*1950/1965*	*1965/1969*
USA	*2,4*	*2,6*	*1,7*
*Westeuropa *)*	*1,5*	*4,0*	*4,5*
Japan	*1,4*	*6,8*	*10,6*

*) BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, Belgien, Niederlande [116]).

Die Tabelle muß insofern relativiert werden, als sie den Unterschied im Produktionsniveau zwischen den USA und Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg unberücksichtigt läßt. Trotz der verhältnismäßig hohen Wachstumsrate der europäischen Länder, die zum Teil aus dem sehr niedrigen Ausgangsniveau resultierten, ist eine absolute Nivellierung in der Produktivität gegenüber den USA noch nicht erreicht. Die Widersprüchlichkeit der amerikanischen Situation besteht darin, einerseits aus den objektiven Anforderungen der Produktivkraftentwicklung einen, den Erfordernissen der spezifischen internationalen Arbeitsteilung im Spätkapitalismus entsprechenden ökonomisch starken Partner zu schaffen, andererseits mit der Entwicklung der tendenziellen Angleichung des Produktivitätsniveaus langfristig einen annähernd gleichwertigen Konkurrenten

114) „Die USA haben heute den ältesten Maschinenpark der westlichen Welt. So z. B. sind metallverarbeitende Maschinen in der US-Industrie heute durchschnittlich zehn Jahre und älter, in der BRD etwa fünf Jahre", DVZ v. 9. 12. 1971.
115) Vgl. E. Mandel, EWG-USA, a. a. O., S. 12.
116) Quelle: M. H. Stans, Technischer Vorsprung muß langfristig gesichtet werden, in: Außenhandelsdienst, Frankfurt/M., 36/1971, zit. nach: „IPW-Berichte", 4/1972, S. 25.

zu produzieren, der die eigene absolute Hegemonialstellung angreift. Die relativ hohen Zuwachsraten der Produktion und die ständig steigende Kapitalkraft der europäischen Staaten sind Ausdruck dieser Entwicklung. Die mit voller Unterstützung der USA einsetzende Integration in Europa — so die sektorale Integration der EGKS und die EZU — forcierte zudem die Produktivkraftentwicklung in den Mitgliedsstaaten und bedingte eine schnellere Expansion der Produktion. Damit war die Voraussetzung gegeben, die relative Schwächung der westeuropäischen Wirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit durch ein „vorübergehend rasches Wachstum" [117]) zu überwinden. Der forcierte Anstieg der Industrieproduktion bis zur Gründung der EWG in den sechs Mitgliedsländern belegte diese Tendenz und forderte eine partielle Zentralisation auf nationaler Ebene.

Die Errichtung der Wirtschaftsgemeinschaft dagegen erfolgte zu einem Zeitpunkt, als eine weitere Expansion der Produktion in zentralisierten Bereichen nur durch Aufhebung der nationalen Schranken möglich war. Damit entsprach sie der objektiven Tendenz zur Internationalisierung, wobei im EWG-Bereich jedoch zunächst nur die Zirkulationssphäre, nicht aber die Produktionssphäre internationalisiert wurde. Das führte zu einer verschärften Konkurrenz zwischen den Kapitalen in der EWG, wodurch die einzelnen nationalen Unternehmen zu einer stärkeren Monopolisierung gezwungen wurden. Die veränderte Konkurrenzsituation auf dem erweiterten Markt wirkte sich daneben auch auf die Konkurrenz im nationalen Rahmen aus und bedingte so gleichzeitig die Zentralisation und Monopolisierung weiterer Kapitalbereiche.

So ist die regionale Integration in Form der EWG sowohl das Ergebnis der Internationalisierung als auch die Voraussetzung für eine weitere kapitalistische Entwicklung der Produktivkräfte [118]), jedoch modifiziert entsprechend den Bedürfnissen der westeuropäischen Monopole. Damit wird der kapitalistische Charakter dieser Integration deutlich, die die Expansion des westeuropäischen Kapitals auf dem Weltmarkt fördert [119]).

Die Zusammenfassung nationaler Einzelkapitale eines Produktionssektors unter eine Verfügungsgewalt zu einem internationalen Konzern, dessen Kapitalkraft und Absatzmarkt die Dimensionen der amerikanischen Konzerne erreicht, wird gegenwärtig als die einzige Möglichkeit des westeuropäischen Kapitals betrachtet, im sich ständig verschärfenden Konkurrenzkampf (wie er in unseren Ausführungen beschrieben wurde) gegen die USA bestehen zu können und nicht auf kurz oder lang von den hinsichtlich Kapitalkraft und Produktionskapazität überlegenen amerikanischen Großkonzernen aufgesogen zu werden. Ein wesentlicher Vorteil für die US-Unternehmen liegt im übrigen noch darin, daß sie im Gegensatz zu den westeuropäischen sich auf einen starken Staat stützen können. Gerade die umfangreichen unmittelbar wirtschaftlichen Funktionen des Staates im Spätkapitalismus, wie antizyklische Wirtschaftspolitik zur Krisen- und Rezessionsbekämpfung, Steuer-, Haushalts-, Geld-, Kredit- und Handelspolitik, implizieren für die europäischen Kapitalisten in Zukunft eine Verschärfung des Widerspruchs von zunehmender Internationalisierung der Produktion und gleichzeitig weiterbestehender nationaler Verankerung der einzelnen Unternehmen.

117) Autorenkollektiv, Der Staatsmonopolistische Kapitalismus, a. a. O., S. 468.
118) „In gewissen Industriezweigen sind die notwendigen Investitionen zur Ermöglichung rentabler Produktionen so beträchtlich, daß auch die gesamten Firmen dieses Zweiges jedes einzelnen EWG-Landes dieses Kapital nicht aufbringen können: In diesem Fall ist internationale Kapitalverflechtung eine absolute Vorbedingung, um überhaupt produzieren zu können. Schulbeispiel dafür sind die Flugzeugindustrie mit dem Überschallgeschwindigkeit fliegende Passagierflugzeug, die Raumfahrt und die Raumtelekommunikationen." E. Mandel, Die EWG . . ., a. a. O., S. 34.
119) Welche Konsequenzen die kapitalistische Integration für die Strategie der Arbeiterbewegung in Richtung auf eine antikapitalistische Alternative zur EWG beinhaltet, kann nur im Rahmen einer weitergehenden Untersuchung analysiert werden und blieb in diesem Zusammenhang unberücksichtigt.

Die internationale Zentralisation des Kapitals fordert zwar verstärkt einen Abbau nationalstaatlicher Kompetenzen zugunsten supranationaler Institutionen, jedoch behindern die subjektiven Interessen der Monopole, vertreten durch die Nationalstaaten, die Bildung dieser notwendigen politischen Instanzen. Die unterschiedliche Akzentuierung von EWG-Ministerrat und -Kommission ist Ausdruck dieser Differenzen. Die starke Stellung des Ministerrats betont den zwischenstaatlichen Charakter der Integration.

Die Krise von 1971 hat jedoch gezeigt, daß anfängliches nationalstaatliches Operieren nicht zum gewünschten Erfolg führte, sondern der Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens Rechnung getragen werden mußte. Damit kommt der Charakter der Integration als Ausdruck der gemeinsamen Konkurrenzstellung der europäischen gegenüber den US-amerikanischen Monopolen zur Geltung.

5. Aktuelle Konfliktfelder

5.1. Agrarmarkt

Die EWG ist der wichtigste Absatzmarkt für Agrargüter der USA, die das größte Agrarexportland der Welt sind. 60 % der Weltausfuhr an Agrarprodukten wird von den USA getragen [120]). Mit der gemeinsamen Agrarpolitik der EWG entstand ein Präferenzraum, der den US-Handel stagnieren läßt bzw. insgesamt bedroht. So gab es z. B. bei Nahrungsmitteln von 1965—1969 eine Steigerungsrate von 30 %, die zu 94 % von EWG-Ländern getragen wurde, während die USA eine Abnahme von 135 Mio Dollar bei ihren Exporten verzeichnete [121]). Dazu kommt eine allgemeine Überschußproduktion an Nahrungsmitteln, die den Weltmarkt belastet. So wird die EWG bei einer Steigerungsrate von 1 % des Inlandsverbrauchs und einer 2,5%igen Erzeugungssteigerung 1980 39 Mio t GE über den Verbrauch produzieren. Das entspricht einem Selbstversorgungsgrad von 114 [122]). Ein anderes Mittel, das sich gegen die Interessen von Exporteuren aus Drittländern richtet, ist neben dem Einfuhrzoll die variable Abschöpfung. Sie bringt die Importe auf das Preisniveau der EWG-Produkte, um Preiswettbewerbe auszuschließen. Daneben führen die subventionierten Agrarexporte der Gemeinschaft zur Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt.

Die USA erheben gegen die EWG den Vorwurf der „Introvertiertheit" oder des Protektionismus, die EWG weist das zurück und führt die Schutzmaßnahmen der USA an. Ihre Landwirtschaft wird durch Zölle und Mengenbeschränkungen, die für über die Hälfte der Erzeugnisse gilt, abgegrenzt. Außerdem sei, nach Angaben der Europäischen Dokumentation, der amerikanische Agrarexport in den EWG-Raum in den letzten 6 Jahren um 25 % gestiegen im Vergleich zu 20 % in der übrigen Welt. Auch der Anteil der EWG an den Agrarexporten sei etwa gleichgeblieben: 1958 21,3 % und 1970 22,2 % [123]). Diese Zahlen berücksichtigen jedoch nicht die Agrarbewegungen innerhalb der Gemeinschaft, die stark angewachsen sind (s. o.). Sie beinhalten daher eine Stagnation für die USA. Diese Situation wird sich noch weiter zuspitzen, wenn Großbritannien als größtes westeuropäisches Agrarimportland in den Gemeinsamen Markt einbezogen wird.

120) Vgl. J. Gruner, Wachsende Rivalität zwischen EWG und USA, in: „IPW-Berichte", 4/1972, S. 28.
121) Vgl. ebd., S. 30.
122) Berücksichtigt wurden die jeweils niedrigsten Steigerungsraten. Vgl. „Europäische Gemeinschaft", Heft 8/9 1971, S. 33.
123) Vgl. Europäische Dokumentation 1972: Die europäische Gemeinschaft und die Vereinigten Staaten von Amerika, S. 1.

Ein anderes die Konkurrenz verschärfendes Moment ist, daß im Welthandel der Anteil der Nahrungsmittel zugunsten von Industriewaren zurückgeht, was sich negativ auf die Handelsbilanz der USA auswirkt.

Auch auf dem Agrarmarkt erschweren die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Nationalstaaten der EWG (z. B. BRD-Frankreich) ein gemeinsames Vorgehen. Trotzdem hat die Gemeinschaft Interesse an US-Exporten von Agrargütern, da sie zum Teil als Kompensationskäufe für den eigenen Export von Industriewaren gelten.

5.2. Das Präferenzsystem

Seit ihrer Gründung ist die EWG mit 17 afrikanischen Staaten und Madagaskar durch Assoziierungsabkommen verbunden, die eine Teilmitgliedschaft der betreffenden Länder durch ihre Einbeziehung in die Zollunion begründen (AASM). Später wurden noch drei ostafrikanische Staaten (Kenia, Tansania, Uganda) sowie Griechenland, die Türkei, Malta, Marokko und Tunesien assoziiert. Dabei ist für Griechenland und die Türkei eine spätere Vollmitgliedschaft vorgesehen. Weiterhin wurden Präferenzabkommen, die gegenseitige Zollbegünstigungen beinhalten, mit mehreren Mittelmeerländern abgeschlossen (Spanien, Israel, Ägypten). Für Jordanien und den Libanon werden ähnliche Verträge vorbereitet [124]). Jugoslawien hat einen Teilhandelsvertrag, Portugal ein Freihandelsarrangement mit der EWG. Seit Juli 1971 können außerdem im Rahmen einer Umorientierung der Entwicklungspolitik generell alle Entwicklungsländer gewerbliche Halb- und Fertigwaren bis zu einer Summe von 1030 Mio Dollar [125]) zollfrei in den Gemeinsamen Markt exportieren (sogenannte allgemeine Präferenzen) [126]). Im Sommer 1972 wurden weitere Freihandelsarrangements mit den nicht zur EWG beigetretenen EFTA-Ländern abgeschlossen. Dieses weitreichende Präferenzsystem vergrößert Einfluß und Macht der EWG erheblich. Zentrale Bedeutung kommt dabei dem Mittelmeerraum zu, der einer der wichtigsten Absatzmärkte für die Gemeinschaft ist. So lagen 1971 die Exporte der EWG in dieses Gebiet mit 7,3 Mrd Dollar über ihrer Ausfuhr in die USA, die nur 6,6 Mrd Dollar betrug [127]). Die Einbeziehung der Mittelmeerländer in die Einflußsphäre der EWG durch die verschiedenen Präferenz-, Assoziierungs- und Handelsabkommen soll sowohl die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder fördern [128]), als auch die „europäische Präsenz im Mittelmeergebiet als Gleichgewichts- und Friedensfaktor" [129]) verstärken.

Angesichts der Erweiterung der EWG, die eine partielle Neuregelung der Verträge mit verschiedenen Mittelmeerstaaten notwendig macht, legte die Europäische Kommission dem Ministerrat im September 1972 Vorschläge über einen Globalansatz für die Mittelmeerpolitik der europäischen Gemeinschaft vor, die eine Vereinheitlichung der verschiedenen Abkommen bezwecken und „neben der Schaffung einer Freihandelszone für gewerbliche Erzeugnisse und Konzessionen auf dem Agrarsektor eine intensivere Entwicklungskooperation vor-

124) Vgl. „Der Spiegel", 44/1972, S. 146.
125) Vgl. K. H. Groß, Die Präferenzpolitik der EWG, im Rahmen der UNCTAD, in: „Europa-Archiv" 1972, S. 130.
126) Vgl. dazu E. Czaya, Allgemeine Präferenzen neokolonialistisch deformiert, in: „IPW-Berichte", 9/1972, S. 26 ff.
127) Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft: Informatorische Aufzeichnung, Brüssel im Dezember 1971, Elemente einer Bilanz 1971, S. 10.
128) Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Zahlen und Tatsachen über die Handels- und Währungsbeziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten, Brüssel, Oktober 1971, S. 7.
129) Ausführungen von E. M. Malfatti, Washington, 8. 4. 1971, S. 9.
130) Vorschläge der Kommission vom 22. 9. 1972: Globalansatz für die Mittelmeerpolitik der Europäischen Gemeinschaft, in: „Europa-Archiv", 21/1972, S. D. 509.

sehen" [130]). Sie wurden vom Rat als „wichtige und konstruktive Unterlage" [131]) begrüßt. Endziel einer solchen globalen Politik im Mittelmeerraum ist die Einbeziehung der europäischen Anrainerstaaten in die Gemeinschaft [132]) und für das gesamte Gebiet neben freiem Warenverkehr „echte vertragliche Kooperation mit kohärenten Maßnahmen auf dem Gebiet des Kapitalverkehrs, der Technologie, der Energiewirtschaft, der Beschäftigung und des Umweltschutzes" [133]). Eine solche Neuorientierung der Mittelmeerpolitik hätte eine erhebliche Stärkung der Gemeinschaft in diesem Bereich zur Folge.

Anders geartet in der Mittelmeerzone sind die Interessen der EWG an den weiteren Präferenz- und Assoziierungsabkommen. Hier spielen Exporte der Gemeinschaft in die betroffenen Länder zunächst nur eine untergeordnete Rolle, da sich die wirtschaftlichen Vorteile durch die Verträge mit den Entwicklungsländern erst auf längere Sicht einstellen dürften. Bedeutend ist vor allem der politische Einfluß, den sich die EWG durch die Abkommen auf diese Länder sichert und der wesentlich zu ihrer Stärkung beiträgt.

Durch diesen gewaltigen Präferenzblock sehen die USA dagegen elementare Interessen auf ökonomischem und politischem Gebiet gefährdet. Zum einen werden ihre Exporte in die EWG durch die bevorzugte Behandlung der assoziierten und durch Präferenzabkommen mit der Gemeinschaft verbundenen Staaten benachteiligt [134]). Ihre Ausfuhr in die assoziierten Länder selbst ist zwar im Augenblick noch nicht bedroht und wird, kurzfristig gesehen, durch die Präferenzabkommen sogar positiv beeinflußt [135]), sie könnte aber in Zukunft durch erhöhte Exporte der EWG in diese Länder leicht gefährdet werden. Zum anderen befürchten die USA eine Schwächung ihrer politischen und militärischen Stellung im Mittelmeerraum.

Die Bedeutung, die sie dem Präferenzsystem beimessen, läßt sich daran erkennen, daß sie mit militärischem und währungspolitischem Druck versuchen, die Europäer zu einem Abbau dieses Systems zu bewegen.

5.3. Währung und Handel

Das im Vergleich zu den stark exportorientierten Ländern Westeuropas geringe Gewicht des Außenhandels der USA hatte lange ein stärkeres Eingreifen der Regierung in die handelspolitischen Beziehungen verhindert. Im August 1971 griff Präsident Nixon jedoch angesichts der Erweiterung der EWG mit seinen protektionistischen Maßnahmen massiv in die Handelspolitik ein:

1) Auf fast die Hälfte aller in die USA eingeführten Waren sollte eine zehnprozentige Importsteuer erhoben werden.

2) Die Golddeckung des Dollar wurde aufgehoben. Damit wurde das Abkommen von Bretton Woods, das jederzeit die Konvertibilität des Dollar in Gold garantierte, hinfällig.

Diese Maßnahmen stellten den Versuch der US-Regierung dar, einen Teil ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf ihre stärksten Weltmarktkonkurrenten, die EWG und Japan, abzuwälzen.

131) Ebd.
132) Ebd., S. 511.
133) Eine solche Politik entspräche weitgehend den Vorstellungen, die W. Hallstein schon in den 60er Jahren entwickelte. Vgl. dazu W. Hallstein, Der unvollendete Bundesstaat, Düsseldorf 1969, S. 115.
134) Vgl. J. Gruner, Wachsende Rivalität zwischen EWG und USA, in: „IPW-Berichte", 4/1972, S. 28.
135) Von 1958 bis 1971 steigerten sich die US-Exporte in die achtzehn afrikanischen Länder um 158 %, die EWG-Exporte erhöhten sich in demselben Zeitraum nur um 97 %. Vgl. Informatorische Aufzeichnungen, Brüssel Juni 1972, Die europäische Gemeinschaft und die Vereinigten Staaten 1971, S. 11.

Der Hauptvorwurf gegen die EWG richtete sich dabei gegen den „Merkantilismus der Gemeinschaft", der besonders in der Agrarpolitik, in den zahlreichen Präferenzabkommen und im Außenzollsystem der EWG, sowie in einer allgemeinen Introvertiertheit ihrer politischen Interessen zutage träte [136]).

Parallel dazu verlief das Ringen um eine neue Währungsordnung, das dadurch gekennzeichnet war, daß in seiner ersten Phase (Mai—Dezember 1971) der Dollar von seiner Leitwährung entthront wurde und sich in der dem Washingtoner Kompromiß (Ende 1971) folgenden Phase Elemente eines Multidevisenstandards entwickelten und verstärkten.

In der ersten Phase verringerte sich die Bereitschaft der amerikanischen Partner und Konkurrenten immer mehr, weitere Dollarbeträge in ihre Währungsreserven zu übernehmen. Man begann mit verschiedenen Methoden, den Dollar auszusperren. Die Aufhebung der Konvertibilität des Dollars und die Erhöhung der Importsteuer waren die Reaktionen der Nixon-Regierung, um einen größeren Spielraum für neue Verhandlungen zu erlangen.

Eine Front gegen die USA bildete sich nur widerspruchsvoll. In der EWG und zwischen der EWG und Japan kam es zu Auseinandersetzungen um die Aufwertungsmargen. Angesichts der sich verhärtenden Fronten führte die Tagung des Internationalen Währungsfonds zu folgendem Kompromiß: Abwertung des Dollar, Änderung der Währungsparitäten der Zehnerclubländer, Erweiterung der Bandbreiten für zulässige Wechselkursschwankungen von 2 auf 4,5 % und Aufhebung der amerikanischen Importsteuer.

Mehrere Monate später spitzten sich die Währungsgegensätze zwischen EWG und USA wiederum zu, als die EWG zu einer einheitlichen, regionalen Lösung strebte. Im März 1972 einigte sich der EWG-Ministerrat auf der Grundlage einer westdeutsch-französischen Übereinkunft, erste Schritte in Richtung auf eine Wirtschafts- und Währungsunion einzuleiten, die Bandbreiten zwischen den EWG-Währungen wieder auf 2,25 % einzuengen und die Währungspolitik gegenüber den USA zu vereinheitlichen.

In der Diskussion um ein gemeinsames Floaten gegenüber dem US-Dollar in der Februar/März-Krise 1973 zeigte sich erneut die Notwendigkeit und die Schwierigkeit, zu einer geschlossenen Haltung der EWG-Staaten zu gelangen. Gegenwärtig werden neue Währungs- und Handelsverhandlungen im Rahmen des GATT für die zweite Jahreshälfte 1973 erwartet. Die Vorbereitung zu dieser „Nixon-Runde" sind erheblich schwieriger als die zur Kennedy-Runde 1963/64, da diesmal nicht nur über den Zollabbau verhandelt werden soll, sondern dazu über alle anderen Faktoren der Handelspolitik wie z. B. unterschiedliche Wachstums- und Inflationsraten, Unterschiede in der Konjunkturpolitik, strukturelle Verschiedenheiten, die Folge von Zahlungsbilanz-Ungleichgewichten und Wechselkursänderungen, den Agrarprotektionismus und die sogenannten außertariflichen Handelshemmnisse [137]).

Die Lösung der dabei notwendig zutage tretenden Konflikte wird nicht unwesentlich davon abhängen, ob es den EWG-Staaten gelingt, in diesen Fragen eine einheitliche Verhandlungsstrategie gegenüber den USA zu entwickeln.

---

136) Vgl. H. B. Malmgren, Europa, die Vereinigten Staaten und die Weltwirtschaft, in: „Europa-Archiv", 4/1972, S. 117 ff.
137) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 1. 11. 1972.

5.4. Die Erweiterung der EWG [138])

Die Erweiterung der EWG, die das ökonomische Potential der Gemeinschaft wesentlich erhöht, verstärkt die Konkurrenzposition Westeuropas gegenüber den USA und trägt zu einer weiteren Zuspitzung der Konflikte auf den Gebieten der bestehenden Interessengegensätze bei.

Eine zentrale Stellung nimmt die erweiterte Gemeinschaft in der kapitalistischen Weltwirtschaft und im Welthandel ein. Mit Ein- und Ausfuhren von ca. 50 Mrd Dollar pro Jahr wird die EWG zur größten kapitalistischen Handelsmacht [139]), die, den Binnenhandel unter den Mitgliedsländern mit eingerechnet, ungefähr die Hälfte des gesamten kapitalistischen Handels übernimmt. Durch den Beitritt Großbritanniens dehnt sich das Präferenzsystem der Gemeinschaft auf weitere Gebiete aus, da den Ländern des Commonwealth entweder Assoziierungs- oder bevorzugte Handelsabkommen angeboten werden sollen. Dadurch wird die zur Zeit noch bestehende ökonomische Vormachtstellung der USA akut bedroht, und ihre zentralen Handelsinteressen werden gefährdet. Vor allem verschlechtern sich die Bedingungen für die US-Ausfuhr in die EWG, die für die erweiterte Gemeinschaft ein Viertel des gesamten US-Exports ausmacht [140]).

Die folgende Tabelle stellt die beiden Positionen im Vergleich dar:

Daten zum ökonomischen Kräfteverhältnis zwischen den USA und EWG nach dem Stand von 1970 [141])
Vergleich zu den USA (USA = 100 %)
EWG (10 Staaten)

Bevölkerung	*124,7*
Bruttosozialprodukt	*64,4*
Industrieproduktion	*68,6*
Währungsreserven	*268,5*
Elektroenergieerzeugung	*52,8*
Rohstahlproduktion	*112,6*
Automobilproduktion	*131,9*
Getreideproduktion	*122,0*
Handelsflotte	*418,0*
Gesamtexport	*266,0*
Export der verarbeitenden Industrie	*313,9*
Export ohne Inner-EWG-Handel	*142,5*
Gesamtexport	*300,0*
Import ohne Inner-EWG-Handel	*164,0*

Aber nicht nur ökonomische Interessen der USA werden durch die Erweiterung der EWG bedroht, sie stellt auch in politischer Hinsicht einen stärkeren Konkurrenten dar. Ihr Gewicht in internationalen Organisationen (GATT, OECD, UNO) ist erheblich gestärkt worden, so daß jetzt durchaus die Möglichkeit besteht, daß sie in diesen Organisationen, gemeinsam mit den assoziierten Staaten, über Mehrheiten verfügt und die USA aus ihrer Position der Blockführung verdrängt.

138) Alle Zahlenangaben beziehen sich noch auf die Zehnergemeinschaft. Die allgemeinen Tendenzen dürften sich jedoch durch den Nichtbeitritt Norwegens nicht wesentlich verändert haben.
139) Vgl. J. Gruner, a. a. O., S. 27.
140) Vgl. ebd.
141) Vgl. ebd., S. 29.

5.5. Militärpolitik

Die in der NATO schwelende Vertrauenskrise, die mit dem Austritt Frankreichs 1966 einen vorläufigen Höhepunkt erreichte, spiegelt die ungleichmäßige ökonomische Entwicklung im Verhältnis USA—EWG auch auf politisch-militärischer Ebene. Die Notwendigkeit, das Atlantische Bündnis neu abzustimmen, kam schon 1970 in Nixons Bericht an den Kongreß zum Ausdruck, die „Welt (habe sich) auf dramatische Weise verändert" [142]).

Aber erst 1972 scheint den USA der „Durchbruch" dazu gelungen zu sein, wie der amerikanische Präsident im dritten außenpolitischen Jahresbericht im Februar 1972 selbst hervorhob [143]). Nixon akzeptierte die veränderte Position der USA für die siebziger Jahre: „Das alte internationale Währungs- und Handelssystem hatte begonnen, unser Bündnissystem zu unterminieren. Es war in dem einen oder dem anderen Aspekt sowohl für uns wie auch für unsere wichtigsten Handelspartner und Verbündeten unfair geworden" [144]). So seien künftig „grundlegende Änderungen" notwendig, um eine „multilaterale Lösung des Problems zu fördern". „Unsere Partnerschaft besteht heute aus einem vielfältigen und dynamischen Bündnis selbstbewußter und unabhängiger Staaten" [145]). Die USA hätten deshalb den Übergang von der „dominierenden" zu einer „neuen Rolle" vollzogen. Das Verhältnis kennzeichne somit eine „gemeinsame Strategie" und die gerechte Verteilung der „Verantwortlichkeit" [146]).

Wenn die Ausarbeitung verschiedener strategischer Varianten der amerikanischen Außenpolitik vom „roll-back" bis zur indirekten „Strategie des Brückenschlages" [147]) noch vorwiegend auf die unangefochtene Stellung der USA im westlichen Bündnis zurückging, scheint die Nixon-Doktrin den Wechsel von der „Bipolarität" zur „Multipolarität" der internationalen Beziehungen vollzogen zu haben. Vor dem Hintergrund der Entspannungspolitik dürfte nicht zuletzt das angestiegene ökonomische Potential der EWG eine Neuorientierung der amerikanischen Europapolitik verursacht haben, wie sie von Helmut Schmidt eindringlich gefordert wurde: „Wir wollen den Zutritt auch zu dem Kopfe haben, der unsere Sicherheit schützt" [148]).

Grundlage der atlantischen Allianz bleibt weiterhin das gemeinsame politische Interesse des EWG- wie des USA-Kapitals an einer Kräftekonzentration gegenüber dem sozialistischen System, ein Interesse, dessen Bedeutung bereits in Kissingers Konzeption der amerikanischen Bündnispolitik von 1969 zum Ausdruck kam [149]). „Die grundlegende Harmonie unserer Zielsetzungen ist das dauerhafte Bindeglied zwischen einem sich vereinigenden Europa und den USA", hieß es dazu in dem Nixon-Bericht [150]).

Wenn auch der Führungsanspruch der USA im letzten außenpolitischen Bericht an den Kongreß nur sehr subtil angedeutet wurde, muß er doch nach Nixons Vorstellungen akzeptiert werden [151]). Die Westeuropäer sollen zwar zur Verstär-

142) Bericht Nixons an den Kongreß vom 18. 2. 1970 über die amerikanische Außenpolitik für die 70er Jahre, in: „Europa-Archiv", 7/1970, S. D 151.
143) Außenpolitischer Jahresbericht des Präsidenten der Vereinigten Staaten an den Kongreß vom 9. 2. 1972, in: „Europa-Archiv", 8/1972, S. D 173.
144) Ebd., S. D. 178.
145) Ebd.
146) Ebd., S. D. 179.
147) Vgl. E. Weber, Imperialismus in der Anpassung, vom „Roll-back" zur „indirekten Strategie", Frankfurt 1972, S. 38 ff.
148) Helmut Schmidt, zit. nach: Autorenkollektiv, Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart, Frankfurt 1972, S. 401.
149) Vgl. H. A. Kissinger, Die amerikanische Außenpolitik, a. a. O., S. 92 ff.
150) Außenpolitischer Jahresbericht Nixons, a. a. O., S. D. 190.
151) Vgl. G. Matthiessen, Nixon-Doktrin, Atlantische Allianz und EWG — Zur Westeuropa-Konzeption der

kung des europäischen Militärpotentials aufgefordert werden, aber begrenzt durch den Atomteststopp- und den Atomwaffensperrvertrag [152]). „Die nuklearen Streitkräfte der Vereinigten Staaten, ergänzt durch die nuklearen Streitkräfte unserer Verbündeten, bleiben das Rückgrat unserer Abschreckung" [153]). Es wird klar, daß sich die USA die Vormachtstellung auf militärpolitischer Ebene weiterhin vorbehalten und damit die Grundlage sichern wollen, den westeuropäischen Einigungsprozeß vorantreiben zu können, nicht um einen auf allen Gebieten gleichwertigen Partner akzeptieren zu müssen, sondern um eine Kooperation zu ermöglichen, die die „atlantische Gemeinschaft" ihren Vorstellungen entsprechend festigt. „Je mehr sich dieser politische Wille entwickelt, um so stärker wird er die Zusammenarbeit im Rahmen der atlantischen Beziehungen erleichtern" [154]). In einem auch politisch geeinten EWG-Europa sehen die USA folglich sowohl den Garanten für das westliche Bündnis unter Aufrechterhaltung der amerikanischen militärisch-politischen Hegemonie, als auch die Möglichkeit, ökonomische Interessen in multilateralen Gesprächen besser vertreten zu können. „Es gibt nur eine konstruktive Lösung: der politischen Notwendigkeit einer Anpassung der gegensätzlichen wirtschaftlichen Interessen ins Auge zu sehen" [155]). Zu den einseitigen drastischen Maßnahmen vom 15. August 1971 bemerkte Nixon in diesem Zusammenhang: „Paradoxerweise erfolgten sie, um eine multilaterale Lösung des Problems zu fördern" [156]).

Hier wird deutlich, daß ebenso wie bei der 1971 verkündeten Nixon-Doktrin nicht das Ziel, sondern lediglich die taktische Konzeption in einigen Punkten modifiziert worden ist. Es ist jedoch fraglich, ob die verbalen Zugeständnisse an die europäischen Selbständigkeitsbestrebungen auch weiterhin durch die amerikanische Vormachtstellung auf der militärpolitischen Ebene aufgefangen werden können. Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der USA haben den Kongreß veranlaßt, mit Nachdruck die Lösung der innenpolitischen Schwierigkeiten zu fordern. Nach Ansicht der Vereinigten Staaten könnte dem ein „angemessener" westeuropäischer Beitrag zur NATO und ein Entgegenkommen in Handels- und Währungsfragen dienen [157]). Übernimmt die Euro-Gruppe in der NATO einen größeren Teil der Kosten, könnte damit ihre Eigenständigkeit innerhalb des atlantischen Bündnisses wachsen und die amerikanische Vormachtstellung, die gegenwärtig durch das nukleare Gewicht gesichert ist, angezweifelt werden, womit die Grundlage für neue Konflikte gegeben wäre.

Zudem sehen sich die westeuropäischen Staaten heute durch bilaterale Kooperationsansätze mit sozialistischen Staaten und durch die Vorbereitung der Gesamteuropäischen Konferenz (KSZE) vor neue Perspektiven der politischen und ökonomischen Entwicklung in Europa gestellt, die sowohl das bisherige Abhängigkeitsverhältnis gegenüber den USA als auch die bisherige Konzeption als „Westeuropa der Konzerne" beeinflussen könnten.

Im bisherigen Verlauf des Verhältnisses EWG-USA hat sich gezeigt, daß der Widerspruch zwischen beiden, bestimmt durch die kapitalistische Konkurrenz, von der gemeinsamen Frontstellung gegenüber dem Sozialismus überlagert wird, die die Grundlage des westlichen Bündnisses bildet. Das ökonomische Potential

USA, in: „Marxistische Blätter", 6/1972, S. 54, der den Führungsanspruch der USA im Atlantischen Bündnis mit entsprechenden Nixonbemerkungen belegt: „Nach wie vor seien die Vereinigten Staaten die ‚stärkste Wirtschaftsmacht' und die ‚führende Macht im Bündnis' ".

152) Vgl. R. L. Jr. Pfaltzgraff, Probleme der Sicherheit Westeuropas unter der Nixon-Doktrin, in: „Europa-Archiv", 18/1971, S. 630 f.

153) Außenpolitischer Jahresbericht Nixons, a. a. O., S. D 193.

154) Ebd., S. D 191.

155) Ebd.

156) Ebd., S. D 178.

157) Vgl. K. E. Birnbaum, Gesamteuropäische Perspektiven nach dem Berlinabkommen, in: „Europa-Archiv", 1/1972, S. 8.

der EWG vor dem Hintergrund der amerikanischen Wirtschaftsschwierigkeiten und die aktive Teilnahme der EWG-Staaten an der Entspannungspolitik in Europa können Tendenzen fördern, die der Vormachtstellung der USA auf militärischer Ebene langfristig entgegenwirken. Dem widersprechen andererseits die noch immer wesentlich höhere Produktionskapazität der USA und die indirekte Einflußnahme auf die europäische Entwicklung durch den Kapitalexport. Ferner schwächen die weiterbestehenden inneren ökonomischen und politischen Interessengegensätze der Mitgliedsländer, die in der erweiterten Gemeinschaft noch schwieriger als bisher zu beseitigen sein dürften, die westeuropäische Position bei Verhandlungen mit den USA.

Die Zukunft der Integrationsbestrebungen, besonders auch die Problematik einer politischen Integration, und die Entwicklung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten Europas wird darüber entscheiden, wie sich das Verhältnis USA-EWG konkret gestaltet.

Jungdemokraten, F.D.P. und Arbeiterbewegung

Von Friedrich Neunhöffer

Der Autor des nachstehenden Beitrags, Friedrich Neunhöffer, ist Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten (DJD), der der Freien Demokratischen Partei verbundenen politischen Jugendorganisation. Zu Fragen des historischen und des gegenwärtigen politischen Liberalismus veröffentlichten die „Blätter" u. a. in den Heften 1—3/1972 unter dem Titel „Liberalismuskritik und Zukunft des liberalen Motivs" eine Studie von Reinhard Opitz, die in überarbeiteter und erweiteter Fassung voraussichtlich im Herbst d. J. als Buchausgabe des Pahl-Rugenstein-Verlages erscheinen wird. Die Red.

Jungdemokraten sind Liberale im Angriff. Sie messen die gesellschaftliche Wirklichkeit an der liberalen Grundforderung, das Recht aller Menschen auf Selbstbestimmung zu verwirklichen. Dabei verstehen sie Selbstbestimmung nicht formal als Abwesenheit staatlicher Verbote, sondern real als Möglichkeit für alle Menschen, ihr Leben so zu gestalten, wie es ihren Bedürfnissen entspricht. Selbstbestimmung bedeutet auch nicht lediglich private Freiheit in individuellen Angelegenheiten, sondern mindestens ebenso gemeinsame Selbstbestimmung in gemeinsamen Angelegenheiten; aus dem liberalen Grundansatz ergibt sich daher zwingend die Forderung nach demokratischer Gestaltung aller Lebensbereiche.

Drei große Gruppen von Unterprivilegierten entdecken wir in der gegenwärtigen westdeutschen Gesellschaft, wenn wir die genannten Maßstäbe anlegen: die Lernenden, die Arbeitnehmer und die Frauen. Die zahlenmäßige Stärke dieser Gruppen beantwortet zugleich die Frage, wie wenig diese Gesellschaft liberalen Zielvorstellungen entspricht.

Die Lernenden vom Vorschulkind über Schüler und Lehrling bis zu den Studenten leiden zunächst einmal unter der erbärmlichen personellen und materiellen Ausstattung ihrer Arbeitsplätze. Überfüllte Kindergärten, Schulen und Hochschulen machen den pädagogischen Fortschritt zur Illusion. Kaum jemand arbeitet in der Produktion unter so schlechten Bedingungen, wie sie ganz überwiegend im Bildungsbereich herrschen. Der Numerus clausus versperrt immer mehr Abiturienten den Weg zum gewünschten Beruf. Die Misere des Bildungswesens ist beispielhaft für die öffentliche Armut, die sich in vielen Bereichen so unvorteilhaft vom privaten Reichtum weniger abhebt.

Aber nicht nur der Mangel an Mitteln beeinträchtigt die Lernenden in ihrem Selbstbestimmungsrecht. Nach wie vor benachteiligt das Dreiklassenschulsystem vor allem die Lernenden aus den proletarischen Schichten, da es die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg zu einem Zeitpunkt erzwingt, in dem die Kinder noch ganz von ihrem Elternhaus bestimmt sind. Die überwiegend philologischen Lerninhalte in den sogenannten „höheren Schulen" verstärken noch die Benachteiligung der Kinder aus den proletarischen Schichten, weil in diesen Fächern der schulische Erfolg entscheidend von der Beherrschung der eigenen Sprache abhängt, wie sie vom Elternhaus vermittelt wurde. Die Unterrichtsmethoden entfalten nicht die Selbsttätigkeit der Schüler, sondern ersticken sie; wer es unternimmt, als Jungdemokrat Schülerarbeit zu treiben, spürt die Folgen.

Besonders hart benachteiligt sind die Lehrlinge, also wieder die Kinder der proletarischen Schichten. Ihre Ausbildung ist unserem Staat nur einen Bruchteil dessen wert, was er für die Schüler der Gymnasien bereitstellt. Sie bleibt den Unternehmern überlassen, die nach ihrer gesellschaftlichen Funktion notwendigerweise gewinnorientiert und nicht ausbildungsorientiert handeln; Ausbeutung statt Ausbildung der Lehrlinge ist die unvermeidliche Folge.

Die Arbeitnehmer, das sind mehr als 80 % der Erwerbstätigen, verbringen den Hauptteil ihres Tages an ihrem Arbeitsplatz; dort erbringen sie ihre stärkste Leistung und empfangen ihre tiefsten Eindrücke. In diesem ihrem wichtigsten Lebensbereich sind sie nach wie vor einer Herrschaft unterworfen, die nicht demokratisch durch die Beherrschten legitimiert und kontrolliert wird, sondern sich auf das Eigentum an den Produktionsmitteln stützt.

Das widerspricht nicht nur liberalen Prinzipien, sondern hat auch höchst reale Folgen für die Betroffenen. Ihr Interesse an humaner Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen geht allenfalls am Rande in den Entscheidungsprozeß über die Wahl der Technologien und die Gestaltung der Arbeitsplätze ein. Die Rückwirkung der Arbeit auf die Arbeitenden ist, abgesehen von Extremfällen, kein Kostenfaktor und bleibt daher unberücksichtigt, soweit nicht die Arbeitnehmer durch solidarischen Widerstand Korrekturen erzwingen.

Auch die Verteilung des Produktionsergebnisses ist natürlich von den Machtverhältnissen geprägt. Solange auf Rechnung der Kapitalherren gewirtschaftet wird, fällt ihnen automatisch der erzielte Gewinn zu. Und Gewinne müssen in einer Marktwirtschaft nun einmal sein. Fallen sie zu niedrig aus, so verlieren die Kapitalherren die Lust am Investieren; als Folgen des Investitionsrückgangs drohen Arbeitslosigkeit und eine Wahlniederlage für die schuldige Regierung, die daher genötigt ist, durch gewinnsteigernde Maßnahmen die Laune der Kapitalherren wieder zu verbessern. Solange auf Rechnung und unter der Herrschaft der Kapitalherren produziert wird, kann es keine gerechte Einkommensverteilung geben.

Von den Frauen erwartet diese Gesellschaft immer noch mit Selbstverständlichkeit, daß sie entweder einen Beruf oder eine Familie haben, während die Männer mit gleicher Selbstverständlichkeit Beruf **und** Familie haben. Noch immer erhalten Frauen im Durchschnitt eine wesentlich schlechtere Ausbildung, auch bei gleicher Ausbildung schlechtere Arbeitsplätze und auch für gleichwertige Arbeit oft geringeren Lohn. Wen wundert es da, daß sie bei erster passender Gelegenheit ins sogenannte Familienleben ausweichen, wo sie oft genug in der Isolierung verkümmern.

Das geschilderte Defizit unserer Gesellschaft an Emanzipation und Demokratie, an gleichen und guten Chancen für alle ist kein Zufall. Es ist eine Folge der Machtverhältnisse. Nach wie vor ist der Hauptteil der gesellschaftlichen Macht in den Händen von Gruppen, die demokratisch weder legitimiert noch kontrolliert sind. Großkapital, kirchliche Hierarchie, Bürokratie in Wirtschaft, Verbänden und Staat, Hochschulprofessoren und andere Gruppen bilden eine unheilige Allianz, ein Machtkartell, dessen Partner sich zur Erhaltung ihrer Macht und der damit verbundenen Privilegien gegenseitig unterstützen.

Die mangelhafte Ausstattung des Bildungswesens spart nicht nur Kosten, sondern erzwingt auch autoritäre Erziehungsmethoden, die die jeweils nachwachsende Generation zur Anerkennung bestehender Herrschaftsverhältnisse vorbereiten. Eine Kindergärtnerin mit 30 oder mehr Kindern ist z. B. genötigt, alle Kinder zur gleichen Zeit zur Toilette zu führen, da sie sonst den ganzen Tag nur Hosen auf- und zuknöpfen muß; also lernen die Kinder, sogar ihre Notdurft auf Befehl zu verrichten. Im Produktionsprozeß wird der Gehorsam gegenüber demokratisch nicht legitimierten Autoritäten ständig weiter eingeübt und notfalls erzwungen. Bürokraten setzen die Kriterien für beruflichen Aufstieg und schaffen damit Anpassungsmechanismen, die weit über ihren ursprünglichen Anwendungsbereich in die Gesellschaft hineinwirken; wie weit sie sich dabei der Kontrolle ihrer formellen Auftraggeber, der Kapitaleigner, bereits entzogen haben, ist eine Frage der Machtverteilung innerhalb des herrschenden Kartells. Kirchenführer setzen ihren Propagandaapparat, dessen materielle Basis die vom Staat eingezogene Kirchensteuer bildet, zum Kampf gegen emanzipatorische Fortschritte und allgemein zur Herstellung einer autoritätsgläubigen Grundstimmung ein. Großverleger monopolisieren praktisch das in der Verfassung für jeden vorgesehene Recht, seine Meinung zu verbreiten. Professoren betrachten und behandeln die Freiheit der Wissenschaft als ihr Privateigentum und rechtfertigen die Ansprüche der Herrschenden mit der Autorität der Wissenschaft, als deren alleinige Sprecher sie auftreten. Diese und andere Einflußmechanismen ermöglichen es den Herrschenden, auch die Zusammensetzung des formal demokratisch gewählten Parlaments weitgehend abzusteuern, wobei die direkte Einflußnahme über die Finanzierung von Parteien nur das Tüpfelchen auf dem I darstellt. Überdies wird der Einfluß des Parlamentes von der Exekutive, also der staatlichen Bürokratie, auf Grund ihres Informationsvorsprunges ständig zurückgedrängt, wobei staatliche und „private" Bürokratie intensiv kommunizieren.

Wie läßt sich nun dieser, sich selbst ständig stabilisierende Zustand der Gesellschaft verändern? Wie läßt sich das gegenwärtige, durch die geschilderte Verteilung der gesellschaftlichen Macht gekennzeichnete System überwinden? Offensichtlich genügt dazu nicht die Mitarbeit in parlamentarischen Parteien und Institutionen. Das Parlament ist bestenfalls ein Spiegelbild der Machtverteilung in der Gesellschaft. Wahlen sind Verfahren zur Messung von gesellschaftlicher Macht; Macht als die Fähigkeit, den Willen anderer zu beeinflussen, wird an der Zahl

Politische Sachbücher

Kleine Bibliothek

Deppe, Frank

Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins. *359 Seiten. DM 12,80*

BRD — DDR

Vergleich der Gesellschaftssysteme. *442 Seiten. DM 12,80*

*** Schwamborn, Winfried**

Handbuch für Kriegsdienstverweigerer. *2. erweiterte Aufl. ca. 150 Seiten, DM 9,80*

Lange, Hellmuth

Wissenschaftlich-technische Intelligenz. Neue Bourgeoisie oder neue Arbeiterklasse? *237 Seiten. DM 12,80*

*** v. Bredow, Wilfried (Hrsg.)**

Zum Charakter internationaler Konflikte der Gegenwart. Beiträge aus West- und Osteuropa. *ca. 160 Seiten. DM 9,80*

*** Balzer, Friedrich M.**

Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund Religiöser Sozialisten. *Ca. 400 Seiten. DM 14,80*

* Protokolle des Kongresses „Wissenschaft und Demokratie" (Marburg 1972). Mit Beiträgen von E. Frister, W. Jens, R. Kühnl, M. v. Brentano u. a. *Ca. 140 Seiten. DM 9,80*

Sammlung Junge Wissenschaft

Möbius, Hanno

Arbeiterliteratur in der BRD. Eine Analyse von Industriereportagen und Reportageromanen: Max von der Grün, Christian Geißler, Günter Wallraff. *103 Seiten. DM 11,80*

Peter, Lothar

Literarische Intelligenz und Klassenkampf. *224 Seiten. DM 17,80*

Wahsner, Roderich

Erfassung und Integration als System. Militärische und zivile Dienstpflichten in der BRD. *262 Seiten. DM 17,80*

Pätzold, Bjørn

Ausländerstudium in der BRD. Ein Beitrag zur Imperialismuskritik. *190 Seiten. DM 14,80*

*** Breuer, Wilhelm M.**

Sozialismus in Kuba. Zur politischen Ökonomie. *Ca. 300 Seiten. DM 14,80*

*** v. Freyberg, Jutta**

Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktionseinheit 1934—1937. *Ca. 200 Seiten. DM 14,80*

Hefte zu politischen Gegenwartsfragen

3 W. Schwamborn/Th. Schmitt

Wehrkunde. Militär in den Schulen. *48 Seiten. DM 3,—*

4

Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich. *64 Seiten. DM 3,—*

5 W. v. Bredow

US-Kriegsführung in Vietnam. Neue Dokumente und Materialien. *48 Seiten. DM 3,—*

***6 A. Melnikow/S. Zonow**

Zur Struktur- und Bündnispolitik der Arbeiterklasse im gegenwärtigen Kapitalismus. Eine sowjetische Studie. *32 Seiten. DM 3,—*

***7 M. Ratz**

Bodenpolitik in der BRD. Kritik und demokratische Alternativen. *48 Seiten. DM 3,—*

Allgemeine Produktion

Engelbert, Ernst (Hrsg.)

Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft. Beiträge zu ihrer Theorie und Methode. *356 Seiten. DM 38,—*

Wortlaut und Kritik der verfassungsfeindlichen Januarbeschlüsse. Materialien für Studenten, Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst. *96 Seiten. DM 5,—*

Kon, I. S.

Soziologie der Persönlichkeit. *494 Seiten. DM 19,80*

Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Ein Handbuch. *566 Seiten. DM 28,—*

Autorenkollektiv

Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Grundlagen, Möglichkeiten, Zielrichtungen. *282 Seiten. Studienausg., DM 10,—*

Semjenow, W. S.

Kapitalismus und Klassen. Zur Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft. *378 Seiten. DM 19,80*

Streisand, Joachim

Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine marxistische Einführung. *470 Seiten. DM 7,80*

Suchodolski, Bogdan

Einführung in die marxistische Erziehungstheorie. *562 Seiten. DM 9,80*

Wygodski, S. L.

Der gegenwärtige Kapitalismus. Versuch einer theoretischen Analyse. *548 Seiten. DM 14,80*

*** Nedbailo, P. E.**

Einführung in die marxistische Staats- und Rechtslehre. *Ca. 150 Seiten. DM 9,80*

Beihefte zur Zeitschrift Demokratie und Recht (Vierteljahresschrift)

*** W. R. Beyer**

Das Reinheitspostulat in der Rechtsphilosophie. Gedankenreinheit bei Hegel und Engels. *Ca. 60 Seiten. DM 14,80*

*** H. Ridder/K.-H. Ladeur**

Das sogenannte politische Mandat der Studentenschaft und Universität. Ein Gutachten. *Ca. 60 Seiten. DM 14,80*

* Neuerscheinungen 1. Halbjahr 1973

Pahl-Rugenstein

der Menschen gemessen, die ihr Kreuz auf dem Wahlzettel an der von einer bestimmten Gruppe gewünschten Stelle machen. Zwar ist dieses Meßverfahren das humanste und volksfreundlichste unter den bisher erfundenen, viel humaner und volksfreundlicher als z. B. ein Bürgerkrieg, und daher von uns zu verteidigen. Aber als Spiegelbild der gesellschaftlichen Machtverhältnisse kann das Parlament nicht der entscheidende Hebel für ihre Veränderung sein.

Ändern kann sich die Machtlage nur dadurch, daß immer mehr Menschen aus den unterprivilegierten Gruppen lernen, ihre Interessen zu erkennen, zu artikulieren und mit Hilfe ihrer demokratischen Rechte wirksam zu vertreten. Dieser Lernprozeß kann sich nur an der Basis der Gesellschaft abspielen. Entscheidend ist also, was in Schulen, Betrieben und Familien geschieht. Dort an der Selbstbefreiung und Selbstorganisation der Benachteiligten mitzuwirken, also Basisarbeit zu treiben, ist der wichtigste Beitrag zum emanzipatorischen Fortschritt.

Andererseits wäre es falsch, die Einwirkungsmöglichkeiten ungenutzt zu lassen, die sich in Parteien und Parlamenten bieten. Infolge ihrer formalen Bindung an demokratische Verfahrensweisen gehören diese Organe nämlich zu den schwächsten Stellen im Apparat der Herrschenden. Die Zahl der Personen, die sich in Parteien und Parlamenten — bewußt oder unbewußt — für die Interessen der Herrschenden einsetzen, ist verhältnismäßig gering und auch nicht beliebig vermehrbar. Daher ist es auch mit dem vorhandenen, zahlenmäßig ebenfalls geringen emanzipatorischen Potential möglich, einen gewissen Einfluß auszuüben und zumindest den rücksichtslosen Einsatz des Machtapparates gegen neue Formen von Selbstorganisation zu verhindern. Auf der parlamentarischen Ebene kann man günstigere Voraussetzungen für emanzipatorische Entwicklungen schaffen, z. B. die Subventionierung von Kinderläden durchsetzen. Schon die Durchsetzung bescheidener Forderungen, wie sie gegenwärtig im Bundestag möglich ist, ist als Erfolgserlebnis ein wichtiger Faktor im Prozeß der Erlernung des Gebrauchs demokratischer Rechte.

In der hier geschilderten Form beschreibt die Strategie der zwei Wege, die als Doppelstrategie ja auch von den Jungsozialisten entdeckt wurde, nicht eine Aufgabe, die von den Jungdemokraten allein zu bewältigen wäre, sondern die Aufgabe der Emanzipationsbewegung überhaupt, als deren Teil sich die Jungdemokraten verstehen. Für die Emanzipationsbewegung als Ganzes hat die Basisarbeit zweifellos mehr Gewicht als die parlamentarische Mitarbeit. Letztere ist aber die Aufgabe, die innerhalb der Emanzipationsbewegung den Jungdemokraten (und den Jungsozialisten) vorrangig zufällt und für die sie nach der Eigenart ihres Potentials auch am besten geeignet sind. Für die Jungdemokraten muß daher die Mitarbeit in Parteien und Parlamenten einen höheren Rang haben als für die Emanzipationsbewegung insgesamt, ohne daß sie darüber die Basisarbeit vernachlässigen dürften.

Partner der Jungdemokraten für die parlamentarische Mitarbeit ist die F.D.P.; Partnerschaft bezeichnet dabei ein Verhältnis gegenseitigen Vorteils, also ein instrumentelles Verhältnis zum Partner. Diese Entscheidung der Jungdemokraten für die F.D.P. wird in der Linken oft nicht oder falsch verstanden. Die F.D.P. gilt als Partei der Mitte, als Bremser in der sozialliberalen Koalition, als lauwarm und halbherzig. Dabei wirken historische Vorurteile und das hergebrachte eindimensionale Rechts-Links-Modell zusammen mit der propagandistischen Auswirkung starker Interessen von rechts ebenso wie von links. Sowohl die Herrschenden als auch Sozialdemokraten und Sozialisten sind bestrebt, der F.D.P. das Image des

Bremsers aufzuzwingen; die Herrschenden in der Hoffnung, daß die F.D.P. wirklich bremst, die Sozialdemokraten auf der Suche nach einem Sündenbock für die ausbleibenden Reformen, die Sozialisten in dem Streben, sich als einzige wirklich fortschrittliche Kraft darzustellen. Daß und warum diese Optik falsch ist, ist daher etwas ausführlicher anhand der historischen Entwicklung und der gegenwärtigen Situation zu zeigen.

Liberale Persönlichkeiten und liberales Gedankengut hat es immer gegeben. Der politische Liberalismus als organisierte Bewegung entstand im 19. Jh. als Kampforganisation des Bürgertums gegen den Spätfeudalismus. Das aufkommende Proletariat kämpfte zusammen mit dem Bürgertum, da auch seine Interessen die Überwindung des Feudalismus erforderten. Diese ursprüngliche Einheit der modernen Emanzipationsbewegung unter liberaler Führung drückte sich zum Beispiel darin aus, daß Liberale maßgeblich an der Gründung der ersten Gewerkschaften beteiligt waren.

Da der Spätfeudalismus im Gegensatz zum Feudalismus des Früh- und Hochmittelalters durch ein starkes Übergewicht des absolutistischen Staates gekennzeichnet war, richtete sich der Kampf der Liberalen vorwiegend gegen den Staat. Im Laufe des 19. Jhs. konnten sie in Mittel- und Westeuropa ihre ursprünglichen Forderungen (Glaubens- und Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Gewerbefreiheit, Volkssouveränität und Parlamentarismus) an dieser Front weitgehend durchsetzen.

Auf dieser Basis entfalteten sich die Produktivkräfte in einer beispiellosen Weise. Von 1840 bis 1913 verdreifachte sich in Deutschland das Volkseinkommen pro Kopf, während sich gleichzeitig die Bevölkerung mehr als verdoppelte. Im Zuge dieser Entwicklung, die überhaupt erst die materielle Basis für die Emanzipation der Massen schuf, entstand zugleich das Proletariat und seine Organisation, die Arbeiterbewegung.

Unter dem Druck des nachdrängenden Proletariats wandte sich ein Teil der liberal firmierenden Organisationen von ihrer ursprünglichen emanzipatorischen Zielsetzung ab und der Verteidigung der errungenen Positionen gegen die wirkliche oder vermeintliche Bedrohung durch das Proletariat zu. Das gilt besonders für Deutschland, wo das liberale Bürgertum infolge seiner historischen Verspätung im Kampf gegen den Feudalismus zahlreiche Rückschläge erlebt und keinen vollen Erfolg erzielt hatte, so daß es in seinem Selbstbewußtsein geschwächt war. Diese Organisationen schieden damit tendenziell aus dem liberalen Lager aus und sind heute in der CDU aufgegangen.

Heute hat der sozialdemokratisch/sozialistische Zweig der Emanzipationsbewegung zahlenmäßig das Übergewicht erlangt. Gleichwohl brauchen sich die Liberalen ihres Beitrags zum emanzipatorischen Fortschritt nicht zu schämen. Während die Liberalen die materielle Basis für Emanzipation schufen und gleichzeitig die demokratischen Bürgerrechte gegenüber dem Staat erkämpften, hatte die Arbeiterbewegung in der westlichen Welt zwar eine wesentliche Milderung sozialer Härten erreicht (oft unter Mitwirkung von Liberalen), einen entscheidenden Durchbruch aber nicht erzielt, so daß sie selbst das System weiterhin als kapitalistisch bezeichnet. In der Sowjetunion konnte der Sozialismus eine fertig bereitliegende Technologie übernehmen und hatte kein Bevölkerungswachstum zu bewältigen, das dem im 19. Jahrhundert in Mittel- und Westeuropa entsprochen hätte; trotzdem sind die ökonomischen Resultate auch unter Berücksichtigung des Ausgangspunktes, gemessen am Lebensstandard der Massen, nicht entscheidend besser.

Dabei ist das System in einem Maße bürokratisch entartet, daß man keinen ehrlichen Sozialisten dafür verantwortlich machen möchte. Andererseits verkennen wir nicht, daß die sozialistische Bewegung in Lücken getreten ist, die durch Versagen des Liberalismus entstanden sind.

Heute kommt es darauf an, die verschiedenen Zweige der Emanzipationsbewegung auf der Grundlage ihrer ursprünglichen Zielsetzung wieder zusammenzuführen, zunächst und auf absehbare Zeit in Form von Bündnissen und Koalitionen. Das Verhältnis der Partner muß dabei selbst emanzipatorisch sein, d. h. auf Gleichberechtigung und gegenseitiger solidarischer Kritik beruhen. Unsererseits ist zu verlangen, daß die sozialistischen Partner ihre Neigung aufgeben, sich aufs hohe Roß eines Alleinseligmachungsanspruches zu setzen, sich als einzige wirklich fortschrittliche Kraft auszugeben und andere Bündnispartner als beschränkt verwendbare, im Bewußtseinsstand noch zurückgebliebene Hilfstruppen hinzustellen. Diese Neigung erschwert heute die Zusammenarbeit und läßt für die fernere Zukunft nichts Gutes ahnen. Wir hoffen jedoch zuversichtlich, daß sie im Zuge der Wiedergewinnung der gemeinsamen emanzipatorischen Zielsetzung allmählich verschwindet.

Wie ist vor diesem Hintergrund die F.D.P. einzuschätzen? Dazu sind zwei Vorbemerkungen nötig. Einmal dürfen wir bei Beurteilung einer parlamentarischen Partei nicht unsere eigene Parlamentarismuskritik vergessen. Parlamentarische Parteien konkurrieren untereinander um Wählerstimmen; sie dürfen ihren Wählern bei Gefahr und Strafe des Untergangs nie mehr als einen Schritt voraus sein. Das Bewußtsein der Wähler steht in engem Zusammenhang mit der tatsächlichen gesellschaftlichen Machtlage. Daher dürfen wir parlamentarische Parteien nicht an Idealvorstellungen messen, sondern nur an ihren Konkurrenten.

Parteiinterne Untersuchungen haben ergeben, daß weit mehr als die Hälfte der aktiven Parteimitglieder nach 1966, dem Jahr des Austritts aus der CDU-Koalition, in die Partei eingetreten ist. Dabei hat sich die Sozialstruktur sowohl der Mitgliedschaft als auch der Wählerschaft grundlegend geändert; heute ist die F.D.P. nach beiden Kriterien eine Arbeitnehmerpartei, wobei Beamte und Angestellte überrepräsentiert sind. Von den Selbständigen sind nur noch die freien Berufe in der F.D.P. überrepräsentiert. Der neuen F.D.P. können also die Fehler nicht angelastet werden, die die alte F.D.P. vor 1966 gemacht hat. Ein Vergleich der Regierungsbildungen 1969 und 1961 zeigt deutlich, daß die neue F.D.P. sich tatsächlich anders verhält als die alte.

Ohne die F.D.P. gäbe es keine neue Ostpolitik. Schon die alte F.D.P. hatte in den 50er und 60er Jahren immer wieder Erkundungsvorstöße unternommen, um nach Möglichkeiten für eine Verständigung mit den osteuropäischen Ländern zu suchen. Noch unter Mende versuchte sie, mit ihrer Politik der kleinen und danach der mittleren Schritte die Entwicklung in Fluß zu bringen. Schon 1963 forderte der Liberale Studentenbund die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie; Mendes Versuch, ihm deswegen die Unterstützung zu entziehen, wurde von der Mehrheit des damaligen Parteivorstandes kühl abgelehnt. Später stellte die F.D.P. dieses Thema als erste Bundestagspartei auf einem Bundesparteitag zur Diskussion und zur Abstimmung. Ähnlich war es später mit der Anerkennung der DDR. Stets war es die F.D.P., die diese damals sehr heißen Eisen als erste anfaßte, während die SPD zögerte, wohl weil sie fürchtete, als prokommunistisch diffamiert zu werden. Der Grundvertrag mit der DDR enthält viele Elemente aus dem Entwurf eines Generalvertrags, den die F.D.P. Ende der 60er Jahre erarbeitete und vorlegte. Diese

Pionierrolle der F.D.P. ist hierzulande meist vergessen, nachdem die neue Ostpolitik in der Durchführung vorwiegend mit den Namen Brandt und Bahr verbunden wurde; sie ist aber den Politikern der Länder des Warschauer Paktes sehr wohl bewußt, wie uns viele Erfahrungen zeigen.

Auch innenpolitisch war die neue F.D.P. Motor der meisten realisierten Reformen. So brachte sie die Strafrechtsreform in Gang, indem sie dem reaktionären Regierungsentwurf von 1962 den fortschrittlicheren Entwurf der 18 „Alternativ-Professoren" gegenüberstellte. Ähnliches gilt für das neue Scheidungsrecht. Die Rolle der Parteien bei der Reform des § 218 ist wohl noch gegenwärtig; hier entschied sich die F.D.P. für die Fristenlösung, als die SPD noch Indikationsmodelle entwarf, bis schließlich der Bundesparteitag der SPD das Modell der F.D.P. übernahm. Für die Reformbremse namens Jahn ist dagegen die SPD verantwortlich. Für die laufende Legislaturperiode hat die F.D.P. die Abschaffung des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer verlangt und wird sie hoffentlich durchsetzen; die Koalitionsvereinbarung enthält eine bedingte Zusage.

Schon die alte F.D.P. hatte 1962 auf die Spiegelkrise mit dem Rücktritt ihrer Minister reagiert, während die SPD mit entsprechend scharfen Maßnahmen noch zögerte. Als die Notstandsgesetze zur Entscheidung standen, stimmte die SPD zu, während die F.D.P. einen Gegenentwurf vorlegte, der wirklich auf die Sicherung der Bürgerrechte im Notstandsfall abzielte und den Beifall aller fortschrittlichen Kräfte fand. Wir sollten auch nicht vergessen, wie Ende der 60er Jahre an vielen Orten sozialdemokratische Polizeipräsidenten Demonstrationen auseinanderknüppeln ließen, während liberale Fraktionsvorsitzende in den Länderparlamenten dagegen protestierten. Damals war Hermann Oxfort, der Vorsitzende der F.D.P.-Fraktion im Abgeordnetenhaus, der einzige etablierte Politiker, der sich noch in der Freien Universität blicken lassen konnte (heute wird er bereits zum rechten Flügel der Berliner F.D.P. gerechnet).

Ihren jahrzehntelangen Rückstand auf dem Gebiet der Gesellschaftspolitik hat die F.D.P. mit ihren Freiburger Thesen aufgeholt. Dort steht unter anderem: „Liberalismus fordert Demokratisierung der Gesellschaft" (These 3). Dort wird u. a. eine Nachlaßabgabe mit einem Spitzensatz von 75 % gefordert, und zwar unabhängig vom Familienstand, der lediglich in Form von Freibeträgen berücksichtigt wird. Im übrigen sind diese Thesen ja bekannt, während von den anderen Parteien entsprechend umfassende und konkrete Vorlagen fehlen.

Problematisch bleibt die Haltung der F.D.P. in der Mitbestimmungsfrage. Immerhin enthalten die Freiburger Thesen nicht nur das Riemer'sche Zahlungmodell, das mit einer Stimme Mehrheit angenommen wurde, sondern auch ein Vetorecht für die Arbeitnehmervertreter in allen wichtigen Fragen. Im übrigen kann Fortschrittlichkeit auf diesem Gebiet nicht einfach mit kritikloser Übernahme des Montanmodells gleichgesetzt werden.

Positiv bewerten wir auch die Toleranz der F.D.P., besonders gegenüber uns als dem ihr nahestehenden Jugendverband. Vorgänge wie die Verstoßung des SDS und die Namensentziehung gegenüber dem SHB hat es im liberalen Lager nicht gegeben, obwohl die inhaltlichen Gegensätze hier zeitweilig nicht weniger heftig waren als zwischen der SPD und ihren Studentenverbänden. Niemals hat die Partei den Jungdemokraten ernsthaft das Recht bestritten, punktuell auch mit Kommunisten zusammenzuarbeiten, während es bei jeder solchen gemeinsamen Aktion einen Eiertanz um die Teilnahme der Jungsozialisten gibt.

Andererseits ist der Einfluß der Jungdemokraten in der F.D.P. zweifellos größer als der der Jungsozialisten in der SPD. Während Roth um seine Wahl in den Parteivorstand der SPD schwer zu kämpfen hatte, gehören dem Bundesvorstand der F.D.P. neben anderen Jungdemokraten die früheren Bundesvorsitzenden Lüder und Bremer als gewählte Mitglieder an; der gegenwärtige Bundesvorsitzende wurde kooptiert. Ähnliches gilt für die Bundestagsfraktionen. Man vergleiche nur einmal anhand der Protokolle, wie oft Jungdemokraten und wie oft Jungsozialisten seit Beginn der Legislaturperiode im Bundestag zu Wort gekommen sind.

Hier kann kein vollständiger Abriß der Politik der F.D.P. gegeben werden. Die vorgenannten Beispiele, deren Zahl noch beträchtlich vermehrt werden könnte, machen wohl deutlich, warum wir die F.D.P. unter den vorhandenen parlamentarischen Parteien für den besten Ansatzpunkt einer fortschrittlichen Politik halten. Soll dieser Ansatz voll zum Tragen kommen, dann muß vor allem das Verhältnis der F.D.P. zu den Gewerkschaften geklärt werden. Neben alten Vorurteilen steht besonders das Problem der Mitbestimmung zwischen den Gesprächspartnern; doch zeichnen sich hier Einigungsmöglichkeiten ab.

Für die Jungdemokraten sind die Gewerkschaften die bei weitem bedeutendste existierende Form von Selbstorganisation einer benachteiligten Gruppe, nämlich der Arbeitnehmer. Selbstorganisation der Benachteiligten ist die wichtigste Voraussetzung für eine Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse im emanzipatorischen Sinn. Daher sind wir Jungdemokraten engagierte Freunde der Gewerkschaften. Dies darf uns aber nicht zu einer unkritischen Haltung verführen. Wie jeder große Apparat, so sind auch die Gewerkschaften der Gefahr einer bürokratischen Entartung ausgesetzt.

Das herrschende Machtkartell ist bestrebt, die Führungsspitzen der Gewerkschaften für sich zu gewinnen und zur Stabilisierung seiner Macht einzusetzen. In Krisensituationen bezahlt es dafür auch einen hohen Preis. In einer solchen Krisensituation erfanden Bosse der Stahlindustrie das Montanmodell der paritätischen Mitbestimmung. Dieses Modell ist, wie alle anderen Mitbestimmungsmodelle, kritisch daraufhin zu untersuchen, ob seine emanzipatorischen oder seine integrierenden Wirkungen überwiegen. Beim Montanmodell scheint mir die Antwort zumindest nicht eindeutig zu sein. Zwar hat das Modell soziale Härten im Montanbereich wesentlich gemindert, so daß es in zwanzig Jahren nur zu einem einzigen eintägigen Proteststreik kam und die Arbeiter in diesem Bereich zuerst zu wilden Streiks ihre Zuflucht nehmen mußten. Bei allen berechtigten Bedenken gegen die Abtrennung der leitenden Angestellten von den Arbeitnehmern sollten sich die Gewerkschaften nicht dem Verlangen entziehen, ihr eigenes Modell noch einmal kritisch auf seine schwachen Punkte zu untersuchen. Keinesfalls dürfte dadurch allerdings der Vollzug der möglichen Fortschritte im Bereich der Mitbestimmung in dieser Legislaturperiode verhindert werden.

Südvietnam nach Abschluß des Pariser Abkommens

Von Gabriele Sprigath, Paris

I

Über drei Monate sind vergangen, seit das „Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" in Paris von den Vertretern der Demokratischen Republik Vietnam (DRV), der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam (PRR), der USA und des Saigoner Regimes unterzeichnet wurde. Um die gegenwärtige schwierige Situation in Südvietnam richtig zu beurteilen, ist zunächst ein Rückblick auf die wesentlichen Aspekte des Abkommens notwendig: seine Bedeutung liegt in seinem globalen Charakter. Entsprechend den jahrelangen Forderungen der PRR-Delegation bei der Pariser Vietnam-Konferenz bietet es eine militärische und eine politische Lösung des Vietnam-Konfliktes an, und zwar auf der Grundlage der schon 1954 in Genf international anerkannten nationalen Grundrechte des vietnamesischen Volkes. Die Außenministerin der PRR, Frau Nguyen thi Binh, hat dies folgendermaßen zusammengefaßt: „Wenn das Abkommen abgeschlossen wurde, so auf der Grundlage der Verpflichtung der USA, ihren Aggressionskrieg zu beenden, die Unabhängigkeit, die Souveränität, die territoriale Einheit und Integrität Vietnams und das Recht der südvietnamesischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung anzuerkennen und die Realität anzuerkennen, daß es in Südvietnam 2 Verwaltungen, 2 Armeen, 2 Kontrollgebiete und 3 politische Kräfte gibt. Das Abkommen und seine Protokolle schlagen eine geeignete Lösung für die militärischen und politischen Probleme Südvietnams vor" [1]).

Das Abkommen setzt also einerseits die Modalitäten des Waffenstillstandes fest (Kapitel 2) und umreißt andererseits den politischen Weg, der in Südvietnam zur Errichtung eines stabilen Friedens und eines wirklich unabhängigen Südvietnam führen soll (Kapitel 4). Das Problem der Wiedervereinigung mit Nordvietnam ist als langfristig anzustrebendes Ziel ausdrücklich in Kapitel 5 behandelt.

Was die militärische Lösung betrifft, so ist der vollständige und bedingungslose Abzug der US-Truppen und ihrer Verbündeten sowie die Einstellung der US-Aggression die wesentliche Voraussetzung zur Herstellung des Friedens. Der Waffenstillstand ist „an Ort und Stelle" vorgesehen, d. h. es werden keine Regruppierungszonen wie 1954 in Genf geschaffen; die Volksbefreiungsarmee bleibt in den von der PRR kontrollierten Gebieten Südvietnams anwesend. In dem Zusammenhang ist auch bedeutsam, daß es den USA bei den Verhandlungen mit der DRV nicht gelungen ist, ihrer Propagandathese von der Anwesenheit „nordvietnamesischer Truppen in Südvietnam" durch eine Klausel im Abkommen Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Was die politischen Probleme betrifft, so erkennt das Abkommen das Recht der südvietnamesischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung als grundlegendes Prinzip an (Kapitel 4). Ein wesentlicher Gesichtspunkt dieses Rechtes ist die

[1]) Presseerklärung vom 25. 1. 1973. Die Protokolle — vier im ganzen — behandeln die Fragen: Funktion der IKUK, der GVMK, Befreiung der Gefangenen und Modalitäten der Entminung der Häfen der DRV durch die USA.

Verwirklichung der demokratischen Freiheiten (Artikel 11) als Voraussetzung aller weiteren Lösungsschritte, u. a. der Bildung einer einheitlichen Regierung für ganz Südvietnam.

Die Bedeutung dieses Abkommens für die Wiederherstellung des Friedens in Unabhängigkeit und Freiheit in Vietnam wurde durch die Artikel 19 entsprechende Einberufung einer internationalen Konferenz am 26. Februar nach Paris noch unterstrichen: am 2. März unterzeichneten die 12 Teilnehmerstaaten in Anwesenheit des UNO-Generalsekretärs Kurt Waldheim eine Schlußakte in 9 Artikeln, in der sie das Abkommen vom 28. Januar anerkennen und sich verpflichten, es einzuhalten und zu respektieren. Die Schlußakte sieht eine mögliche Einberufung der Konferenz im Fall von Verletzungen vor. Damit wurde u. a. auch die Anerkennung zweier Verwaltungen in Südvietnam auf internationaler Ebene vollzogen. Das wachsende Ansehen der PRR in der ganzen Welt spiegelt sich schließlich auch in dem Angebot des UNO-Generalsekretärs an die Außenministerin der PRR wider, in der UNO den Beobachterstatus einzunehmen wie Saigon. Die PRR hat dieses Angebot angenommen; die Delegation unter der Leitung von Nguyen Van Tien konnte jedoch ihre Arbeit bisher wegen der Obstruktionspolitik der USA nicht aufnehmen. Vergleicht man diese internationale Konferenz mit der Genfer Vietnam-Konferenz von 1954, so ist der wesentliche Unterschied der, daß es 1954 lediglich zu „Zustimmungserklärungen" kam, während 1973 die 12 Teilnehmerstaaten in Paris sich durch ihre Unterzeichnung auf das Pariser Vietnam-Abkommen verpflichteten. Nicht zuletzt spiegelt sich auch in dieser Tatsache die siegreiche Entwicklung des vietnamesischen Unabhängigkeitskampfes wie der gesamten indochinesischen Befreiungsbewegung im Kontext eines international zugunsten der antiimperialistischen Bewegung in der Welt veränderten Kräfteverhältnisses wider.

II

Seit dem 29. März 1973 befindet sich — zum erstenmal seit über 100 Jahren — keine fremde Armee mehr auf vietnamesischem Boden. Die USA haben ihre Truppen abgezogen und damit das Abkommen in diesem allerdings bisher einzigen Punkt verwirklicht (Artikel 5), während die DRV und die PRR im gleichen Zeitraum die Gefangenen der USA und der Saigoner Seite freigelassen haben. Die Umstände des US-Truppenabzuges sind allerdings für die fragwürdige Haltung der USA zum Pariser Vietnam-Abkommen aufschlußreich: die USA haben sich praktisch über die von der Gemischten Vierseitigen Militär-Kommission (GVMK) festgesetzten Modalitäten des Abzugs (siehe Artikel 3a und Artikel 16) und über die Kontrolle des US-Truppenabzugs hinweggesetzt [2]). Damit behinderten sie direkt die Kontrollfunktion der Internationalen Kontroll- und Überwachungskommission (IÜKK), die in ihrer Arbeit von den Berichten der GVMK abhängig war. Stattdessen haben die USA den betroffenen Seiten Mitteilungen zugestellt, in denen sie den Abzug von soundsoviel Truppen ankündigten. Diese Erklärungen sind jedoch nicht verbindlich, da sie nicht auf der juristischen Grundlage des Abkommens abgegeben wurden. Gleichzeitig bedienten die USA sich dieser Mitteilungen, um die Öffentlichkeit über die tatsächliche Umgehung des Abkommens zu täuschen. Darüber hinaus behaupteten sie, daß die IÜKK dabei sei, den Abzug der US-Truppen zu überwachen, was nicht der Wirklichkeit entsprach [3]). Sie schlachteten die letzte Verzögerung vom 22. März propa-

[2]) Verletzung des Art. 3a; „Le Monde" v. 9. 2. 1973.
[3]) Erklärung des Außenministeriums der PRR den US-Truppenabzug betreffend vom 1. 3. 1973, in: „Informationsbulletin der PRR in Paris" (französisch), Nr. 10, v. 10. 3. 1973.

gandistisch aus und versuchten, sie mit dem altbekannten Argument der Einschleusung „nordvietnamesischer Truppen" in den Süden zu rechtfertigen. Offensichtlich beabsichtigten die USA mit dieser Politik der Verzögerung und der Umgehung des Abkommens vor allem die Tatsache zu verschleiern, daß in Wirklichkeit als Zivilisten getarnte US-Militärberater weiterhin in Südvietnam belassen werden. Ihre Zahl wird gegenwärtig auf 10 000 bis 15 000 geschätzt [4]). Auch in der Frage der US-Stützpunkte haben die USA das Abkommen nicht respektiert, das deren Auflösung vorsieht. Stattdessen übergaben sie ihre Stützpunkte der Saigoner Armee.

Daß die Nixon-Regierung nicht beabsichtigt, das Abkommen zu verwirklichen, erweist sich auch an dem Problem der Entminung der Häfen der DRV (Artikel 2): wenn auch das Zusatzprotokoll keinen festen Termin für den Abschluß der Entminung vorsieht, so steht doch fest, daß sie zunächst verzögert und schließlich am 17. April eingestellt wurde, nachdem sie am 28. Februar offiziell hätte beginnen sollen. Bis zum 22. März hatte die US-Flotte jedoch nur eine einzige Mine gesprengt. Pazifik-Oberkommandant Noel Gayler kündigte an, daß die vollständige Entminung angeblich bis zu 6 Monaten dauern könne. Allein um den Hafen Hai Phong zu entminen, seien 40 Tage notwendig [5]). Darüber hinaus weigerten sich die USA, der DRV die notwendigen Materialien zur Entminung zur Verfügung zu stellen. Die bisherigen Entminungen konnten von Froschmännern und Spezialisten der DRV vorgenommen werden. Es handelt sich hier um den Versuch, die DRV, die jetzt dringender denn je die internationale Solidarität braucht, durch Repressalien bei ihren Anstrengungen zur Beseitigung der schwersten Zerstörungen im ganzen Land noch vor Beginn der Monsunzeit zu behindern. Zu dieser Art von Terror-Politik der USA gehören auch die Beobachtungsflüge der US-Luftwaffe über dem Territorium der DRV: am 12. und 13. März drangen US-Aufklärungsflugzeuge zum erstenmal Hunderte von Kilometern bis Vinh Linh und Thanh Hoa in Hoheitsgebiete der DRV ein. Am 19. April überflogen sie Hanoi und Hai Phong; am gleichen Tag gab Washington bekannt, daß die Beobachtungsflüge durch die US-Luftwaffe wieder aufgenommen würden [6]). General Le Quang Hoa, Mitglied der DRV-Militärkommission, bezeichnete die US-Beobachtungsflüge durch die US-Luftwaffe wieder aufgenommen würden [6]). General und Vinh Linh als „äußerst schwere Verletzungen" des Pariser Abkommens [7]). Diese Politik der Mißachtung des Abkommens durch die USA fand einen vorläufigen Höhepunkt in der Weigerung der USA, an den Sitzungen der gemischten Wirtschaftskommission DRV-USA (siehe Artikel 21) teilzunehmen, die am 1. März ihre Beratungen über die von den USA zu leistenden Entschädigungen aufgenommen hatte [8]).

Gleichzeitig versuchte die Nixon-Regierung, vor der Öffentlichkeit mit dem Argument der „Einschleusung nordvietnamesischer Truppen" nach Südvietnam ihre eigene Verantwortung zu verschleiern und die DRV mit Drohungen einzuschüchtern, wie in der Nixon-Rede im US-Fernsehen vom 29. März. Nixon fälschte in dieser Rede das Abkommen inhaltlich, indem er von einer — nicht vorhandenen — Klausel sprach, die die Infiltration „nordvietnamesischer Truppen in den Süden" untersagt. Im übrigen sprach er sich offen über seine Vietnam-Politik aus: „17 Millionen Südvietnamesen haben das Recht, ihr politisches Regime

---

4) „L'Humanité" v. 16. 3. 1973; „L'Humanité" v. 21. 4. 1973.
5) „Le Monde" v. 24. 3. 1973.
6) „L'Humanité" v. 16. 3. 1973; „L'Humanité" v. 21. 4. 1973.
7) Pressekonferenz vom 24. 3. 1973 in Tan Son Nhut, in: „Informationsbulletin der PRR in Paris" (französisch), Nr. 13, v. 1. 4. 1973, S. 8.
8) „L'Humanité" v. 20. 4. 1973; „Le Monde" v. 21. 4. 1973.

ohne fremde Einmischung zu wählen. Dank unserem Vietnamisierungs-Programm sind sie in der Lage, dieses Recht zu verteidigen. Wir haben verhindert, daß Südvietnam ein kommunistisches Regime gewaltsam aufgezwungen wird" [9]).

Die gegenwärtige Lage in Südvietnam ist also nichts anderes als eine neue Etappe der Politik der „Vietnamisierung": die USA wurden zwar gezwungen, ihre gewaltige Militärmaschinerie aus Südvietnam abzuziehen und ihre offene Einmischung und Aggression einzustellen. Aber die neokolonialistische Zielsetzung ihrer Politik haben sie deshalb nicht aufgegeben. Sie werden auch in Zukunft versuchen, sie — mit anderen Mitteln — zu verwirklichen und wie seit Jahren die westliche Öffentlichkeit über den tatsächlichen Charakter dieser Politik zu täuschen. Thieu ist zweifellos in dieser neuen Phase der „Vietnamisierung" die Hauptfigur, die das Image eines nun angeblich selbständig und unabhängig handelnden Südvietnam der öffentlichen Meinung vermitteln soll. Daß jedoch die tatsächlichen Entscheidungen in Washington fallen, hat seine jüngste „Bettelreise" erneut bestätigt: sie brachte ihm eine „Wirtschaftshilfe" von 700 Millionen und eine Militärhilfe von 500 Millionen Dollar ein. Ob das Saigoner Regime jedoch selbst mit diesem „Marshall"-Plan der sich in Südvietnam anbahnenden politischen Auseinandersetzung gewachsen sein wird, wird allgemein bezweifelt: die Wirtschaft des Landes ist ruiniert; die Inflation hat in den letzten Monaten neue Ausmaße angenommen: nach Saigoner Statistiken sind die Preise für Zucker um 47 %, für grünes Gemüse um 38 %, für Schweinefleisch um 17 %, für Importwaren um 14,8 % gestiegen. Zum Vergleich: der Tageslohn eines Arbeiters ist 2 kg Reis wert oder 250 g Speck [10]). „Von allen Seiten werden Steuern erhoben. Die Preise für Benzin und Reis — und als Gegenwirkung der anderen Grundprodukte — steigen weiter. Die Entwertung des Piasters macht Riesenschritte, und die Löhne von über einer Million Beamten und Militärangehörigen hinken immer mehr hinterher. Die Geschäfte geraten ins Stocken, der Geldumlauf ist behindert, und die Korruption wird zur Regel. Bei diesem Tempo ist die Mehrzahl der Experten, auch die der Saigoner Regierung, der Ansicht, daß die Ausweglosigkeit am Jahresende vollständig sein wird" [11]). Obgleich das Thieu-Regime versucht, mit einer denkbar „liberalen" Wirtschaftsgesetzgebung ausländischem Kapital Investitionsanreize zu bieten — das Gesetz 4-1972 z. B. befreit Investitionskapital auf 5 Jahre von der Besteuerung und garantiert freie Kapitalrückführung — und obgleich die Reklametrommel Südvietnam als Investitionsparadies anpreist, wurden 1972 nur 72 Investitionsprojekte verabschiedet, noch dazu in der Landwirtschaft, die bisher noch nicht zur Ausführung gelangten. Das Beispiel Japans ist typisch für die allgemein zögernde Haltung des ausländischen Kapitals: Japan verkauft für 100 Millionen Dollar jährlich Waren an Saigon, während japanische Investitionen kaum 2 Millionen Dollar ausmachen. Tatsächlich ist es die anhaltende Kriegssituation, die das ausländische Kapital abschreckt. Das dem US-Kongreß angegliederte Institut für die Garantie von Privatinvestitionen (OPIC) hat „mangels Autorisierung durch den Kongreß" die Garantie für Investitionen in Südvietnam abgelehnt. In Wirklichkeit wohl, weil das Saigoner Regime alles andere, nur nicht stabil ist [12]).

Es entspricht dieser Phase der „Vietnamisierung" — gemäß der Nixon-Doktrin läßt sie sich auf die Formel bringen: „Vietnamesen sollen nun gegen Vietnamesen für die US-neokolonialistischen Interessen kämpfen" —, daß Saigon den

9) Zit. nach UPI — „Le Monde" v. 31. 3. 1973.
10) „Informationsbulletin der PRR", Nr. 14, v. 8. 4. 1973, S. 8.
11) „Le Monde" v. 19. 3. 1973, Artikel von Claude Pomonti.
12) „Informationsbulletin der PRR", Nr. 10, v. 10. 3. 1973, S. 15.

Krieg nun allein, ohne die massive Unterstützung der US-Armee, weiterführt, um um jeden Preis den wachsenden Einfluß der PRR zurückzudrängen, selbst wenn dies nur noch für einen beschränkten Zeitraum zu verwirklichen ist. „Nach dem Waffenstillstand wird sich nichts ändern ... Dies wird die Phase der Polizei sein" [13]). So äußerte sich Thieu vor der Unterzeichnung des Abkommens und leitete eine groß angelegte Repressions- und Unterdrückungskampagne ein, während gleichzeitig die US-Propaganda die PRR des fortgesetzten Bruchs des Waffenstillstandes bezichtigte und die ständigen Übergriffe der Saigoner Armee auf die befreiten Gebiete als „Verteidigungsmaßnahmen gegen kommunistische Angriffe" zu rechtfertigen versuchte. Die zahlreichen Augenzeugenberichte besonders westlicher Journalisten, vor allem der Agenturen AFP und Reuter, bezeugten jedoch das Gegenteil: „Die Artillerie der Regierung schoß noch Sonntag um Mitternacht und konnte deutlich in der Hauptstadt gehört werden. In der gesamten Umgebung von Saigon haben die südvietnamesischen Truppen (Saigon), unterstützt von Panzern und manchmal von der Luftwaffe, eingegriffen ... trotz des Waffenstillstandes, der vorsah, daß die anwesenden Streitkräfte an Ort und Stelle bleiben sollen" (Reuter vom 29. Januar 1973). „Zeugen haben gesehen, wie die Saigoner Armee an diesem Abend auf die gegnerischen Truppen geschossen hat, die die Fahne des Vietcong um Cai Lay, ca. 90 km südlich von Saigon, gehißt haben" (AFP vom 28. Januar 1973). Tatsächlich hatte Thieu Befehl zu einer großangelegten Rückeroberungskampagne gegeben, um der PRR möglichst zahlreiche Gebiete streitig zu machen. In den letzten Wochen hat sich diese Verletzung des Waffenstillstandes praktisch zu regelrechten Kriegshandlungen der Saigoner Armee ausgewachsen [14]). Nach der jüngsten Bilanz hat die Saigoner Verwaltung in den 3 Monaten seit der Unterzeichnung des Abkommens 80 247 Verletzungen des Waffenstillstandes zu verantworten; sie hat 454 Posten der PRR besetzt, 8685 Zivilisten getötet und 20 717 Personen verhaftet [15]). Praktisch fliegt die Saigoner Luftwaffe, die über 2000 Kriegsmaschinen verfügt — doppelt so viel wie Frankreich! — täglich zwischen 200 und 250 Einsätze gegen die befreiten Gebiete. Das ist fast die Intensität der Bombenangriffe durch die US-Luftwaffe vor dem 28. Januar 1973.

Die PRR hat ihrerseits von Anfang an ihre Entschlossenheit bekundet, das Abkommen strikt einzuhalten [16]). In dem Appell des ZK der FNL und der PRR vom 28. Januar 1973 hatte sie die großen Richtlinien ihrer weiteren Politik umrissen; dort heißt es u. a. angesichts der zu erwartenden Versuche, das Abkommen zu sabotieren: „... die gegenwärtige Aufgabe unseres Volkes ist daher die folgende: im Geist der nationalen Eintracht die Einheit aller verwirklichen, um wirklich Frieden, Unabhängigkeit und Souveränität zu erhalten, die demokratischen Freiheiten zu verwirklichen, die Lebensbedingungen zu verbessern, ein friedliebendes, unabhängiges und blühendes Südvietnam aufzubauen, um auf dem Weg zur friedlichen Wiedervereinigung des Vaterlandes voranzuschreiten ..."

Auch im diplomatischen Bereich jedoch versucht Saigon mit allen Mitteln, sich als „einzige legale und verfassungsmäßige Regierung Südvietnams" zu behaupten — entgegen der in Kapitel 4 verankerten Anerkennung von 2 südvietnamesischen Verwaltungen und 2 Armeen. Im Zuge dieser Politik behinderte Saigon zunächst die DRV- und PRR-Delegationen in der GVMK: sie sollten bei ihrer „Einreise" am 28. Januar 1973 „Einwanderungspapiere" des Saigoner Regimes

13) „Vietnam Courrier", Neue Serie, Nr. 10, März 1973.
14) Ausführliche Angaben in: „Sud Vietnam en lutte", Nr. 188, v. 5. 3. 1973.
15) „L'Humanité" v. 30. 4. 1973; zit. nach „Nhan Dan" Hanoi.
16) Erklärung der Außenministerin der PRR, Frau Nguyen thi Binh, bei der internationalen Konferenz, in: „Sud Vietnam en lutte", Nr. 190, v. 19. 3. 1973.

unterzeichnen, was einer Anerkennung gleichgekommen wäre. Der Beginn der Arbeit der GVMK wurde auf diese Art verzögert — die Delegationen mußten 24 Stunden in den Flugzeugen warten, bis sie die ihnen zugewiesenen Gebäude in Tan Son Nhut betreten konnten. In den folgenden Wochen nahmen die Schikanen zunehmend ernstere Formen an: abgesehen davon, daß die Saigoner Polizei systematisch versuchte, die PRR- und DRV-Delegationen von der Umwelt zu isolieren, wurde die DRV-Delegation z. B. am 9. Februar in Ban Me Thuot von Handlangern des Saigoner Regimes angegriffen und am 25. Februar in Dalat regelrecht von der Saigoner Armee überfallen [17]). Wiederholt wurden ausgemachte Treffpunkte zur Übergabe der Gefangenen kurz vor dem vereinbarten Termin von der Saigoner Luftwaffe bombardiert, so daß die Übergaben verschoben werden mußten [18]). Eine Gruppe von IKUK-Mitgliedern konnte am 6. Februar in Quang Tri nicht an den zu kontrollierenden Ort gelangen, weil Saigoner Artillerie ihr den Weg versperrte. Das Thieu-Regime hat mit dieser fortgesetzten Sabotage des Abkommens die Arbeit der GVMK schwer behindert. Es hat vor allem gegen das Protokoll über die Kommissionen verstoßen, das den Delegationen den Diplomatenstatus zuerkennt und Saigon verpflichtet, ihnen jeden Schutz sowie freie Bewegung zuzusichern.

Bei der internationalen Konferenz in Paris vom 26. Februar bis 2. März 1973 unternahm der Außenminister des Saigoner Regimes, Tran Van Lam, einen verzweifelten Versuch, entgegen allen diplomatischen Gepflogenheiten, um die Teilnehmerstaaten zu veranlassen, kurz vor der Unterzeichnung eine Klausel in die Schlußakte aufzunehmen, wonach Saigon die einzige legale Regierung Südvietnams sei. Dieses Manöver ist im Zusammenhang der Taktik der USA zu sehen, die bei dieser Konferenz erneut versuchte — wie wiederholt in den letzten Jahren —, das Vietnam-Problem mit der Forderung nach Einrichtung eines permanenten Büros der Konferenz und der Einbringung einer „internationalen ökonomischen Hilfe" zu internationalisieren — dies in der Absicht, sich ihrer Verantwortung in der Frage der Entschädigung gegenüber der DRV zu entziehen [19]). In Südvietnam selbst wirkt sich diese Politik des „Alleinvertretungsanspruchs" neuerdings auch gegenüber ausländischen Journalisten aus, die sich in die befreiten Gebiete begeben: so wurden kürzlich zwei Franzosen sowie der Amerikaner Olivier Todd nach ihrer Rückkehr aus den befreiten Gebieten (bei Ca Mau) festgenommen. Ein Sprecher des Saigoner Regimes erklärte: „Wenn Journalisten sich in ‚verbotene Gebiete' begeben, machen sie sich der Verletzung der nationalen Rechte schuldig, und es ist nicht erstaunlich, wenn sie verhaftet werden." In der Tat könnten die Photos und Berichte dieser Journalisten als Beweise für die Kontrolle bestimmter Gebiete durch die PRR dienen, wie aus Kreisen der Saigoner Verwaltung verlautet. In der Tat hatten die Besuche französischer Journalisten kurz nach dem Inkrafttreten des Waffenstillstandes den Nachweis erbracht, daß die befreiten Gebiete bereits 2 bis 3 km von Saigon und den Hauptverkehrsstraßen entfernt beginnen [20]).

Um sich der politischen Auseinandersetzung zu entziehen, versucht Thieu seit dem letzten Jahr, die wachsende Opposition in der Bevölkerung mit einer Reihe von faschistischen Dekreten einzudämmen. Diese Entwicklung begann im Mai 1972 mit den „9 Sicherheitsmaßnahmen", die den Auftakt zu willkürlichen Ver-

17) 4 Wachen der Delegation wurden verletzt und zwei kamen ums Leben . . . Erklärung des Außenministeriums der PRR vom 27. 2. 1973, in: „Informationsbulletin der PRR in Paris", Nr. 10, v. 10. 3. 1973.
18) Erklärung des Außenministeriums der PRR vom 14. 3. 1973, in: „Informationsbulletin der PRR", Nr. 12, v. 24. 3. 1973.
19) „Sud Vietnam en lutte", Nr. 190, v. 19. 3. 1973: Le GRP est bainqueur de l'épreuve.
20) „L'Humanité" v. 21. 4. 1973.

haftungen, Hausdurchsuchungen, Zwangseinberufungen der Jugendlichen in die Armee gaben. Seit Juni 1972 sind in 6 Monaten 60 Gesetzesdekrete verabschiedet worden, die die „Sicherheit im Hinterland", die „Mobilisierung an Ort und Stelle", die Abschaffung der Wahl der Gemeindevorsteher, neue Steuern und die „Mobilisierung nationaler Ressourcen" vorsehen. Jeder Vietnamese bis zum Alter von 43 Jahren muß in der Armee dienen. Zum erstenmal in der Geschichte Vietnams sind die Angehörigen von religiösen Gruppen nicht mehr vom Militärdienst ausgenommen. Im Rahmen einer noch strafferen Kontrolle hat Thieu im letzten Jahr die Abschaffung aller Parteien — bis auf drei — sowie die Bildung einer „nationalen Front" angekündigt. Von April 1973 an wird es demnach nur noch die von Thieu gegründete „Demokratische Partei", die von ihm kontrollierte „Arbeiter- und Bauern-Partei" und die „Radikale nationalistische Partei" geben [21]). Daß es Thieu trotzdem nicht gelungen ist, in dieser antikommunistischen Front die verschiedenen politischen Gruppierungen zusammenzuschließen, zeigen die Stellungnahmen der großen religiösen Gruppierungen: der Erzbischof von Saigon, Nguyen Van Binh, hat sich gegen eine Politik ausgesprochen, die zur Spaltung und Uneinigkeit der Bevölkerung führe. Der Buddhistenführer Thich Thien Minh hat in einem Brief die Buddhisten aufgefordert, den Weg der „Versöhnung und nicht der Konfrontation" einzuschlagen. Ein anderer bekannter Buddhist, Thich Tri Quang, hat sich offen gegen Thieus „nationale Front" ausgesprochen.

Gleichzeitig wird die Repression erbarmungslos verschärft: der Saigoner Abgeordnete Ho Ngoc Nhuan, Mitglied des Komitees für die Reform der Gefängnisordnung, enthüllte, daß das Mordprogramm „Phönix" im letzten Herbst von einem geheimen Programm — „F-6" genannt — abgelöst wurde, dessen Ziel die „Neutralisierung" aller „Vietcong"-Sympathisanten ist [22]). Die Saigoner Verwaltung hat die Umgruppierung der Bevölkerung nach 4 Gruppen vorgesehen: 1) Familien der Saigoner Militärs; 2) Familien der Saigoner Verwaltung; 3) Familien von „Vietcong"-Angehörigen oder Sympathisanten; 4) die übrigen Bürger. Die patriotischen Kräfte sollen so von der Bevölkerung isoliert und schließlich liquidiert werden. Selbst Familien der Saigoner Verwaltung sind inzwischen nicht mehr von willkürlichen Verhaftungen verschont, da es kaum eine Familie in Südvietnam gibt, die nicht einen Angehörigen „auf der anderen Seite" hat. Nach der Unterzeichnung des Abkommens traten die „10 Instruktionen" für die Polizei in Kraft, die u. a. festsetzten: Kommunisten dürfen nicht ihren Wohnsitz wechseln oder reisen; sie müssen an Ort und Stelle beseitigt werden, wenn sie in die Städte gehen; alle politischen Versammlungen müssen aufgelöst werden; die politische „Infrastruktur der Kommunisten" muß zerschlagen werden; alle die, die die Bevölkerung aufwiegeln, müssen verhaftet und ins Gefängnis geworfen werden. Gegenüber den Landgebieten setzt Thieu die „Befriedungs"-Politik fort: die Zwangsverschleppung der Bevölkerung steht immer noch auf der Tagesordnung: so wurden z. B. 2000 Einwohner der Provinzen Quang Tri und Quang Ngai gezwungen, nach Binh Tuy (Gebiet Binh Thuan-Lam Dong) „umzusiedeln". Schon im Februar hatte man 4000 Einwohner der gleichen Provinzen zur Umsiedlung gezwungen, im Rahmen eines Planes, der 10 000 Personen betrifft, die angeblich in „umstrittenen" Gebieten leben. Tatsächlich sind diese genannten Provinzen — Quang Tri und Quang Ngai — Gebiete, die von der Saigoner Armee

---

21) „Vietnam-Courrier", Neue Serie, Nr. 9, Februar 1973: Duong Gia Thoai, Sud Vietnam en 1972.
22) Ho Ngoc Nhuan in einem Artikel für „Pacific New Service", zit. nach: „Informationsbulletin der PRR in Paris", Nr. 8—9, v. 24. 2. 1973.

bevorzugt zurückerobert werden sollen. In der Provinz Thua Thien wurden eine Woche nach der Unterzeichnung des Abkommens rund 4000 Personen in das Lager An Cuu bei Hue verschleppt [23]).

Mit dieser Politik verstößt das Thieu-Regime grundsätzlich gegen das Kapitel 4 des Pariser Abkommens, in dem das Recht auf Selbstbestimmung der vietnamesischen Bevölkerung gewährleistet wird. Die schwerwiegendsten und dringlichsten Verletzungen des Abkommens jedoch sind der Saigoner Verwaltung zweifellos in der Frage der Gefangenen zuzuschreiben; hierbei sind zwei Gruppen von Gefangenen zu unterscheiden: einerseits die militärischen Gefangenen — andererseits die Zivilgefangenen, die in irgendeiner Form am politischen Kampf für die Unabhängigkeit Vietnams teilgenommen haben.

Über die Zahl der militärischen Gefangenen hat Saigon höchst widersprüchliche Angaben gemacht: zunächst wurde behauptet, es gebe rund 40 000 militärische Gefangene; später legte Saigon eine Liste vor, in der 10 000 Personen fehlten. 16 000 wurden als „Überläufer" deklariert. Wie die USA, versuchte Saigon gleichfalls, die Klauseln des Abkommens zu umgehen. So behauptete das Thieu-Regime z. B., 20 000 Gefangene „an Ort und Stelle" freigelassen zu haben [24]). Diese Angaben sind nicht nachprüfbar. Wenn die Freilassung überhaupt stattgefunden hat, so entbehrt sie jeder juristischen Grundlage. Um von ihren Verletzungen des Abkommens abzulenken, behauptet Saigon, daß die PRR allein 59 000 militärische Gefangene festhalte.

Weitaus drängender ist die Frage der Zivilgefangenen; es geht um die Rettung von mindestens 200 000 Gefangenen aus den Saigoner Gefängnissen. Sie sind das wesentliche Potential der „dritten Komponente", die mit der PRR und Saigon im „Nationalrat zur nationalen Versöhnung und Eintracht" gleichberechtigt vertreten sein soll. Gerade deshalb hat Thieu schon im Oktober 1972, als die Aussichten auf eine politische Lösung sich konkretisierten, eine systematische Liquidierungskampagne eingeleitet. Bereits seit 1971 besteht ein „Sicherheitsplan" im Hinblick auf eine mögliche zweiseitige Lösung, der seit Oktober 1972 verschärft zur Anwendung gelangt: für alle Provinzen und Städte wurden Normen für die Liquidierung der Gefangenen festgesetzt. In der Provinz Hau Nghia lag die Norm bei 40 %. Dabei gehen die Saigoner Handlanger möglichst „unauffällig, aber wirksam" vor: die Gefangenen werden „umgruppiert" oder verlegt, um die „gefährlichsten" von den übrigen zu isolieren, so daß ihr weiteres Schicksal für die ehemaligen Mitgefangenen nicht zu verfolgen ist, die oft die einzigen Zeugen sind. Der Verlegung folgt oft die physische Liquidierung. Am 22./23. Dezember wurden 600 Patrioten und Pazifisten aus Vinh Long und Tra Vanh nach Can Tho verlegt und gleichzeitig die Nachricht ihrer Freilassung verbreitet. Tatsächlich waren sie auf die 6 Gefängnisse der Provinz Can Tho aufgeteilt und dort durch Fälschung der Karteien von politischen in kriminelle Gefangene verwandelt worden. Am 28. Januar 1973 wurden 300 Patrioten aus dem Gefängnis der Insel Phu Quoc nach Soc Trang verlegt und von dort in Hubschraubern an einen unbekannten Ort transportiert. Seither fehlt jedes Lebenszeichen von ihnen. Man zwingt die Gefangenen, Papiere durch Fingerabdruck zu unterzeichnen für ihre Freilassung. Später werden diese Papiere durch Ergänzungen in „Überläufererklärungen" verfälscht. Im allgemeinen bedient sich die Saigoner Polizei aller Methoden, um die Gefangenen aus dem Weg zu räumen: Jeder Vorwand für willkürliche Erschießungen wird wahrgenommen. Es

[23]) „Informationsbulletin der PRR in Paris", Nr. 11, v. 17. 3. 1973, S. 10.
[24]) „Informationsbulletin der PRR in Paris", Nr. 7, v. 17. 2. 1973.

werden Mörder gedungen. Die Nahrung wird vergiftet. Man spiegelt eine „Befreiung" vor und liquidiert anschließend. Man bringt die Gefangenen mit Medikamenten und Spritzen um. Man erklärt sie zu Überläufern. In der letzten Zeit häufen sich die Zeugenaussagen über die barbarischen Lebensbedingungen in den Saigoner Gefängnissen und die verschiedensten Liquidierungsmethoden. Der ehemalige, gegenwärtig in Stockholm im Exil lebende Saigoner Abgeordnete Ngo Cong Duc hat eine ausführliche Dokumentation über das Saigoner Gefängnissystem herausgegeben. Demnach unterhält Saigon 12 zentrale Gefängnisse mit rund 103 000 Gefangenen und 521 regionale Gefängnisse mit rund 100 000 Gefangenen. Bezahlt und ständig perfektioniert wird dieses Konzentrationslagersystem von den USA, die jährlich rund 20 Millionen Dollar „investieren". Zwei französische Sozialarbeiter, André Menras und Jean-Pierre Debris, haben in zweieinhalbjähriger Haft in dem Saigoner Gefängnis Chi Hoa nach ihrer Freilassung am 28. Dezember 1972 wertvolles Zeugenmaterial über die Lebensbedingungen sowie die Foltermethoden der Öffentlichkeit übergeben [25]).

Die Frage der politischen Gefangenen ist gegenwärtig zum zentralen Problem des politischen Kampfes in den noch von Saigon kontrollierten Gebieten geworden, zumal sie aufs engste mit der Frage des Selbstbestimmungsrechtes der südvietnamesischen Bevölkerung und den demokratischen Freiheiten verknüpft ist. So haben am 21. Februar 30 Saigoner Organisationen und 15 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sich an die IÜKK und die Unterzeichnerstaaten der internationalen Konferenz gewandt und sie aufgefordert, sofort zu intervenieren, um alle Südvietnamesen, die für den Frieden kämpfen, zu befreien [26]). Sie bestätigen die Zahl von rund 200 000 Gefangenen, die inzwischen möglicherweise überholt ist, da in den letzten Monaten Zehntausende von Menschen erneut verhaftet wurden. Ende Februar hat die Gruppe „Volk und Gesellschaft", die sich als Teil der „dritten Komponente", General Minh nahestehend, begreift, eine Erklärung veröffentlicht, in der sie die Respektierung des Waffenstillstandes, die Befreiung der politischen Gefangenen sowie die Rettung der demokratischen Freiheiten und des Selbstbestimmungsrechtes der südvietnamesischen Bevölkerung fordert. 29 Abgeordnete des Saigoner Parlaments haben diese Erklärung unterzeichnet [27]). General Duong Van Minh und 48 Persönlichkeiten der „legalen Opposition" haben sich kurz vor der Reise Thieus in die USA in einer Botschaft an Nixon und an die Mitglieder des Kongresses gewandt, um darauf hinzuweisen, daß „die beste Hilfe, die die US-Regierung der südvietnamesischen Bevölkerung leisten könne, um ihr Selbstbestimmungsrecht zu verwirklichen, darin besteht, sofort und wirksam Artikel 11 des Pariser Abkommens zu verwirklichen" [28]).

III

Am 19. März hat in La Celle-Saint Cloud bei Paris die im Pariser Vietnam-Abkommen vorgesehene „beratende Konferenz zwischen den zwei südvietnamesischen Seiten" begonnen. Der Delegationsleiter der PRR, Minister Nguyen Van Hieu, hat, entsprechend Kapitel 4, folgende Reihenfolge der zu behandelnden Probleme vorgeschlagen: Garantie der demokratischen Freiheiten, Bildung des „Nationalrates der nationalen Versöhnung und Eintracht", Organisierung der allgemeinen, freien und demokratischen Wahlen. Diese drei Punkte sind aufs engste

25) Ihr Bericht liegt in Buchform vor: „Rescapés des bagnes de Saigon — Nous accuson", Paris 1973. Deutsche Übersetzung in Vorbereitung. Sonstige Angaben zur Frage der Gefangenen: „Informationsbulletin der PRR in Paris", Nr. 10, 11 und 13 1973.
26) „Informationsbulletin", Nr. 8—9, v. 3. 3. 1973.
27) „L'Humanité", v. 9. 3. 1973.
28) „Informationsbulletin der PRR in Paris", Nr. 14, v. 8. 4. 1973, S. 7.

miteinander verknüpft: der „Nationalrat" kann nicht gebildet werden, solange nicht die demokratischen Freiheiten garantiert, d. h. u. a. die politischen Gefangenen als wesentlicher Teil der „dritten Komponente" nicht befreit sind. Ebensowenig sind freie demokratische Wahlen ohne die Garantie der demokratischen Freiheiten denkbar. Nguyen Van Hieu hat aber auch betont, daß ohne die Respektierung des Waffenstillstandes durch Saigon, ohne die Wiederherstellung eines echten Friedens die weiteren politischen Probleme nicht zu lösen sind. Saigon hingegen hält, getreu seiner antikommunistischen Propaganda und mit Unterstützung der USA, die Frage der „nordvietnamesischen Truppen in Südvietnam" für das Hauptgesprächsthema dieser Begegnungen. Was die demokratischen Freiheiten betrifft, so meinte der Delegationsleiter Saigons unverblümt, daß dies kein Problem sei, da Saigon bisher stets diese Freiheiten garantiert habe und dies auch weiterhin tun werde [29]).

Auf der 7. Sitzung dieser Konferenz am 23. April hat Minister Nguyen Van Hieu der Saigoner Delegation einen Plan in 6 Punkten unterbreitet: 1) Sofortige Beendigung aller Feindseligkeiten: alle den Waffenstillstand betreffenden Klauseln müßten strikt eingehalten werden, ohne zeitliche Begrenzung, um einen stabilen Frieden in Südvietnam herzustellen. 2) Sofortige Befreiung aller gefangen gehaltenen Zivilpersonen. 3) Sofortige und vollständige Gewährleistung aller demokratischen Freiheiten (Artikel 11). 4) Bildung eines „Nationalrates der nationalen Versöhnung und Eintracht" aus drei gleichen Komponenten. 5) Durchführung allgemeiner freier und demokratischer Wahlen, deren Modalitäten vom „Nationalrat" festgelegt werden. 6) Regelung der Frage der südvietnamesischen Streitkräfte, vor allem der Truppenreduzierung. Daß Saigon an der Wiederherstellung des Friedens nicht interessiert ist, beweist erneut der auf der gleichen Sitzung von der Saigoner Delegation unterbreitete Plan in 5 Punkten „zur Durchführung allgemeiner Wahlen im gesamten Land am 26. August 1973". Nachdem Saigon in den voraufgegangenen Sitzungen stets am Prinzip der „Präsidentschaftswahlen" festgehalten hatte, während die PRR Wahlen für eine Verfassunggebende Versammlung vorschlug, geht Saigon nun scheinbar auf diesen Vorschlag ein mit der Formulierung „allgemeiner Wahlen", um die öffentliche Meinung zu täuschen. Ohne jedoch zuvor das Problem der demokratischen Freiheiten und der Befreiung der Zivilpersonen gelöst zu haben, ist die Durchführung freier Wahlen und vor allem auch die Bildung des „Nationalrates" aus drei gleichen Komponenten nicht zu verwirklichen.

In der zu erwartenden Zuspitzung der politischen Situation in Südvietnam in den kommenden Monaten werden zwei Probleme im Zentrum der Auseinandersetzung stehen: die Respektierung des Waffenstillstandes durch die Saigoner Armee und die Rettung der politischen Gefangenen. Die Mobilisierung der gesamten Öffentlichkeit, der nationalen und internationalen Institutionen wird nötig sein, um die südvietnamesische Bevölkerung in diesem Kampf zu unterstützen. Die Respektierung des Waffenstillstandes ist die unabdingbare Voraussetzung für die Wiederherstellung eines echten und stabilen Friedens und für die Lösung aller politischen Probleme in Südvietnam. Mit der Rettung der politischen Gefangenen aus den Händen des Saigoner Gewaltapparats wird gleichzeitig ein großer Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der südvietnamesischen Bevölkerung getan sein.

[29]) „L'Humanité" v. 27. 3. 1973.

Zur Genesis des palästinensischen Widerstandes 1882 – 1972

Von Salim Ibrahim

Die Fünfundzwanzigjahrfeiern des Staates Israel, akzentuiert durch eine Militärparade im besetzten Jerusalem vor dem Hintergrund neuer militärischer Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und Palästinensern im Libanon, gibt Anlaß, sich die Genesis des Palästina-Problems im historischen Zusammenhang zu vergegenwärtigen. Salim Ibrahim, ein Kenner des vielfach mit Widersprüchen behafteten, vielfach auch mißdeuteten palästinensischen Widerstandes, hat uns den nachstehenden Beitrag für die „Blätter" zur Verfügung gestellt. D. Red.

Vorbemerkung

In diesem Beitrag sollen die Genesis und Entwicklung des palästinensischen Widerstandes im Rahmen der sozialgeschichtlichen und politischen Bedingungen, wie sie sich in Palästina und den ostarabischen Gebieten seit Mitte des 19. Jh. entwickelten, untersucht werden. Die unmittelbare Notwendigkeit der Veröffentlichung einer solcher Arbeit ergibt sich u. E. aus der verbreiteten Propaganda des internationalen Zionismus und seiner Verbündeten, die darauf abzielt, den Nahost-Konflikt vor den Augen der Weltöffentlichkeit auf territoriale Streitigkeiten zwischen Israel einerseits und den arabischen Staaten andererseits zu reduzieren und damit die Existenz des palästinensischen Volkes bzw. sein Recht auf Selbstbestimmung zu negieren [1]). Deshalb scheint es uns von besonderer Relevanz zu sein, den richtigen Stellenwert des palästinensischen Widerstandes im Rahmen des Nahost-Konflikts zu bestimmen, und zwar um so mehr, als der Widerstand des palästinensischen Volkes gegen die zionistische Okkupation seines Landes in den meisten Studien und Beiträgen, die in der BRD zu diesem Konflikt veröffentlicht worden sind, entweder vollkommen entstellt wird oder nur einen dürftigen Platz einnimmt. Es wird hier ansatzweise versucht, den Zyklus des antikolonialen und antiimperialistischen Kampfes der Palästinenser mit allen seinen Aufschwüngen und Niederlagen aufzuzeigen.

I

Die Geschichte des palästinensischen Widerstandes gegen den internationalen Zionismus und Imperialismus ist in der Tat die Kehrseite der Historiographie über das Eindringen des Finanzkapitals der westeuropäischen Kolonialmächte England und Frankreich in die ostarabischen Gebiete des osmanischen Reiches und die damit verbundene Infiltration des Zionismus in Palästina (osmanische Provinz bis 1918) gegen Ende des 19. Jh. Diese Geschichte ist nichts anderes als die Reaktion des arabisch-palästinensischen Volkes auf den von den damaligen englischen, französischen und russischen Kolonialsuprematien entfachten

1) Die Negierung der Exsitenz des palästinensischen Volkes kann aus zahlreichen Aussagen der Repräsentanten des Zionismus belegt werden. Es sei hier lediglich auf die unmißverständliche Aussage der Ministerpräsidentin Israels Golda Meir hingewiesen: „So etwas wie Palästinenser hat es nie gegeben (. . .) Es war nicht so, als wäre in Palästina ein palästinensisches Volk vorhanden gewesen, das sich als solches betrachtet hätte, und wir sind gekommen, hätten sie hinausgeworfen und ihnen ihr Land weggenommen. Sie existierten nicht." Interview von Frank Giles mit Golda Meir, in „Sunday Times" (London) v. 15. 6. 1969; zit. nach Hollstein, W., Kein Frieden um Israel, Zur Sozialgeschichte des Palästina-Konflikts, Frankfurt/M. 1972, S. 20. — Als Golda Meir von ihrer letzten USA-Reise nach Israel zurückkehrte, bekräftigte sie ihre Auffassung hinsichtlich dieser Frage und sagte in einer Rede (am 14. 3. 1973) wörtlich: „Bis zum Jahre 1967 haben wir nie von den Palästinensern gehört"; zit. aus dem Presseorgan der KP Israels „Al-Ittihad" vom 16. 3. 1973 (arabisch), S. 1.

Kampf darum, das schwach gewordene osmanische Reich zunächst durch die Methoden der ökonomischen Durchdringung, dann später durch unmittelbare Kolonialisierung und Unterwerfung zu beherrschen. Die erklärte Absicht dieser imperialistischen Mächte war, die Rohstoffreichtümer der osmanischen Provinzen auszuplündern, Absatzmärkte langfristig zu erschließen und insbesondere die Handelswege (die Landbrücke zwischen dem Nahen und dem Fernen Osten bzw. seit der Fertigstellung des Suezkanals im Jahre 1869 den kürzesten Seeweg zwischen Europa und Indien) zu sichern. Die Ambitionen dieser Kolonialmächte wurden später durch die Entdeckung der Erdölquellen im Nahen Osten (ab 1907) besonders verstärkt.

Die Regierungen Englands und Frankreichs betrieben schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts mit Hilfe ihrer Großbanken eine erpresserische Politik im osmanischen Reich, „die schon nach wenigen Jahrzehnten (1881, d. Verf.) zum vollständigen Zusammenbruch des türkischen Staatshaushaltes führte" [2]). Dies wurde besonders durch die stagnierende Feudalstruktur des osmanischen Militärstaates begünstigt, der zwangsläufig (aufgrund der fehlenden Akkumulationsquellen) immer mehr Finanzkapital von außen zu beschaffen suchte. Allein durch die entstandenen Finanz- und Zinsverpflichtungen des osmanischen Staates gegenüber den Kolonialmächten England und Frankreich konnte sich die „Hohe Pforte" (türkische Regierung) dem politischen und militärischen Eindringen der letzteren in ihre ostarabischen und nordafrikanischen Reichsteile nicht mehr widersetzen [3]). Im Rahmen dieser globalen Strategie begannen die genannten Kolonialmächte in Übereinstimmung mit gewissen jüdischen Kreisen schon seit Anfang des 19. Jahrhunderts ihre Aktivitäten in Palästina in Form von Erwägungen und Plänen zu entfalten [4]). Es gelang einigen Juden schon vor der offiziellen Konstituierung der zionistischen Bewegung (Basel 1897), die erste „Aliyah" (d. h. Aufstieg im Sinne der Rückkehr) im Jahre 1882 zu beginnen [5]). Den eigentlichen Anstoß für diese „Aliyah" gaben die antisemitischen Hetzkampagnen (Pogrome) in Rußland im Gefolge der Ermordung des Zaren Alexander III. Der kleinen Zahl von Immigranten (schätzungsweise 3000) [6]), Anhänger der „Bilu-Gruppe", folgten Tausende vor

---

2) Autorenkollektiv, Geschichte der Araber, Bd. 2, Berlin 1971, S. 356. — Vgl. ferner Steinhaus, K., Soziologie der türkischen Revolution, Frankfurt/M. 1969, S. 48.

3) Frankreich besetzte Algerien 1830 und Tunesien 1881/83, während England Ägypten 1882 und Sudan 1899 in seine Herrschaftssphäre einbezog.

4) Wir erinnern hier an die Versuche Napoleon Bonapartes (1799), im Rahmen seiner strategischen Überlegungen Ägypten und Syrien zu besetzen, Juden in Palästina ansiedeln zu lassen. England bezog die Idee von der Ansiedlung der Juden in Palästina in seine Nahost-Politik seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein, und zwar vom Standpunkt des Konkurrenzkampfes mit Frankreich und Rußland. Während Frankreich vor allem im Libanon und in Syrien die katholischen Gemeinden (Maroniten) als Stütze für seine Kolonialpolitik betrachtete, nahm Rußland das Recht in Anspruch, die orthodoxen Christen im osmanischen Reich zu schützen, um in Wirklichkeit dort intervenieren zu können. England blieb also ohne Stütze in diesem Gebiet, was die englische Presse und Regierungskreise seit den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts veranlaßte, die Ansiedlung der Juden in Palästina zu propagieren. Schon das im Jahre 1838 in Jerusalem errichtete britische Konsulat stellte die Juden unter seine Rechtsprechung und unter seinen Schutz. Die Eröffnung des Suezkanals (1869) hat die Bestrebungen der Engländer in diesem Zusammenhang besonders verstärkt. Darüber hinaus sah England in den Bestrebungen Mohamed Alis (Pascha von Ägypten), einen unabhängigen arabischen Staat zu gründen, der alle ostarabischen Gebiete des osmanischen Reiches umfassen sollte, eine ernsthafte Gefahr für seine Ambitionen und Pläne in diesem Gebiet; England zog daraus die Konsequenz, die Kolonialisierung Palästinas durch europäische Juden gezielt voranzutreiben. In den siebziger Jahren entstand in England die „Syrisch-palästinensische Kolonialgesellschaft" mit der Intention, dieses Gebiet mit Hilfe von christlichen und jüdischen Kreisen unter britischen Einfluß zu bringen. Vgl. dazu Cohn, J., England und Palästina, ein Beitrag zur britischen Empire-Politik, in: Beiheft zur Zeitschrift für Geopolitik, Heft 8, Berlin 1931, Kapitel 2, S. 29—49; Ivanov, J., Vorsicht vor Zionismus, Studie über Ideologie, Organisation und Praxis des Zionismus, Moskau 1969 (arabisch), S. 31 ff. — Vgl. ferner: Die Palästina-Frage (Kolloquium Arabischer Juristen über Palästina, Algier 22.—27. 7. 1967), Beuel 1969, S. 44.

5) Es soll hier darauf hingewiesen werden, daß die politisch nichtorganisierten Einwanderungen der Juden nach Palästina schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts begannen. Der Zionist Zvi Rudy gibt an, daß zwischen 1840 und 1880 etwa 10 000 Juden nach Palästina einwanderten. Vgl. Rudy, Z., Soziologie des jüdischen Volkes, Reinbek b. Hamburg 1965, S. 46. — Vgl. ferner Awad, A. A., Die Subprovinz Jerusalem Ende der osmanischen Herrschaft, in: „Palestine Affairs", No. 4/1971, Hrsg.: Palestine Liberation Organization, Research Center, Beirut (arabisch), S. 133.

6) Vgl. Awad, A. A., ebenda.

allem aus Rußland, Rumänien und Bulgarien, die die Zahl der Juden in Palästina auf 50 000 im Jahre 1900 erhöhten [7]).

Die erste registrierte [8]) Reaktion der arabischen Bevölkerung Palästinas auf die jüdische Einwanderung entfaltete sich im Jahre 1891 [9]), als palästinensische Vertreter durch Telegramme und Protestnoten die „Hohe Pforte" aufforderten, die Einwanderung der Juden nach Palästina und den von ihnen getätigten bzw. beabsichtigten Erwerb arabischer Ländereien zu verhindern [10]). Aufgrund dessen erließ der osmanische Sultan im Jahre 1892 eine Verordnung, die den Juden verbot, Ländereien zu kaufen, und die Bürger des osmanischen Reiches aufforderte, keine Ländereien an die Juden zu veräußern [11]). Darüber hinaus erließ der Sultan in den Jahren 1893 und 1901 neue Edikte, die all denjenigen Juden die Einreise nach Palästina verwehrten, die sich länger als drei Monate im Land aufhalten wollten [12]). Obwohl die „Hohe Pforte", durch diese Erlasse, der Forderung der palästinensischen Bevölkerung formal entsprach, konnte die zionistische Infiltration in der Tat nicht verhindert werden, da a) bei der osmanischen Provinzverwaltung die Korruption an der Tagesordnung war, b) die jüdischen Einwanderer meistens illegal (über Syrien oder mit englischen Pässen u. a.) ins Land kamen und schließlich c) die britische Regierung laufend — entsprechend ihrer modifizierten Nahost-Politik — zugunsten der jüdischen Einwanderung beim osmanischen Sultan intervenierte [13]).

Der Widerstand der Palästinenser verschärfte sich erst, als die Vorbereitung des ersten zionistischen Kongresses in Basel 1897 begann. Einen weiteren Auf-

---

7) Vgl. ebenda.

8) Gegen die Erwägungen Englands, Juden in Palästina anzusiedeln, bzw. gegen die tatsächliche Judeneinwanderung dürfte sich der Widerstand der Palästinenser bereits ab 1850 bemerkbar gemacht haben, obwohl dies aufgrund des mangelhaften Forschungsstandes über diese Frage nicht belegbar ist. Vgl. dazu ausführlich: Mandel, N., Turks, Arabs and jewish immigration into Palestine (1882—1914), London 1965, S. 77—108.

9) Es ist hier zu bemerken, daß der palästinensische Widerstand in dieser Phase (1882—1914) von den meisten Autoren, die über diese Frage geschrieben haben, entweder ignoriert oder sogar in sein Gegenteil verkehrt wird. Während z. B. Walter Hollstein vermerkt, daß die „ersten arabischen Proteste" gegen die zionistische Infiltration in den Jahren 1908/09 einsetzten (vgl. Hollstein, W., a.a.O., S. 81), behaupten zionistische Autoren wie z. B. Zvi Rudy, daß „der jüdische Einwanderer nach Palästina von vornherein als integraler Bestandteil des Volkskörpers aufgenommen" wurde (Rudy, Z., a.a.O., S. 53). Der liberale Theologe Hans Werner Bartsch behauptet ferner, daß die ersten jüdischen Siedlungen in Einvernehmen und sogar Zusammenarbeit mit der arabischen Bevölkerung errichtet worden seien (vgl. Bartsch, H. W., Die Araber in Israel, Politische und theologische Erwägungen zum Nah-Ost-Konflikt, in „Blätter" 4/1969, Köln, Sonderdruck, S. 10 f.). Bartsch wiederholte seine falsche Behauptung noch einmal in einem anderen Beitrag und schreibt, daß die Ansiedlung der Juden in Palästina „in Solidarität mit den Palästinensern gegen die Unterdrückung durch die osmanischen Herrscher" begann. Er fügte hinzu: „Es hat bis in die Zeit des ersten Weltkrieges eine von Juden und Arabern getragene Widerstandsbewegung gegen das osmanische Reich für die Selbständigkeit eines freien Palästina gegeben" (ders., Palästina — Land des Unfriedens, in: „Stimme der Gemeinde zum kirchlichen Leben, zur Politik, Wirtschaft und Kultur", Heft 2/1973, Frankfurt/M., S. 24). Diese zitierten Aussagen, abgesehen von der Motivation ihrer Verfasser, sind einfach nicht zutreffend, wie unsere Ausführungen zeigen.

10) Vgl. Allusch, N., Der arabische Widerstand in Palästina (1917—1948), in: Reihe Palästinensische Bücher, Nr. 6, Hrsg.: PLO, Forschungszentrum, Beirut 1967 (arabisch), S. 33.

11) Der osmanische Sultan Abdel Hamid hatte schon am 29. 6. 1882 den jüdischen Immigranten aus Rußland, Rumänien und Bulgarien die Niederlassung in Palästina verboten. Im Jahre 1887 wurde die vorangegangene Verordnung erneut bestätigt, allen Juden das Recht zu untersagen, sich in Palästina und besonders in Jerusalem anzusiedeln. Es wurde ihnen erlaubt, während der Pilgerzeit das Land zu betreten, sie mußten es aber nach Ablauf der Besuchszeit sofort verlassen (vgl. dazu Awad, A. A., a.a.O., S. 133). Im Jahre 1896 versuchte der Exponent des Zionismus, Theodor Herzl, Kontakte mit dem Sultan aufzunehmen, um eine osmanisch-jüdische Verständigung herbeizuführen, jedoch ohne Erfolg. Herzl schrieb in seinem bekannten Buch „Der Judenstaat" (1896) in Anspielung auf die Bedeutung des zukünftigen jüdischen Staates für die imperialistischen Mächte bzw. die Türkei folgendes: „Wenn seine Majestät der Sultan uns Palästina geben würde, wären wir gerne bereit, die Finanzen der Türkei in Ordnung zu bringen. Für Europa würden wir dort unten ein Stück des Bollwerks gegen Asien bilden; wir wären der vorgerückte Wachposten der Zivilisation gegen die Barbarei. Wir würden als neutraler Staat in ständiger Verbindung mit ganz Europa bleiben, das unsere Existenz garantieren müßte" (Herzl, L'État juif, Paris 1926, S. 95; zit. nach Palästina-Frage . . ., a.a.O., S. 41). In demselben Jahr 1896 soll der Sultan ihm die folgende Antwort erteilt haben: „Das türkische Reich gehört nicht mir, sondern dem türkischen Volk. Ich kann davon kein einziges Stück veräußern. Mögen die Juden ihre Milliarden sparen. Wenn mein Reich geteilt wird, können sie Palästina umsonst haben (was in der Tat Ende des Ersten Weltkrieges geschah, d. Verf.)" (zit. nach dems., S. 42). 1901 gelang es Herzl, den Sultan zum erstenmal zu treffen; er bot dem osmanischen Reich finanzielle Hilfe an. Der Sultan erklärte sich aufgrund dessen bereit, das osmanische Reich für jüdische Immigranten zu öffnen, allerdings mit Ausnahme Palästinas. Herzl lehnte dieses sowie jedes weitere Angebot, das Palästina nicht mit einbezog, ab (vgl. Awad, A. A., a.a.O., S. 134).

12) Vgl. Allusch, N., a.a.O., S. 33 — Vgl. ferner Awad, A. A., a.a.O., S. 133.

13) Vgl. Awad, A. A., a.a.O., S. 134 f.

schwung erfuhr er durch die sogenannte zweite „Aliyah" (1904—1914), die — im Gegensatz zur ersten — entschieden rassistische Ausschließungspolitik gegenüber der arabischen Bevölkerung betrieb [14]), sowie durch die Schaffung zionistischer Einrichtungen [15]), die die Planung, Finanzierung und Leitung der Kolonisation organisieren sollten. Der Widerstand nahm verschiedene Formen an: Demonstrationen und Protestkundgebungen der palästinensischen Massen sind vor allem in den Jahren 1898, 1908 und 1910 zu registrieren. Es folgten sogar Angriffe auf die jüdischen Siedlungen insbesondere in Nordpalästina [16]). 1908 wurde in Haifa die Zeitung „Al-Karmel" herausgegeben, um die zionistische Bewegung zu entlarven, die Gefahren der jüdischen Einwanderung und des Erwerbs arabischer Ländereien aufzuzeigen. Parallel dazu wurde in Jaffa, ausgelöst durch die zionistischen Aktivitäten, die erste politische Partei, die „Nationale Partei", gegründet. Nach dem Sturz des feudalabsolutistischen Regimes des osmanischen Sultans Abdel Hamid II. und dem Sieg der jungtürkischen Revolution von 1908 entfachten die Palästinenser eine große Kampagne im osmanischen Parlament, bei der erreicht wurde, daß der Ministerpräsident und der Innenminister, die der an die Macht gelangten „Partei der Einheit und des Fortschritts" angehörten und des Prozionismus verdächtig waren, sich im Jahre 1911 offiziell von der zionistischen Bewegung distanzieren mußten [17]).

Der palästinensische Widerstand war von Anfang an arabischer Natur bzw. ein Bestandteil der damals im Entstehen begriffenen „arabischen nationalen Befreiungsbewegung", die sich als ganzes sowohl der osmanischen Despotieherrschaft als auch den kolonialen Bestrebungen der Entente entgegensetzte [18]). Die Palästinenser beteiligten sich an den arabischen Widerstandsorganisationen, die in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Damaskus, Beirut, Kairo und Istanbul entstanden waren. Sie waren z. T. Mitglieder der panarabischen Parteien wie z. B. der „Al-Arabia Al-Fatat" (der jungarabische Bund) und der „Al-Ahd" (der Konventionsbund), nahmen am ersten panarabischen Kongreß in Paris (1913) teil und unterstützten die „arabische Revolution von 1916" in der Hoffnung, in einem autonomen „vereinigten arabischen Staat" leben zu können [19]).

Die Bedeutung des palästinensischen Widerstandes in dieser Phase (1882—1914) erhellt daraus, daß es der zionistischen Bewegung trotz allem bis zum Jahre 1918 nicht gelingen konnte, über 650 000 Dunom (10 D = 1 Hektar), also etwa

14) Die erste „Aliyah", die ein national-philanthrophisches Unternehmen sein sollte, betrieb offensichtlich eine klassische Kolonialpolitik, welche von dem französischen Finanzier Rothschild aus rein machtpolitischen Überlegungen stark unterstützt wurde. Sie führte zur Entstehung einer jüdischen Großbauernklasse, welche die billige arabische Arbeitskraft wohlwollend anwendete (vgl. Schlichter, A., Der arabische Aufstand in Palästina und die jüdische landwirtschaftliche Kolonisation, in: Agrarprobleme, 2. Bd., 2. Hbd., Heft 34, Moskau 1929, nachgedruckt in: „Palästinensische Revolution", Resistentia Schriften, Nr. 12/1971, S. 28. — Vgl. ferner Hollstein, W., a.a.O., S. 80). Dagegen „lancierte die zweite und entschieden zionistische Aliyah ab 1904 das Losungswort von der ‚Eroberung der Arbeit' " und führte diese Strategie vollständig und ohne Unterbrechung bis zur Staatsgründung im Jahre 1948 durch (vgl. Hollstein, W., a.a.O., S. 80). Diese Ausschließungspolitik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung führte im Laufe der Zeit einerseits zur Entstehung eines von der zionistischen Ideologie durchdrungenen Staatsvolkes, dessen Arbeiter und Bauern einerseits isoliert von und andererseits privilegiert gegenüber den palästinensischen Arbeitern und Bauern waren; zum anderen führte diese Politik zur Verstärkung des arabisch-palästinensischen Nationalismus einerseits und damit zur Schwächung eines gemeinsamen Klassenbewußtseins sowohl bei den arabischen als auch bei den jüdischen Werktätigen anderseits.

15) Z. B. 1) Die jüdische Kolonialtreuhand (1898); 2) Der Kolonialausschuß (1898); 3) Der jüdische Nationalfonds (1901); 4) Das Palästinabüro (1908); 5) Die palästinensische Landerschließungsgesellschaft (1908). Vgl. Sayegh, F. A., Die Vereinten Nationen und die Palästinafrage, Der zionistische Kolonialismus in Palästina, Rastatt 1968, S. 17.

16) Schon im Jahre 1898 haben arabische Einwohner eine Gruppe von Zionisten, die sich in der Nähe von Jericho niedergelassen hatten, vertrieben, ihre Äcker und ihr Vieh vernichtet und ihnen die Rückkehr verboten. Vgl. dazu Sayegh, A., Palästina und der arabische Nationalismus, in: Darstellungen zum Palästinaproblem, Palästina-Bücher, Nr. 8, Hrsg. PLO, Forschungszentrum, Beirut 1968, S. 234.

17) Vgl. Allusch, N., a.a.O., S. 33 ff. — Vgl. ferner Sayegh, A., a.a.O., S. 235. Diese Ausführung dürfte lediglich als Indiz für die Aktivitäten der Palästinenser gegen die zionistischen Bestrebungen, sich mit der türkischen Regierung zu verständigen, was ihnen ja später (1913/14) gelang, verstanden werden.

18) Vgl. dazu ausführlich: Sayegh, A., a.a.O., S. 219—286.

19) Vgl. Allusch, N., a.a.O., S. 35.

2,5 % des palästinensischen Bodens, zu erwerben [20]). Das wird besonders deutlich, wenn man bedenkt, daß die meisten Ländereien, die von den jüdischen Einwanderern gekauft worden sind, aus dem Gutsbesitz fremder Feudalherren (also von Nichtpalästinensern, die im Libanon oder in Syrien ihren Wohnsitz hatten) stammten [21]). Die Zahl der Juden in Palästina erreichte im Jahre 1918 lediglich ca. 56 000 und machte etwa 8 % der Gesamtbevölkerung Palästinas aus.

II

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die ostarabischen Provinzen des ehemaligen osmanischen Reiches (darunter Palästina) gemäß Art. 22 des Vertrags des Völkerbundes (1919) in das „Mandatssystem" einbezogen [22]). Dies war ein Teil der Aufteilung des arabischen Ostens zwischen England und Frankreich in Einflußzonen, wie sie schon in dem geheimen „Sykes-Picot-Abkommen" (1916) [23]) vorgesehen war. Mit der sogenannten „Balfour-Deklaration" von 1917 [24]) der britischen Regierung, die die Errichtung „einer nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes in Palästina" vorsah, begann faktisch die zweite Phase des palästinensischen Widerstandes, der sich nun einerseits mit der britischen Herrschaft und andererseits mit der zionistischen Usurpation konfrontiert sah.

Die zionistische Kolonialpolitik institutionalisierte sich in Form von Organisationen [25]), an deren Spitze nun die inzwischen offiziell gegründete „Jewish

[20]) Es ist nicht die Absicht des Verfassers, die Bedeutung des palästinensischen Widerstandes hinsichtlich des Mißerfolges der Zionisten zu übertreiben. Dieser Mißerfolg ist zum einen auf die passive Haltung der türkischen Regierung und auf das schwache Engagement Englands und zum anderen auf die sehr schwache Resonanz der zionistischen Idee bei den osteuropäischen Juden, die zum großen Teil in die USA und nach Kanada auswanderten (vgl. Rudy, Z., a.a.O., S. 46), zurückzuführen.

[21]) Es wird auf das große Spektakel hingewiesen, das im Jahre 1911 ausgelöst wurde, als der Feudalbesitzer „Elias Sursuq" (Wohnsitz im Libanon, griechische Herkunft) die größten Teile seines Gutsbesitzes in „Murg Ibn Aamer" durch geheime Abmachungen an die Zionisten verkaufte. Die Palästinenser versuchten dieses Geschäft rückgängig zu machen, aber ohne Erfolg. Vgl. Allusch, N., a.a.O., S. 34 f.

[22]) Das Mandat über Palästina wurde 1920 in San Remo vom Obersten Rat der Alliierten Großbritannien übertragen. Am 29. 9. 1923 wurde es offiziell vom Völkerbund bestätigt, jedoch ohne daß die arabische Bevölkerung Palästinas nach der Wahl der Mandatsmacht gefragt worden wäre, wie es im Artikel 22 des Vertrages des Völkerbundes vorgesehen war (vgl. Hadawi, S., Bittere Ernte, Palästina 1914—1967, Rastatt 1969, S. 86 f.). Schon auf der Pariser Friedenskonferenz (1919) forderten die Zionisten, das Mandat über Palästina Großbritannien zu übertragen, während Großbritannien seinerseits die Zusicherungen der Balfour-Deklaration in den Text des Palästinamandats aufnahm (vgl. dazu Sayegh, F. A., a.a.O., S. 25). Dies war offensichtlich kein Zufall, sondern ein weiteres Indiz für eine geplante Zusammenarbeit zwischen dem britischen Imperialismus und dem internationalen Zionismus.

[23]) Dieses Abkommen, das die ostarabischen Gebiete in britische (Transjordanien, Irak), französische (Syrien, Libanon) und internationale (Palästina) Einflußzonen bzw. Mandate teilte, gilt als der faktische Wendepunkt in der Nahost-Politik Großbritanniens. Englands Orientpolitik war bis zum Ersten Weltkrieg auf die Erhaltung des Status quo im Nahen Osten bzw. auf die Wahrung der territorialen Integrität der Türkei ausgerichtet. Der Grund dafür lag darin, daß den Interessen Großbritanniens — Kontrolle des Suezkanals und Freihaltung des Gebietes um die Überlandroute nach Indien von europäischen Konkurrenten — mit einem gefügigen und schwachen osmanischen Reich besser gedient war als mit innereuropäischen Auseinandersetzungen, die eventuell einen europäischen Rivalen (z. B. Frankreich oder Rußland) in die Nähe des Suezkanals oder der Überlandroute gebracht hätten. Die Ansätze zur Revidierung der britischen Nahost-Politik in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ergaben sich aus drei Fakten: a) Die Öffnung des Suezkanals im Jahre 1869 verlagerte die Interessen Englands nach Nordafrika und den ostarabischen Gebieten, da die Bedeutung Konstantinopels und der Meerengen allmählich verloren ging. Dies ließ die Verständigung mit Rußland Möglichkeit werden; b) Mit dem Aufkommen Deutschlands als kapitalistische Großmacht und seiner Annäherung an die Türkei ab 1870 (Eindringen des deutschen Unternehmertums und der Bau der Anatolischen und Bagdadbahn), die als Rivale zur Englands Machtstellung in diesem Raum auftrat, ist der Punkt erreicht worden, an dem Palästina und die ostarabischen Gebiete den Engländern nicht mehr hinreichend gesichert erschienen, um ihre strategischen Handelswege nach Indien zu garantieren; c) Der Streit zwischen Großbritannien und der Türkei um Sinai, der im Jahre 1892 ausbrach, wobei Großbritannien die Türkei aufforderte, die Sinai-Halbinsel als ägyptisches Territorium anzuerkennen, gilt als der dritte Ansatz für die allmähliche Revision der britischen Politik gegenüber dem türkischen Reich (vgl. dazu ausführlich Cohn, J., a.a.O., S. 29-49; Sayegh, F. A., a.a.O., S. 22; ferner die Aufsätze von Marx und Engels über die Türkei und die Politik der imperialistischen Mächte dort, in: MEW, Bd. 9, Berlin 1970). Nachdem aber die Türkei sich im Ersten Weltkrieg an die Seite der Mittelmächte gestellt hatte, änderte England seine Nahost-Politik endgültig, und zwar auf drei Ebenen: a) England versprach der Führung der arabischen Unabhängigkeitsbewegung, sie bei der Errichtung eines unabhängigen, vereinigten arabischen Staates zu unterstützen, falls die Araber an der Seite Englands gegen die Türkei kämpfen würden (Hussein-McMahon-Korrespondenz); b) Einige Monate später (1916) unterzeichnete England mit Frankreich und Rußland das Sykes-Picot-Abkommen und gab c) im Jahre 1917 die „Balfour-Deklaration" ab, welche wie das Sykes-Picot-Abkommen in einem eklatanten Widerspruch zu dem anglo-arabischen Abkommen (Hussein-McMahon) stand. Zur Hussein-McMahon-Korrespondenz siehe ausführlich Atiya, E' / Cattan, H., Palästina — Versprechen und Enttäuschungen, Rastatt 1970, S. 23—29).

[24]) Vgl. dazu ausführlich Atiya, E' / Cattan, H., a.a.O., S. 30—39; vgl. ferner Hadawi, S., a.a.O., S. 37 ff.

[25]) Siehe Anm. 15.

Agency" (Konstituierung am 14. August 1929) und die „Histadruth" (jüdischer Gewerkschaftsverband, 1920 gegründet) standen. Sie erwarben arabische Ländereien, verpachteten sie an jüdische Siedler [26]) und errichteten in den strategischen Punkten Palästinas — entsprechend ihren Ansiedlungs- und Expansionsplänen — jüdische Kolonialsiedlungen (Kibbuzim u. a.), die später als Grundlage des israelischen Staates dienen sollten. Dies geschah mit Billigung und Unterstützung der britischen Verwaltung, an deren Spitze ein begeisterter Zionist (Sir Herbert Samuel) stand, der von der britischen Regierung als erster Hochkommissar ernannt worden war.

Gewalt und Terror waren Begleiterscheinungen der Kolonialpolitik der Zionisten, was dazu beitrug, daß die Palästinenser ihren Widerstand gegen die britische Mandatsmacht und die zionistischen Institutionen in dieser Phase (1918—1948) besonders hartnäckig fortsetzten. Zahlreiche Demonstrationen, Streiks, Proteste, Appelle und Revolten zeigten den Willen der Palästinenser, in Freiheit und Unabhängigkeit zu leben [27]). Ihre Auffassung über die zionistische Infiltration gaben sie u. a. auf dem „Allgemeinen Syrischen Kongreß" am 2. Juli 1919 folgendermaßen kund: „Wir widersetzen uns den Ansprüchen der Zionisten, in dem als Palästina bekannten südlichen Teil Syriens einen jüdischen Staat zu schaffen, und wir widersetzen uns der Einwanderung der Zionisten in irgendeinen Teil unseres Landes; denn wir erkennen ihren Anspruch nicht an, sondern betrachten sie als eine ernste Gefahr für unser Volk, vom nationalen, wirtschaftlichen und politischen Standpunkt aus. Unsere jüdischen Landsleute sollen unsere gemeinsamen Rechte genießen und an der gemeinsamen Verantwortung teilhaben" [28]). Einen Monat später, am 29. August 1919, berichtete der amerikanische „King-Grane-Ausschuß", der zur Untersuchung der Lage in Palästina entsandt worden war, entsprechend: „... die nichtjüdische Bevölkerung Palästinas — fast neun Zehntel der Gesamtbevölkerung Palästinas — ist betont gegen das gesamte zionistische Programm ... In keinem anderen Punkt war sich die Bevölkerung einiger als in diesem" [29]).

Mit der massiveren Einwanderung der Juden nach Palästina [30]), der fortschreitenden Expropriation arabischer Ländereien und der damit verbundenen Vertreibung arabischer Bauern [31]) verschärfte sich der Widerstand der Palästinenser entsprechend, besonders in den Jahren 1920, 1929 und 1936, wobei zahlreiche Kämpfe

[26]) Die abgekauften arabischen Ländereien wurden in „unveräußerlichen Besitz des jüdischen Volkes" überführt. Dies bedeutete, daß das von Juden erworbene Land exterritorial wurde. Darüber hinaus beanspruchte der „Jüdische Nationalfonds" das Recht auf Restitution, falls der jüdische Pächter starb und das Land einem nichtjüdischen Erben hinterlassen sollte. Vgl. dazu Hadawi, S., a.a.O., S. 30 f. — Vgl. ferner Schlichter, A., a.a.O., Nr. 12/1971, S. 28.

[27]) Als Indiz für die Ernsthaftigkeit des Palästina-Konflikts und für den hartnäckigen Widerstand der Palästinenser gilt die Entsendung verschiedener Untersuchungskommissionen seitens der britischen Regierung nach Palästina in den Jahren 1920 (Palin-Kommission), 1921 (Haycraft-Kommission), 1930 (Shaw-Kommission) und 1937 (die Königliche „Peel"-Kommission). Alle diese Kommissionen berichteten darüber, daß a) die arabische Bevölkerung über die Nichterfüllung der Unabhängigkeitsversprechungen, die ihr Großbritannien gegeben hatte, enttäuscht sei; b) die Balfour-Deklaration eine Verletzung ihres Rechtes auf Selbstbestimmung darstelle und c) die Errichtung einer „nationalen Heimstätte" für die Juden in Palästina zwangsläufig zur Entwurzelung der Existenz des palästinensischen Volkes und zur Enteignung seines Bodens führen müsse. Vgl. dazu Hadawi, S., a.a.O., S. 93 f.

[28]) Zit. nach Sayegh, F. A., a.a.O., S. 54 f.

[29]) Zit. nach dems., a.a.O., S. 54.

[30]) Die dritte „Aliyah" (1919—1923) brachte 35 000 Juden nach Palästina, während die vierte „Aliyah" (1924 bis 1931) die Zahl der Juden mit 82 000 verdoppelte und die fünfte „Aliyah" (1932—1938) mit 217 000 die Zahl der Einwanderer versechsfachte. Vgl. dazu Hollstein, W., a.a.O., S. 100.

[31]) Die Expropriierung arabischer Ländereien und die damit verbundene Vertreibung arabischer Bauern wurden vor allem durch die Feudalstruktur Palästinas ermöglicht (z. B. waren 90 % des Bodens Palästinas nicht im Eigentum der Fellachen, die diesen Boden eigentlich bearbeiteten, sondern gehörten arabischen Großgrundbesitzern. — Zur sozial-ökonomischen Struktur Palästinas vgl. ausführlich Bonne, A., Palästina, Land und Wirtschaft, 3. Aufl., Berlin 1935, hier S. 156). Die Bauern waren Landpächter bei den Großgrundbesitzern. „Wenn der Zionist von dem arabischen Gutsbesitzer Land kauft, stellt er des öfteren sogar die Bedingung, daß ihm das Land ‚frei' von allen darauf lebenden Fellachen und frei von allen Ansprüchen übergeben werden muß. Wenn der Gutsbesitzer selbst (auf Grund des gewöhnlichen Rechts, Familienverhältnisse halber usw.) nicht imstande ist, den Boden zu ‚befreien', so besorgen dies die Zionisten mit Hilfe der Regierung oder ihres eigenen Zwangsapparats. Während also der Fellache nach der ersten Bodenexpropriation, die von

zwischen der arabischen Bevölkerung auf der einen, den Zionisten und Briten auf der anderen Seite ausbrachen [32]). Die britische Regierung sah sich gezwungen, zur Innenpolitik ihrer Verwaltung in Palästina und zur zionistischen Usurpation Stellung zu nehmen, um damit den Zorn und Widerstand der Palästinenser zu schwächen bzw. zu neutralisieren. Sie veröffentlichte die sogenannten „Weißbücher" [33]) in den Jahren 1922, 1929 und 1939, in denen sie ihre in der Balfour-Deklaration formulierte Haltung sehr gemäßigt interpretierte. Sie versprach den Arabern erneut, vor allem in dem „Weißbuch" von 1939, die Einwanderung der Juden einzuschränken und schließlich zu stoppen.

Trotz dieser erneuten Versprechungen der Briten war der Widerstand der Palästinenser nun nicht mehr zu verhindern. Er erreichte seinen Höhepunkt in den Jahren 1936—1939, also bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Das Volk von Palästina entfesselte eine gewaltige Bewegung des zivilen Ungehorsams, verbunden mit einem sechsmonatigen Streik, der alle von der arabischen Bevölkerung verwalteten Geschäfte und Institutionen etc. erfaßte. Dies stellte eine kumulative Reaktion auf die britische Kolonialpolitik und auf die zionistische Einwanderungsbewegung dar. Das wichtigste Ereignis in der Rebellion der arabischen Massen war der plebejische bewaffnete Aufstand in Nordpalästina unter Führung des armen Scheichs „Is-Din Al-Kassam", dessen ideologische und politische Stärke darin lag, a) den bewaffneten Kampf in Form eines Partisanenkrieges durchzuführen, b) sich auf arme Bauern und Arbeiter, die den Kampf tragen sollten, stützen zu können und c) sich nicht mehr auf Kompromisse mit dem britischen Imperialismus einzulassen [34]). Dieser Aufstand hatte die Chance, einen entscheidenden Sieg herbeizuführen, zumal er Klassencharakter trug und in den breiteren Massen der Bevölkerung große Unterstützung fand. Außerdem waren die britischen Truppen und die zionistischen Terrorverbände relativ schwach. Der Aufstand scheiterte jedoch, und zwar aufgrund der passiven Haltung der Führung der palästinensischen Widerstandsbewegung [35]), die die Bauern und Arbeiter nicht nur im Stich ließ, sondern darüber hinaus dazu aufforderte, die Waffen niederzulegen, die politischen Verhandlungen mit den Briten wieder aufzunehmen und damit den diplomatischen Weg zur Lösung der Palästina-Frage einzuschlagen. Damit verriet die Führung die aufständischen Massen und führte sie in eine Sackgasse, aus der sie bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr herausfanden.

Während die in Entstehung befindlichen Nationalbourgeoisien in den arabischen Nachbarländern den bewaffneten Kampf der Massen anführten und schließlich dadurch die politische Unabhängigkeit dieser Länder Ende des Zweiten Weltkrieges errungen wurde, blieb die Führung des palästinensischen Widerstandes zwar antizionistisch, aber gegenüber der britischen Verwaltung verhielt sie sich freundlich, was ihre Kompromiß- und Verhandlungsbereitschaft zeigte. Diese Ver-

eingeborenen Wucherern und Gutsbesitzern durchgeführt wurde, wenn auch stärker exploitiert, immerhin doch auf seinem Boden blieb und weiter arbeitete, verlor er bei der zweiten Expropriierung durch die Zionisten sein Land ganz und gar." — Schlichter, A., a.a.O., Nr. 12/71, S. 30.

32) Einige heftige Kämpfe seien hier genannt: 1) In Nordpalästina und Jerusalem (April 1920); 2) Revolte in Jaffa (Anfang Mai 1921), wobei 157 Araber getötet und 705 verletzt wurden; 3) Bewaffnete Auseinandersetzungen in den meisten Städten Palästinas (1929). Man schätzt die Zahl der Opfer auf der arabischen Seite auf etwa 5000 Tote und 15 000 Verwundete, und zwar nur in dem Zeitraum 1936—1939. — Vgl. dazu ausführlich Allusch, N., a.a.O., S. 42 ff.; Khalidi, W., Das Palästinaproblem, Ursachen und Entwicklung (1897—1948), Rastatt 1972, S. 38; zu dem Aufstand von 1929 vgl. ausführlich Schlichter, A., a.a.O., Nr. 13/1971, S. 37 ff.

33) Es waren die folgenden Memoranden: Churchill (1922), Passfild (1929) und MacDonald (1939). Dazu ausführlich: Atiyah, E' / Cattan, H., a.a.O., S. 85—95.

34) Vgl. Allusch, N., a.a.O., S. 101 f.

35) Als Al-Kassam im Jahre 1935 den Mufti Amin Al-Husseini (der konservative Führer des Widerstandes) aufforderte, den bewaffneten Kampf im Süden des Landes zu proklamieren, und zwar als Ergänzung des Aufstandes Al-Kassams im Norden, antwortete Al-Husseini, daß die Zeit dazu noch nicht reif sei und die politischen Bemühungen genügen würden, um das Recht der Palästinenser geltend machen zu können. — Vgl. dazu Allusch, N., a.a.O., S. 101 f.

haltensweise der Führung des palästinensischen Widerstandes ist durch ihre klerikal-feudale Observanz zu erklären, und zwar deshalb, weil die britische Verwaltung zum einen jegliche Entwicklung einer palästinensischen Nationalbourgeoisie (als möglicher Rivale der klerikal-feudalen Führung) unterband und statt dessen die Entfaltung des jüdischen Kapitals verstärkt vorantrieb [36]), wenngleich die Beziehung zwischen Briten und Zionisten in bestimmten Fragen ambivalent war [37]). Zum zweiten betrieb England eine Politik der „Balancierung zwischen den Zionisten und den arabischen Notabeln" [38]), die von der klerikal-feudalen Führung des Widerstandes als Beweis dafür hingestellt wurde, daß ein politisches Einverständnis mit England zur Lösung des Palästinaproblems möglich sei. Die Führung des Widerstandes bemühte sich daher, die Rebellion der palästinensischen Massen gegen den britischen Imperialismus bloß auf die Juden abzulenken; aus dem Kampf gegen das britische Mandat einen bloßen Kampf gegen die Balfour-Deklaration zu machen und „an die Stelle der revolutionären Kampfmethoden Verhandlungen mit der englischen Regierung und Proteste beim Völkerbund zu setzen" [39]). Die britische Mandatsmacht arbeitete zum dritten auf die Konservierung der feudalen und Stammesstrukturen der sogenannten „Großfamilien", die die Führung des Widerstandes innehatten, hin. Diese Führung hatte sogar ab und zu Stillhalteabkommen mit dem Zionismus geschlossen, und zwar immer dann, wenn es sich um Erzielung höherer Gewinne durch den Verkauf von Ländereien an jüdische Siedler handelte (Bodenspekulationen und Wucherkapital waren damals in Palästina an der Tagesordnung). Die Schwäche der Widerstandsführung lag außerdem in dem permanenten Streit zwischen den „Großfamilien" [40]), der nicht zuließ, daß eine einheitliche politische Institution zustande kam. Dies schwächte die Lebenskraft des palästinensischen Widerstandes außerordentlich. Der Beginn des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939 trug zur weiteren Schwächung des palästinensischen Widerstandes bei: Die britischen Verwaltungsbehörden verhängten Notstandsgesetze, verhafteten etliche Führungsmitglieder und zwangen andere, ins Ausland zu flüchten, was diese veranlaßte, Unterstützung in Nazi-Deutschland zu suchen [41]). Die palästinensischen Massen — fast führungslos geworden — wurden unter brutalem Vorgehen der Briten und zionistischer Terrorverbände in Schach gehalten.

Nachdem die ostarabischen Gebiete ihre politische Unabhängigkeit Ende des Zweiten Weltkrieges errungen hatten [42]), setzten die Palästinenser ihre Hoffnungen auf Unterstützung ihres Kampfes gegen die Errichtung des zionistischen Staates und für die Beendigung des britischen Palästina-Mandats durch die arabischen „Bruderländer". Der Krieg von 1948 zerstörte die Illusionen der Palästinenser, nachdem die arabischen Armeen eine Niederlage erlitten hatten und der Staat „Israel" endgültig de facto und de jure auf palästinensischem Boden errichtet worden war. Das zionistische Kolonisationsprojekt Palästina wurde damit

---

36) Vgl. Bonne, A., a.a.O., S. 12. — Vgl. ferner Hollstein, W., a.a.O., S. 104 f.
37) Zu der ambivalenten Beziehung zwischen der britischen Verwaltung und den Zionisten siehe: Schlichter, A., a.a.O., Nr. 13/71, S. 31 ff.
38) Vgl. Schlichter, A., a.a.O., Nr. 13/71, S. 31.
39) Ders., a.a.O., S. 37.
40) Dieser Streit zwischen den verschiedenen „Großfamilien" ist uralt und spiegelt einfach die damalige Feudal- und Stammesstruktur Palästinas wider. Wichtig ist, daß die britische Verwaltung versuchte, diesen Streit zu forcieren, indem sie die religiösen und zivilen Ämter geschickt auf diese „Großfamilien" übertrug (z. B. der Vorsitz des Stadtrates von Jerusalem wurde der Familie „Al-Naschaschibi" zugesprochen, während das Haupt des islamischen Rates (Mufti) der Familie „Al-Husseini" zuerkannt wurde). Diese taktische Aufteilung der Ämter führte im Laufe der Zeit, und zwar aufgrund der Interessen- und Machtüberschneidungen, zu großen Streitereien zwischen den „Großfamilien" und ihren Anhängern, deren Nutznießer offensichtlich die Briten und Zionisten waren. — Vgl. dazu ausführlich: Allusch, N., a.a.O., S. 48 ff.
41) Der Aufenthalt des Mufti Al-Husseini in Berlin im Jahre 1941 ist ein Indiz dafür.
42) Die politische Unabhängigkeit erlangten Syrien, Libanon und Jordanien im Jahre 1946 und der Irak formal schon 1936, aber faktisch erst 1958.

besiegelt [43]) und die zweite Phase des palästinensischen Widerstandes vorläufig zum Stillstand gebracht.

III

Durch Vertreibung der Mehrzahl des palästinensischen Volkes aus seiner Heimat (1948) [44]) und seine Zerstreuung in die arabischen Nachbarstaaten [45]) wurde der Widerstand gegen die zionistische Okkupation zunächst entscheidend geschwächt. Die Deportation [46]) der palästinensischen Massen zerstörte ihren ethnischen Zusammenhalt und machte ihre Organisierung und Einheit unmöglich. Die Palästinenser sahen sich unmittelbar nach ihrer Vertreibung mit der Herrschaft der Nationalbourgeoisien [47]) (Syrien bis 1963, Ägypten bis 1961, Libanon) einerseits und der Herrschaft feudal-patriarchalischer Dynastien (Ägypten bis 1952, Irak bis 1958, Jordanien und Saudi-Arabien) andererseits konfrontiert, deren Unfähigkeit zur Fortsetzung des antikolonialen und antiimperialistischen Kampfes bzw. zur Befreiung Palästinas schon in dem Krieg von 1948 bewiesen wurde. Die Anwesenheit der Palästinenser in den arabischen Nachbarstaaten war nicht der wahre Grund dafür, daß sie die Befreiung ihres Landes den arabischen Staaten übertrugen, sondern vielmehr die Tatsache, daß die Palästinenser sich immer als Bestandteil der „arabischen Nation" verstanden, die die Aufgabe der Befreiung Palästinas zu übernehmen habe. Die Palästinenser schlossen sich deshalb den ansässigen „fortschrittlichen Parteien" an, vor allem dem Nasserismus, da dieser die Führung der Bewegung des arabischen Nationalismus ab Mitte der sechziger Jahre übernahm. Sie setzten ihre Hoffnungen dann später in die von diesen Parteien errichteten „progressiven Regimes", insbesondere in Ägypten (Nasser-Regime), Syrien und Irak (Baath-Regime), und sahen darin einen realen Ausgangspunkt für ernsthafte Schritte auf dem Wege zur Befreiung Palästinas, zumal der antiimperialistische und antizionistische Kampf in den politischen Programmen dieser Parteien bzw. Regimes den Palästinensern fest verankert schien. Ent-

43) Die Ereignisse der zionistischen Kolonisation Palästinas am Vorabend des Krieges von 1948 waren verhältnismäßig (in bezug auf die Zahl der arabischen Bevölkerung und vor allem ihren Bodenbesitz) bescheiden: Die Zionisten machten zwar etwa 31 % der Bevölkerung aus, besaßen aber nur ca. 5 % der Gesamtfläche Palästinas. Aber der Krieg von 1948 führte zur Vertreibung ca. einer Million Araber, wobei sie ihre Wohnungen und ihr Land verlassen mußten. Israel eroberte 1948 über das ihm von der UNO ungerechterweise zugestandene Territorium hinaus fast 7000 Quadratkilometer, wobei dies nur die Anfänge der Expansionspolitik der Israelis darstellte, die später mit aller Konsequenz verfolgt wurde. — Vgl. dazu ausführlich: Hadawi, S., a.a.O., S. 113—161.

44) Im Rahmen dieser allgemeinen Analyse über den palästinensischen Widerstand verzichten wir auf die Untersuchung der Lage der palästinensischen Bevölkerung, die nach dem Krieg von 1948 in den okkupierten Gebieten Palästinas geblieben ist. Obwohl der Kampf dieses Teils des palästinensischen Volkes ebenso von großer Bedeutung für die Zukunftsperspektiven Palästinas ist, bleibt er doch hinter der der auswärtigen Widerstandsabteilungen zurück, da die Araber in Israel unter sehr schwierigen Bedingungen leben. — Vgl. zu dieser Frage ausführlich: Sabri Geries / Eli Lobel, Die Araber in Israel, Trikont-Verlag, München 1970, und Burger, H.-G., Die Lage der Araber in Israel, „Blätter", 9/70, S. 940 ff.

45) Der größte Teil der palästinensischen Vertriebenen lebt bis heute in Zeltlagern. Schon vor der israelischen Aggression von 1967 waren es etwa 1 858 000 Flüchtlinge, die sich in drei Kategorien einteilen lassen: a) Flüchtlinge, die bei der UNRWA für Palästina registriert sind (d. h. Vertriebene, die gewisse materielle Unterstützung von der UNO erhalten), deren Zahl im Jahre 1966 (30. Juni) 1 317 749 betrug. Sie verteilten sich wie folgt: Jordanien (706 568), Gaza-Streifen (307 245), Libanon (183 904), Syrien (140 032); b) Vertriebene, die nicht zum Empfang von Rationen berechtigt sind und in Jordanien und Gaza-Streifen wohnen. Ihre Zahl betrug 325 000; c) Vertriebene, die nicht registriert sind. Ihre Zahl betrug 540 000. — Vgl. Hadawi, S., a.a.O., S. 237 f.

46) Die zionistische Vertreibungspolitik im Jahre 1948 und 1967 war besonders begünstigt durch die Existenz arabischer Nachbarstaaten, mit denen das palästinensische Volk ökonomisch, politisch und kulturell verbunden war und ist. Deshalb verstärkte sich die Tendenz bei den Palästinensern, Zuflucht in diesen Ländern zu suchen. Dieser geopolitische Faktor (eine Besonderheit der palästinensischen Befreiungsbewegung) führte zwangsläufig zur nationalen Exterritorialität bzw. zur sozialen Deklassierung des palästinensischen Volkes, die ihrerseits auf Ideologie und Strategie des Widerstandes großen Einfluß ausübten und noch ausüben werden (vgl. dazu Al-Khattib, H., Die palästinensische Revolution: Wohin?, in: „Palestine Affairs" (englisch), a.a.O., S. 13 ff.).

47) Die Begriffe „Nationalbourgeoisien" und „feudal-patriarchalische Dynastien" sind zweifellos keine streng wissenschaftlich ausreichenden Bezeichnungen für die sozialökonomischen und politischen Herrschaftsstrukturen in diesen Ländern, da es sich hier um ein komplexes Konglomerat von verschiedenen Gesellschaftsformationen handelt (gentile, halbfeudale und feudale Ausbeutungsverhältnisse herrschen neben frühkapitalistischen und kapitalistischen sowie „nichtkapitalistischen" Produktionsweisen). Trotzdem sind diese Termini brauchbar, weil sie die Rolle der vorwiegend herrschenden Klassen in diesen Ländern annäherungsweise aufzeigen.

sprechend dieser Vorstellungen begannen sie Mitte der sechziger Jahre, sich organisatorisch zu formieren, und zwar mit der Strategie, gemeinsam mit den vorher genannten „fortschrittlichen Regimen" den Befreiungsprozeß in Gang zu setzen. Die Idee, die eigenen Belange selbst in die Hand zu nehmen, wurde bei den Palästinensern durch innerarabische Ereignisse wie z. B. die vorübergehende Besetzung des Gaza-Streifens durch die Israelis im Suez-Krieg 1956, das Scheitern der Vereinigten Arabischen Republik (Ägypten/Syrien) 1961 und den Sieg der algerischen Revolution 1962 [48]) einerseits und durch die erfolgreichen Befreiungskämpfe in der Dritten Welt wie z. B. in Kuba und Vietnam andererseits inspiriert bzw. stimuliert. Einige palästinensische Studenten und Intellektuelle hatten schon 1954 in Kairo die Gründung einer von den arabischen Staaten unabhängigen Befreiungsorganisation in Erwägung gezogen. Die israelische Besetzung des Gaza-Streifens 1956 bestärkte sie in ihrer Idee, so daß sie tatsächlich im Jahre 1958 begannen, geheime Zellen in einigen arabischen Ländern zu bilden. Anfang 1959 wurde das erste interne Blatt mit dem Titel „Unser Palästina" herausgegeben. Die Aktivitäten dieser Zellen beschränkten sich in dieser Phase (1958—1965) auf die organisatorische Vorbereitung eines palästinensischen Befreiungskrieges. Am 1. Januar 1965 wurde der bewaffnete Kampf gegen Israel angekündigt, und zwar mit der ersten militärischen Aktion der „Al-Assifa", die bis heute das militärische Organ der „Nationalen Befreiungsbewegung Palästinas" (Al-Fateh) bildet. Es folgte dann das erste Manifest von Al-Fateh am 28. Januar 1965 [49]). Schon vor der Konstituierung von Al-Fateh wurde die „Organisation zur Befreiung Palästinas" (PLO) auf Grund einer Empfehlung der Könige und Präsidenten der arabischen Staaten auf ihrem Gipfeltreffen in Alexandrien (1964) gegründet. Sie war [50]) in der Tat ein Instrument, das von den arabischen Regierungen ins Leben gerufen wurde, um die arabischen und palästinensischen Massen zu beruhigen, die ihre Empörung durch Demonstrationen, Proteste und Appelle bekundeten, als Israel in den Jahren 1963/64 mit der eigenmächtigen Umleitung des Jordan-Wassers begann [51]). Die PLO war also eine quasi verbale Antwort der arabischen Regierungen auf die Expansionspolitik Israels schlechthin.

Etwa zu derselben Zeit entstanden neben PLO und Al-Fateh drei kleine Widerstandsorganisationen („Helden der Rückkehr", 1966; „Die Palästinensische Befreiungsfront", seit 1959, und „Jugend der Rache", palästinensischer Zweig der „Bewegung arabischer Nationalisten", seit 1964), die sich am 8. Dezember 1967 zur „Volksfront zur Befreiung Palästinas" (FPLP) zusammenschlossen [52]). Obwohl Al-Fateh und die Organisationen der FPLP schon vor dem Juni-Krieg 1967 entstanden und den bewaffneten Kampf zur Befreiung Palästinas aufnahmen, blieben sie jedoch zunächst im Untergrund. Zum einen deshalb, weil die arabischen Regierungen ihre Entstehung nicht billigten und sie als Konkurrenten zur im Jahre 1964 gegründeten PLO ansahen. Andererseits konnten sie nicht zum Zuge kommen, da die arabischen und palästinensischen Massen ihre Hoffnungen noch ganz auf die „progressiven Regime" setzten. Der Krieg von 1967 zwischen Israel und den

[48]) Diese Ereignisse beeinflußten das politische Bewußtsein der Palästinenser in unterschiedlichem Maße: Die israelische Besetzung des Gaza-Streifens, wobei die Palästinenser zum ersten Male nach 1948 erneut unter israelische Unterdrückung gerieten, verstärkte bei ihnen das Nationalbewußtsein gegen eine erneute Vertreibung bzw. Okkupation. Die Loslösung Syriens von Ägypten 1961 hatte die durch die Bildung der VAR (1958) entfachten Hoffnungen der Palästinenser auf ein gemeinsames arabisches Vorgehen gegen Israel zerstört. Die Idee der „Verselbständigung" ist bei ihnen dadurch aktuell geworden. Schließlich hatte der Sieg der algerischen Revolution entscheidenden Einfluß auf die zukünftige Kampfstrategie des palästinensischen Widerstandes ausgeübt. Vorbild wurde die Strategie des Partisanenkrieges, die von den Algeriern erfolgreich angewandt worden war.

[49]) Vgl. dazu ausführlich: Khurshid, Gh., A Handbook of the Palestinian Resistance Movement, in: Palestine Books No. 32, Hrsg.: Palestine Liberation Organization, Research Center, Beirut 1971 (arabisch), S. 11.

[50]) Es ist hier von Vergangenem die Rede, da sich Struktur und Funktion der PLO seit 1968/69 — wie wir später sehen werden — wesentlich geändert haben.

[51]) Zu dieser Frage siehe ausführlich: Jordanfluß, Hrsg.: Liga der Arabischen Staaten, Bonn 1964.

[52]) Vgl. Khurshid, Gh., a.a.O., S. 111.

arabischen Nachbarstaaten und die Niederlage der arabischen Armeen gaben den palästinensischen Widerstandsorganisationen den konkreten Anstoß, ihre Existenz und Aktivitäten zu legitimieren sowie die palästinensischen und arabischen Massen für sich zu gewinnen.

IV

Die Bedeutung des Krieges von 1967 sowohl für die arabische nationale Befreiungsbewegung als auch für den palästinensischen Widerstand liegt vor allem darin, daß er in eine Phase fiel, in der ein progressiver sozial-ökonomischer und politischer Umwandlungs- und Umorientierungsprozeß in den maßgebenden arabischen Ländern (Ägypten, Syrien, Algerien) vonstatten ging. Das Charakteristikum dieses Umwandlungs- und Umorientierungsprozesses, der Ende der 50er Jahre begonnen hatte, lag in der antiimperialistischen und antikapitalistischen Politik [53]) dieser Staaten, die für die imperialistischen Mächte, vor allem USA, England, Frankreich und BRD, wegen ihrer unmittelbaren Interessen in diesem Raum (besonders Erdölinteressen) sowie für ihren Vorposten Israel eine ernste Gefahr darstellte und noch darstellt [54]). Aufgrund dessen kam Israel offensichtlich zu der Ansicht, daß die Zeit gekommen sei, um gleichzeitig drei Ziele zu erreichen, nämlich: 1) die Zerschlagung der progressiven Regimes in Syrien und Ägypten; 2) die Erstickung des in Wiedergeburt befindlichen palästinensischen Widerstandes und 3) die Annektierung arabischer Gebiete entsprechend seiner langfristigen Expansionsstrategie. Die Aggression Israels am frühen Morgen des 5. Juni 1967 war unserer Meinung nach vor allem gegen den national-revolutionären Umwandlungsprozeß in Ägypten und Syrien ausgerichtet, da alle anderen Ziele unter diese Motivation zu subsumieren sind. Die Existenz antiimperialistischer, jeweils auf eine Entwicklung in sozialistischer Richtung orientierter Regimes in den arabischen Nachbarländern bedeutete und bedeutet noch für Israel und seine imperialistischen Verbündeten 1) die Möglichkeit der Entfaltung einer revolutionären Strategie in allen arabischen Ländern, vor allem in den Erdölländern (Saudi-Arabien, Kuweit und Irak), wobei die Interessen der imperialistischen Erdölkonzerne betroffen würden; 2) ein mögliches Erstarken des palästinensischen Widerstandes; 3) die Einengung der territorialen Expansionsbestrebungen Israels und schließlich 4) die Stärkung der Präsenz der sozialistischen Staaten, u. a. der Sowjetunion, in diesem Raum.

---

53) In den oben genannten Ländern gelang es den Vertretern der Mittelschichten (Kleinbourgeoisie, Militär, Intelligenz) seit Ende der fünfziger Jahre, die Macht zu ergreifen. Sie führten im Inneren einen antiimperialistischen und antikapitalistischen Kampf, der in der umfangreichen Nationalisierung ausländischer und Verstaatlichung einheimischer Industriebetriebe, Banken und Außenhandelsinstitute einerseits und in der Durchführung von Agrarreformen etc. andererseits seinen Ausdruck fand (wir erinnern lediglich an die Verstaatlichungsgesetze 1961 und die März-Dekrete 1964 in Ägypten; an die Verstaatlichung der Großindustrie und sämtlicher Banken und Außenhandelsgesellschaften u. a. 1965/66 in Syrien und an die Verabschiedung des Programms „Weg zum Sozialismus" 1964 in Algerien). Nach außen trieben diese Regimes antiimperialistische Politik, indem sie das ausländische Kapital zurückdrängten, die Militärpakte und zum größten Teil die sogenannte „Entwicklungshilfe" ablehnten. Auf der anderen Seite betrieben sie prointernationalistische und prosozialistische Außenpolitik, die sich durch ihre Solidarität mit den kämpfenden Völkern der Dritten Welt und die Intensivierung ihrer wirtschaftlichen, militärischen, politischen und kulturellen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern ausdrückte. Dies war zweifellos von Schwächen und sogar konterrevolutionären Rückschlägen begleitet, die aber noch keine entscheidenden Auswirkungen auf die Gesamtentwicklung dieser Länder ausüben konnten.

54) In vielen Beiträgen und Zeitungsartikeln in der BRD findet man immer wieder undifferenzierte „Analysen" über die „Unfähigkeit und Ambivalenz" der arabischen nationalen Kleinbourgeoisien. Man wirft einfach den Nasserismus, Baathismus, Gadhafismus, Bourghibismus und sogar Saudi-Arabismus in einen Topf, ohne jedoch die historische Rolle der jeweils genannten Bewegungen und Strömungen einzuschätzen. Die militärischen Invasionen Englands, Frankreichs und Israels in Ägypten 1956, der USA im Libanon 1958 und Englands in Jordanien 1958; der geplante Einfall britischer Truppen in den Irak 1958/59 und nicht zuletzt die Aggression Israels gegen die arabischen Nachbarstaaten 1967 sind nur Beispiele dafür, wie ernsthaft der Stellenwert dieser „nationalkleinbürgerlichen Regimes" in der aggressiven Globalstrategie des Imperialismus ist. Es muß hier betont werden, daß diese Regimes nur im historischen Kontext politisch einzuschätzen sind und nicht mit Maßstäben vulgärrevolutionärer Phraseologie. — Zu der historischen Entwicklung der vorhergenannten Bewegungen siehe: Henlein, H., Der neue Nahe Osten, Frankfurt/M. 1972.

Um diesem Prozeß zuvorzukommen, schlug Israel präventiv zu und besetzte in sechs Tagen die ägyptische Sinai-Halbinsel, Westjordanien und die syrischen Golan-Höhen und erreichte damit vorläufig sein Kriegs- und Expansionsziel, verfehlte jedoch seine politischen Ziele, nämlich die progressiven Regimes in Ägypten und Syrien zu stürzen und den palästinensischen Widerstand im Keime zu ersticken. Im Gegenteil: Die Regimes Syriens und Ägyptens konsolidierten sich bis 1970, als ein Machtwechsel in den beiden Ländern stattfand, der in seiner Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist [55]). Für das palästinensische Volk wurde die Aggression Israels zum Signal der Wiedergeburt seiner Idenität schlechthin. Die Palästinenser zogen radikale Konsequenzen aus dem Juni-Krieg. Sie formierten sich in verschiedenen Organisationen, die sich auf dem I. Kongreß der Widerstandsbewegung (17.—20. Januar 1968) in Kairo zusammenfanden [56]). Die erste National-Charta des palästinensischen Widerstandes wurde in folgenden Gedanken formuliert:

„Grundprinzipien:

1) Palästina ist ein Bestandteil des arabischen Vaterlandes, das palästinensische Volk ist ein Bestandteil der arabischen Nation und sein Kampf ist der ihre.

2) Das palästinensische Volk besitzt eine Selbständigkeit, die sich auszeichnet durch das Recht auf Selbstbestimmung und die absolute Herrschaft über seinen Grund und Boden.

3) Das palästinensische Volk ist die Avantgarde der arabischen Nation in der Schicksalsschlacht zur Befreiung seines Landes.

4) Der Kampf des palästinensischen Volkes ist ein Bestandteil des gemeinsamen Kampfes aller Völker der Welt gegen den Zionismus, Kolonialismus und den internationalen Imperialismus.

5) Die Schlacht zur Befreiung Palästinas ist eine nationale Pflicht, an der die arabische Nation mit allen ihren materiellen und ideellen Möglichkeiten und Kapazitäten partizipiert.

6) Die Pläne, Abkommen, Beschlüsse, die von der UNO, von irgendeinem Staat oder einer Staatengruppe über die Palästina-Frage gefaßt wurden oder werden, die aber das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung ignorieren, sind für ungültig und nichtig zu erklären.

7) Die zionistische Bewegung ist eine rassistische und koloniale Bewegung, die den faschistischen und nazistischen Bewegungen gleichkommt.

8) Israel ist ein koloniales Bollwerk und ein Instrument in den Händen des internationalen Imperialismus.

---

55) Dieser Machtwechsel ist in den beiden Ländern unterschiedlich zu beurteilen: In Ägypten gelangten diejenigen politischen Kräfte an die Macht (einige Monate nach dem Tode Nassers am 28. 9. 1970), die zu Nassers Zeit kaltgestellt waren. Sie schlugen einen rechten Kurs ein, sowohl nach innen (z. B. Freizügigkeit gegenüber dem einheimischen und ausländischen Kapital, Unterdrückung der demokratischen Rechte, Suspendierung marxistischer und fortschrittlicher Intellektueller aus ihren Staats- und Parteiämtern etc.) als auch nach außen (z. B. Ausweisung der sowjetischen Militärberater, ökonomische und politische Hinwendung zu den USA und den westeuropäischen Ländern etc.). Es fragt sich nun, inwieweit es diesen Kräften gelingen wird, ihren politischen Kurs aufrechtzuerhalten, zumal dieser die Zustimmung breiterer Kreise der Bevölkerung offensichtlich nicht findet (Indizien dafür sind die Studentenunruhen und die begrenzten Streiks der Arbeiter in den letzten Monaten). In Syrien dagegen trug der Machtwechsel vom 26. 11. 1970 einen innerparteilichen Charakter, wobei der alte Kurs der Baath-Partei mit gemäßigter „Tonart" fortgesetzt wurde und wird.

56) An diesem Kongreß beteiligten sich u. a. Al-Fateh, Al-Saika und die Front des palästinensischen Volkskampfes.

Ziele:

1) Die vollständige Befreiung Palästinas und die Beseitigung des zionistischen Besatzungsstaates politisch, militärisch, sozial und ideell (ideologisch, d. Verf.).

2) Die Errichtung eines unabhängigen, demokratischen Staates in Palästina, welcher die legitimen Rechte seiner Urbewohner bewahrt ohne jegliche religiöse oder Glaubensdiskriminierung. Seine Hauptstadt sollte Jerusalem sein.

3) Die Errichtung einer progressiven Gesellschaft, die die Menschenrechte und die allgemeinen Freiheiten ihrer Bürger garantiert.

4) Die aktive Teilnahme an der Realisierung der Ziele der arabischen Nation in der Befreiung ihrer Länder und der Errichtung einer vereinigten progressiven arabischen Gesellschaft.

5) Solidarität mit den unterdrückten Völkern in ihrem Kampf zur Befreiung ihrer Heimatländer und zur Ausübung ihrer Selbstbestimmung, für die Errichtung des internationalen Friedens auf gerechten Grundlagen.

Arbeitsweise (Strategie):

1) Der bewaffnete Kampf ist der Weg zur Befreiung Palästinas, dessen Vorhut das palästinensische Volk und dessen Solidaritätsfront die arabische Nation ist.

2) Der bewaffnete Kampf stellt keine Taktik dar, sondern eine Strategie der palästinensischen Revolution. Sein Ende kann nur die Befreiung Palästinas sein.

3) Das Bemühen, alle nationalen Kräfte in einer Nationalfront zu vereinen, ist nur durch den Kampf auf dem Schlachtfeld zu realisieren.

4) Die Arbeit im internationalen Felde muß geführt werden, um die palästinensische Personalität in ihrem militant-revolutionären Wesen hervorzuheben, ohne daß jedoch ein Widerspruch zwischen dem palästinensischen Volk und der arabischen Nation entsteht.

5) Der Widerstand gegen alle politischen Lösungen, die als Ersatz für die Beseitigung des zionistischen Kolonialapparats in Palästina vorgelegt werden, und gegen alle Pläne, die auf die Liquidierung der Palästina-Frage oder deren Internationalisierung hinauslaufen, muß gestärkt werden.

6) Die Führung des bewaffneten Kampfes unterhält mit den arabischen Staaten Beziehungen, deren Ziel es ist, die positiven Seiten der Haltungen dieser Staaten zum Widerstand zu entwickeln, ohne jedoch die Sicherheit, Kontinuität und den Fortschritt des bewaffneten Kampfes zu beeinträchtigen.

7) Die Realisierung der faktischen Bindung zwischen der arabischen Nation und dem palästinensischen Volk ist durch die Beteiligung der arabischen Massen am Kampf der Palästinenser durch die arabische Solidaritätsfront zu erreichen.

8) Feste Beziehungen zu den Befreiungskräften der Welt müssen aufgenommen werden, um den Zionismus und Imperialismus entschieden zu bekämpfen [57]."

---

[57] Diese National-Charta des I. Kongresses des Widerstandes ist vom Verfasser aus dem Arabischen auszugsweise übersetzt worden — aus: Khurshid, Gh., a.a.O., S. 27—29.

Diese Charta stellt eine neue Qualität hinsichtlich der politischen Einschätzung des Palästinaproblems dar, vor allem, wenn man sie mit dem „Palästinensischen Nationalvertrag" (PNV) der PLO von 1964 vergleicht. Die Unterschiede liegen im wesentlichen im folgenden: 1) Die Charta betont ausdrücklich den demokratischen Charakter des zukünftigen Staates in Palästina, während der PNV diese Frage offen läßt (s. § 4 und § 10) [58]; 2) Der PNV erkennt die Bürgerschaft aller palästinensischen Araber in dem neuen Staat an, und nur „*die* Juden palästinensischen Ursprungs werden als Palästinenser betrachtet, die gewillt sind, friedlich und loyal in Palästina zu leben" (§ 7), während die Charta dies überhaupt nicht anspricht, was faktisch — wie zu belegen sein wird — bedeutet, daß alle Palästinenser und Israelis Bürger des zukünftigen demokratischen Staates sein können [59]. 3) Während der PNV betont, daß die Verantwortung für die Befreiung Palästinas „auf der gesamten arabischen Nation, den gesamten arabischen Regierungen und Völkern, mit dem palästinensischen Volk im Vordergrund" ruht (§ 14), heißt es in der Charta, daß die arabische Nation lediglich die Solidaritätsfront darstelle. 4) In dem ganzen PNV ist nicht die Rede von einer bestimmten Strategie zur Befreiung Palästinas, geschweige von der Strategie des bewaffneten Kampfes, während in der Charta diese Strategie ausdrücklich betont wird. 5) Die palästinensischen Militäreinheiten werden gemäß § 22 des Grundgesetzes des PNV „in Einklang mit den militärischen Bedürfnissen und dem vom Vereinten Arabischen Führungsstab angenommenen Plan aufgestellt, mit der Zustimmung und der Zusammenarbeit der betroffenen „arabischen Staaten", während der I. Kongreß des Widerstandes die völlige Selbständigkeit des bewaffneten Kampfes betont und die Beziehungen zu den arabischen Staaten auf gegenseitige Solidarität und Unterstützung beschränkt. Der I. Kongreß des Widerstandes markierte theoretisch wie praktisch eine neue Etappe des Aufschwungs, die bis zur Mitte des Jahres 1970 andauerte. Die militärische Schlacht in dem Dorf „Al-Karameh" in Transjordanien (am 21. 3. 1968) zwischen Al-Fateh-Kämpfern und israelischen Armee-Einheiten, die zugunsten des Widerstandes endete, lieferte für die arabischen und palästinensischen Massen den Beweis dafür, daß Israel doch besiegbar sei, und zwar vor allem durch einen Partisanenkrieg, dessen Strategie vor Monaten von der Widerstandsbewegung proklamiert worden war. Die „Al-Karameh-Schlacht" entfaltete einfach einen gewaltigen Enthusiasmus bei den palästinensischen Massen, der zur Gründung etlicher Widerstandsorganisationen [60] in den Jahren 1968/69 führte. Diese neuen Organisationen spiegelten das Maß der

---

58) Alle zitierten Passagen aus dem „Palästinensischen Nationalvertrag" (PNV) sind dem Buche „Darstellungen zum Palästinaproblem", a.a.O., S. 361—367, entnommen.

59) Aus zahlreichen Aussagen der Repräsentanten des palästinensischen Widerstandes kann belegt werden, daß die Israelis zweifellos als Bürger des zukünftigen Staates in Palästina anerkannt sind, und nicht, wie die zionistische Propaganda immer wieder behauptet: „Die Araber wollen die Israelis ins Meer werfen!" Wir beschränken uns auf zwei Aussagen: a) Abu Hassan, Mitglied des Politischen Büros von Al-Fateh, sagte in einem Interview bezüglich dieser Frage: „Wir kämpfen für ein demokratisches und fortschrittliches Palästina. Wenn wir das Aussehen dieses zukünftigen palästinensischen Staates nicht im Detail ausmalen, so kommt das nicht daher, daß wir keine klaren Vorstellungen haben. Vielmehr gehen wir davon aus, daß die Juden, die Bestandteil dieses zukünftigen Palästina sein werden, gleichermaßen über die Strukturen dieses Staates mitbestimmen können." Abu Hassan sagte ferner: „Wenn arabische Revolutionäre und fortschrittliche Juden es schaffen könnten, ihre Anstrengungen im Kampf zu vereinigen, dann wäre es dadurch möglich, schon sehr früh ein Klima gegenseitigen Vertrauens zu schaffen" (Interview mit Abu Hassan in der französischen Zeitschrift „Que faire", nachgedruckt in: „Palästinensische Revolution", a.a.O., Nr. 10/1970, S. 16); b) Nayef Hawatmeh, Chef der demokratischen Volksfront zur Befreiung Palästinas (FDPLP), schrieb folgendes: „Die FDPLP legt einen progressiven und demokratischen Vorschlag zur Lösung der palästinensisch-israelischen Frage vor. Diese Lösung zielt darauf ab, den Staat Israel abzuschaffen und statt dessen einen ‚palästinensischen volksdemokratischen Staat' zu errichten, der von Arabern und Juden gebildet und von Arbeitern beider Nationalitäten im Rahmen eines sozialistischen Gesellschaftssystems, das alle Formen der Ausbeutung und des Rassismus beseitigt, geführt wird" (Beitrag in: „Al-Hourriah", Nr. 498 vom 9. 1. 1970, Beirut (arabisch), S. 9).

60) Diese Organisationen sind: 1) Die Volksbefreiungskräfte, Februar 1968; 2) Avantgarden des Volksbefreiungskrieges (Al-Saika), 27. 12. 1968; 3) Die Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas (FDPLP), 21. 2. 1969; 4) Die arabische Befreiungsfront (FLA), April 1969; 5) Die Volksfront zur Befreiung Palästinas (Generaldirektion), Oktober 1968; 6) Front des palästinensischen Volkskampfes; 7) Die Aktionsdirektion zur Befreiung Palästinas, 18. 11. 1968; 8) Die arabische Palästina-Organisation, August 1969; 9) Die Volksorganisation zur Befreiung Palästinas, 1964 (vgl. dazu ausführlich: Khurshid, Gh., a.a.O.).

politischen Integration der palästinensischen Bewegung in die Parteien der arabischen Nachbarländer wider.

Die Aufschwungsetappe des Widerstandes (1967—1970) ist durch komplexe Konsolidierungs- und Differenzierungsprozesse [61]) gekennzeichnet. Die Charakteristika des Aufschwungs lassen sich in vier Punkten zusammenfassen:

1) Die Palästinenser erlangten nach zwanzigjährigem Exodus ihre nationale Identität und Personalität zurück. Dies beschränkte sich nicht auf moralisches Empfinden und Bewußtsein, sondern drückte sich darüber hinaus in Institutionalisierung aus: Die Widerstandsorganisationen eröffneten eigene Büros in den Zeltlagern, errichteten verschiedene Institutionen [62]) zur Betreuung und Organisierung der Flüchtlinge und vertraten de facto mehr oder weniger die Interessen eines aus seiner Heimat entwurzelten und zerstreuten Volkes gegenüber den betreffenden arabischen Ländern sowie gegenüber der Weltöffentlichkeit [63]).

2) Der palästinensische Widerstand griff auf die arabischen Massen über, revolutionierte ihr politisches Bewußtsein und verstärkte ihre Kampfmoral, deren Tiefpunkt mit der Kriegsniederlage von 1967 erreicht worden war. Er verschärfte darüber hinaus die politischen Diskussionen und Auseinandersetzungen innerhalb der fortschrittlichen arabischen Parteien [64]) und beeinflußte evident ihren Reifungsprozeß.

3) Das langjährige Schweigen über die Palästina-Frage seit 1948, das auf die Ignorierung des Rechtes der Palästinenser auf Rückkehr in ihre Heimat und Selbstbestimmung hinauslief, wurde mit der Aktivierung des palästinensischen Widerstandes durchbrochen. Die Palästina-Frage wird nicht mehr nur in den UNO-Kreisen diskutiert, sondern ist von breiteren Kreisen der Weltöffentlichkeit auf die Tagesordnung der politischen Auseinandersetzungen gesetzt.

4) Die militärischen Aktivitäten des Widerstandes (1968/1969) verunsicherten — trotz ihrer relativen Schwäche — die israelische Militärgesellschaft, die sich gezwungen sah, repressive Maßnahmen aller Art [65]) gegenüber der arabischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten und den Widerstandszentren in den arabischen Nachbarländern zu ergreifen.

Die Aktivitäten des Widerstandes konzentrierten sich in der Etappe des Aufschwungs in Jordanien, da dort zum einen die Mehrzahl der Palästinenser lebt und sie etwa 60 % der Gesamtbevölkerung Jordaniens ausmachten, und da zum anderen Transjordanien unmittelbar an die wichtigsten von Israel besetzten Gebiete grenzt. Die Auswahl Jordaniens als Zentrum des palästinensischen Widerstandes war also geopolitisch wie militärisch bedingt, obwohl sie politisch zweifellos problematisch, wenn nicht tödlich, war. Das Marionettenregime in Jordanien beobachtete die Aktivitäten des Widerstandes und wartete auf den geeig-

---

61) Die Konsolidierungs- und Differenzierungsprozesse drückten sich u. a. in verschiedenen Zusammenschlüssen und Spaltungen innerhalb der Widerstandsbewegung aus, vor allem bei Al-Fateh und der FPLP. Dies war das Produkt ideologischer und politischer Auseinandersetzungen in der embryonalen Phase des konkreten Kampfes der Widerstandsbewegung.

62) Wie z. B. „Die Anstalt für die sozialen Angelegenheiten"; „Anstalt zur Betreuung der Angehörigen der Opfer" und „Der Palästinensische Rote Halbmond". Die Widerstandsorganisationen betreuten außerdem eigene Schulen, Krankenhäuser etc. (vgl. Khurshid, Gh., a.a.O., S. 12).

63) Die Vertretung des Widerstandes (durch einzelne Organisationen oder die PLO) wurde und wird von den meisten Ländern der Dritten Welt und des sozialistischen Lagers anerkannt.

64) Die Haltung zum palästinensischen Widerstand war z. B. ein zentraler Streitpunkt zwischen den beiden Flügeln der Baath-Partei (1970) und in den politischen Auseinandersetzungen innerhalb der KP (1970/71) in Syrien gewesen.

65) Die Israelis antworteten auf den bewaffneten Kampf der Palästinenser mit aller Härte gegenüber der zivilen Bevölkerung. Sie sprengten mit Dynamit Wohnhäuser, Schulen und Krankenhäuser; überfielen arabische Dörfer in den besetzten Gebieten und außerhalb (z. B. im Libanon und in Syrien); und bombardierten Flüchtlingslager unter dem Vorwand, „Terroristenstützpunkte" zu bekämpfen. Dabei sind Hunderte von Zivilisten ums Leben gekommen.

neten Augenblick, ihn auszurotten. Dies war offensichtlich zu erwarten, vor allem dann, wenn man bedenkt, daß das haschimitische Regime schon vor 1948 mit den Briten und den Zionisten liiert war und dann später als Instrument der imperialistischen Mächte (besonders Englands und der USA) gegen die arabischen Befreiungsbewegungen fungierte. Die ersten Versuche zur Liquidierung des palästinensischen Widerstandes wurden von den reaktionären und konterrevolutionären Kräften in Jordanien und im Libanon in den Jahren 1968/69 unternommen [66]). Sie scheiterten jedoch aufgrund der politisch günstigen inneren und äußeren Situation der Widerstandsbewegung. Am 10. 2., 8. 6. und 17. 9. 1970 folgten die Liquidierungskampagnen des jordanischen Regimes gegen alle Abteilungen des Widerstandes sowie gegen die palästinensische Zivilbevölkerung, die zum größten Teil in Zeltlagern lebte, und führten zur weitgehenden Ausschaltung der Palästinenser in Jordanien [67]).

V

Die Frage stellt sich nun: Wie konnte das Hussein-Regime in Jordanien eine derart starke Widerstandsbewegung, die zweifelsohne die Unterstützung der Massen genoß, einfach, und wenn auch vorübergehend, zerschlagen?

Um diese Frage beantworten zu können, müssen sowohl die endogenen als auch die exogenen Bedingungen des Entfaltungsprozesses der Widerstandsbewegung im Zeitraum 1967 bis 1970 untersucht werden. Unter Berücksichtigung dieser Bedingungen lassen sich die Gründe für die Schwäche bzw. Niederlage des palästinensischen Widerstandes folgendermaßen zusammenfassen:

1) Die zentrale Ursache der Regression der palästinensischen Widerstandsbewegung ist unseres Erachtens auf ihre politisch-organisatorische Struktur und auf ideologischen Schwächen zurückzuführen, deren Mechanismen sich — wie wir ansatzweise gesehen haben — unter bestimmten geopolitischen, sozialgeschichtlichen und politisch-ideologischen Bedingungen entwickelt haben. Dieser Sachverhalt drückte sich, vor allem, in der bewiesenen Unfähigkeit der Widerstandsführung aus, die Entwicklung der „Palästinensischen Revolution" von der Etappe des quantitativ-akkumulativen [68]) in die Etappe des qualitativ-organisierten Zuwachses zu überführen, damit sie den Aufgaben eines „langwierigen Volkskrieges", wie er von den meisten Widerstandsorganisationen propagiert wurde, gerecht werden kann. Wir meinen damit, daß es neben dem rapiden Anschwellen der Widerstandsbewegung zu keiner adäquaten Entwicklung hinsichtlich disziplinärer Organisierung, revolutionärer Politisierung und rationaler Leitung der Massen gekommen ist. Die kleinbürgerliche Führung des Widerstandes, deren politische Intention zweifellos national und antiimperialistisch ausgerichtet ist, verstand nicht, die revolutionäre Spontaneität der Massen in ein rationales politisches Bewußtsein überzuführen; stattdessen konzentrierte sie sich darauf, eine agitatorisch-publizistische und pseudo-militärische Präsenz zu schaffen, welche praktisch zu einer zunehmenden Isolierung von der Massenbasis führte [69]).

66) Am 4. 11. 1968 wurde ein rechter Flügel der jordanischen Armee gegen die palästinensischen Guerilla-Kämpfer mobilisiert. Im April 1969 ging die rechte „Falange-Partei" im Libanon gegen die palästinensischen Kommandos vor, und im Oktober desselben Jahres wurde erneut das libanesische Militär zur Bekämpfung der Aktivitäten der Palästinenser eingesetzt. — Vgl. u. a. Palästina-Nachrichten, in: „Palästinensische Revolution", a.a.O., Nr. 10/1970, S. 11.

67) In einem Interview mit Yassir Arafat werden die Verluste des palästinensischen Widerstandes mit über 3400 Toten, etwa 10 800 Verwundeten und etwa 20 000 Gefangenen (die Zivilisten sind hier eingeschlossen) beziffert. — Vgl. Interview mit Abu Ammar, in: „Palästinensische Revolution", a.a.O., Nr. 12/1971, S. 5 f.

68) Man schätzt den quantitativen Zuwachs des Widerstandes in dem Zeitraum (1968—1970) auf dreißigfach im politischen Bereich (Zahl der Aktivisten), hundertfach im militärischen Bereich (Zahl der Kämpfer: erreichte im Jahre 1970 etwa 36 000) und dreihundertfach im finanziellen Bereich (Größe des Widerstandsetats). — Vgl. dazu Al-Khattib, H., a.a.O., S. 7 u. 17.

69) Zu diesem Problemkreis vgl.: Ein politischer Kommissar von Al-Fateh über die Ereignisse im September,

Darüber hinaus zeichnete sich eine widersprüchliche Einschätzung der Lage in Jordanien seitens der Widerstandsorganisationen ab. Es seien hier lediglich drei Beispiele angesprochen, die als typische Fehleinschätzungen betrachtet werden dürfen: Al-Fateh, die größte Organisation, hielt an der Politik der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten" fest und setzte sie so in die Praxis um, daß keinerlei Vorbereitungen hinsichtlich eines eventuellen Zusammenstoßes mit dem jordanischen Regime getroffen wurden, obwohl die meisten Organisationen des Widerstandes rechtzeitig, wenn auch verbal, erkannten, daß eine Koexistenz unter den gegebenen Umständen in Jordanien nicht möglich sei. Ferner erwiesen sich die Reduzierung des antiimperialistischen Kampfes des palästinensischen Volkes auf die militärische Befreiung Palästinas und demzufolge die Subsumierung aller sozialen Konflikte unter einen Hut — wie es von Al-Fateh getan wurde — [70]) in der Praxis als bloße Fiktion. Auf der anderen Seite betrieb die FPLP eine abenteuerliche Politik (wie z. B. Terroraktionen im Ausland), die als Anlaß und Provokation vom jordanischen Regime benutzt wurden, um den gesamten Widerstand zu zerschlagen. Die FDPLP, die sich als „marxistisch-leninistische" Organisation versteht, vertrat ultralinke Auffassungen in Form von Losungen wie z. B. „Alle Macht dem Widerstand" oder „Errichtet die Volksräte" [71]), welche den sozialökonomischen und politischen Bedingungen in Jordanien nicht Rechnung trugen. Außerdem sind solche Losungen mit den politischen Forderungen, eine palästinensisch-jordanische Einheitsfront zu bilden, die auch von der FDPLP propagiert wurde, politisch nicht vereinbar.

2) Die Frage der „Nationalen Einheit" stand auf der Tagesordnung, ohne daß sie jedoch in dieser Etappe (1967—1970) endgültig gelöst werden konnte. Nachdem es dem I. Kongreß des Widerstandes (17.—20. Januar 1968) nicht gelungen war, die nationale Einheit des palästinensischen Volkes herzustellen, sah Al-Fateh in der PLO den möglichen Rahmen zur sukzessiven Realisierung einer nationalen Front gegegeben. Al-Fateh nahm am IV. Nationalkongreß der PLO (10.—18. Juli 1968) teil, und Yassir Arafat (Chef der Al-Fateh) wurde zum Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO gewählt. Im Februar 1969 (auf dem V. Nationalkongreß der PLO) trat Al-Fateh neben anderen Organisationen offiziell der PLO bei. Zu dieser Zeit wurden etliche Versuche unternommen, um zur Vereinigung der verschiedenen Abteilungen des Widerstandes zu gelangen. Der erste Versuch erfolgte Anfang November 1968, als Al-Fateh, Al-Saika und die FPLP ein Büro zur Koordinierung der militärischen Operationen errichteten. Am 18. Februar 1969 wurde das „Kommando des palästinensischen bewaffneten Kampfes" (CLAP) von allen Organisationen (ausgenommen die FPLP) gebildet. Aufgrund des ersten Versuches des jordanischen Regimes, den Widerstand zu liquidieren, fanden sich alle Organisationen unter der „Einheitlichen Führung der Widerstandsbewegung" (11. Februar 1970) zusammen. Am 6. Mai 1970 proklamierte die letztere „die organisatorische Formel der nationalen Einheit" [72]) und „die allgemeinen Richtlinien

---

ihre Vorgeschichte und ihre Konsequenzen, in: „Palästinensische Revolution", Resistentia Schriften, Nr. 12/72, S. 22 ff.

70) Zur politischen und ideologischen Strategie von Al-Fateh siehe: Ibrahim, S., Palästina — Zur Strategie der Al-Fateh und der FPLP, in: „Marburger Blätter", Nr. 4/1972.

71) Vgl. u. a. Politisches Manifest der FDPLP, in: „Al-Hourriah", Nr. 518, 8. 6. 1970, Beirut (arabisch), S. 14, und Nr. 533, 21. 9. 1970, S. 5.

72) Diese Formel beinhaltet: „a) Alle Abteilungen der Widerstandsbewegung akzeptieren die PLO als den breiteren Rahmen der nationalen Einheit; b) die Fragen, über die eine Einigung besteht, sind für alle Organisationen verbindlich, während die Fragen, über die noch keine Einigung erzielt wurde, von jeder Organisation je nach ihrer Einschätzung gelöst werden können; c) alle Abteilungen des Widerstandes müssen an dem kommenden palästinensischen Nationalkongreß teilnehmen sowie sich an den der PLO untergeordneten Institutionen beteiligen; d) gemäß einem Beschluß des Nationalkongresses wird ein Zentralkomitee gebildet, an dem alle Abteilungen des Widerstandes sich beteiligen, damit sie ihre Führungsrolle in der Widerstandsbewegung ausüben können. Das Zentralkomitee löst die jetzige ‚Einheitliche Führung' ab und setzt sich aus dem

der politischen und militärischen Arbeit" [73]) des Widerstandes in der aktuellen Kampfetappe.

Diese Vereinbarungen wurden vom außerordentlichen Nationalkongreß der PLO (Amman, Juli 1970) nochmals bestätigt. Aber alle diese Versuche zur Herstellung einer echten Nationalfront blieben erfolglos, da der Reifungs- und Konsolidierungsprozeß des palästinensischen Widerstandes noch nicht abgeschlossen war und die Liquidierungskampagnen der jordanischen Regierung ihm zuvorkamen. So wurde die Zersplitterung der Widerstandsbewegung eine der wichtigsten Ursachen ihrer Niederlage im September 1970 in Jordanien.

3) Mit der Akzeptierung der UN-Resolution vom 22. November 1967 seitens der ägyptischen und der jordanischen Regierung gingen die „Vierer-Gespräche" (USA, UdSSR, Frankreich und England) mit der Intention einher, eine „friedliche Lösung" des Nahostkonflikts zu erreichen. Sie scheiterten jedoch an der Weigerung Israels, die besetzten Gebiete gemäß der UN-Resolution zu räumen. Am 20. Juni 1970 wurde der amerikanische „Rogers-Plan" den betroffenen Staaten vorgelegt. Einen Monat später (22. Juli) akzeptierte die ägyptische Regierung diesen Plan und stellte dementsprechend das Feuer am Suezkanal ein. Von diesem Zeitpunkt an bedeutete der palästinensische Widerstand für die ägyptische und die jordanische Regierung eine offene Belastung in ihren Bemühungen, eine separate Lösung des Nahost-Konflikts auf internationaler Ebene zu erreichen; denn der palästinensische Widerstand lehnte sowohl die UN-Resolution als auch den Rogers-Plan ab, weil in diesen beiden Lösungsvorschlägen das Recht der Palästinenser auf Rückkehr und Selbstbestimmung überhaupt nicht berücksichtigt worden ist. Vielmehr handelt es sich in den beiden Lösungsvorschlägen lediglich um die Beilegung des Kriegszustandes zwischen den arabischen Staaten und Israel. Die Haltung des palästinensischen Widerstandes führte zwangsläufig zum Konflikt mit Ägypten, wobei die Aktivitäten der Widerstandsbewegung dort bekanntlich drastisch eingeschränkt wurden. In Syrien fand zur Zeit des Liquidierungsfeldzuges gegen die Palästinenser in Jordanien ein interner Kampf innerhalb der Regierungspartei (Baath) statt, wobei die Haltung der syrischen Regierung bezüglich der Unterstützung des Widerstands zwiespältig wurde. Dies beweist der unentschlossene Einmarsch syrischer Armee-Einheiten in Jordanien, um die Zerschlagung des Widerstandes zu verhindern, und ihre Zurückberufung, bevor sie ihre Aufgabe erfüllen konnten. Diese veränderten Umstände in den arabischen Ländern ermöglichten es dem Hussein-Regime in Jordanien, frei und ungestört die September-Massaker an den Palästinensern durchzuführen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach den Ursachen des ambivalenten Verhältnisses der „progressiven arabischen Regimes", vor allem Ägyptens, Syriens und des Irak, zum palästinensischen Widerstand. Diese Ambivalenz ist unserer Meinung nach auf die ökonomische und politische Funktion der herrschenden Kreise in den genannten Ländern zurückzuführen. Wir haben bereits in

---

Exekutivkomitee der PLO, den Vertretern der Fedajin-(Partisanen-)Organisationen, dem Vorsitzenden des palästinensischen Nationalkongresses, dem Kommandanten der Palästinensischen Befreiungsarmee (PLA) und einigen Unabhängigen zusammen." — Vom Verfasser übersetzt aus: Khurshid, Gh., a.a.O., S. 33.

[73]) Diese Richtlinien bestätigten im großen und ganzen die Nationalcharta des Widerstandes vom 17.—20. 1. 1968. Es sind hier einige Prinzipien auszugsweise hervorzuheben: „1) Die Kräfte der Palästinensischen Revolution sind alle arbeitenden und werktätigen, sowohl arabischen als auch palästinensischen, Massen und alle diejenigen Kräfte, die Interesse an der Befreiung des palästinensischen Bodens im besonderen und an der Etappe der nationalen Befreiung im allgemeinen haben; 6) Der Weg des revolutionären Volkskrieges ist der Hauptweg zur Befreiung Palästinas; 9) Die Palästinensische Revolution proklamiert ihre vollständige Unabhängigkeit von den arabischen Regimen und lehnt entschieden alle Versuche ab, die auf ihre Einkreisung, Adoptierung, Absorbierung oder Bevormundung hinauslaufen; 11) Die Arbeit zur Bewaffnung der palästinensischen und arabischen Volksmassen ist notwendig, um den Widerstand vor den Liquidierungsversuchen zu schützen, und dafür, daß sie sich aktiv an der Konfrontation mit jeglicher zionistisch-imperialistischer Invasion beteiligen können." Vgl. ausführlich Khurshid, Gh., a.a.O., S. 34.

der Anmerkung 53 konstatiert, daß vorwiegend Kleinbourgeoisie, nationales Militär und revolutionäre Intelligenz die tatsächliche Macht in diesen Ländern innehatten. Diese „Zwischenschichten" sind im allgemeinen durch politische Instabilität gekennzeichnet und für sozial-ökonomische Wechselfälle sehr anfällig, wie die Ereignisse in einigen Ländern der Dritten Welt beweisen [74]). Eine „konsequente Unterstützung" des palästinensischen Widerstandes seitens der „progressiven arabischen Regimes" würde offensichtlich die Übernahme seiner Strategie bedeuten, nämlich die Durchführung eines „langwierigen Volkskrieges"; u. a. bedeutet dies aber Bewaffnung, militärische Ausbildung der palästinensischen Partisanen und vor allem Gewährung von Bewegungsfreiheit für ihre Operationen entlang der arabisch-israelischen Frontlinie. Aber gerade dies würde für die „progressiven arabischen Regimes" folgende Gefahren mit sich bringen: a) einmal müßten die arabischen Volksmassen entsprechend bewaffnet werden, wodurch faktisch das Machtmonopol des Militärs und der Regierungsparteien (in unserem Falle der ASU und des Baath) gefährdet würde, weiterhin würden ihre ökonomischen Interessen infolge der notwendigen Umwandlung der gegenwärtigen Volkswirtschaft in eine Kriegswirtschaft beeinträchtigt; b) zum anderen sind diese Regimes militärisch nicht stark genug, um den zu erwartenden massiven, wenn nicht gar totalen Angriffen Israels standzuhalten. Eine erneute militärische Niederlage der „progressiven Regimes" würde aber wohl bedeuten, daß ihre Herrschaft endgültig zum Zusammenbruch verurteilt ist, zumal die israelische Armee momentan etwa 60 km von Damaskus und etwa 100 km von Kairo entfernt ist. Aus diesem Sachverhalt, der hier nicht ausführlich behandelt werden kann, erklärt sich die Ambivalenz dieser „progressiven Regimes" in ihrer Beziehung zum palästinensischen Widerstand. Trotzdem bleibt jede Forderung, die darauf abzielt, diese Regimes zu stürzen, absurd und wirklichkeitsfremd, da die klassenmäßigen Kräfteverhältnisse bzw. der Stellenwert des antagonistischen Hauptwiderspruchs nicht realistisch eingeschätzt werden. Die revolutionäre Alternative liegt — ceteris paribus — nicht im Sturz dieser Regimes, sondern vielmehr in der sukzessiv-geduldigen Arbeit der demokratisch-revolutionären Kräfte an der Basis, um die progressiven Elemente in der Politik des Kleinbürgertums nach innen und außen zu effektivieren und konsequenter als bisher voranzutreiben. Dies gilt auch für den palästinensischen Widerstand, da jeglicher auf den Sturz dieser Regimes zielende Kampf dazu führen wird, einmal die kleinbürgerlichen Kräfte auf die Seite der arabischen Reaktion zu verdrängen und zum anderen die z. T. praktizierte (in Syrien und dem Irak) und angestrebte (in Ägypten) Einheitsfront der demokratisch-revolutionären Kräfte zugunsten der Konterrevolution zu schwächen, wenn nicht gar zerschlagen zu lassen. Die Ereignisse in Indonesien 1965, im Irak 1963 und im Sudan 1971 haben längst diese These bestätigt. Im übrigen ist dies die Einschätzung der marxistischen Linken in Ägypten, der kommunistischen Parteien der arabischen Staaten und auch der verschiedenen Abteilungen des palästinensischen Widerstandes [75]), sieht man einmal von einigen Differenzierungen und Akzentuierungen ab, die allerdings die Grundlage dieser Einschätzung nicht beeinträchtigen.

---

74) Es sei hier z. B. auf die Politik des Nasserismus und ihre Schwankungen in den fünfziger und sechziger Jahren hingewiesen, die darauf ausgerichtet war, anfangs die Nationalbourgeoisie bis 1960 zu fördern, sie dann durch die Verabschiedung der Verstaatlichungsgesetze (1961) zu zerschlagen und schließlich sogar den wissenschaftlichen Sozialismus im Jahre 1964 (Nationale Aktionscharta) zu übernehmen. Zur sozial-ökonomischen und politischen Entwicklung Ägyptens vgl. ausführlich: Abdel-Malek, A., Ägypten: Militärgesellschaft, Frankfurt/M. 1971.

75) Dazu vgl. u. a. den aktuellen Brief einiger Persönlichkeiten der marxistischen Linken in Ägypten, an deren Spitze Lutfi Al-Khuli steht, an den Staatspräsidenten Anwar Al-Sadat, wobei diese Einschätzung klar hervorgeht (der Brief ist nachgedruckt in: Al-Balagh, Nr. 68, 23. April 1973, Beirut, S. 4 f. und 63 ff.); vgl. die Dokumente der arabischen KP's, vor allem den Entwurf des politischen Programms der Syrischen KP, Damaskus 1969, pass.; vgl. ferner die Einschätzung der „progressiven arabischen Regimes" durch die verschiedenen Organisationen des palästinensischen Widerstandes u. a. in: Khurshid, Gh., a.a.O., pass.

VI

Im Juli 1971 beendete das Hussein-Regime endgültig die Liquidierungsoperationen gegen den palästinensischen Widerstand, der sich seither in einer neuen Etappe befindet. Er mußte sich nach Syrien und dem Libanon zurückziehen, wobei er dort auch nicht ohne Behinderungen seitens der beiden Regierungen seinen Kampf fortsetzen konnte und kann. Trotzdem scheint es, daß der Widerstand in eine Etappe der erneuten Konsolidierung eingetreten ist. Diese ist dadurch charakterisiert, daß Prozesse zur Reorganisierung der eigenen Reihen eingeleitet und etliche falsche strategische und ideologische Vorstellungen revidiert worden sind. Auf dem VIII. Nationalkongreß der PLO in Kairo (März 1971) wurde ein „Politisches Programm" [76]) verabschiedet, in dem offensichtlich einige Lehren aus den Ereignissen in Jordanien gezogen wurden. Ein Jahr später, auf dem X. Nationalkongreß der PLO vom 28. Mai 1972, wurde das „Politische Programm" wiederum konkretisiert und auf einen progressiveren Stand gebracht. Wegen der besonderen Bedeutung dieses neuen „Politischen Programms", das von allen Abteilungen des palästinensischen Widerstands akzeptiert wurde, seien hier einige Wesenszüge hervorgehoben [77]): 1) Die Organisation zur Befreiung Palästinas (PLO) wird offiziell als Repräsentant des politischen Willens des palästinensischen Volkes dargestellt. Sie „setzt sich zusammen aus den bewaffneten Einheiten der Revolution, den Massenorganisationen aller Art, den politischen Gruppierungen und denjenigen nationalen Kräften, die grundsätzlich den bewaffneten Kampf zur Befreiung Palästinas akzeptieren und sich dem politischen Grundsatzprogramm verpflichten"; 2) Der politische und bewaffnete Kampf für die Befreiung Gesamtpalästinas soll weitergeführt werden, um eine demokratische Gesellschaft zu gründen, „die gegen jede Art von Diskriminierung ist und in der Glaubens- und Meinungsfreiheit, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, Streikrecht und das Recht zur Gründung von politischen Vereinigungen gewährleistet sind. Eine demokratische Gesellschaft, die sich als Teil einer demokratischen, vereinten arabischen Gesellschaft versteht"; 3) Mit dem politischen und bewaffneten Kampf des palästinensischen Volkes müssen jegliche kompromisslerische Einstellungen, Pläne oder Projekte, die auf eine Liquidierung der Sache des palästinensischen Befreiungskampfes hinauslaufen oder darauf abzielen, einen palästinensischen Staat in irgendeinem Teil Palästinas zu errichten, entschieden bekämpft werden; 4) „Die Masse der Bauern muß unterstützt werden. Ökonomische und kulturelle Einrichtungen in den besetzten Gebieten müssen geschaffen und entwickelt werden. Die Bevölkerung muß dazu angehalten werden, im Land zu bleiben und Widerstand gegen die ökonomische und kulturelle Eroberungspolitik der Zionisten zu leisten"; 5) Die Interessen der arbeitenden palästinensischen Bevölkerung in allen arabischen Staaten, ihr Kampf für die gleichen Rechte, wie sie die anderen Bürger dieser Staaten genießen, muß unterstützt werden. „Hier ist vor allem gemeint: Recht auf Arbeit und soziale Leistungen, Freiheit der kulturellen und politischen Betätigung, Rede- und Bewegungsfreiheit unter Wahrung ihrer Identität"; 6) Die Emanzipation der palästinensischen Frau, ihre allseitige Entwicklung und Beteiligung an allen Arten des Kampfes müssen gefördert werden; 7) Es muß darauf hin gearbeitet werden, den Kampf des jordanischen Volkes mit dem des palästinensischen zu verschmelzen, und zwar mit der Absicht, eine „nationaldemokratische Regierung" in Jordanien zu errichten. Dies ist die Aufgabe einer „jordanisch-palästinensischen Einheitsfront", deren Programm die PLO übernimmt; 8) Ein entschiedener Widerstand muß geleistet werden, und zwar

[76]) Dieses Politische Programm ist nachgedruckt in: „Palästinensische Revolution", a.a.O., Nr. 12/1971, S. 1—3.
[77]) Alle sinngemäß oder wörtlich zitierten Aussagen sind dem „Politischen Programm vom Mai 1972" entnommen, das nachgedruckt ist in: „Palästinensische Revolution", a.a.O., Nr. 14/1972.

gegen das imperialistische Kapital, das in das Land (Jordanien, d. Verf.) fließt, gegen die ökonomischen, politischen und kulturellen Durchdringungsversuche des Zionismus und gegen die Steuer- und Preiserhöhungen. Andererseits muß gekämpft werden, um die Rolle der jordanischen Armee und ihre Unterdrückungsfunktion gegenüber dem Volk aufzudecken. In diesem Zusammenhang muß ferner der Kampf „der Arbeiter, Bauern, Kleinhändler, Beduinen, Lohnempfänger, Studenten und anderer Intellektueller unterstützt werden"; 9) Die gegenwärtige Etappe der arabischen Revolution wird in dem politischen Programm der Palästinenser als „national-demokratisch" bezeichnet. „Die Befreiung Palästinas ist nicht nur eine nationale palästinensische Aufgabe, sondern sie ist konstitutiver Teil im Prozeß der Verwirklichung der demokratischen arabischen Revolution, ihrer Ausbreitung, Vertiefung und Einheit"; 10) Die sogenannten „friedlichen Lösungen" und Teillösungen, die durch arabische oder ausländische Initiatoren befürwortet werden, müssen bekämpft werden, „und zwar deswegen, weil durch sie nicht nur die zionistische Gewaltherrschaft gefestigt und die palästinensische Sache liquidiert wird, sondern weil unter diesem Vorwand die imperialistischen und reaktionären arabischen Kräfte versuchen, die arabische Einheit und die arabische Revolution zu verhindern und die vollständige imperialistische Vorherrschaft in diesem Raum auszubauen"; 11) „Der Kampf zur Beseitigung des Imperialismus in allen seinen Formen, was politischen Einfluß, Militärstützpunkte, ökonomische und kulturelle Einrichtungen betrifft", muß weitergeführt werden. „Insbesondere müssen die amerikanischen imperialistischen Einrichtungen auf arabischem Boden zerschlagen werden"; 12) Hinsichtlich der Beziehung des palästinensischen Widerstandes zu den nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt stellt das „Politische Programm" fest: „Der palästinensische Kampf und der demokratische nationale arabische Kampf sind Teil des weltweiten Kampfes um die nationale Befreiung gegen Imperialismus und Rassismus. Solidarität und gegenseitige brüderliche Unterstützung des revolutionären Kampfes auf Weltebene ist eine Notwendigkeit."

Mit diesem „Politischen Grundsatzprogramm" [78]) ist zweifellos eine neue Etappe des palästinensischen Widerstandes eingeleitet worden. Es bleibt jedoch abzuwarten, inwieweit es ihm gelingen wird, nachdem er ideologisch einige wesentliche Lehren aus den vorangegangenen Ereignissen gezogen hat, dies in die politische Praxis umzusetzen. Die letzten besonders aggressiven Aktionen der Israelis im Libanon [79]) liefern den Beweis dafür, daß der palästinensische Widerstand trotz der Folgen der Massaker in Jordanien (September 1970) und der ungünstigen Kampfbedingungen in den arabischen Nachbarländern lebt und weiterhin einen gefährlichen Feind für Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion darstellt.

---

78) Dieses „Politische Grundsatzprogramm" wurde auf dem letzten Nationalkongreß der PLO in Kairo (Januar 1973) nochmal bestätigt. — Dazu berichtete ausführlich die Zeitschrift: „Al-Balagh", Nr. 54 v. 15. 1. 1973, Beirut, S. 4—6. Ferner die Zeitschrift „Al-Hourriah", Nr. 605 v. 22. 1. 1973, Beirut, S. 3.

79) Israel intensivierte seine Aktionen in den letzten Monaten gegen Stützpunkte des Widerstandes in Syrien und im Libanon. Hinzuweisen ist auf die massiven Angriffe der israelischen Armee in Syrien (Januar 1973), den Einfall israelischer Einheiten in palästinensische Zeltlager im Nord-Libanon (21. 2. 1973) und nicht zuletzt auf die kriminelle Aktion israelischer Trupps in Beirut (10. 4. 1973), wobei unter anderen drei Führer des Widerstandes ermordet worden sind.

Romantische Entwicklungsideologien in Afrika

Antiindustrialismus als Alternative?

Von Bassam Tibi

Für lange Zeit bestand in der BRD nur wenig Interesse an Afrika, ja an der gesamten Dritten Welt. Das hat sich inzwischen geändert. Einerseits wurde auf institutioneller Ebene die Entwicklungsländerforschung [1]) durch Vergabe erheblicher Mittel stimuliert, wobei dieser Forschungszweig von Anbeginn von konservativen Sozialwissenschaftlern beherrscht wurde [2]). Andererseits hat die Studentenrevolte [3]), die teilweise aus dem Protest gegen das imperialistische Vorgehen der USA in Vietnam resultierte, eine substantielle Veränderung im vorherrschenden Bild von der Dritten Welt erwirkt. Während sich bislang in Schulbüchern [4]) und allgemein in der Publizistik [5]) nationale Vorurteile und Rassenklischees unwidersprochen hatten verbreiten können, wurde nun in emanzipatorischer Absicht ein Interesse an der Dritten Welt wach. Ansatzweise werden nun schon im Rahmen des Schulunterrichts solche Vorurteile abgebaut [6]).

So erfreulich es ist, daß die studentische Protestbewegung der letzten Jahre die Ignoranz der Öffentlichkeit gegenüber den Problemen der Länder in der Dritten Welt durchbrach, so kritisch ist die darauf folgende Dritte-Welt-Romantik zu bedenken, wie sie insbesondere in der Studentenbewegung zum Ausdruck kam. Diese Romantik schließt nämlich die Verherrlichung der vorkolonialen Strukturen in den Gesellschaften der Dritten Welt ein; sie trübte den Blick für die realen Verhältnisse. In diesem Zusammenhang gewannen die Ideen Herbert Marcuses einen besonderen Einfluß. Marcuses Kritik an der Technik und seine These, daß der Widerstand gegen die Einführung der modernen Technik im Rahmen der Industrialisierung in den unterentwickelten Gebieten als progressive Erscheinung gewertet werden könne, wurde in der Studentenrevolte kritiklos übernommen. Marcuse stellte die Frage: „Wenn die Industrialisierung und die Einführung der Technik in den rückständigen Ländern auf starken Widerstand seitens der einheimischen und traditionellen Lebens- und Arbeitsweisen stoßen — ein Widerstand, der nicht einmal bei der sehr handgreiflichen Aussicht auf ein besseres und leichteres Leben aufgegeben wird —, könnte diese vortechnische Tradition selbst zur Quelle von Fortschritt und Industrialisierung werden" [7])?

---

1) Vgl. hierzu den Literaturbericht von B. Tibi, „Kolonialherrschaft, Antikolonialismus und Dekolonisation, Das afrikanische Exempel", in: „Neue Politische Literatur", Bd. 15 (1970), H. 4, S. 507—532. Eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Forschungszweig findet sich ansatzweise in B. Tibi, „Internationale Politik und Entwicklungsländerforschung", in: „Frankfurter Hefte", Bd. 28 (1973), i. E.

2) Hierzu D. Danckwerts, N. Lechner u. a., Die Sozialwissenschaften in der Strategie der Entwicklungspolitik, Frankfurt/M. 1970, wo die konservative Entwicklungsländerforschung kritisiert wird, zu deren Verfechtern u. a. der Kreis um Dieter Oberndörfer in dem von ihm geleiteten Arnold-Bergstraesser-Institut gehört. Vgl. Dieter Oberndörfer (Hrsg.), Systemtheorie, Systemanalyse und Entwicklungsländerforschung, Berlin 1971, und dazu meine Kritik in: „Verfassung und Recht in Übersee", Bd. 5 (1972), H. 3, S. 347—351.

3) Die Literatur über die Studentenrevolte wird diskutiert und dokumentiert von Uta Stolle, „Die Studentenrevolte im Urteil bürgerlicher Öffentlichkeit", in: „Das Argument", Bd. 12 (1970), H. 58, S. 375—394.

4) Siehe Karla Fohrbeck u. a., Heile Welt und Dritte Welt, Medien und politischer Unterricht I, Schulbuchanalyse, Opladen 1971[2].

5) Exemplarisch B. Tibi, „Das Orient-Bild der deutschsprachigen Publizistik", in: „Neue Politische Literatur", Bd. 16 (1971), H. 4, S. 547—564; H. Messow/E. Spoo, „Afrika-Berichterstattung — ein schwarzes Kapitel", in: „Afrika heute", Bd. 10 (1972), H. 19/20, S. 409—412. Vgl. auch H.-J. Bieber, „Zur bürgerlichen Geschichtsschreibung und Publizistik über Antisemitismus, Zionismus und den Staat Israel", in: „Das Argument", Bd. 14 (1972), H. 75 = Sonderband, S. 231—274.

6) Christine Kulke/Joh. Lundgreen, Probleme der Dritten Welt im Unterricht, Frankfurt/M. 1972.

7) H. Marcuse, Der eindimensionale Mensch, Berlin-Neuwied 1967, S. 67. Eine ähnliche Tendenz weist die Einschätzung der vorkolonialen Gesellschaften und deren heutigen Überresten durch Ch. Sigrist auf: Regulierte Anarchie, Untersuchungen zum Fehlen und zur Entstehung politischer Herrschaft in den segmentären Gesellschaften Afrikas, Olten-Freiburg 1967; vgl. dazu die Kritik von M. O. Hinz, „Die Ordnung der regu-

Stillschweigend bejaht Marcuse diese Frage. Zu seiner Verklärung dieses Widerstandes muß angemerkt werden, daß die imperialistischen Mächte gerade eine solche, die vortechnischen Kulturen verherrlichende Denkweise fördern und kultivieren, wie die Konjunktur der Négritude-Literatur in der bürgerlichen Publizistik belegt. Das sollte zu denken geben.

Auch Frantz Fanons euphorische Formulierungen am Schluß seines Werkes „Die Verdammten dieser Erde", in denen er Europa eine totale Absage erteilt, wurden in der Studentenrevolte breit und mit Mißverständnis rezipiert. In diesen Schlußworten ruft Fanon dazu auf, keine Zeit „mit sterilen Litaneien oder ekelhafter Nachäfferei (zu verlieren). Verlassen wir dieses Europa ... Brüder, wie sollten wir nicht begreifen, daß wir etwas Besseres zu tun haben, als diesem Europa zu folgen ... Los, Genossen, Europa hat endgültig ausgespielt, es muß etwas anderes gefunden werden. Wir können heute alles tun, vorausgesetzt, daß wir nicht Europa nachäffen, vorausgesetzt, daß wir nicht von der Begierde besessen sind, Europa einzuholen ... Die europäischen Errungenschaften, die europäische Technik, der europäische Stil dürfen uns nicht mehr in Versuchung führen und aus dem Gleichgewicht bringen. Wenn ich in der europäischen Technik und im europäischen Stil den Menschen suche, stoße ich auf eine Folge von Negationen des Menschen, auf eine Lawine von Morden ... Entschließen wir uns, Europa nicht zu imitieren. Spannen wir unsere Muskeln und Gehirne für einen neuen Kurs an. Versuchen wir, den totalen Menschen zu erfinden, den zum Siege zu führen Europa unfähig war" [8]). Gewiß war es Fanon keinesfalls darum zu tun, vorkoloniale Agrarstrukturen und Traditionen zu verherrlichen. Aber seine Überbetonung der Rolle der Bauern im antikolonialistischen Kampf und seine Verhöhnung des städtischen Proletariats als angeblich privilegierte Klasse können als Verherrlichung der Bauernschaft als wahrem revolutionärem Subjekt mißverstanden werden — und dies ist auch geschehen. Fanon selbst schreibt an anderer Stelle des zitierten Buches, daß die Verlebendigung des vorkolonialen Erbes unter den Bedingungen der Kolonialherrschaft den Widerstand gegen den Kolonialismus nährt; dieser Widerstand ist aber — das sieht Fanon — passiv, defensiv, denn die Verherrlichung der vorkolonialen Kultur „gehorcht dem Gesetz der Trägheit. Es kommt zu keiner Offensive, zu keiner Neubestimmung der Verhältnisse. Es kommt nur zu einer krampfhaften Anklammerung an einen Kern, der immer dürftiger, immer träger, immer leerer wird" [9]). Fanon plädiert für ein völlig neues Entwicklungsmodell; einer rückwärts gerichteten Utopie redet er nicht das Wort. Er steht mit Marcuse in derselben Tradition, insofern, als beide nicht nur eine bestimmte Gesellschaftsordnung kritisieren, sondern auch deren wissenschaftlich-technische Errungenschaften in einer Weise ablehnen, die impliziert, daß ihre Übernahme für die Emanzipation der Länder der Dritten Welt nicht fruchtbar werden könnte. Gemeinsam ist beiden das Pathos des Neuen, des ganz Anderen; das Kritisierte wird nicht bestimmt negiert, sondern total abgelehnt [10]). Von der totalen Nega-

lierten Anarchie", in: „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie", Bd. 23 (1971), H. 1, S. 110—117.

8) F. Fanon, Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt/M. 1966, S. 239 f. Vgl. auch die Aufsätze von M. O. Hinz, „Das Gesicht der Dritten Welt", Teil I und II, in: „Neue Politische Literatur", Bd. 13 (1968), S. 61 bis 73, und Bd. 15 (1970), S. 377—393; ders., „Modelle und Wege, Sechs Versuche zum gesellschaftlichen Selbstverständnis im neuen Afrika", in: „Verfassung und Recht in Übersee", Bd. 1 (1968), H. 4, S. 446—452.

9) F. Fanon (Anm. 8). Fanon schreibt u. a. auch: „Man wird den Kolonialismus niemals beschämen, indem man verkannte kulturelle Schätze vor ihm ausbreitet. Der kolonisierte Intellektuelle macht sich nicht bewußt, *daß er genau in dem Moment*, da er sich bemüht, eine Kultur zu schaffen, Techniken und eine Sprache benutzt, die dem Okkupanten entliehen sind. Er begnügt sich damit, diese Instrumente mit einem Siegel zu versehen, das national sein soll, jedoch merkwürdig an Exotismus erinnert" (S. 170 f.).

10) Die Preisgabe der bestimmten Negation, Herzstück der marxistischen Dialektik, bedeutet einen radikalen Bruch mit dem Marxismus. Vgl. dazu W. F. Haug, Das Ganze und das ganz Andere, Zur Kritik der reinen revolutionären Transzendenz, in: J. Habermas (Hrsg.), Antworten auf Herbert Marcuse, Frankfurt/M. 1968, S. 50—72, bes. 59 f.

tion des bestehenden Ganzen ist es nicht mehr weit bis zur wehmütigen Erinnerung an das vom kapitalistischen System Negierte, an das Nicht-Mehr. Protest regrediert dann in Romantik. Tendenziell ist diese Konsequenz in den Theorien Marcuses und Fanons angelegt; nicht zufällig weisen sie in der Beurteilung der Industrialisierung und des technischen Fortschritts für die Entwicklung der Länder der Dritten Welt Gemeinsamkeiten mit den Ideologien der afrikanischen Romantik auf.

In der vorliegenden Arbeit wollen wir exemplarisch einige der in Afrika aufgeblühten romantischen Entwicklungsideologien untersuchen. Diese Ideologien sehen die Möglichkeit zur Entwicklung allein in der Rückkehr zu vorkolonialen Strukturen oder zumindest im Einfrieren jener Prozesse, die die noch vorhandenen autochthonen Strukturen auflösen. Die Untersuchung will Antworten finden auf die Fragen: Enthalten diese romantischen Ideologien ein Potential, das zur Schaffung einer humanen Gesellschaft aktualisiert werden kann? Bietet die pauschale Verurteilung Europas, d. h. nicht nur die Ablehnung der dort entfalteten Gesellschaftsordnung, sondern auch der wissenschaftlich-technischen Errungenschaften der kapitalistischen Länder, eine Alternative; ja kann angesichts der existierenden Integration der Dritte-Welt-Länder in das internationale System die pauschale Kritik an der modernen Technik und Industrialisierung, die einem Antiindustrialismus das Wort redet, überhaupt ein Entwicklungsmodell entfalten, das Aussicht auf praktische Realisierung hat? Kann man schließlich die Welt, wie diese romantischen Denker es tun, in eine „reiche" und eine „arme" Welt, in „kapitalistische" und „proletarische" Völker unterteilen oder sind hier nicht doch Differenzierungen vonnöten? Wir wollen versuchen, diese Fragen zu beantworten vermittels der Analyse einer einflußreichen Variante romantischer Entwicklungsideologien im subsaharischen Afrika: der *Négritude*-Ideologie, die über ihren Einfluß in Afrika hinaus in den vergangenen Jahren in der bürgerlichen europäischen Publizistik eine breite Rezeption erfuhr. Sodann werden wir zwei weitere romantische Entwicklungsideologien skizzenhaft behandeln, nämlich Julius K. Nyereres *Ujamaa* und Kenneth D. Kaundas *Humanismus*. Kwame Nkrumahs *Consciencismus*-Konzeption, die wir anschließend diskutieren, enthält zwar auch romantische Momente, zeigt aber tendenziell eine Aufhebung dieser Romantik an. Wie wir dann abschließend zeigen, ist eine gründliche Überwindung dieser Romantik erst den Theoretikern der afrikanischen Revolution in den portugiesischen Kolonien gelungen.

Die Négritude als ideelle Manifestation der negroafrikanischen Kultur

Die Formulierung der Négritude-Ideologie als Versuch, eine afrikanische Selbstidentifikation im Rahmen des Kampfes gegen den Kolonialismus in Afrika und den Rassismus in Amerika sowie auf den Westindischen Inseln zu artikulieren, steht in engem Zusammenhang mit der Geschichte des *Panafrikanismus*. Der Panafrikanismus hatte sich zwischen 1900 und 1945 als organisierte politische Bewegung mit mannigfaltigen Schattierungen kristallisiert. Immanuel Geiss hat die historischen Wurzeln des Panafrikanismus anhand von bisher unerschlossenen Materialien aufgespürt. Es ist ihm gelungen, nachzuweisen, daß die Anfänge des Panafrikanismus bis ins 18. Jahrhundert zurückreichen, bis zum Beginn der kolonialen Eroberungen. Geographischer Ausgangspunkt des Panafrikanismus war Westafrika, wo die ersten Küstenkolonien entstanden. In der Dreiecksverbindung mit den USA/Westindischen Inseln und Europa (zunächst England, seit 1919 auch Frankreich) umschreibt es den Ort, an dem sich die afrikanische Emanzipationsbewegung entfaltete.

Geiss interpretiert den Panafrikanismus adäquat als eine Protestbewegung gegen die Kolonialherrschaft (die Geiss gelegentlich undifferenziert „weiße Herrschaft" nennt, ohne auf die sozio-ökonomische Wurzel dieser „Rassen"-herrschaft einzugehen). Sie repräsentiert „die Reaktion des am weitesten fortgeschrittenen, des am intensivsten europäisierten Teils der Afrikaner und Afro-Amerikaner auf den Kontakt mit der modernen Welt" [11]). Der Panafrikanismus ist somit die afrikanische Ideologie der Dekolonisation. Als Protest weist er ähnliche Strukturmerkmale auf wie der Pangermanismus oder der Panslavismus. Um der Misere der Gegenwart zu entfliehen, flüchtet er in die Vergangenheit und verklärt sie metaphysisch, erweist sich damit als rückwärts gewandte Utopie. Geiss' Vergleich ist durchaus berechtigt, verliert man dabei die historische Differenz nicht aus dem Auge. Die Parallele läßt sich auch im Hinblick auf andere Varianten des kolonialen Nationalismus ziehen, so den Panarabismus [12]) und den indischen Nationalismus Gandhis; die arabischen Nationalisten berufen sich explizit auf den deutschen und die indischen Nationalisten auf den slavischen Nationalismus [13]). Was Geiss bei seinem Vergleich übergeht, ist die besondere Form des kolonialen Nationalismus. Als Resultat der kolonialen Situation bleibt sein Verständnis angewiesen auf die Analyse der kolonialen Wirklichkeit. So findet das substantielle Problem des Identitätsverlustes und der Identitätsfindung in der ansonsten so ausführlichen Arbeit von Geiss keinen Platz.

Wie bereits angedeutet, ist die Négritude eine Variante der panafrikanischen Ideologie, und sie weist, wie noch belegt werden wird, Einflüsse des deutschen romantischen Nationalismus auf. Die Anfänge der Négritude-Bewegung liegen im Wirken westindischer frankophoner Intellektueller afrikanischer Herkunft. Die Négritude nährte sich zu einem guten Teil aus der Ethnologie und deren Forschungsergebnissen über afrikanische Kulturen. An der Entfaltung der Négritude-Bewegung hat besonders der Haitianer Jean Price-Mars [14]) mitgewirkt. Der westindische Dichter Aimé Césaire hat der Négritude auf literarischer Ebene Gestalt gegeben. Die Ideen Césaires verdeutlichen, daß die Ideologie der Négritude in ihren Anfängen neben romantischen auch progressive Momente beinhaltete. So hat Césaire sein antikolonialistisches Wirken in die Bemühungen der französischen Arbeiterbewegung eingeordnet [15]). Voraussetzung dazu war freilich eine gewisse Einsicht in die gesellschaftlichen Bewegungsgesetze, die den späteren Négritude-Ideologen abgeht. Wie schon Hegel erklärt Césaire den Kolonialismus aus der Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft, die sich „von innen heraus gezwungen sieht, die Konkurrenz ihres antagonistischen Wirtschaftssystems im Weltmaßstab auszudehnen" [16]). Mit diesem Prozeß beginnt die Dekadenz des Kapitalismus und seiner Zivilisation, die nunmehr nicht nur das Problem des Proletariats, sondern auch das koloniale nicht lösen kann [17]). Neben Fanon ist Césaire einer der wenigen Theoretiker der kolonialen Revolution, die die koloniale Frage mit der sozialistischen Revolution in den Metropolen eng verknüp-

11) I. Geiss, Panafrikanismus, Zur Geschichte der Dekolonisation, Frankfurt/M. 1968, S. 11, vgl. auch S. 31 ff.
12) B. Tibi, Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel, Frankfurt/M. 1971, und dazu W. v. Bredow, „Arabischer Nationalismus", in: „Blätter", 9/1971, S. 964—966.
13) Siehe dazu meine Gandhi-Interpretation in: „Das Argument", Bd. 12 (1970), H. 59, S. 629—635.
14) I. Geiss (Anm. 11), S. 246 ff.
15) Die Differenz zwischen Senghor und Césaire wird von I. Geiss verwischt, dagegen angedeutet von G. Grohs, Stufen afrikanischer Emanzipation, Studien zum Selbstverständnis westafrikanischer Eliten, Stuttgart 1967, S. 197 f. Zu beiden vgl. meine Rezension in: „Sozialistische Politik", Bd. 1 (1969), H. 4, S. 129 bis 134.
16) Aimé Césaire, Uber den Kolonialismus, Berlin 1968 (Orig. franz. 1955), S. 8. Bei Hegel heißt es entsprechend: „Durch diese ihre Dialektik wird die bürgerliche Gesellschaft über sich hinausgetrieben, zunächst diese bestimmte Gesellschaft, um außer ihr in anderen Völkern ... Konsumenten und damit die nötigen Subsistenzmittel zu suchen" (§ 246). „Dieser erweiterte Zusammenhang bietet auch das Mittel der Kolonisation, zu welcher ... die ausgebildete bürgerliche Gesellschaft getrieben wird ..." (§ 248), Grundlinien der Philosophie des Rechts, Hamburg 1962², S. 202 f.
17) Césaire (Anm. 16), S. 6.

fen und damit die Problematik auf ihren Begriff bringen. Césaire sieht Europa vor dem Untergang, das kapitalistische Europa, das sich anschickte, seine Ausplünderung der Kolonien mit der „humanistischen" Mission zu rechtfertigen. Indes: die europäische Kolonisation emtmenschlichte nicht nur den Kolonisierten, sie arbeitete auch daran, „den Kolonisator zu entzivilisieren, ihn im wahren Sinne des Wortes zu verrohren" [18]). Durch die fatale Dialektik der kolonialen Welt wird das zivilisierte Europa, das die „Buschneger" zivilisieren zu wollen vorgibt, selbst zum Busch. Césaire zeigt, wie der kolonialistische Rassenhochmut „das Gift in die Adern Europas infiltriert ... und die langsame, doch sichere Verwilderung des Kontinents ihren Lauf nimmt" [19]).

Einen naiven Fortschrittsglauben lehnt Césaire ab und damit jeden darwinistisch interpretierten Marxismus. Er stellt Europa, wie schon Rosa Luxemburg, vor die Alternative: Sozialismus oder Barbarei. „Die Rettung Europas ist ... Sache der Revolution: jener, die der engherzigen Tyrannei einer entmenschten Bourgeoisie in Erwartung der klassenlosen Gesellschaft die Vorherrschaft der einzigen Klasse substituieren wird, die noch einen universalen Auftrag zu erfüllen hat, denn sie allein leidet unter allen Übeln der Geschichte, allen universalen Übeln: das Proletariat" [20]).

Césaire versteht seine Schrift als Angriff auf die bürgerlichen Ideologen und ihren Pseudohumanismus. „Feg sie weg, all die Verdunkelungsstrategen, die Erfinder von Ausflüchten, die Scharlatane der Mystifikation, die Kauderwelsch-Manipulatoren" [21]). Vor ihnen will er die vom Kolonialsystem zerstörten „höfischen" afrikanischen Kulturen rehabilitieren. „Meine Sache ist die uneingeschränkte Apologie unserer Negerkulturen" [22]). Doch anders als die Verfechter der alten Negerkulturen à la Senghor will Césaire diese nicht verherrlichen, den Weg zu einer künftigen freien Gesellschaft nicht versperren; er will keine Reduplikation der alten Gesellschaften: „Das überlassen wir den Amateuren des Exotismus" [23]). Für Césaire, wie später für Fanon, hat die Rehabilitierung der zerstörten Kulturen die Funktion, den Kolonisierten selbst zu rehabilitieren, seine kulturelle Identität wiederherzustellen.

Bei Léopold Sédar Senghor, an dessen Namen man heute denkt und nicht an Césaire, wenn von Négritude die Rede ist, hat die Konzeption ihren progressiven Charakter schlechthin eingebüßt. Für Césaire war die Négritude ein Mittel, die vom Kolonialsystem zerstörte kulturelle Identität wiederzuerlangen. Senghor hat die Négritude zu einem „antirassistischen Rassismus" (Sartre) entwickelt. Sie wird zum unreflektierten Prinzip allen Tuns und Denkens. Und wozu auch braucht Senghor die Reflektion, wo er doch — die Rassenideologie reproduzierend — hervorhebt, daß „die Emotion ... negerhaft wie die Vernunft griechisch ist" [24]). In Senghors Bestimmung ist die Négritude die „negro-afrikanische Kollektivpersönlichkeit" [25]). Dabei klammert er Nordafrika aus; Négritude bezeichne nur „die Gemeinsamkeit der kulturellen Werte der schwarzen Welt" [26]). Dennoch: Négritude ist kein Rassismus ... In Wahrheit ist Négritude ein Humanismus" [27]). Senghor rechtfertigt die Ausklammerung Nordafrikas mit dem Hinweis auf Frobenius' These von der Einheitlichkeit der afrikanischen Kultur südlich der

18) Ibid., S. 10.
19) Ibid., S. 11.
20) Ibid., S. 75 f.
21) Ibid., S. 40.
22) Ibid., S. 36.
23) Ibid.
24) Léopold S. Senghor, Négritude und Humanismus, übers. und hrsg. von J. Jahn, Düsseldorf-Köln 1967, S. 11.
25) Ibid., S. 6.
26) Ibid., S. 7.
27) Ibid.

Sahara. Solches hatte Frobenius jedoch nie behauptet [28]). Sieht man von diesem Mißverständnis ab, so bleibt festzustellen, daß Senghor sich hat maßgeblich von Frobenius beeinflussen lassen. Der deutsche Afrikanist Frobenius, dem das Verdienst zugeschrieben wird, die afrikanische Kultur entdeckt zu haben, handhabte einen Kulturbegriff, der aus dem deutschen völkischen Nationalismus herrührt. Die Rezeption der afrikanischen Kultur als Rezeption der Arbeiten Frobenius' durch afrikanische Nationalisten war zugleich eine Rezeption des völkischen Kulturbegriffes: „Frobenius identifizierte ‚Kultus' und ‚deutsches Wesen' einerseits, Rationalität und westliche Zivilisation andererseits. Die Entwicklung des rationalen Denkens von der Mystik zu Kant war für ihn eine ‚Leidensgeschichte der deutschen Kultur'. ‚Rationalistisch' und ‚materialistisch' orientiert, sind sie für ihn die westlichen Kulturen, die Deutschland bis 1918 in ‚geistiger Fremdherrschaft' hielten. Mit diesen Stereotypen reiht sich der konservative Kulturkritiker Frobenius in eine Tradition des deutschen Irrationalismus ein, die den Nazismus durchaus nicht als radikalen Bruch der deutschen Geschichte erscheinen läßt" [29]).

Die Verherrlichung der Natur und Naturwüchsigkeit, die Idolisierung des Weibes als Ausdruck der Natur, die Ablehnung der industriellen Gesellschaft und der mit ihr aufgekommenen Versachlichung des Lebenszusammenhanges, die Verketzerung des Rationalismus der Aufklärung — all diese Topoi des deutschen völkischen Nationalismus sind in der Négritude-Ideologie Senghors aufgehoben [30]). Immanuel Geiss schreibt zur Affinität beider Ideologien: „Bereits die Geburt der ‚Négritude' u. a. aus der Ethnologie, die, wenn nicht mit äußerster Vorsicht gehandhabt, mit ihrer professionellen Vorliebe für das Alte, Traditionelle leicht in eine konservative, ja reaktionäre Haltung einmünden kann, deutet, wenigstens theoretisch, auf die Möglichkeit hin. Voll Eifer griff Senghor die schwärmerische Entdeckung von Leo Frobenius auf, daß die Seele des Negers und die deutsche Seele verwandt seien" [31]). Einen Vergleich beider ideologischer Strömungen hält Geiss für gerechtfertigt, weil „die deutsche Romantik, wie später die deutsche Kulturkritik, vor der Herausforderung der industriellen Revolution und ihren Spannungen mit der Flucht in eine verklärte Vergangenheit reagierte, mit einer Mystik von Volk und Volkskultur, nicht anders wie die irrational-romantische Mehrheitsströmung im Panafrikanismus von Blyden bis Senghor und Nkrumah. Von da war kein großer Sprung mehr zur Betonung von Rasse, Blut und Boden" [32]).

Verfolgt man die Etappen im Denken Senghors, wie sie in seiner Aufsatzsammlung, aus der wir zitierten, dokumentiert sind, so kann man feststellen, daß Senghor über seine frühen Positionen kaum hinausgekommen ist, vielleicht nur in der Frage der Assimilation. Bekanntlich versuchte das französische Kolonialsystem, eine afrikanische Elite zu „züchten" und an die französische Kultur zu assimilieren. Diese Elite sollte dann als Vermittler des Kolonialsystems fungieren. Sékou Touré definierte daher mit Recht die Assimilation als Deafrikanisation. Der chevalereske Senghor plädierte schon sehr früh für eine „modifizierte Assimilation". Nach ihm ist es ein „weitverbreiteter Irrtum, zu glauben, daß die ein-

[28]) Der Herausgeber Jahn merkt an, daß sich in die französische Übersetzung ein Fehler eingeschlichen habe; der deutsche Originaltext von Frobenius besage anderes (vgl. S. 10, Fußnote). Es handelt sich um die bei Gallimard, Paris, erschienene französische Übersetzung von L. Frobenius, Kulturgeschichte Afrikas, Zürich 1954.
[29]) Thomas Lange, „Leo Frobenius und die Neger", Kulturbeilage zu der Zeitschrift: „Afrika heute", Bd. 9 (1971), Juli-Heft, S. 6—9, hierzu S. 7.
[30]) Die Diskussion über Négritude und die wichtigste Literatur hierüber ist zusammengefaßt in der Arbeit von Arnd Kumerloeve, Négritude und afrikanische Kultur, Die Idee der Négritude als Form eines kulturellen Nationalismus, Wentorf/Hamburg 1972.
[31]) I. Geiss (Anm. 11), S. 249.
[32]) Ibid.

heimische Elite dem Volk entfremdet sei" [33]). Ja, er sagt sogar: „Wir (!) Negro-Afrikaner sind gegen diese falsche Assimilation, die nur Identifikation ist. Aber wir wehren uns gegen den landläufigen Antiassimilationismus" [34]). Diese Position hat Senghor später revidiert: 1959 war er überzeugt, daß „der kulturelle Kolonialismus unter der Form der Assimilation der schlimmste von allen ist" [35]). Er spricht davon, daß „der kulturelle Imperialismus, das vergessen wir nur zu oft, ... die gefährlichste Form des Kolonialismus (ist), er verdunkelt das Selbstbewußtsein" [36]).

Während der Kolonialperiode setzte sich Senghor gegen den Befreiungskampf ein. Der Afrikaner — so schreibt er — „vermochte ..., wie stets, zwischen den Irrtümern der Lokalverwaltung und dem Geist des Mutterlandes zu unterscheiden. Schwarzafrika erhob sich nicht" [37]). Nicht genug: „Ohne Zweifel kann und sollte die Kolonisation für die eingesessene Bevölkerung von Vorteil sein" [38]). Senghor predigt für das Kolonialsystem: Man könne nicht (unverschämt) „von den Eroberern ... verlangen, daß sie Heilige seien. Frankreich braucht seine Kolonialeroberungen so wenig zu rechtfertigen wie die Annexion der Bretagne oder des Baskenlandes. Es muß nur seine Interessen mit denen der Einheimischen in Einklang bringen. Das Kolonialproblem ist im Grunde nichts anderes als ein Provinzialproblem, ein menschliches Problem" [39]). Diese Demut gegenüber der Kolonialherrschaft ist von Senghor — und einer ganzen Generation seinesgleichen — bis heute nicht überwunden worden. In dem 1964 verfaßten Vorwort schreibt Senghor geradezu masochistisch: „Wir haben alles vergessen, wie wir schon immer zu vergessen verstanden: die zweihundert Millionen Toten des Handels mit Negersklaven, die Gewalttaten der Eroberung Afrikas, die Demütigungen des Eingeborenenstatus. Wir haben davon nichts bewahrt als die positiven Errungenschaften" [40]). Noch devoter gibt Senghor sich in einer 1961 an der Sorbonne gehaltenen Rede, in der er um Vergebung bittet, weil er seine Herren verraten habe, indem er seine angeblich afrikanische Theorie der Négritude entwickelte: „Ich bekenne mich schuldig ... Wenn ich Sie verraten habe, so nur darum, weil ich Ihnen treu, zu treu bleiben wollte ..." [41]).

Verrat am Kolonialismus, so scheint es, übt Senghor auch mit seinem Arbeitsbegriff. Indem dieser Arbeitsbegriff ihn jedoch dazu verleitet, die rückständigen Agrarstrukturen zu verherrlichen, korrespondiert er durchaus mit den Interessen des Kolonialsystems. Abhängigkeit und Unterentwicklung sowie die imperialistische Dominanz im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung werden nicht hinterfragt, wenn man wie Senghor Arbeit begreift als „Verwirklichung und Erweiterung des Seins. Ich muß hervorheben, daß in der Negergesellschaft die Arbeit an der Erde die edelste aller Arbeiten ist" [42]). Sein Unbehagen an Modernisierungsprojekten bringt Senghor offen zum Ausdruck: „Mein afrikanischer und bäuerlicher Sinn steht ihnen nicht ohne Mißtrauen gegenüber" [43]). Dabei mißtraut er diesen Projekten, „weil die Wissenschaft ihr Fundament war und nicht die Gräber der Ahnen, weil die Trompete ihrem Leben den Rhythmus gab und nicht das traditionelle Tam-Tam" [44]). Die industrielle Arbeit lehnt Senghor

33) Senghor (Anm. 24), S. 52. Zur senegalesischen verwestlichten Intelligenz s. Günther Unser, Intelligenzia und Politik im Senegal, Aachen 1971.
34) Senghor, op. cit., S. 35.
35) Ibid., S. 228.
36) Ibid., S. 224.
37) Ibid., S. 30.
38) Ibid.
39) Ibid.
40) Ibid., S. 8.
41) Ibid., S. 239 f.
42) Ibid., S. 19.
43) Ibid., S. 55 f.
44) Ibid., S. 56.

ab. „Denn die Handarbeit ist eine natürliche Tätigkeit des Menschen, sie schafft die Gesundheit des Leibes und auch die Gesundheit der Seele. Nicht nur weil diese durch jene bedingt wird, sondern auch weil die Arbeit ihren eigenen Wert hat: Sie entwickelt die Freude an der Anstrengung ..." [45]). Anstrengung und Mühsal werden gepriesen. Und Senghor lehrt uns: „Ich wiederhole: Der Negro-Afrikaner ist ein Bauer, der von der Erde lebt" [46]). Die Afrikaner — so Senghor — „wußten vor allem, daß Wissenschaft und Technik weiß waren, daß die Natur, um die es sich handelte, das Arbeitsfeld der Techniker und nicht der Bauern war" [47]). Senghor versteht daher das „Sich-zu-seinem-Neger-Sein-Bekennen" als „den ... westlichen Werten den Rücken kehren: der Technik, der Wissenschaft, der Vernunft" [48]). Ob aus solchem Widerstand gegen Industrialisierung und Vernunft schlechthin jemals eine nicht repressive humane Gesellschaft hervorgehen kann, ist eine müßige Spekulation.

Nun ist die Vernunft qua kapitalistische Herrschaftsrationalität in der Tat zu kritisieren und zu bekämpfen, doch Senghor weigert sich als Afrikaner überhaupt gegen Vernunft. Bei aller Demütigung Frankreichs gegenüber will er seine „Afrikanität" bewahren; er lehnt Europa ab als „die Zivilisation der diskursiven Vernunft: der Analyse ..." [49]). „Wir wollen uns tief in die Afrikanität verwurzeln" [50]), so bekennt er. Diese ist eine magische Welt „jenseits der Vernunftswelt, jenseits dieser sichtbaren Welt der Erscheinungen" [51]). Die dem Neger angeblich naturhafte Emotion ist „kein ‚Sturz des Bewußtseins', sondern im Gegenteil das Hinaufsteigen auf eine höhere Stufe der Erkenntnis" [52]). Die Vernunft wird von Senghor schließlich gespalten in eine europäische und eine negerische, so als möchte er die Afrikaner doch nicht ganz ohne Vernunft belassen; dabei ist die negerische Vernunft eine recht eigenartige, sie „macht die Dinge nicht arm, raubt ihnen nicht Saft und Kraft, um sie in steife Schemata zu pressen. Sie schlüpft in die Adern der Dinge, nimmt alle ihre Formen an, um sich am lebendigen Herzen der Wirklichkeit einzunisten. Die weiße Vernunft ist um der Nutzbarmachung willen analytisch, die Negervernunft ist aus Anteilnahme intuitiv" [33]). Senghor spricht sogar von einer „Psychophysiologie des Negers"; diese „erklärt seine Metaphysik und weiterhin sein soziales Leben" [54]). Die Metaphysik des Negers sei „eine Ontologie ..., ein Wissen vom Sein" [55]), allerdings eine „Existentialontologie" [56]). „Das Verdienst dieser Existentialontologie besteht darin, daß sie eine harmonische Zivilisation hervorgebracht hat. Und vor allem eine authentische Religion" [57]). „Was ins Auge fällt, ist der menschliche Wert der negro-afrikanischen Ontologie, ihr kultureller Wert" [58]). Ihre Hauptzüge sind die „Hierarchie der Lebenskräfte" und „die Bedeutung, die der lebendige Mensch in dieser Hierarchie ... einnimmt" [59]). Zum reaktionären Rassismus wird dieser Protest dort, wo auf Kultur und Hautfarbe zurückgeführt wird, was in Wirklichkeit ein Prinzip des Kapitalismus ist. Senghor geht in seiner Absurdität so weit, daß er dem „Negro-Afrikaner" eine spezifische Form der Erkenntnis zuschreibt. Denn: „Die Neger-Vernunft ... ist nicht ... die urteilende Vernunft des Euro-

45) Ibid., S. 59.
46) Ibid., S. 194.
47) Ibid., S. 103.
48) Ibid.
49) Ibid., S. 241.
50) Ibid., S. 243.
51) Ibid., S. 201.
52) Ibid., S. 203.
53) Ibid., S. 157.
54) Ibid.
55) Ibid. S. 203.
56) Ibid., S. 158.
57) Ibid., S. 159.
58) Ibid., S. 205.
59) Ibid., S. 205 f.

päers, die Augen-Vernunft, sondern die Berührungs-Vernunft, die sympathische Vernunft, die mehr vom logos als von der ratio hat" [60]). Gemäß dieser Vernunft kenne der Afrikaner das Subjekt-Objekt-Verhältnis nicht, denn er sei als Subjekt im Objekt selbst. Der Negro-Afrikaner „ist ein Sinnenmensch, ein Wesen mit offenen Sinnen, ohne Mittler zwischen Subjekt und Objekt, er ist Subjekt und Objekt zugleich" [61]). Er sieht das Objekt nicht, er fühlt es. „Der Negro-Afrikaner also sympathisiert und identifiziert sich und entsagt sich selbst, um wiedergeboren zu werden im anderen" [62]). In solchem entfremdeten Protest gegen die dualistische Herrschaftsvernunft reproduziert Senghor naiv die Rassenideologie. Schon Hegel verachtete die Afrikaner, die keine Objektivität kennen, und betonte, „daß im inneren Afrika das Bewußtsein überhaupt noch nicht zu der Anschauung eines festen Objektiven, einer Objektivität gekommen ist" [63]). Und: „Bei den Negern ist nämlich das Charakteristische gerade, daß ihr Bewußtsein noch nicht zur Anschauung irgendeiner festen Objektivität gekommen ist" [64]). Was Hegel unter Afrika versteht, „das ist das Geschichtslose und Unaufgeschlossene, das noch ganz im natürlichen Geiste befangen ist . . ." [65]).

Es ist offensichtlich, daß Senghors Romantik wie die der meisten verwestlichten Kolonialintellektuellen eine Variante der konservativen Kulturkritik ist, wie sie in Europa in der Tradition von Oswald Spengler u. a. sich manifestiert. Diese Anlehnung erfolgte nicht zuletzt aufgrund der westlichen Bildung der Kolonialintellektuellen: sie haben gelernt, sich in westlichen Kategorien auszudrücken. Nur nimmt ihr intellektuelles Wirken eine akkulturative Gestalt an, d. h. sie kopieren die konservative Kulturkritik nicht einfach, sondern bemühen sich — bewußt oder unbewußt — um eine kulturelle Synthese aus dem rezipierten Gedankengut und Momenten ihrer außerokzidentalen autochthonen Kultur [66]).

Senghor verleugnet die Herkunft seiner Romantik nicht durchgängig. Während er zeitweilig auf die Originalität, d. h. für ihn: auf die „Afrikanität", seiner Négritude pochte, betonte er in den vergangenen Jahren stets den Zusammenhang zwischen seiner Négritude und westlichen, insbesondere deutschen Kulturelementen. Dieser Wandel zeigt den Übergang Senghors zu der These von der universellen Kultur an; hierauf werden wir noch eingehen.

In seiner Rede anläßlich der Verleihung des „Friedenspreises des deutschen Buchhandels" im Jahr 1968 hat Senghor die Verwandtschaft seines Denkens mit dem der deutschen Romantik mehrfach betont [67]), ohne sich dabei zu vergegenwärtigen, daß das deutsche liberale Publikum, vor dem er sprach, nach der hiesigen Aufarbeitung der Vergangenheit die Romantik verworfen hat und sie zu den Quellen antidemokratischen Denkens in der deutschen Geschichte rechnet. Die Romantik wandte sich gegen die Französische Revolution und die Aufklärung, und in der Tradition der Romantik entstand der völkische Nationalismus, der den Fremdenhaß und das Deutschtum propagierte. Gleichwohl zögerte Senghor nicht, an diese Tradition anzuknüpfen. Die gleichzeitige Entdeckung der deutschen Romantik in rechtsradikalen Kreisen in Frankreich vor dem Zweiten Weltkrieg und die der schwarzafrikanischen Kulturen, so sagte Senghor, war „für mich von entscheidender Bedeutung für die Herausbildung des Be-

60) Ibid., S. 199.
61) Ibid., S. 156.
62) Ibid., S. 198.
63) G. W. F. Hegel, Die Vernunft in der Geschichte, Hamburg 1955, S. 217.
64) Ibid., S. 218.
65) Ibid., S. 234.
66) Hierzu detailliert B. Tibi (Anm. 12), S. 15 ff., bes. S. 44 ff.
67) L. S. Senghor, „Die Versöhnung der Gegensätze — L'Accord conciliant", in: L. S. Senghor, Ansprachen anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, Frankfurt/M. 1968, S. 41 ff. (franz. Original), S. 55 ff. (dt. Übers.).

griffes Négritude" [68]). Auch fand Senghor keine Hemmungen, im Jahr 1968 vor einem deutschen Publikum auf den aristokratisch-völkischen Ethnologen Frobenius zu rekurrieren und mit ihm zu betonen, „daß übrigens die Seele des Negers mit der deutschen Seele verwandt ist" [69]), nämlich insofern, als beiden „als wesentliche Züge ihres Charakters eine große Fähigkeit zur Gefühlsbewegung und eine ebenso große Ausdruckskraft zugesprochen" [70]) werden. So war Senghor nach seinen eigenen Worten bemüht, die genannte Entdeckung genau zu studieren, „einmal für das Verständnis des deutschen Wesens, das heißt der deutschen Kultur, und zweitens für die Herausbildung des neuen Negertums" [71]). Daß die These vom „gefühlsbetonten deutschen Wesen" im 19. Jahrhundert als Waffe der deutsch-nationalen Konservativen gegen die Aufklärung und den Rationalismus der Französischen Revolution diente, scheint weder Senghor gestört zu haben noch das Gremium, das ihm den Friedenspreis des deutschen Buchhandels verliehen hat.

Die Preisgabe der These von der Ausschließlichkeit der negro-afrikanischen Kultur, wie sie der frühe Senghor vertrat, und der Übergang zur Behauptung einer „culture universelle" steht im Zusammenhang damit, daß es heute im allgemeinen keine Kolonialideologie im alten Sinne mehr gibt, die den Negro-Afrikaner ächtet. Mit dem Übergang vom Kolonialismus zum Neokolonialismus sind die Herrschenden von der alten rassistischen Kolonialideologie zur Ideologie der Partnerschaft übergegangen. Den Slogan „vom Kolonialismus zur Partnerschaft" findet man fast in jeder bürgerlichen entwicklungspolitischen Schrift [72]). So verwundert es nicht, daß Senghor, der sich als Vorkämpfer des Negertums versteht, neuerdings „großen Wert darauf (legt), zugleich auch ein Vorkämpfer der künftigen Weltkultur zu sein" [73]).

Senghor wurde im Westen nicht nur mit der genannten Preisverleihung gefeiert, sondern auch breit publizistisch. Jener Theoretiker der Négritude, der sie primär als Antikolonialismus verstand, Césaire, konnte eine solche Resonanz nicht finden. Mit Recht schreibt Arnd Kumerloeve: „Césaire geriet in den Hintergrund, konnte wohl auch aufgrund seiner radikalen Konsequenzen im Westen auf weniger Publizität rechnen. Senghor ist der einzige Négritude-Autor, der hierzulande mit seiner Konzeption der Entwicklung in Afrika Beachtung findet" [74]). So widmete eine einflußreiche, in der Springerpresse [75]) gelobte Publizistin, Gisela Bonn, Senghor ein ganzes Buch, in dem sie ihn geradezu verherrlicht. Begeistert ist die Autorin von Senghor vorab, weil dieser „für Verständigung und Frieden in Afrika ... mehr getan (hat) als irgendein anderer Staatsmann" [76]). Allerdings interessiert es sie nicht, welche Art von Verständigung und Frieden Senghor predigt: Frieden nämlich mit dem Kolonialismus, insofern, als Senghor sich

---

68) Ibid., S. 62.
69) Ibid., S. 63.
70) Ibid.
71) Ibid., S. 64.
72) Hans-Gerd Schumann, „Imperialismus-Kritik und Kolonialismus-Forschung", in: „Neue Politische Literatur", Bd. 12 (1967), H. 2, S. 186—199, hierzu S. 189 f., zitiert einige frühe Schriften von Kolonialideologen und heutige Schriften derselben Autoren über „Partnerschaft", z. B. Matthias Schmitt, Kolonien für Deutschland, Eine Förderung der nationalen Ehre, des gleichen Rechts, der wirtschaftlichen Notwendigkeit, Stuttgart 1939, und ders., Die befreite Welt, Vom Kolonialsystem zur Partnerschaft, Baden-Baden 1962. Schumann plädiert einmal mehr für eine stringente Imperialismustheorie, denn ansonsten ist „keine exakte Aussage über die wahre Bedeutung dessen möglich, was uns unter der Schlagzeile ‚Vom Kolonialsystem zur Partnerschaft' häufig genug von denen angeboten wird, die vor 1945 zu den Spitzenkräften unter kolonialistischen Ideologen gehörten" (S. 190).
73) L. S. Senghor (Anm. 67), S. 56.
74) Arnd Kumerloeve (Anm. 30), S. 133.
75) Springers Blatt „Die Welt" befand seinerzeit, daß das unbrauchbare Buch von G. Bonn, Afrika verläßt den Busch, Düsseldorf-Wien 1968², „eine der vorzüglichsten Zusammenfassungen afrikanischer Probleme" sei, eine Einschätzung, die der rechtsgerichtete Verlag auch im Prospekt anführt.
76) Gisela Bonn, Lépold S. Senghor, Wegbereiter der Culture Universelle, Düsseldorf-Wien 1968, S. 17 f.

gegen alle afrikanischen Befreiungsbewegungen und für eine Verständigung mit dem französischen Kolonialsystem einsetzte, wobei er sich stets als Werkzeug des Kolonialismus in Afrika benutzen ließ.

Folgt man Gisela Bonn, so fordert Senghor „zu neuen Begriffen und Einsichten heraus. Wenn man erkennen will, was er unter ‚culture universelle' versteht . . ., muß man ihn ebenso in Afrika wie in Frankreich besuchen, in der Normandie, auf dem Landsitz ‚Les Rosiers' in Verson" [77]). Den neuen kategorialen Rahmen kann die Autorin glücklicherweise gleich mitliefern; sie besuchte nämlich Senghor, zunächst auf seinem Landsitz in der Normandie, der „im Empire-Stil geplant und erbaut" wurde [78]). „Madame Senghor serviert Tee aus feingezeichneten Sévres-Schalen. Artig sitzt Philippe auf dem Empire-Sofa, das mit weinrotem Velours bezogen ist. Über die zartgrauen Seidenpolster der Direktoire-Sessel fällt das gedämpfte Licht der Kerzen" [79]). Und so fort. Und dann besuchte die Autorin Senghor im Senegal, wo der Armeechef, General Diallo, sie empfing, „der mehr als einmal seine Maschine zu Rundflügen über Senegal zur Verfügung stellte" [80]). Sie sprach mit Senghor bei einem Empfang, wo er ihr gestand: „Die Ursachen der augenblicklichen Zivilisationskrise (liegen) . . . im krassen Materialismus" [81]). Und bei diesem Empfang konnte Gisela Bonn mit eigenen Augen erneut beobachten, wie Afrika den Busch verläßt: „Immer wieder flammten die Scheinwerfer auf, surrten die Kameras, glänzten Brokate und Seiden im Rampenlicht. Wer dem Augenschein vertraute, hatte den Beweis: in diesem Afrika war der Anschluß an das 20. Jahrhundert vollzogen" [82]). Einen Blick hinter die Kulissen ersparte sich die Autorin.

Die Négritude hat im senegalesischen Bildungssektor den Stellenwert, der einer Religion in einem theokratischen Staat zukommt. Selbst in mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern wird Négritude als wichtige Lehre unterrichtet. Ein senegalesischer Professor, der im Interesse seiner Karriere auf die Bedeutung der Négritude für die Mathematik hingewiesen hat, fand eine — nicht zufällig rechtsgerichtete — deutsche Zeitschrift, die seine Ausführungen als interessanten Beitrag zur Afrikanistik veröffentlichte [83]).

Der gesellschaftliche Stellenwert der Négritude-Konzeption

Zur Kritik an Senghor

Es erscheint von besonderem Interesse zu klären, welche soziale Funktion die Négritude in einem postkolonialen Land wie dem Senegal heute hat. Folgt man der Interpretation der Négritude, die einer der Gefolgsleute Senghors: Doudou Thiam, Außenminister des Senegals bis 1967, gegeben hat, so sind die Ziele dieser panafrikanischen Ideologie „die Bekämpfung des Kommunismus sowie de(r) Abbau der Kolonien und die Verwirklichung der afrikanischen Einheit" [84]). Thiam deklarierte Senghors Négritude zu der Panafrikanismus-Konzeption schlechthin, zumal Senghor zu denjenigen zähle, die versuchten, dem Panafrikanismus als Antikommunismus „eine philosophische Grundlage zu ver-

77) Ibid., S. 190.
78) Ibid., S. 191.
79) Ibid., S. 192.
80) Ibid., S. 195.
81) Ibid., S. 196 f.
82) Ibid., S. 200.
83) S. Niang, „Négritude und Mathematik", in: „Internationales Afrika-Forum", Bd. 8 (1972), H. 7/8, S. 446—451.
84) Doudou Thiam, Die Außenpolitik der afrikanischen Staaten, Ideologische Grundlagen — Wirtklichkeit — Zukunftsperspektiven, Düsseldorf-Wien 1966, S. 34.

leihen ... ‚Négritude' ist ein universales Konzept, eine Weltanschauung ..." [85]). Auch erweist sich die Négritude „als wissenschaftliche Theorie, die auf der Analyse einer Gesamtheit objektiver Faktoren beruht, die aus der Umwelt des Menschen hervorgehen" [86]). Indem die Négritude auf der Eigenständigkeit der afrikanischen Umwelt insistiert, erscheint sie als eine Weigerung, „fremdes Gedankengut ohne Diskussion zu akzeptieren", kann somit „dem Kommunismus erfolgreich entgegentreten" [87]). Die Négritude stieß Thiam zufolge bisher auf marxistische Kritik und Ablehnung einfach deshalb, weil sie „ein Element des Widerstandes gegen die kommunistische Ideologie darstellt" [88]). Thiam geht über Senghor jedoch insofern hinaus, als er glaubt, daß die Négritude allein „nicht genügt, um das schwarze Afrika gegen den Kommunismus zu schützen", denn „der Kommunismus breitet sich nicht allein durch seine Ideologie aus. Er nutzt die Lebensbedingungen der Völker, ihre wirtschaftliche und soziale Lage aus" [89]). Daher liegt bei Thiam die Betonung auf einem politisch verstandenen „afrikanischen Sozialismus" und nicht auf der kulturellen Bestimmung der Négritude, obwohl er sich darin in toto auch auf Senghor berufen kann, denn nach der Dekolonisation war auch Senghor genötigt, seine Négritude-Konzeption — wenngleich dies auf reaktionäre Weise geschah — zu politisieren.

Im Anschluß an Senghor betont Thiam, daß der Afrikaner „aus Tradition Sozialist" sei [90]), daß der „afrikanische Sozialismus" daher als „instinktiver Sozialismus" gedeutet werden könne. Während der „europäische Sozialismus" revolutionär und dem Klassenkampf entsprungen sei, orientiere sich der „afrikanische Sozialismus" an der Struktur der afrikanischen Gemeinschaft. Diese sei „nicht das Ergebnis eines Kampfes, eines Überwindens; sie ist dem Wesen nach Übereinstimmung und Harmonie, Ergänzung; man könnte auch Symbiose sagen" [91]). Obwohl Senghor und sein Interpret Thiam militante Antikommunisten sind, versäumen sie es nicht, Marx vor „Fehlinterpretationen" zu schützen. Thiam hält es für Senghors Verdienst, entdeckt zu haben, daß es „eine grobe Verfälschung der Lehre Marx' (ist), den Marxismus mit Atheismus zu identifizieren" [92]). Denn Marx sei stets ein Ethiker gewesen und sein Materialismus lediglich eine „Reaktion gegen den Moralismus der utopischen Sozialisten" [93]). Nach Senghor und Thiam ist in diesem Sinne „Marx mit Gott versöhnt, den er nie wirklich verlassen hat" [94]). Diesen Unsinn würdigt Thiam als „scharfsinnige Analyse", die den Marxismus auf „seine geistigen Grundlagen" zurückführe. Senghors Antikommunismus gilt also nicht Marx, sondern den Marxisten. Senghor verwirft — nach Thiam — zwar „den Materialismus, anerkennt jedoch die Dialektik als Methode zur Analyse der afrikanischen Gesellschaft" [95]). Allerdings hat Senghor sich die dialektische Methode nicht zu eigen gemacht. Ein dialektisch-historisches Studium der afrikanischen Verhältnisse hätte nämlich Aufklärung darüber gebracht, daß die Länder Afrikas und auch der Senegal seit ihrer Kolonisierung vom Kapitalismus durchdrungen sind und dessen Strukturmerkmale aufweisen. Der Antikommunismus der postkolonialen Variante der Négritude redet der Unterent-

85) Ibid., S. 36.
86) Ibid., S. 37. Kurioserweise findet man eine ähnliche Behauptung in der Münchner Habilitationsarbeit von Walter L. Bühl, Evolution und Revolution, München 1970, S. 218 ff., 261 ff. Bühl bezeichnet die Négritude als sozialwissenschaftliche Theorie, wobei er in exotischer Weise eine Dritte-Welt-Romantik von rechts formuliert und sämtliche sozialwissenschaftlichen Bemühungen in den fortgeschrittenen Ländern als irrelevant für die Dritte Welt abtut. Er sucht nach einer Alternative und glaubt schließlich, sie im Maoismus und in der Négritude gefunden zu haben; siehe bes. S. 261 ff.
87) D. Thiam (Anm. 84), S. 37.
88) Ibid., S. 39.
89) Ibid.
90) Ibid., S. 53.
91) Ibid., S. 53 f.
92) Ibid., S. 66.
93) Ibid., S. 67.
94) Ibid., S. 68.
95) Ibid., S. 70.

wicklung das Wort, die sich in den Ländern der Dritten Welt nach ihrer Integration in die kapitalistischen Tauschbeziehungen gerade auch unter neo-kolonialistischen Verhältnissen progressiv entwickelt; er hat also eine pure Legitimationsfunktion; und die Etikettierung der Négritude als „afrikanischer Sozialismus" hat Verschleierungsfunktion, insofern sie über die tatsächlichen, keinesfalls sozialistischen Verhältnisse hinwegtäuscht.

Die Indienstnahme der Négritude zur Maskierung einer postkolonialen Klassenherrschaft, wie sie auch im Senegal gegeben ist, läßt sich deutlich in den neueren Arbeiten Senghors beobachten. In einem Aufsatz, der aus einem Vortrag über Négritude an skandinavischen Universitäten hervorging, nennt Senghor die Négritude eine afrikanische Sozialismus-Ideologie, wobei er sich sogleich mit der Marxschen Theorie auseinandersetzt, um zu zeigen, daß er mit Sozialismus nicht Marxismus meint. Insbesondere legt Senghor Wert auf die Feststellung, daß er nicht die Marxsche Klassentheorie übernommen hat, und zwar deshalb nicht, weil „auf jeden Fall ... im Schwarzen Afrika die Kolonialwirtschaft die sozio-professionellen Gruppen proletarisiert" [96]) habe. Diese Behauptung ist aufschlußreich in zweifacher Hinsicht. Einmal gesteht Senghor zu, daß das vorkoloniale Afrika doch nicht ohne soziale Differenzierung war — wenn er auch nicht von Klassen, sondern von sozio-professionellen Gruppen spricht, so kann also das vorkoloniale Afrika keine Gesellschaft allein aus Bauern bestehend, und das heißt in Senghors Verständnis: keine sozialistische Gesellschaft gewesen sein. Er hat also seine frühere These von der ursprünglichen Klassenlosigkeit der afrikanischen Gesellschaft aufgegeben. Und zum anderen behauptet Senghor, daß unter der Kolonialherrschaft eine Proletarisierung *aller* Kolonisierten erfolgte; dabei unterschlägt er beispielsweise, daß aus dem kolonialen Verwaltungsapparat eine Kompradoren-Bourgeoisie hervorging, zu der Senghor selbst gehört, deren Interessen denen der anderen einheimischen Klassen zuwiderlaufen und mit denen der Kolonialherren vermittelt sind. Da der heutige Senegal angeblich keine soziale Differenzierung in Klassen kennt, vielmehr eine harmonische Nation, wenn auch bestehend aus Proletariern, darstellt, könne der senegalesische Sozialismus [97]) auch nur nach außen gerichtet sein: „Das Hauptanliegen des Sozialismus kann nicht mehr in der Beseitigung der inneren Ungleichheiten einer Nation gesehen werden; es ist vielmehr der Abbau der Ungleichheiten auf internationaler Ebene zwischen den kapitalistischen und den proletarischen, zwischen den reichen und armen Nationen" [98]). Dieser neue Mythos von hier kapitalistischen, dort proletarischen Nationen vernebelt den Tatbestand, daß das Proletariat als wesentliches Moment des Kapitalismus auch nicht geographisch getrennt von ihm existiert; daß in den fortgeschrittenen Industrieländern sich eine proletarische und eine kapitalistische Klasse als sich gegenseitig bedingende, in ihren Interessen sich widersprechende soziale Kräfte gegenüberstehen. Das nationale Kapital erzeugt sowohl in den hochentwickelten als auch in den unterentwickelten Teilen der Welt Armut und Reichtum, wenn in den einzelnen Nationen auch in einem historisch erklärbaren unterschiedlichen Ausmaß. Senghors Aufteilung der Welt in kapitalistische und proletarische Nationen verträgt sich auch nicht mit seinen Vorstellungen von der „culture universelle".

---

96) Léopold S. Senghor, „Der senegalesische Weg zum Sozialismus", in: „Internationales Afrika-Forum", Bd. 6 (1970), H. 9/10, S. 531—541, hierzu S. 533.
97) Ausführlich zu Senghors Sozialismus-Verständnis und seiner Praxis: Peter Doll, Der senegalesische Weg zum Sozialismus, Konzeption und Verwirklichung der senegalesischen Entwicklungspolitik, Hamburg 1966, bes. S. 35 ff. Zu Senghors Marx-Verständnis vgl. auch S. 63 ff.
98) L. S. Senghor (Anm. 96), S. 534.

Auf dem unterstellten Tatbestand, daß alle Afrikaner proletarisiert worden seien, baut Senghor eine weitere These auf, nämlich die, daß der Staat in Entwicklungsgesellschaften kein Klassenstaat sei. „Da die Kolonisation alle sozio-professionellen Gruppen proletarisiert hat, besteht die Aufgabe des Staates nicht darin, die Herrschaft einer Gruppe über eine andere zu sichern; wenn die senegalesische Nation aus der einer proletarischen Nation herausgeführt werden soll, muß der Staat vielmehr die Tätigkeiten der verschiedenen sozio-professionellen Gruppen konvergierend und harmonisch in einer demokratischen Gesellschaft organisieren" [99]). Aus diesem Zitat erwachsen wieder Zweifel darüber, ob es nach der Proletarisierung durch das Kolonialsystem im Senegal nun doch noch sozio-professionelle Gruppen, d. h. also Klassen gibt oder nicht. Doch darüber klärt Senghor bald auf. Nachdem er behauptet hat, daß es in Afrika keine Klassen gebe, schreibt er am Ende seines zitierten Aufsatzes, jeder Mensch solle sich innerhalb seiner sozialen Klasse entfalten. Er verwickelt sich also offensichtlich in Widersprüche. Schließlich gibt Senghor auch Aufschluß über seinen Begriff von „demokratischer Gesellschaft", die nämlich nicht demokratisch organisiert, sondern autoritär-hierarchisch strukturiert ist. Sein Gesellschaftsbild erinnert an jenes, das von spätromantischen, präfaschistischen Ideologen (O. Spann u. a.) propagiert wurde. Wie jene ist Senghor der Auffassung, daß in der harmonischen Ganzheit der Nation, hier der senegalesischen, jeder Einzelmensch „innerhalb seiner sozio-professionellen Gruppe und durch sie zur Person wird". Auf seinem Platz in der Hierarchie der Gesellschaft kann dann jeder einzelne „im Sinne der negro-afrikanischen Kultur sein ganzes Leben, seine Arbeits- und Freizeit wie ein Kunstwerk genießen, das die Seele erfreut und die Lebenskräfte steigert: vom Sein zum Mehr-Sein" [100]). Es wäre müßig, darüber nachzusinnen, wessen Seele sich mehr erfreut, die eines senegalesischen städtischen Arbeiters, dessen Lohn beim Existenzminimum liegt, oder die eines senegalesischen Bauern, dessen Einkommen seine Lebenskräfte gewiß nicht gerade steigert, wenn es sie überhaupt erhält. Senghor, der aus dem Adelsgeschlecht der Malinké stammt und im Senegal über erheblichen Grundbesitz verfügt, verbringt seine Freizeit bekanntlich in der französischen Normandie, wo er ein Landgut besitzt. Dort erfreut sich seine Seele unter den Nachkommen des Ritters Marquis Daniel de Betteville, dessen Enkelin Senghors Frau ist.

In Senghors „Traum von einer sozialistischen Gesellschaft" wird der Staat seine „echte Funktion" wiedergefunden haben, „die darin besteht, zu fördern, zu beleben und zu überwachen: kurz, seine Rolle als Schiedsrichter wiederfinden, als Vater, wie wir in Afrika sagen, zwischen den sozio-professionellen Gruppen und ihren Unternehmen, die im Rahmen des nationalen Gefüges ihre Selbständigkeit wieder gewinnen werden" [101]).

Trotz der Hochkonjunktur der Négritude-Literatur und der Preisung der Négritude-Konzeption durch gewisse europäische Publizisten, die allenfalls ein exotisches, nicht aber ein emanzipatorisches Interesse an Afrika haben, gibt es nicht wenige kritische Stimmen zur Négritude [102]). Vor allem ist auf die retardierende Funktion der Négritude-Ideologie bei der gesellschaftlichen Entwicklung hingewiesen worden. So hat der französische marxistische Afrikanist Yves Bénot

99) Ibid., S. 534.
100) Ibid., S. 541.
101) Ibid.
102) G. Grohs (Anm. 15), S. 197 ff. Die Négritude-Kritiker werden auch von A. Kumerloeve (Anm. 30), S. 120—132, referiert. Zu den afrikanischen Négritude-Kritikern siehe H. Kamphausen, „Kritische afrikanische Stimmen zur Négritude", in: Gerhard Grohs (Hrsg.), Theoretische Probleme des Sozialismus in Afrika, Négritude und Arusha-Deklaration, 2. Jahrestagung der Vereinigung von Afrikanisten in Deutschland (VAD), Hamburg 1971, S. 53—74; siehe auch H. Kamphausen, „Bemerkungen zur geistigen Situation afrikanischer Eliten aus der Sicht der Akkulturations- und Heilserwartungsproblematik", in: R. König u. a. (Hrsg.), Aspekte der Entwicklungssoziologie, Köln-Opladen 1969, S. 93—121.

nach umfangreichen Studien darauf aufmerksam gemacht, daß das politische Denken in Afrika während der Dekolonisation mehr Romantik und wenig politische Strategien zur gesellschaftlichen Veränderung vermittelte. Bénot zeigt auch, daß die meisten afrikanischen Sozialismen nichts Sozialistisches enthalten und nur der Verschleierung bestehender Herrschaft sowie der Kollaboration zwischen der Kompradoren-Bourgeoisie und der ehemaligen Kolonialmacht dienen [103]). Zu einer ähnlichen Bewertung kommt Christa Serauky in ihrer Untersuchung der Négritude: diese wurde , „einst literarischer Appell, Erwecker des Nationalbewußtseins im Kulturellen, kulturelle Opposition gegen den Kolonialismus, zu einer Mystifikationslehre. Statt dem Afrikaner in der nationalen Befreiungsbewegung eine ideologische Unterstützung zu bieten, sucht Senghor in einer mystischen Vergangenheit die Lösung aller Fragen und Probleme" [104]). Senghors afrikanischer Sozialismus erhält für Sekaury „seine Besonderheit durch die Négritude, es ist ein mystifizierter Pseudosozialismus" [105]). Sein Wesensmerkmal ist der Irrationalismus. „Die Quellen für diesen irrationalen Charakter der Négritude sind u. a. in dem reaktionären Irrationalismus von Bergson und Spengler zu sehen. Spenglers Gedanken, daß aufgrund idealistischer Ursachen Kulturen mit individueller Seele entstehen, blühen und schicksalhaft vergehen, werden von Senghor auf die universelle Geschichte übertragen. Jede Kultur hat einen eigenen Organismus und ist gegen jede andere verschlossen. Jede Kultur hat eine Seele, einen Geist, der sich im Körper der Kultur, der Wissenschaft und der sozialen Organisation konkretisiert" [106]).

Seraukys Kritik berücksichtigt die Wandlungen der Négritude von einer historisch beschränkt progressiven zu einer retardierenden und herrschaftsstabilisierenden Ideologie. Diese Differenzierung wird von Immanuel Geiss nicht getroffen, der sich darin erschöpft, die Nähe der Négritude zum nationalsozialistischen Denken nachzuweisen. Daß zwischen dem Pochen auf Ausschließlichkeit der negro-afrikanischen Kultur und der späteren Behauptung der „culture universelle" bei Senghor kein unerklärlicher Widerspruch besteht, sondern ein historisch vermittelter Zusammenhang, hat auch einer der führenden Négritude-Forscher, Irving L. Markovitz, herausgearbeitet. „Die Négritude wurde trotz der Emphase der Einzigartigkeit des schwarz-afrikanischen Beitrags zur Zivilisation zu einem Instrument, die Kollaboration zwischen den kolonialistischen und den afrikanischen Eliten zu fördern. Während ihrer ganzen historischen Entwicklung war die Négritude vor allem ein Brückenkopf für das koloniale Establishment" [107]). Markovitz hebt hervor, daß die Substanz der Négritude dies ermöglichte. Die Négritude „sprach von Entfremdung, aber nicht von Ausbeutung; ihr Adressat war das Individuum und nicht die Masse; sie richtete sich an die Intellektuellen und nicht an die Analphabeten . . .; sie konnte nur den akkulturierten Afrikanern verständlich werden, die in der kolonialen Verwaltung tätig waren" [108]). Kurzum: man kann mit Gerhard Grohs die Négritude als „Produkt der Entfremdung gewisser, in besonders enger Beziehung zur westlichen Kultur getretener Gruppen" [109]) charakterisieren. Daß diese Gruppen, sobald der unmittelbare Druck der kolonialen Situation aufgehoben war, mit der Kolonial-Metropole im eigenen Interesse zusammenarbeiteten, ist eine historische Erfahrung.

(Teil II folgt)

103) Yves Bénot, Idéologies des Indépendences Africaines, Paris 1969, S. 173 ff.
104) Christa Serauky, „Das philosophisch-literarische System der Négritude bei Senghor", in: „Mitteilungen des Instituts für Orient-Forschung", Bd. 15 (1969), H. 3, S. 425—439, hierzu S. 428.
105) Ibid., S. 431.
106) Ibid., S. 430.
107) Irving L. Markovitz, Léopold S. Senghor and the Politics of Négritude, New York 1969, S. 40 f., vgl. auch S. 44 ff.
108) Ibid., S. 45 f., vgl. auch S. 49 ff.

Fernseh-Spalte

„SCHALTN MIR AUS?"

„Oberösterreich" von Franz Xaver Kroetz. „Erster Akt, erste Szene: Im Wohnzimmer vor dem Fernseher. Anni und Heinz. Die Sendung ist gerade zu Ende gegangen. Heinz: Des wars. Anni: Schaltn mir aus?" (Zitiert nach dem Textbuch, Suhrkamp Verlag).

Was Heinz und Anni in Heidelberg auf der Bühne spielen, das Fernsehgerät ausschalten, tat das ganze Fernsehen in Mainz nun mit ihnen, mit Kroetz und dem ganzen Stück. Für „ausschalten" finde ich in meinem Synonym-Wörterbuch u. a. folgende Ausdrücke von gleicher Bedeutung: fortjagen, hinaussetzen, absetzen, kaltstellen, ausbooten, ausschließen, aussperren, disqualifizieren, boykottieren, ächten, verfemen.

Die ganz Schlauen werfen sich in die Brust und sagen: Aber es ging ja gar nicht um das Stück; die haben es doch wegen der anschließenden Diskussion abgesetzt. Die ZDF-Sendereihe „Die aktuelle Inszenierung" ist einheitlich mit einer Diskussion über das jeweils vorgestellte Stück gekoppelt. Aber es gibt kein Gesetz, das dem ZDF vorschreiben würde, sich an dieses Schema zu halten. Erste Schlußfolgerung: nicht nur die Diskussion, sondern auch das Stück paßte der Mainzer Lebenshilfeanstalt nicht. Was die Städtischen Bühnen Heidelberg (deren Inszenierung das ZDF aufzeichnete) ihrem reichlich konservativen Publikum vorsetzen können, ist dem Seelsorger auf dem Mainzer Intendantenthron noch längst nicht geheuer. Aber das gibt er nicht zu. „Oberösterreich" ist beabsichtigtes Trivialtheater. Anni und Heinz bewegen sich auf einer Bewußtseinsebene, die ihnen noch keine Einsichten in größere sozial- und gesellschaftspolitische Einsichten gewährt. Sie haben sich harten Tatsachen zu stellen: Anni erwartet ein Kind, Heinz verlangt die Abtreibung, weil das Geld nicht reicht. Zu allem Unglück wird er auch noch seinen Führerschein los (er ist LKW-Fahrer). Trotzdem entscheiden sie sich zum Schluß für das Kind.

So blank betrachtet, vermißt man bei Heinz und Anni die Einsicht in die Konsum-Manipulation, der sie erlegen sind, und die daraus resultierende Überzeugung, daß ihr letztlicher Konsumverzicht zugunsten des Kindes (so edel er ist) keine gesellschaftspolitische Lösung darstellt. Ich nehme an, über Fragen dieser Art hätte die uns vorenthaltene ZDF-Diskussion Aufschluß gegeben.

Sie fand zwar statt und wurde aufgezeichnet, aber Programmdirektor Joseph Viehöver (SPD) übte Totalzensur. DKP-Mitglied Kroetz und zwei Diskussionsteilnehmer, die ebenfalls der DKP angehören, wurden „ausgeschaltet" (siehe die eingangs aufgezählten Synonyme). Die Zeitschrift „Gong" hatte dem ZDF kommunistische Unterwanderung vorgeworfen. Und das genügte, um wieder einmal die Informations- und Kunstfreiheit abzuwürgen. Zur ZDF-Erklärung schreibt die „Zeit" (4. 5. 1973): „Es sei nicht das Stück diskutiert worden, sondern soziale Probleme mit unkontrollierbaren Sachbehauptungen." Zweite Schlußfolgerung: Die Informations- und Kunstfreiheit besteht nach Ansicht des ZDF darin, sich selbst die Freiheit anzumaßen, garantierte Grundrechte in eigener Machtvollkommenheit abzuschaffen. Lassen wir für einen Moment mal die impertinente Argumentation der Mainzer beiseite. Wieso sind denn Stück und Diskussion wochenlang ohne jeden Einwand konserviert worden? Weil niemand etwas einzuwenden hatte. So einfach ist das. Es gibt hier, und jede andere Lösung wäre ein Rückfall in die Restaurationspraktiken der Adenauer-Ära, nur eine Konsequenz: Verfassungsklage. Aber das, verehrte Leser, ist wohl eine illusionäre Konsequenz. E. H. Wahl

Bücher

Zur Entstehungsgeschichte der BRD

Huster / Kraiker / Scherer / Schlotmann / Welteke, Determinanten der westdeutschen Restauration 1945—1949. Suhrkamp Verlag (edition suhrkamp 575), Frankfurt/M. 1972, 458 S., 8,— DM.

Jede Untersuchung der jüngsten deutschen Nachkriegsgeschichte sieht sich mit dem Problem konfrontiert, daß aufgrund der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschlands alle staatlichen Funktionen von den Alliierten übernommen wurden. Das hatte zur Folge, daß sich auf vielfältige und komplizierte Art und Weise alliierte Interessen und Konflikte mit den Problemen des Wiederaufbaus eines besiegten Staates vermengten. Dadurch, daß die Siegermächte sich auf deutschem Boden als Besatzungsmächte unmittelbar gegenüberstanden, erhielt Deutschland, das eben noch Kriegsschauplatz und gemeinsamer Feind der Anti-Hitler-Koalition gewesen war, eine strategisch dominierende Rolle in der weltweiten Auseinandersetzung.

Somit sind auch für Huster u. a. die „historischen Implikate" der gegenwärtigen politischen Situation in der BRD die Quasi-Kolonisierung Deutschlands durch die Alliierten, die erneute Etablierung einer privat-kapitalistisch orientierten Gesellschaftsordnung und der daraus resultierenden bürgerlich-parlamentarischen Regierungsform.

Mit einem Zitat von F. D. Roosevelt aus dem Jahre 1935 — „Auslandsmärkte müssen zurückgewonnen werden, wenn die amerikanischen Produzenten eine ausgelastete und dauerhafte Inlandswirtschaft für unser Volk wieder aufrichten sollen. Es gibt keinen anderen Weg, wenn wir schmerzhafte ökonomische Umstrukturierungen vermeiden wollen" (9) — führen die Autoren die Interessengegensätze der Alliierten, die bereits während ihres gemeinsamen Kampfes gegen das faschistische Deutschland offenkundig geworden waren, auf den Systemgegensatz zwischen der UdSSR — als einem Staat mit sozialistischer Gesellschaftsordnung — und ihren westlichen Verbündeten, besonders aber den USA — als Staaten mit einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung — zurück, der, als die konkrete Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes nach der Niederlage des Faschismus nicht mehr bestand, mit aller Schärfe ausbrechen mußte.

Indem frühere — auf taktischen Erwägungen beruhende — Zugeständnisse von amerikanischer und britischer Seite an die UdSSR als unbegrenzter sowjetischer Expansionismus uminterpretiert wurden, projizierte man als eine von der UdSSR ausgehende Gefahr, was in Wirklichkeit — vor allem auf seiten der USA — das eigene Interesse war: die militärische und vor allem ökonomische Dominanz in Europa.

Auf diesem Hintergrund weisen die Autoren auf eine Entwicklung hin, die ihren Anfang auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam nahm und deren Höhepunkt durch das Scheitern der Moskauer Konferenz (1947) markiert wurde, als sich die USA mit dem Verkünden der Truman-Doktrin offen zur Politik des „roll back" und „containment" bekannten.

So wurden durch den Marshall-Plan und die Währungsreform nicht nur die wirtschaftliche — und damit auch die sozialpolitische — Verfassung in den Westzonen präjudiziert, sondern die Teilung Deutschlands als Konsequenz der eigenen Politik der UdSSR zur Last gelegt. Indem nachgewiesen wird, daß die wesentlichen Funktionen des Marshall-Plans für die USA darin bestanden, 1) ihre ökonomische und politische Einflußsphäre auszubauen, 2) Westdeutschland in den antikommunistischen Block zu integrieren und 3) die eigene Wirtschaft vor einer drohenden Krise zu bewahren, daß die Währungsreform die alten Besitzverhältnisse nur noch weiter festigte, wird die Legende von einem totalen wirtschaftlichen Neubeginn und der Chancengleichheit für alle, die zynische Glorifizierung des „Wirtschaftswunders" zerstört. Treffender kann diese Phase des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nicht charakterisiert werden als dadurch, daß „das allgemeine Tempo des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs Westdeutschlands (. . .) ein Indiz für den Ausbeutungsgrad der Arbeiter (ist), die drei Jahre lang für fast wertloses Geld oder Naturalien unter heute kaum vorstellbaren Entbehrungen die privaten

Produktionsanlagen in Gang gesetzt haben" (S. 70). Daß dieses möglich war, lag u. a. daran, daß durch ca. 10 Millionen Flüchtlinge ein Arbeitskräftepotential zur Verfügung stand, das sich durch regionale und berufliche Mobilität auszeichnete und angesichts der Tatsache, sich eine völlig neue Existenz aufbauen zu müssen, eine Arbeitsintensität an den Tag legte, welche die aufgrund der herrschenden Arbeitslosigkeit ohnehin schon niedrigen Löhne noch weiter drückte und somit zu einem Entsolidarisierungsprozeß unter den Arbeitern beitrug. Dieses Moment wird von den Autoren allerdings nicht hinreichend berücksichtigt, zumal bei der Frage wichtig wird, warum es den Organisationen und Parteien der Arbeiterklasse nicht gelang, die Restaurationspolitik der westlichen Alliierten und der bürgerlichen Parteien zu verhindern.

Mit der Erfahrung des Faschismus als der Erfahrung der Zerschlagung ihrer eigenen Organisationen revidierten sowohl SPD als auch KPD ihre Einschätzungen des Faschismus, was zu der Forderung nach einem breiten Bündnis aller antifaschistischen Kräfte führte. An dieser Stelle wenden die Autoren — mit Recht — ein, daß diese neuen Erkenntnisse nicht das Ergebnis einer klassenanalytischen Untersuchung, sondern taktische Zugeständnisse an eine veränderte Situation gewesen seien und daß damit die Perspektive einer gemeinsamen sozialistischen Politik von SPD und KPD von vornherein fragwürdig gewesen sei. Indem sich die SPD unter Schumacher von zwei gesellschaftlichen Systemen in einem Atemzug abgrenzte — Faschismus und Bolschewismus —, war es ihr nicht mehr möglich, die fundamentalen Unterschiede in der ökonomischen Struktur und im Klassencharakter der beiden Systeme zu diskutieren.

Jedoch ist der latente Antikommunismus der SPD-Führung — und der höheren Gewerkschaftsfunktionäre — nicht der einzige Grund für das Scheitern einer antikapitalistischen Volksfrontkonzeption nach 1945. Ziel der Autoren ist es daher auch, „Theorie und Praxis der KPD mit zeitgenössischer kritischer marxistischer Analyse zu konfrontieren, um aus den sich ergebenden Differenzen Schlüsse auf die Ursachen der gescheiterten KPD-Strategie ziehen zu können" (S. 175 f.).

Huster u. a. kritisieren die widersprüchlichen Strategien von Einheits- und Volksfrontpolitik und berufen sich auf die Analysen Thalheimers, der bereits 1945 die Unterwerfung der Westzonen unter die Interessen der USA konstatierte und deshalb „die Kooperationsverweigerung der westdeutschen Arbeiterklasse gegenüber den westlichen Siegermächten und den Aufbau autonomer Klassenorganisationen (...) (forderte), andernfalls bliebe das kolonialisierte Deutschland das Objekt des amerikanischen Imperialismus" (S. 178). Schuldig bleiben allerdings Thalheimer und die Autoren die Antwort auf die Frage, wie dieses Konzept zu realisieren gewesen sei. Unberücksichtigt bleiben nicht nur die massive Interventionspolitik der amerikanischen Besatzungsmacht, sondern auch das auf zahlreiche Gründe zurückzuführende unpolitische Bewußtsein der Arbeiter [1]). Indem die Autoren reale politische Umsetzungsmöglichkeiten politischer Theorie aus den Augen verlieren, fallen sie an dieser Stelle hinter ihren eigenen Ansatz zurück und gelangen somit zu einer etwas oberflächlichen Beurteilung der Nachkriegspolitik der KPD. Das wird auch deutlich an der Beurteilung der Konsequenzen der — sicher sehr interessanten und daher auch zur zusammenhängenden Lektüre zu empfehlenden — Analyse Thalheimers [2]), wo sich Huster u. a. um eine klare Stellungnahme drücken. Allerdings wird hier ein Problem angesprochen, das zu analysieren noch eingehendere Untersuchungen erfordert.

Dieses Buch verschafft einen guten Überblick über die entscheidenden Zusammenhänge dieser Phase unserer jüngsten Geschichte und eignet sich besonders für denjenigen, der sich knapp, jedoch nicht oberflächlich informieren möchte, für den Schulunterricht wie auch für Einführungsveranstaltungen zu diesem Themenkomplex an Hochschulen. Der Vorteil des methodischen Ansatzes in diesem Buch liegt darin, daß es den Autoren gelingt, durch das Herausarbeiten der „Determinanten" in den verschiedenen Bereichen — Politik der Alliierten, Wirtschaft, Parteien und Gewerkschaften — einen systematischen inhaltlichen Zusammenhang herzustellen. Das ermöglicht nicht nur eine kritische Einschätzung der damaligen politischen

1) Vgl. Frank Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter, Köln 1971, S. 276 ff.
2) A. Thalheimer, Die Potsdamer Beschlüsse, o. O. 1950.

Entwicklung, sondern trägt zum Verständnis der heutigen politischen Auseinandersetzung bei.

Für denjenigen, der sich einzelnen Fragestellungen intensiver zuwenden möchte, enthält der ausführliche Anhang nicht nur eine nach den Themenkreisen der einzelnen Kapitel geordnete Bibliographie, sondern auch eine Zusammenstellung zahlreicher Dokumente, die für diesen Zeitraum von Wichtigkeit sind. Eckhard Gruen

Kritische Vernunft?

Hans Albert, Konstruktion und Kritik. Aufsätze zur Philosophie des kritischen Rationalismus. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1972, 392 S., 22,— DM.

Nach seinem „Traktat über kritische Vernunft" (1968) und seinem „Plädoyer für kritischen Rationalismus" (1971) legt Hans Albert, einer der führenden positivistischen Philosophen der BRD, mit „Konstruktion und Kritik" einen neuen umfangreichen Aufsatzband zur Selbstdarstellung des „kritischen Rationalismus" vor. Das Buch, das Victor Kraft, Mitglied und Historiker des Wiener Kreises, gewidmet ist, enthält 14 Aufsätze aus den Jahren 1961—1971, die alle bereits einmal oder mehrmals an verschiedenen Orten veröffentlicht waren, darunter auch die bekannten Arbeiten zum „Positivismus-Streit" zwischen Albert und Popper einerseits und der Frankfurter Schule andererseits.

Das Buch ist — nach einem programmatischen Einführungsaufsatz „Kritizismus und Naturalismus" — in drei Abschnitte gegliedert, in denen Albert nacheinander Hauptprobleme der, wie er meint, „drei heute dominierenden philosophischen Strömungen: des analytischen, des hermeneutischen und des dialektischen Denkens" (9) aus der Sicht des kritischen Rationalismus oder auch „neuen Kritizismus" (13) analysiert. Eine explizite Auseinandersetzung mit der geistigen Hauptmacht der gegenwärtigen Epoche, dem Marxismus, namentlich in seiner leninistischen Gestalt, unterbleibt. Als Vertreter des dialektischen Denkens werden nur die Frankfurter Schule und Klaus Holzkamp herangezogen, wenn auch Albert mit seiner Polemik gegen die „politische Theologie" des „Neo-Marxismus" den Marxismus schlechthin zu treffen beabsichtigt. Spiegelt sich also bereits in seiner beschränkten Gegner-Auswahl, die liberale bürgerliche Theoretiker als Marxisten attackiert, die reale Unterrepräsentiertheit oder meist Nichtrepräsentiertheit marxistischer Theorie an westdeutschen Universitäten, die Alberts Pluralismus-Konzept Lügen straft, so liegen neuerdings genuin marxistische Kritiken an Albert vor, auf die hier nur hingewiesen werden kann: Harald Wessel, Philosophie des Stückwerks. Eine Auseinandersetzung mit dem neupositivistischen „kritischen Rationalismus" (Reihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie", Band 11), Frankfurt/M. 1971, sowie Hermann Ley/Thomas Müller, Kritische Vernunft und Revolution. Zur Kontroverse zwischen Hans Albert und Jürgen Habermas (Reihe „Kleine Bibliothek", Band 11), Köln 1971.

Alberts Theorie, die vehement leugnet, positivistisch zu sein und damit einen positivistischen Begriff von Positivismus verrät, ist eine philosophische Variante der Totalitarismus-Theorie. Sie präsentiert sich als „liberal", erstrebt eine „Reformulierung der im Ansatz schon von Max Weber entwickelten Auffassung über das Verhältnis von Wissenschaft und Praxis unter modernen Gesichtspunkten" (10) und verabscheut von daher Calvinisten, Katholiken, Marxisten und Faschisten, die unter strukturellem Gesichtspunkt angeblich zusammengehören, da sie „Parteilichkeit, Engagement und Glauben" fordern und „Unvoreingenommenheit, Neutralität und Toleranz" als fragwürdig hinstellen (376). Indem Alberts vermeintlich kritische, in Wirklichkeit unhistorische und idealistische Vernunft bei den genannten Phänomenen von allen Inhalten absieht, liefert sie eine Rechtfertigung des kapitalistischen Status quo, der allerdings im Sinne „liberale(r) Reforme(r)" (38) schrittweise umgestaltet, modernisiert werden kann, ohne das Ausbeutungssystem in Frage zu stellen. Das wäre „Alternativ-Radikalismus", ein bei Albert beliebter Begriff, der seinen angepriesenen „Pluralismus" und sein geschätztes „Denken in Alternativen" in bürgerlichen Grenzen bewahren soll.

Gewollt ist diese Rechtfertigung mit allen Konsequenzen von Albert insofern, als er in all seinen primär politischen Äußerungen ganz im Sinne der „Offenen Gesellschaft" seines Lehrers Popper für eine bürgerlich-liberale Demokratie eintritt und auch Max Webers Plädoyer für eine imperialistische „Realpolitik" verteidigt. Ungewollt ist diese Rechtfertigung, insofern Albert als das entscheidende Charakteristikum seines „kritischen" Rationalismus im Unterschied zum „klassischen Rationalitätsmodell" die „Idee der kritischen Prüfung" gegen die „Idee der Rechtfertigung" stellt (z. B. 291, 299, 313). Aber diese Alternative ist falsch, da jede Kritik eine Rechtfertigung impliziert und jede Rechtfertigung eine Kritik bedeutet. Alberts Selbstwiderspruch belegt die dialektische Zusammengehörigkeit von Position und Negation.

Gegen die „aristotelische Wissenschaftsauffassung" (13), die unabdingbare Forderung nach sicheren Gründen für eine Behauptung, von Albert auch als „Fundamentalismus" diskreditiert, stellt er den „konsequente(n) Fallibilismus der modernen Erkenntnislehre" (385), die subjektiv-idealistische Verabsolutierung der Fehlbarkeit der Vernunft, die einen abgründigen Agnostizismus zur Folge hat. Albert verharmlost ihn mit dem Begriff des „theoretischen Pluralismus" (199), kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß nicht diejenigen die „Wahrheitsidee geopfert" (11) haben, die von der „Parteilichkeit" des Denkens ausgehen, sondern diejenigen, die wissenschaftliche Theorien bloß als „freie Schöpfungen oder Konstruktionen des menschlichen Geistes" (198 f.) fehldeuten. Der Marxismus, der den theoretischen Pluralismus zurückweist, vertritt damit nicht die Illusion eines „vollkommenen Wissens" (200, A 10), sondern nur die von Lenin explizierte Dialektik von relativer und absoluter Wahrheit. Alberts Agnostizismus, der mit seiner Behauptung, es gebe keine „vollkommenen Problemlösungen" (199) eine gängige Apologie des Spätkapitalismus liefert, ist der ideologische Reflex der objektiven Perspektivelosigkeit dieser Gesellschaftsformation

Joachim Kahl

Kurzrezensionen

Klaus-Heinrich Standke, Der Handel mit dem Osten. Die Wirtschaftsbeziehungen mit den Staatshandelsländern. Nomos Verlag, Baden-Baden 1972, 2. erw. Aufl., Schriftenreihe Europäische Wirtschaft 36, 327 S., 65,— DM.

„Nachdem in jüngster Zeit in den Ostblockländern im Zuge ihrer — von Land zu Land allerdings sehr unterschiedlichen — wirtschaftlichen Reformbestrebungen Ansätze zur Rückkehr zum Gesetz von Angebot und Nachfrage zu beobachten sind, wird die damit verbundene veränderte Denkweise sich zweifelsohne förderlich auf die Ausweitung des Ost-West-Handels innerhalb der aufgezeigten Grenzen auswirken" (S. 178). Dieses Zitat illustriert deutlich die Perspektive, aus der heraus Standke, der im Sekretariat einer internationalen Wirtschaftsorganisation in Paris arbeitet, intersystemare Wirtschaftsbeziehungen betrachtet. Sein Buch ist, was die Faktensammlung betrifft, nützlich. Jede weiter in die Materie eindringende Analyse der Möglichkeiten und Schwierigkeiten dieser Ost-West-Beziehungen scheitert jedoch daran, daß dem Autor die substantiellen Unterschiede der Gesellschaftsordnungen nicht bewußt sind. In fast allen bürgerlichen Betrachtungen der Entwicklung von intersystemarer Kooperation spielt das (als prinzipiell eingelöst angesehene) Kriterium der „Homologie" (Galtung), der Gleichartigkeit der Partner eine fundamentale Rolle. Man glaubt sie in der zunehmenden Industrialisierung Osteuropas zu erkennen. Daß sich dort jedoch dieser Prozeß unter ganz anderen System-Bedingungen abspielt, die ihm einen ganz anderen Stellenwert zuweisen, bleibt auch in der vorliegenden Studie unberücksichtigt. Wer sich über die Formen des bisherigen Ost-West-Handels, über die ihn abwickelnden Institutionen und ihre finanzielle und rechtliche Formierung sowie über die Struktur dieses Handels und einige handelspolitische Sonderprobleme informieren möchte, findet in Standkes Buch viel Material. Einen Beitrag zur Diskussion über realsitische Kooperations-Modelle zwischen Ost- und Westeuropa findet er nicht.

W. B.

tät des Wählers wie des Verbrauchers kaum mehr übrigbleibt als die Freiheit zur Wahl von Werbeslogans" (S. 186). Zu den Ursachen dieses Tatbestandes dringt die Autorin trotz ihres Engagements bei seinem Aufweis nicht vor. Der antagonistische und Klassencharakter des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der BRD, der sich gewiß auch in der „politischen Werbung" der Bonner Parteien und in der kapitalistischen „Wirtschaftswerbung" offenbart, bleibt in der vorliegenden Studie leider ausgeklammert. Richard Albrecht

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Politik anderer Länder

Peter Heß, Bangla Desh. Tragödie einer Staatsgründung. Verlag Huber, Frauenfeld/Stuttgart 1972, 227 S., 19,80 DM.

Gerd Linde, Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1972, 153 S., 19,80 DM.

Anton Legler und Frieda Bauer, Der Krieg in Vietnam. Bericht und Bibliographie (Oktober 1968 — September 1969). Bernard & Graefe Verlag, Frankfurt/M 1971, Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, H. 11, 154 S., 25,— DM.

Internationale Politik

Ernst-Otto Czempiel, Schwerpunkte und Ziele der Friedensforschung. Chr. Kaiser Verlag, München, und M. Grünewald-Verlag, Mainz 1972, Reihe Entwicklung und Frieden, Bd. 4, 124 S., 9,50 DM.

Gaston Bouthoul, Kindermord aus Staatsräson. Der Krieg als bevölkerungspolitischer Ausgleich. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1972, 224 S., 20,— DM.

Rudolf Weiler und Valentin Zsifkovits (Hrsg.), Unterwegs zum Frieden. Beiträge zur Idee und Wirklichkeit des Friedens. Herder Verlag, Wien 1973, 633 S., ca. 51,50 DM.

Beate Kohler, Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und das Problem der Sicherheitsgarantien. A. Metzner Verlag, Frankfurt/M 1972, Rüstungsbeschränkung und Sicherheit, Bd. 9, 204 S., 60,— DM.

Ökonomie

Lehrbuch Politische Ökonomie — Sozialismus. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M 1972, 622 S., 14,80 DM. — Bei diesem Lehrbuch handelt es sich um die Arbeit eines Autorenkollektivs aus der UdSSR, die dort 1970 zum erstenmal erschienen ist. Der Lehrbuch-Charakter des Buches wird vor allem in der einfachen Darstellungsweise und allgemeinverständlichen Sprache deutlich, so daß auch ökonomisch nicht vorgebildete Leser diese authentische Beschreibung der politischen Ökonomie des Sozialismus mit Gewinn benutzen können.

Alfred Bönisch, Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus. Eine kritische Studie, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1969, 208 S., 12,— DM.

Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Eine sozioökonomische Analyse des Militarismus. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1973, 269 S., 4,80 DM. — Überarbeitete und aktualisierte Neuausgabe.

Soziologie

Hermann Korte (Hrsg.), Soziologie der Stadt. Juventa Verlag, München 1972, Grundfragen der Soziologie, Bd. 11, 206 S., 12,— DM.

Michael Kunczik (Hrsg.), Führung. Theorien und Ergebnisse. Econ Verlag, Düsseldorf 1972, Econ-Reader, 312 S., 28,— DM.

Walter L. Bühl (Hrsg.), Verstehende Soziologie. Grundzüge und Entwicklungstendenzen. Nymphenburger Verlagshandlung, München 1972, Nymphenburger Texte zur Wissenschaft, Modelluniversität, Bd. 9, 318 S., 20,— DM.

Karl Otto Hondrich, Theorie der Herrschaft. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M 1973, Edition Suhrkamp, Bd. 599, 220 S., 6,— DM.

Bernhard Badura, Bedürfnisstruktur und politisches System. Macht, Kultur und Kommunikation in „pluralistischen" Gesellschaften. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1972, 171 S., 18,80 DM.

Gewollt ist diese Rechtfertigung mit allen Konsequenzen von Albert insofern, als er in all seinen primär politischen Äußerungen ganz im Sinne der „Offenen Gesellschaft" seines Lehrers Popper für eine bürgerlich-liberale Demokratie eintritt und auch Max Webers Plädoyer für eine imperialistische „Realpolitik" verteidigt. Ungewollt ist diese Rechtfertigung, insofern Albert als das entscheidende Charakteristikum seines „kritischen" Rationalismus im Unterschied zum „klassischen Rationalitätsmodell" die „Idee der kritischen Prüfung" gegen die „Idee der Rechtfertigung" stellt (z. B. 291, 299, 313). Aber diese Alternative ist falsch, da jede Kritik eine Rechtfertigung impliziert und jede Rechtfertigung eine Kritik bedeutet. Alberts Selbstwiderspruch belegt die dialektische Zusammengehörigkeit von Position und Negation.

Gegen die „aristotelische Wissenschaftsauffassung" (13), die unabdingbare Forderung nach sicheren Gründen für eine Behauptung, von Albert auch als „Fundamentalismus" diskreditiert, stellt er den „konsequente(n) Fallibilismus der modernen Erkenntnislehre" (385), die subjektiv-idealistische Verabsolutierung der Fehlbarkeit der Vernunft, die einen abgründigen Agnostizismus zur Folge hat. Albert verharmlost ihn mit dem Begriff des „theoretischen Pluralismus" (199), kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß nicht diejenigen die „Wahrheitsidee geopfert" (11) haben, die von der „Parteilichkeit" des Denkens ausgehen, sondern diejenigen, die wissenschaftliche Theorien bloß als „freie Schöpfungen oder Konstruktionen des menschlichen Geistes" (198 f.) fehldeuten. Der Marxismus, der den theoretischen Pluralismus zurückweist, vertritt damit nicht die Illusion eines „vollkommenen Wissens" (200, A 10), sondern nur die von Lenin explizierte Dialektik von relativer und absoluter Wahrheit. Alberts Agnostizismus, der mit seiner Behauptung, es gebe keine „vollkommenen Problemlösungen" (199) eine gängige Apologie des Spätkapitalismus liefert, ist der ideologische Reflex der objektiven Perspektivelosigkeit dieser Gesellschaftsformation

Joachim Kahl

Kurzrezensionen

Klaus-Heinrich Standke, Der Handel mit dem Osten. Die Wirtschaftsbeziehungen mit den Staatshandelsländern. Nomos Verlag, Baden-Baden 1972, 2. erw. Aufl., Schriftenreihe Europäische Wirtschaft 36, 327 S., 65,— DM.

„Nachdem in jüngster Zeit in den Ostblockländern im Zuge ihrer — von Land zu Land allerdings sehr unterschiedlichen — wirtschaftlichen Reformbestrebungen Ansätze zur Rückkehr zum Gesetz von Angebot und Nachfrage zu beobachten sind, wird die damit verbundene veränderte Denkweise sich zweifelsohne förderlich auf die Ausweitung des Ost-West-Handels innerhalb der aufgezeigten Grenzen auswirken" (S. 178). Dieses Zitat illustriert deutlich die Perspektive, aus der heraus Standke, der im Sekretariat einer internationalen Wirtschaftsorganisation in Paris arbeitet, intersystemare Wirtschaftsbeziehungen betrachtet. Sein Buch ist, was die Faktensammlung betrifft, nützlich. Jede weiter in die Materie eindringende Analyse der Möglichkeiten und Schwierigkeiten dieser Ost-West-Beziehungen scheitert jedoch daran, daß dem Autor die substantiellen Unterschiede der Gesellschaftsordnungen nicht bewußt sind. In fast allen bürgerlichen Betrachtungen der Entwicklung von intersystemarer Kooperation spielt das (als prinzipiell eingelöst angesehene) Kriterium der „Homologie" (Galtung), der Gleichartigkeit der Partner eine fundamentale Rolle. Man glaubt sie in der zunehmenden Industrialisierung Osteuropas zu erkennen. Daß sich dort jedoch dieser Prozeß unter ganz anderen System-Bedingungen abspielt, die ihm einen ganz anderen Stellenwert zuweisen, bleibt auch in der vorliegenden Studie unberücksichtigt. Wer sich über die Formen des bisherigen Ost-West-Handels, über die ihn abwickelnden Institutionen und ihre finanzielle und rechtliche Formierung sowie über die Struktur dieses Handels und einige handelspolitische Sonderprobleme informieren möchte, findet in Standkes Buch viel Material. Einen Beitrag zur Diskussion über realsitische Kooperations-Modelle zwischen Ost- und Westeuropa findet er nicht.

W. B.

Jehuda L. Wallach, Kriegstheorien. Ihre Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Verlag Bernard & Graefe, Frankfurt 1972, 403 S., 54,— DM.

Sun Tze, Die dreizehn Gebote der Kriegskunst. Verlag Rogner & Bernhard, München 1972, 107 S., 10,— DM.

Keineswegs nur für Spezialisten in militärischen Institutionen geschrieben, stellt das Kompendium von Wallach ein gründliches und bisher in dieser Form nicht vorhandenes Lehrbuch über die wichtigsten Kriegstheorien von Napoleon bis zur modernen Kernwaffenstrategie dar. Wegen der gerafften Darstellung bleibt notwendig zwar das eine oder andere Detail im ungewissen, auch hätte man sich gewünscht, daß der Autor ein wenig gründlicher auf die verschiedenen sozialistischen Kriegstheorien eingegangen wäre oder die Leninsche Unterscheidung zwischen gerechtem und ungerechtem Krieg ausführlicher behandelt hätte, wobei dann eine Reihe von heute fast schon obskur gewordenen Strategen der Vergangenheit ihren angemessenen Platz auf weniger Raum hätten finden müssen, jedoch überwiegen positive Eindrücke bei der Lektüre. Die moderne Friedensforschung hat sich immer weiter von den Manifestationen des Unfriedens weg und zu seinen echten oder vermeintlichen Ursachen hingewendet. Die Gefahr solcher Entwicklung liegt darin, die Praxis aus den Augen zu verlieren. Hier aber muß konstatiert werden, daß jeden Tag in den militärischen Stäben Planungen und Theorien für den nächsten Krieg entwickelt werden. Auch und gerade diejenigen, die sich für mehr Frieden in der Welt engagiert haben, sollten die modernen Kriegstheorien und ihre Vorläufer kennen. Die Arbeit von Wallach bietet dazu eine brauchbare Einführung.

Mit einer ziemlich mißratenen, wahllos Carl Schmitt und alle möglichen anderen umstrittenen Geistesheroen zitierenden Einleitung von Günter Maschke ist ein kleines Büchlein behaftet, das die Kriegslehre eines alten chinesischen Philosophen wiedergibt. Sun Tze hat seit alters das Denken über den Krieg beeinflußt, man kann ihn als eine Art Machiavelli der Militärwissenschaft beschreiben. Natürlich lassen sich seine Gedanken nicht direkt auf die Gegenwart beziehen. Sie sind aber ein typisches Zeugnis für ein militärisches Denken, das, wenn es die Politik beherrscht, zu deren Unheil ausschlägt. Im Kalten Krieg operierte die Psychologische Kriegführung der Bundeswehr auch mit Sun Tze-Zitaten.

W. B.

*

Heidrun Abromeit, Das Politische in der Werbung. Wahlwerbung und Wirtschaftswerbung in der Bundesrepublik. Westdeutscher Verlag, Opladen 1972, 230 S., 24,- DM.

Die vorliegende Arbeit ist in vier Abschnitte gegliedert. Zunächst wird die vorhandene Literatur diskutiert, wobei die Autorin zwar die gängigen Selbstdarstellungen der Politwerbung als Rechtfertigungen und somit als „ideologisch" im Sinne des sogenannten kritischen Rationalismus zurückweist, dabei jedoch fast immer in der Nähe bloß moralisierender Kritik verbleibt, weil sie von vornherein auf eine weitergehende und grundlegende Kritik an der Werbung im Bereich der Wirtschaft verzichtet.

Wenn der Verfasserin dennoch ein in vielen Punkten aufschlußreiches Buch gelungen ist, dann liegt das in erster Linie an der immensen Materialfülle, die sie durchgearbeitet hat. Trotz der analytischen Mängel nennt sie nahezu alle wichtigen Mechanismen und Erscheinungen im politischen Feld, die der sozialpsychologisch und/oder psycho-analytisch arbeitenden Politologie wissenschaftlich zugänglich sind, beim Namen. Es sind dies, u. a. auch orientiert an der Habermas-These vom „Zerfall der Öffentlichkeit", die entlarvende politische Sprache, der Personenkult um bürgerliche Polit-Stars („Personalisierung"), die meist inhaltsleeren Slogans. Ferner wird versucht, die unterliegende psychologische Technik zur Manipulation der Wähler von ihren eigenen — sozialökonomisch bestimmten — Interessen her darzustellen; ebenso beschäftigt sich die Autorin mit den offensichtlichsten Folgen der offiziellen BRD-Politreklame — Konfliktverschleierung und Diffamierung realer politischer Alternativen zugunsten der wuchernden Gemeinschaftsideologie auf der einen und „Entpolitisierung" und Vermittlung von Statusquo-Ideologien auf der anderen Seite.

„In der Politik wie in der Wirtschaft sorgt die Werbung dafür, daß von der Souveräni-

tät des Wählers wie des Verbrauchers kaum mehr übrigbleibt als die Freiheit zur Wahl von Werbeslogans" (S. 186). Zu den Ursachen dieses Tatbestandes dringt die Autorin trotz ihres Engagements bei seinem Aufweis nicht vor. Der antagonistische und Klassencharakter des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der BRD, der sich gewiß auch in der „politischen Werbung" der Bonner Parteien und in der kapitalistischen „Wirtschaftswerbung" offenbart, bleibt in der vorliegenden Studie leider ausgeklammert. Richard Albrecht

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Politik anderer Länder

Peter Heß, Bangla Desh. Tragödie einer Staatsgründung. Verlag Huber, Frauenfeld/Stuttgart 1972, 227 S., 19,80 DM.

Gerd Linde, Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1972, 153 S., 19,80 DM.

Anton Legler und Frieda Bauer, Der Krieg in Vietnam. Bericht und Bibliographie (Oktober 1968 — September 1969). Bernard & Graefe Verlag, Frankfurt/M 1971, Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, H. 11, 154 S., 25,— DM.

Internationale Politik

Ernst-Otto Czempiel, Schwerpunkte und Ziele der Friedensforschung. Chr. Kaiser Verlag, München, und M. Grünewald-Verlag, Mainz 1972, Reihe Entwicklung und Frieden, Bd. 4, 124 S., 9,50 DM.

Gaston Bouthoul, Kindermord aus Staatsräson. Der Krieg als bevölkerungspolitischer Ausgleich. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1972, 224 S., 20,— DM.

Rudolf Weiler und Valentin Zsifkovits (Hrsg.), Unterwegs zum Frieden. Beiträge zur Idee und Wirklichkeit des Friedens. Herder Verlag, Wien 1973, 633 S., ca. 51,50 DM.

Beate Kohler, Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und das Problem der Sicherheitsgarantien. A. Metzner Verlag, Frankfurt/M 1972, Rüstungsbeschränkung und Sicherheit, Bd. 9, 204 S., 60,— DM.

Ökonomie

Lehrbuch Politische Ökonomie — Sozialismus. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M 1972, 622 S., 14,80 DM. — Bei diesem Lehrbuch handelt es sich um die Arbeit eines Autorenkollektivs aus der UdSSR, die dort 1970 zum erstenmal erschienen ist. Der Lehrbuch-Charakter des Buches wird vor allem in der einfachen Darstellungsweise und allgemeinverständlichen Sprache deutlich, so daß auch ökonomisch nicht vorgebildete Leser diese authentische Beschreibung der politischen Ökonomie des Sozialismus mit Gewinn benutzen können.

Alfred Bönisch, Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus. Eine kritische Studie, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1969, 208 S., 12,— DM.

Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Eine sozioökonomische Analyse des Militarismus. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1973, 269 S., 4,80 DM. — Überarbeitete und aktualisierte Neuausgabe.

Soziologie

Hermann Korte (Hrsg.), Soziologie der Stadt. Juventa Verlag, München 1972, Grundfragen der Soziologie, Bd. 11, 206 S., 12,— DM.

Michael Kunczik (Hrsg.), Führung. Theorien und Ergebnisse. Econ Verlag, Düsseldorf 1972, Econ-Reader, 312 S., 28,— DM.

Walter L. Bühl (Hrsg.), Verstehende Soziologie. Grundzüge und Entwicklungstendenzen. Nymphenburger Verlagshandlung, München 1972, Nymphenburger Texte zur Wissenschaft, Modelluniversität, Bd. 9, 318 S., 20,— DM.

Karl Otto Hondrich, Theorie der Herrschaft. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M 1973, Edition Suhrkamp, Bd. 599, 220 S., 6,— DM.

Bernhard Badura, Bedürfnisstruktur und politisches System. Macht, Kultur und Kommunikation in „pluralistischen" Gesellschaften. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1972, 171 S., 18,80 DM.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Kommuniqué über die Gründung eines Antiimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika am 2. Mai 1973 in Gießen

(Wortlaut)

In den letzten Monaten hat die Solidaritätsbewegung mit den Völkern Indochinas ein bis dahin ungekanntes Ausmaß erreicht. Der Protest vieler tausend Menschen in der Bundesrepublik hat mit dazu beigetragen, daß die US-Regierung gezwungen werden konnte, das Pariser Friedensabkommen zu unterzeichnen.

Diese Bewegung, aber auch das positive Echo, das die Kampagnen zur Unterstützung der um Befreiung kämpfenden Völker in den portugiesischen Kolonien gefunden haben, zeigen, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung unseres Landes das Interesse wächst am Kampf der Völker in der „Dritten Welt" gegen Neokolonialismus und rassistische Unterdrückung. Mehr und mehr setzt sich auch die Erkenntnis durch, daß in einem weltweiten System neokolonialer Ausbeutung der Imperialismus der BRD und ihrer Konzerne maßgeblichen Anteil an der Ausplünderung anderer Länder hat, daß „Entwicklungshilfe" zu oft dazu dient, überkommene Machtstrukturen in den Entwicklungsländern aufrechtzuerhalten und wirtschaftliche Abhängigkeiten zu zementieren.

Dieser Tatsache muß auch die Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik Rechnung tragen.

Aus diesem Grund trafen am 2. Mai in Gießen Vertreter mehrerer Jugend- und Studentenverbände sowie Einzelpersönlichkeiten, Gewerkschafter und Vertreter kirchlicher Organisationen zusammen, um über die Gründung eines Antiimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika zu beraten. Sie waren der Einladung von Prof. Dr. Erich Wulff gefolgt, der die Initiative zur Gründung des Komitees ergriffen hatte. An der Beratung nahmen teil: Beauftragte der Bundesvorstände des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), der Deutschen Jungdemokraten, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), der Sozialistischen Jugend Deutschlands — Die Falken, der Naturfreundejugend, des MSB Spartakus, des SHB, der Deutschen Kommunistischen Partei, des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer, der Deutschen Friedensgesellschaft / Internationale der Kriegsdienstgegner, der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Vertreter des Antiimperialistischen Informationsbulletins, der Deutschen Volkszeitung, der Stimme der Gemeinde, des AGM-Komitees sowie Peter Mühle (Jugendvertreter), Peter Dietzel, D. Martin Niemöller und Prof. Dr. H. W. Bartsch.

Ferner haben ihre Unterstützung für die gemeinsame Arbeit im Komitee zugesagt:

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Prof. Dr. Jürgen Redhardt, Prof. Dr. D. Sölle-Steffenski, Pfarrer Horst Stuckmann, Dr. Dieter Boris, Herbert Lederer (Rechtsanwalt), Dieter Hooge (Landesjugendsekretär des DGB Hessen), Willi Malkomes (Betriebsrat), Stefan Schardt (Gewerkschaftssekretär), Hans Schulte (Betriebsrat), Walter Meyer (Gewerkschaftssekretär), Helmut Bublitz (Betriebsrat), Herbert Pietsch (Jugendvertreter);

Westdeutsche Frauen-Friedensbewegung, Landesfriedenskomitees, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten, Katholische Deutsche Studenteneinigung, Christliche Pfadfinderschaft Deutschlands — Land Baden;

Blätter für deutsche und internationale Politik, Kritischer Katholizismus, Kürbiskern, Extra-Dienst.

Das Komitee wird auf der Grundlage einer von allen Mitgliedern gebilligten politischen Plattform seine Arbeit aufnehmen und hat sich folgende Aufgaben gestellt:

— die Verbrechen des Rassismus, des Kolonialismus und des Neokolonialismus anzuprangern und dabei die Rolle der Konzerne und der imperialistischen Staaten, vor allem der BRD, zu entlarven;

— die Öffentlichkeit über den Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen, über ihre Ziele, ihre Erfolge und über die Härte der Bedingungen, unter denen sie kämpfen müssen, zu informieren;

— wirksame materielle Hilfe in Abstimmung mit den Befreiungsbewegungen zu leisten.

Dementsprechend wird das Komitee mit Stellungnahmen zu aktuellen Ereignissen an die Öffentlichkeit treten, es wird Veranstaltungen organisieren und Materialien herausgeben. Der Kontakt zu den Befreiungsbewegungen und die Organisierung von Kampagnen zur materiellen Hilfe zählen ferner zu den Hauptaufgaben des Komitees.

Auf der Gründungsversammlung wurde Prof. Dr. Erich Wulff einstimmig zum Sprecher des Komitees berufen. Ebenso einstimmig wurde ihm ein neunköpfiges Sekretariat zur Seite gestellt. Dem Sekretariat, das sich noch nicht vollständig konstituiert hat, gehören bisher an: je ein Vertreter des VDS, der Deutschen Jugendemokraten, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), des Antiimperialistischen Informationsbulletins sowie Prof. Dr. Wolfgang Abendroth und Peter Dietzel. Einmütig wurde beschlossen, dem Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD, einem Gewerkschaftssekretär und einem Kirchenvertreter je einen Sitz im Sekretariat des Komitees anzubieten. Das Komitee hat seinen Sitz in Frankfurt.

Die am 2. Mai in Gießen versammelten Mitglieder haben erste Vorschläge für ein Aktionsprogramm beraten.

Angesichts des bevorstehenden Besuchs von Bundeskanzler Willy Brandt in Israel und des angekündigten Gegenbesuchs einer Parteiendelegation aus Israel in der Bundesrepublik wird das Komitee auf der Grundlage seiner politischen Plattform mit einer Aktion zur Nahost-Frage an die Öffentlichkeit treten.

Das Komitee wird sich ferner mit den Machenschaften internationaler Konzerne beschäftigen und am Beispiel Chiles aufzeigen, wie ihre wirtschaftliche und politische Macht die Souveränität und innere Ordnung der Staaten gefährdet, die sich von der Ausbeutung durch ausländische Großunternehmen zu befreien suchen.

Das Komitee hat beschlossen, sich an der Vorbereitung und Durchführung eines internationalen Brasilien-Tribunals zu beteiligen.

Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika wurde nicht gegründet, um andere Organisationen oder Gruppen zu ersetzen oder mit ihnen zu konkurrieren. Das Komitee macht es sich vielmehr zur Aufgabe, vorhandene Anstrengungen zu unterstützen, neue Impulse zu geben und noch wirkungsvoller, als dies bisher geschehen konnte, fortschrittlich denkende Menschen an die antiimperialistische Bewegung heranzuführen. Das Komitee begrüßt daher außerordentlich die Arbeit der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität und ihre Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen des Thieu-Regimes in Südvietnam entsprechend dem Pariser Abkommen sowie die Aktivitäten verschiedener Gruppen zur Vorbereitung der Solidaritätswoche der Vereinten Nationen mit den Völkern in den portugiesischen Kolonien.

gez. Prof. Dr. Erich Wulff
(Sprecher des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika *))

*) Die Anschrift des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika lautet: 6 Frankfurt/M., Eichwaldstr. 32, Tel. 45 23 23.

Plattform des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika

(Wortlaut)

Die Vollversammlung der UNO erklärt:
1) Die Unterwerfung von Völkern unter eine Unterdrückung und eine Ausbeutung durch Fremde stellt eine Verleugnung der Grundrechte des Menschen dar, widerspricht der Charta der UN und kompromittiert die Sache des Friedens und der weltweiten Zusammenarbeit;
2) Alle Völker haben das Recht der freien Selbstbestimmung. Auf Grund dieses Rechtes bestimmen sie in freier Weise ihr politisches Statut und verfolgen in freier Weise ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung ...
(Aus der UNO-Resolution über die Liquidierung des Kolonialismus vom 14. 12. 1960)

Auch nach der weitgehenden Zerschlagung des Kolonialsystems sind heute Hunger, Elend, Krankheit, Seuchen und Unwissenheit das Los von Millionen Menschen in den jungen Nationalstaaten wie auch in den noch existierenden Kolonien.

Die Verantwortung dafür tragen nicht die betroffenen Völker, die trotz politischer Selbständigkeit dieses Erbe des Kolonialismus nicht überwanden.

Die Verantwortung tragen die imperialistischen Mächte, die zwar zur Aufgabe ihrer direkten kolonialistischen Herrschaftsformen gezwungen wurden, die jedoch die alten Ziele ihrer Kolonialpolitik — die Ausplünderung und Unterdrückung jener Länder — keineswegs aufgaben.

Früher waren die imperialistischen Staaten imstande, in aller Offenheit die ganze Fülle der ihnen zu Gebote stehenden staatlichen Machtmittel, insbesondere ihre Streitkräfte, gegen die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas einzusetzen.

Aber auch in der Gegenwart greifen sie dort, wo sie ihre Herrschaft bedroht sehen und aufgrund des jeweiligen Kräfteverhältnisses dazu in der Lage sind, zu den traditionellen Mitteln der Gewaltanwendung. Hierfür ist die US-Aggression gegen die Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha, ist die Landung von US-Truppen in der Dominikanischen Republik 1965 ein klarer Beweis.

Aufgrund des gewandelten Kräfteverhältnisses können die imperialistischen Länder jedoch nicht mehr nach Belieben Gewalt gegen fremde Völker anwenden. Gezwungenermaßen bedienen sie sich meist indirekter und verfeinerter Methoden, um Profite und Einflußsphären zu sichern. Dazu zählen in erster Linie der Ausbau und die Festigung ihrer wirtschaftlichen Machtpositionen, die durch einen einheimischen Militär- und Polizeiapparat abgesichert werden.

Die nationalen Befreiungsbewegungen kämpfen um die Befreiung ihrer Völker vom Joch des Rassismus und Kolonialismus ebenso wie von neokolonialistischer Ausbeutung und Unterdrückung.

Dieser Kampf hat die Unterstützung der fortschrittlichen Menschen in der ganzen Welt. Die internationale Solidarität ist ein wesentlicher Faktor für die Durchsetzung der gerechten Ziele der nationalen Befreiungsbewegung. Gerade das Beispiel Vietnam beweist: Solidarität hilft siegen!

Gegenüber den nationalen Befreiungsbewegungen und den um ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit ringenden Staaten nimmt die BRD eine eindeutige Stellung ein. Sie gehört neben den USA zu den Hauptländern des Neokolonialismus; denn: Alle Bundesregierungen haben die US-Aggression gegen die Völker Indochinas politisch und finanziell unterstützt. Mit „Devisenausgleichszahlungen" in Milliardenhöhe und dem ständigen Aufkauf von Dollars zu überhöhten Wechselkursen haben sie sich an der Finanzierung der verbrecherischen Politik des Völkermordes in Indochina beteiligt.

Die Rechnung hierfür zahlte die arbeitende Bevölkerung unseres Landes: Steuergelder, für soziale und kulturelle Reformen dringend benötigt, wandern in die Taschen amerikanischer Rüstungskonzerne; die Geldentwertung erreichte ein bisher ungekanntes Ausmaß. Die Bundesrepublik stärkt in Afrika direkt und als NATO-Partner den portugiesischen Kolonialismus und das südafrikanische Rassistenregime. Mit westdeutschen Waffen werden afrikanische Patrioten in Angola, Guinea-Bissau und Mocambique unterdrückt, gefoltert und ermordet. Westdeutsches Kapital profitiert an der Ausbeutung afrikanischer Werktätiger und stärkt das Militär- und Wirtschaftspotential der Kolonialisten und Rassisten.

Die BRD unterstützt die Annexionspolitik Israels gegenüber den arabischen Staaten. Unter dem Deckmantel der Wiedergutmachung beschaffte die Bundesregierung den israelischen Aggressoren Waffen und Finanzmittel für ihre Politik des Krieges und der Okkupation. Arabische Staatsbürger werden in unserem Land ihrer demokratischen Rechte beraubt und zahlreichen Diskriminierungen ausgesetzt.

Aus den Entwicklungsländern ziehen westdeutsche Firmen durch ihre Auslandsinvestitionen Riesenprofite, nicht zuletzt aufgrund des außerordentlich niedrigen Lohnniveaus in diesen Ländern. Sie versuchen — besonders erfolgreich in Brasilien — Teile der nationalen Wirtschaft unter ihre Kontrolle zu bringen und auf die Politik dieser Staaten bestimmenden Einfluß zu gewinnen.

Die Investoren erhalten darüber hinaus aus dem Bundeshaushalt Steuergeschenke in Form von Steuervergünstigungen und von staatlichen Bürgschaften, die sie von jedem Risiko befreien.

Die direkte staatliche Entwicklungshilfe wird zu Bedingungen vergeben und mit politischen Forderungen verknüpft, die den Interessen der Entwicklungsländer entgegenstehen und sie in ihren souveränen Entscheidungen einschränken. Ihr Hauptzweck ist es, neokolonialistischer Ausbeutung den Boden zu bereiten. Somit hilft sie nicht — wie vorgegeben wird —, Armut und Rückständigkeit zu überwinden, sondern dient dazu, die Abhängigkeit dieser Länder vom Imperialismus zu vertiefen.

Der Export großer Kapitalsummen in die Entwicklungsländer verschärft die Inflation in der BRD. Die Produktion in den sogenannten „Niedriglohnländern" wird von den Unternehmern als Druckmittel gegenüber den berechtigten Lohnforderungen der westdeutschen Arbeiter benutzt, deren Arbeitsplätze durch die Erweiterung der Produktionsanlagen in den Entwicklungsländern und die Stillegung von Betrieben im eigenen Land bedroht sind. Die gleichen Kräfte, die im Interesse maximaler Profite in den Entwicklungsländern korrupte und rassistische Regierungen stützen, welche die politischen Voraussetzungen für die extreme Ausbeutung der Bevölkerung und Ausplünderung ihres Landes schaffen — diese gleichen Kräfte widersetzen sich hier allen Bestrebungen, die demokratischen Rechte der arbeitenden Bevölkerung zu erweitern und ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Solidarität mit den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu üben, ihren Kampf für die nationale und soziale Befreiung zu unterstützen, ist daher eine wirksame Antwort auf den Versuch der Konzerne, die Lohnabhängigen verschiedener Länder gegeneinander auszuspielen, aus ihrer Spaltung Profit zu ziehen.

Solidarität mit der nationalen Befreiungsbewegung trägt dazu bei, die unkontrollierte Machtausübung der Großkonzerne einzuschränken, internationale Krisenherde zu beseitigen, bessere Voraussetzungen für eine Entspannungspolitik zu schaffen, die allen Völkern zugute kommt.

Wir rufen daher auf zur Solidarität mit der nationalen Befreiungsbewegung Afrikas, Asiens und Lateinamerikas!

Wir erheben Anklage gegen den Imperialismus der BRD, der an der Ausbeutung und Unterdrückung der Völker der drei Kontinente teil hat!

Wir fordern, jegliche Unterstützung der US-Aggression in Indochina, des faschistischen Portugal, des Apartheid-Regimes in Südafrika und der israelischen Aggressionspolitik gegenüber den arabischen Staaten einzustellen.

Wir fordern, jede Begünstigung der Großindustrie bei der Ausplünderung der „Dritten Welt" durch Steuererleichterungen, Subventionen und staatliche Bürgschaften aufzugeben. Staatliche Entwicklungshilfe darf weder an politische Bedingungen geknüpft noch den Interessen der Großindustrie untergeordnet werden!

Wir fordern, alle politischen und polizeilichen Repressalien gegen afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Demokraten, die in der Bundesrepublik arbeiten und studieren, zu beenden! Wir fordern für sie das uneingeschränkte Recht zur politischen Betätigung!

Der Kampf der Völker Indochinas, der portugiesischen Kolonien, des südlichen Afrika und der arabischen Staaten für nationale Befreiung, wirtschaftlichen Aufbau und sozialen Fortschritt braucht unsere Unterstützung.

Unsere Solidarität gehört dem chilenischen Volk und seiner Regierung der Volkseinheit, die den Kampf gegen die US-Monopole und ihre Politik der Erpressung und Sabotage führen. Der Anspruch des chilenischen Volkes, seine Naturreichtümer selbst zu nutzen, ist das Recht eines jeden Volkes.

Wir verurteilen auf das schärfste die Einkerkerung, Folterung und Ermordung Tausender von Patrioten und Demokraten in den Ländern der „Dritten Welt". Wir müssen wirksame Anstrengungen zur Freilassung politischer Gefangener, die gegen den Imperialismus kämpfen, unternehmen.

Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika stellt sich die Aufgabe,

— die Verbrechen des Rassismus, des Kolonialismus und des Neokolonialismus anzuprangern und dabei die Rolle der Konzerne und der imperialistischen Staaten, vor allem der BRD, zu entlarven;

— die Öffentlichkeit über den Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen, über ihre Ziele, ihre Erfolge und über die Härte der Bedingungen, unter denen sie kämpfen müssen, zu informieren;

— wirksame materielle Hilfe in Abstimmung mit den Befreiungsbewegungen zu leisten.

Um unseren Forderungen den notwendigen Nachdruck zu verleihen, müssen wir möglichst viele Menschen mobilisieren und alle Aktionsformen nutzen, die zur Entwicklung einer breiten Solidaritätsbewegung beitragen können.

Wir appellieren an alle fortschrittlichen Menschen in unserem Land, die sich mit dem nationalen Befreiungskampf der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas solidarisieren, unsere Forderungen und unsere Arbeit aktiv zu unterstützen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,30 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Telefon 37 41 01. Postscheck: Köln 65 14-503. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,30; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—,—; $ 5.65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

HORN, Harald, geb. 1939 in Borgholzhausen/Westf., nach Abitur und Bundeswehr 1962 Studium der Politikwissenschaft, Englisch und Erziehungswissenschaften in Marburg. Seit September 1972 Referendar am Studienseminar in Marburg. Publikation: Die Berlinkrise 1958/61. Zur Funktion der Krise in der internationalen Politik, Frankfurt 1970. *** *LUST, Peter,* geb. 1911 in Nürnberg, studierte in München und ab 1931 in den USA, lebt als Mitarbeiter verschiedener amerikanischer und kanadischer Zeitungen in Montreal/Kanada. *** *MATTHIESSEN, Gunnar,* geb. 1939 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln, Sekretär des Initiativkreises für Europäische Sicherheit in Köln. *** *ABENDROTH, Prof. Dr. Wolfgang,* geb. 1906 in Wuppertal, ist emeritierter Ordentlicher Professor für Wissenschaftliche Politik, lebt in Frankfurt/M.; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *FISCHER, Jürgen,* geb. 1949 in Kassel, studiert Politische Wissenschaften, Geschichte und Leibeserziehung an der Universität Marburg. Veröffentlichung: zusammen mit P.-M. Meiners „Zur Geschichte des Arbeitersports — Darstellung, Kritik, Alternativen", Edition 2000, Gießen 1973. *** *KRINGE, Michael,* geb. 1947 in Siegen, Ausbildung zum Bankkaufmann, Abitur auf dem Zweiten Bildungsweg, studiert Politische Wissenschaften und Jura an der Universität Marburg. *** *POZIMSKI, Elke,* geb. 1950 in Marburg, studiert Germanistik, Politische Wissenschaften und Pädagogik an der Universität Marburg. *** *SCHAARSCHMIDT, Helmut,* geb. 1945 in Graz/Österreich, Studium an der Nordwestdeutschen Musikakademie Detmold, studiert Politische Wissenschaften und Geschichte an der Universität Marburg. *** *SCHAARSCHMIDT, Ursula,* geb. 1950 in Detmold, studiert Germanistik, Geschichte, Politische Wissenschaften und Pädagogik an der Universität Marburg. *** *SCHLITT, Beate,* geb. 1951 in Hadamar, studiert Germanistik, Politische Wissenschaften und Pädagogik an der Universität Marburg. *** *VAN STRAELEN, Wolfgang,* geb. 1950 in Siegen, studiert Germanistik, Politische Wissenschaften und Pädagogik an der Universität Marburg. *** *NEUNHÖFFER, Friedrich,* geb. 1938 in Stuttgart, Dipl.-Volkswirt und Jurist, seit 1958 im Liberalen Studentenbund (LSD), seit 1959 Mitglied der FDP, seit Januar 1973 Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten (DJD). *** *SPRIGATH, Dr. Gabriele,* geb. 1940 in Eisleben; Kunstwissenschaftlerin; lebt zur Zeit in Paris. Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *IBRAHIM, Salim,* geb. in Syrien, Studium der Volkswirtschaft, promoviert z. Z. in der BRD in den Fächern Politik und Soziologie. Zeitschriftenpublikationen (vorwiegend in arabischer Sprache). *** *TIBI, Dr. Bassam,* geb. 1944 in Damaskus, Professor für Internationale Politik an der Universität Göttingen. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GRUEN, Eckhard,* geb. 1949 in Soltau, studiert Germanistik, Politik und Erziehungswissenschaft in Marburg; Tutor am Fachbereich für allgemeine und germanistische Linguistik und Philologie. *** *KAHL, Dr. Joachim,* geb. 1941, studierte Philosophie, Soziologie und Politische Wissenschaften in Marburg. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des „Informations-Zentrum Buch" bei.

Preisliste für Sonderdrucke

Von Beiträgen aus der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" können nach Vereinbarung mit dem Verlag Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8 Seiten	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	308,–
12 Seiten	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16 Seiten	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20 Seiten	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	380,–	484,–	585,–
24 Seiten	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28 Seiten	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32 Seiten	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36 Seiten	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40 Seiten	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

Autoren dieses Heftes

HORN, Harald, geb. 1939 in Borgholzhausen/Westf., nach Abitur und Bundeswehr 1962 Studium der Politikwissenschaft, Englisch und Erziehungswissenschaften in Marburg. Seit September 1972 Referendar am Studienseminar in Marburg. Publikation: Die Berlinkrise 1958/61. Zur Funktion der Krise in der internationalen Politik, Frankfurt 1970. *** *LUST, Peter,* geb. 1911 in Nürnberg, studierte in München und ab 1931 in den USA, lebt als Mitarbeiter verschiedener amerikanischer und kanadischer Zeitungen in Montreal/Kanada. *** *MATTHIESSEN, Gunnar,* geb. 1939 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln, Sekretär des Initiativkreises für Europäische Sicherheit in Köln. *** *ABENDROTH, Prof. Dr. Wolfgang,* geb. 1906 in Wuppertal, ist emeritierter Ordentlicher Professor für Wissenschaftliche Politik, lebt in Frankfurt/M.; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *FISCHER, Jürgen,* geb. 1949 in Kassel, studiert Politische Wissenschaften, Geschichte und Leibeserziehung an der Universität Marburg. Veröffentlichung: zusammen mit P.-M. Meiners „Zur Geschichte des Arbeitersports — Darstellung, Kritik, Alternativen", Edition 2000, Gießen 1973. *** *KRINGE, Michael,* geb. 1947 in Siegen, Ausbildung zum Bankkaufmann, Abitur auf dem Zweiten Bildungsweg, studiert Politische Wissenschaften und Jura an der Universität Marburg. *** *POZIMSKI, Elke,* geb. 1950 in Marburg, studiert Germanistik, Politische Wissenschaften und Pädagogik an der Universität Marburg. *** *SCHAARSCHMIDT, Helmut,* geb. 1945 in Graz/Österreich, Studium an der Nordwestdeutschen Musikakademie Detmold, studiert Politische Wissenschaften und Geschichte an der Universität Marburg. *** *SCHAARSCHMIDT, Ursula,* geb. 1950 in Detmold, studiert Germanistik, Geschichte, Politische Wissenschaften und Pädagogik an der Universität Marburg. *** *SCHLITT, Beate,* geb. 1951 in Hadamar, studiert Germanistik, Politische Wissenschaften und Pädagogik an der Universität Marburg. *** *VAN STRAELEN, Wolfgang,* geb. 1950 in Siegen, studiert Germanistik, Politische Wissenschaften und Pädagogik an der Universität Marburg. *** *NEUNHÖFFER, Friedrich,* geb. 1938 in Stuttgart, Dipl.-Volkswirt und Jurist, seit 1958 im Liberalen Studentenbund (LSD), seit 1959 Mitglied der FDP, seit Januar 1973 Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten (DJD). *** *SPRIGATH, Dr. Gabriele,* geb. 1940 in Eisleben; Kunstwissenschaftlerin; lebt zur Zeit in Paris. Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *IBRAHIM, Salim,* geb. in Syrien, Studium der Volkswirtschaft, promoviert z. Z. in der BRD in den Fächern Politik und Soziologie. Zeitschriftenpublikationen (vorwiegend in arabischer Sprache). *** *TIBI, Dr. Bassam,* geb. 1944 in Damaskus, Professor für Internationale Politik an der Universität Göttingen. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GRUEN, Eckhard,* geb. 1949 in Soltau, studiert Germanistik, Politik und Erziehungswissenschaft in Marburg; Tutor am Fachbereich für allgemeine und germanistische Linguistik und Philologie. *** *KAHL, Dr. Joachim,* geb. 1941, studierte Philosophie, Soziologie und Politische Wissenschaften in Marburg. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des „Informations-Zentrum Buch" bei.